

Editorial 335

Verlagsmitteilungen 336

Matania Ben-Artzi: Offener Brief an den Obersten Richter Israels 339

Frigga Haug: Götterdämmerung 341

Weltordnungskonflikt Nahost

Moshe Zuckermann

Bush, Sharon und die Quadratur des Kreises 343

Erich Wulff

Moshe Zuckermanns Auskünfte über Israel 352

Kolja Lindner, Urs T. Lindner, Thomas Maul

Antisemitismus und Terror. Gegen Labica 356

Friederike Habermann

Wie anders ist eine Welt möglich? 369

Kritik der politischen Ökonomie: Methodenstreit

Wolfgang Fritz Haug

Historisches/Logisches 378

Michael Heinrich

Geld und Kredit 397

Hans-Georg Backhaus

Über das »Logische« in der Nationalökonomie 410

Wolfgang Fritz Haug

Wachsende Zweifel an der Monetären Werttheorie. Antwort auf Heinrich 424

Thomas Sablowski

Krisentendenzen der Kapitalakkumulation 438

Nachruf

Zum Tode von Johannes Agnoli (Frieder Otto Wolf) 453

Kongressberichte

Ethnisierung des Sozialen – Sozialisierung des Ethnischen (Joachim Hösler);
Krisen-Kriege-Klassenkämpfe. VII. internationale InkriT-Konferenz (Marc
Hanisch); Nouveau capitalisme et nouveaux rapports de classe. Classes et
question sociale aujourd’hui (Frigga Haug) 455

Verfasser/innen; Zeitschriftenschau; Summaries 500

Besprechungen**Philosophie**

- Arthur, Christopher J., *The New Dialectic and Marx's Capital*
(Wolfgang Fritz Haug) 461
- Levine, Andrew, *A Future for Marxism? Althusser, the Analytical Turn*
and the Revival of Socialist Theory (Julian Müller) 464
- Rawls, John, *Geschichte der Moralphilosophie.*
Hume – Leibniz – Kant – Hegel (Martin Hailer) 466
- Tomassello, Michael, *Die kulturelle Entwicklung des*
menschlichen Denkens (Peter Grönert) 467
- Rose, Steven, *Darwins gefährliche Erben. Biologie jenseits der*
egoistischen Gene (Andreas Klotz) 468

Sprache und Literatur

- Naguschewski, Dirk, u. Sabine Schrader (Hg.), *Sehen Lesen Begehren.*
Homosexualität in französischer Literatur und Kultur (Michaela Wunsch) 469
- Moritz Baßler, *Der deutsche Pop-Roman* (Sven Werkmeister) 471
- Wolf, Christa, *Leibhaftig* (Kornelia Hauser) 472

Soziologie

- Engel, Antke, *Wider die Eindeutigkeit: Sexualität und Geschlecht im*
Fokus queerer Politik der Repräsentation (Hanna Meißner) 474
- Böhle, Fritz, u. Annegret Bolte, *Die Entdeckung des Informellen. Der schwierige*
Umgang mit Kooperation im Arbeitsalltag (Werner van Treeck) 475
- Bleses, Peter, u. Antje Vetterlein, *Gewerkschaften ohne Vollbeschäftigung*
(Stefan Müller) 476
- Bühl, Walter L., *Phänomenologische Soziologie. Ein kritischer Überblick*
(Stephan Moebius) 477

Pädagogik

- Jahrbuch für Pädagogik 2000, *Gleichheit und Ungleichheit*
in der Pädagogik (Georg Auernheimer) 478
- Wehner, Ulrich, *Pädagogik im Kontext von Existenzphilosophie.*
Eine systematische Untersuchung im Anschluß an Eberhard Grisebach,
Otto Friedrich Bollnow und Theodor Ballauff (Christiane Thompson) 480
- Burow, Olaf-Axel, *Die Individualisierungsfälle.*
Kreativität gibt es nur im Plural (Fritz Reheis) 481

(Fortsetzung S. VII)

Editorial

Saddams formelle Armee zu vernichten war fürs US-Militär kein Problem. Anders steht es mit der Guerilla. Chronisches wechselseitiges Töten und Zerstören folgte auf das akute und einseitige im High-Tech-Krieg. Militärische Effizienz wich ziviler Ineffizienz. Das triumphale »Mission accomplished« und das zynisch-machistische »Let them come!« des US-Präsidenten wird ihn im täglichen Aderlass ebenso verfolgen wie die Kriegsgrund-Lügen. Noch versucht die US-Administration, die UN und die Rückkehr zu einer Politik mehr multilateralen Ausgleichs zu umgehen.

Dass sich zumal ohne Löschung des gefährlichsten Nahost-Brandherds, des israelisch-palästinensischen Konflikts, jener andere Schattenkrieg, den der Radikal-Islamismus weltweit gegen den Westen führt, nicht eindämmen lässt, hat die US-Regierung dazu gebracht, endlich Druck auf Israel auszuüben. Freilich mit eigenen Interessen, unklarer Dauer des Engagements und höchst unsicherem Ausgang. Im aktuellen Heftteil arbeitet Moshe Zuckermann, der Direktor des Instituts für Deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv, die Widersprüche heraus, über deren Auflösung in einem Kompromiss auf beiden Seiten das Damoklesschwert des Bürgerkrieges hängt. Das Verhältnis zu Israel und zum palästinensischen Widerstand gegen dessen Besatzungspolitik spaltet die Linke, der das »Operierenkönnen mit Antinomien« (Brecht) schwerfällt. Gegen Georges Labica, der in *Argument* 249 für die Palästinenser Partei ergriffen und die Selbstmordattentate gerechtfertigt hat, bemühen sich Urs und Kolja Lindner und Thomas Maul um eine Rekonstruktion der Überdeterminationen des sog. Nahostkonflikts zwischen staatlicher Gewalt, religiösem Eifer und Weltordnungskonflikten, wobei sie den Antisemitismus als Dominante der Auseinandersetzung sehen.

Im Theorieschwerpunkt überlagert sich eine Methodenkontroverse mit Beiträgen zur Sache (Kredit- und Krisentheorien). Eine der wichtigsten Diskussionen zur Epistemologie der Kritik der politischen Ökonomie betrifft das Verhältnis der »historischen« zu den »logischen« Aspekten der marxschen Methodik. Es geht darum, ob der Prozess begreifender Abstraktion auf eine »Logik« der Sache selbst rekurrieren kann oder auf »genetische Rekonstruktion« derselben angewiesen ist. Da in dieser Frage viel Unklarheit besteht und mehr »Mythodology« (Meek) als Methodenbewusstsein verbreitet ist, stellen wir einen Auszug des für HKWM 6 bestimmten Artikels *Historisches/Logisches* zur Diskussion. Hans-Georg Backhaus, der darin kritisch referiert wird, da er seit Ende der 1960er Jahre die an Hegels orientierte These der »logischen Methode« vertritt, war zur Diskussion des Entwurfs geladen, zog es aber vor, noch einmal seine eigene Position zu verdeutlichen. Auf Michael Heinrichs Kritik vom Standpunkt einer »Monetären Werttheorie« antwortet Wolfgang Fritz Haug mit grundsätzlichen Einwänden gegen diese und einer detaillierten Kritik der Marxinterpretation in Heinrichs *Wissenschaft vom Wert*. Thomas Sablowski erörtert verschiedene Ansätze marxscher Krisentheorie und bietet Elemente einer Erklärung der gegenwärtigen ökonomischen Krisenerscheinungen rund um den Globus.

Verlagsmitteilungen

Neues zur Lage. – Die Arbeiten an der Sanierung von Zeitschrift und Verlag gehen weiter. Über viele Jahre haben wir so gut wie alle veröffentlichten Titel lieferbar gehalten, dies auch dann, wenn praktisch kein nennenswerter Absatz mehr zu verzeichnen war. Leider können wir uns diesen Beitrag zur theoretischen Kultur der Linken nicht mehr leisten. Wir sind dabei, unser umfangreiches Lager etwa zur Hälfte zu räumen. Dabei werden wir einige Titel gänzlich aus dem Programm nehmen müssen, die Restbestände in die Papiermühle geben. Dies gilt unter vielen anderen auch für die so glücklich begonnene Reihe *Gulliver. Deutsch-englische Jahrbücher*, von denen noch etwa 3 000 Bände in den Regalen stehen. Hier geht es um jeweils 150 - 400 Bücher zu Kanada-Geschichte, Einwanderung, Australien, Upton Sinclair, Frauen und Arbeit, Ökowiderstand, Sherwood Anderson, Leinwandträume, Anglophone Karibik, Britische Regionen, Victorianismus, Metropolen, Multikulturalismus. Wer eine Idee hat, anglistische Institute kennt, die diese ausgezeichneten Zeugnisse englisch-deutscher Literatur gebrauchen können und dafür wenigstens die Porto- und Versandkosten zahlen, melde sich bitte vor Ende September bei E.Laudan@argument.de. Es werden ›Lösungen‹ mit mindestens 50 Exemplaren pro Titel gesucht.

Argument-Neuerscheinungen

Wissenschaft

Wolfgang Fritz Haug, *High-Tech-Kapitalismus*

Analysen zu Produktionsweise – Arbeit – Sexualität – Krieg und Hegemonie
AS 294, 320 S., 19,50 €, ISBN 3-88619-294-6

Ausgehend von der Analyse der hochtechnologischen Produktionsweise, der computervermittelten Arbeit und der digitalen Produkte erkundet W.F. Haug in Auseinandersetzung mit den wichtigsten Denkrichtungen der Linken die neue Gestalt des transnationalen Kapitalismus. Er untersucht Mythen und Realität der Neuen Ökonomie und des heraufziehenden Biokapitalismus, fragt nach der sich unter US-Hegemonie ausbreitenden globalen Imperialstruktur und ihrem »Weltkrieg gegen den Terror«, aber auch nach den neuen Subjekten des Widerstands, der globalisierungskritischen »Bewegung der Bewegungen« und den Perspektiven einer Rückgewinnung des Politischen von unten.

Klaus Weber, *Blinde Flecken – Psychologische Blicke auf Faschismus und Rassismus*
AS 296, 188 S., 15,50 €, ISBN 3-88619-296-2

Auch die deutsche Psychologie war in den NS verstrickt. Doch sie weigert sich bis heute, ihre ideologischen und personellen Kontinuitäten aufzudecken. Der Mangel an selbstkritischer Auseinandersetzung zeigt sich erneut in der aktuellen Diskussion um Rassismus. Anhand biografischer und textanalytischer Studien zeigt Weber, welche Subjektpositionen von der Psychologie im deutschen Faschismus eingenommen wurden. Die Dienstbarkeit von Psy-Agenten für das faschistische Regime setzt sich vor allem in der Militärpsychologie fort, die bis heute an der Vorbereitung und

Durchführung von Kriegen bedenkenlos beteiligt ist. – Dem Bemühen des psychologischen Hauptstroms um kontrollwissenschaftliche Argumentationen begegnet Weber mit Analysen, die eine alternative subjektwissenschaftliche Konzeption mit konkreten Lebens- und Arbeitssituationen psychologischer PraktikerInnen verknüpfen. Im Mittelpunkt stehen die institutionellen Machtverhältnisse psychologischer Arbeit (Geschlecht, Ethnie, Institution) in den Bereichen soziale Psychiatrie, Sozialarbeit und psychologische Erinnerungsarbeit.

Jahrbuch kritische Medizin 38

Gesundheitsreformen – internationale Erfahrungen

JKM 38, 144 S., 15,50 €, ISBN 3-88619-817-0

Gegenstand sind neuere internationale Entwicklungen, die für die bundesdeutsche Gesundheitspolitik derzeit bedeutsam scheinen: beispielsweise die schweizerische Krankenkassenreform, das niederländische Hausarztmodell oder das englische Konzept der internen Märkte und des Allgemeinarztes als sektorübergreifendem Budgetverwalter. Der Blick wird auch auf Länder gerichtet, denen von der deutschen Gesundheitspolitik in den letzten Jahren wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde (Schweden, Frankreich). Abschließend geht es um die Bedeutung der europäischen Integration für nationale Gesundheitspolitiken und die erheblichen Probleme für die Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung, wenn die Einführung wettbewerblicher Elemente weiter vorangetrieben wird.

Belletristik

Adriana Stern, *Pias Labyrinth*

roman ariadne 4005, 9,90 €, ISBN 3-88619-479-5

Wie wird man erwachsen in einer Gesellschaft, in der man auf jede Weise Außenseiterin ist? Adriana Stern schreibt die Geschichte einer Arbeitertochter, die in einem bürgerlichen Mädcheninternat unpassend ist. Probleme sexueller Orientierung werden zum Zweifel an eigener Liebesfähigkeit. Der Befreiungsschlag aus falschen Hoffnungen, aus schwierigen Kompromissen gelingt an der Universität. Die Geschichte wird zugleich politische begründet und als gelebtes persönliches Schicksal erfahrbar. Ein Buch für Heranwachsende.

John Shirley, *Eclipse 3 – Feuersturm*,

SF Social Fantasies 5009, 15 €, ISBN 3-88619-340-3

Im August erscheint der dritte Band der ECLIPSE-Trilogie in überarbeiteter Neufassung – eins der berühmtesten und vielleicht das radikalste Werk der Zukunftsliteratur. Aus medialer Manipulation ist Gedankenkontrolle geworden. Geheime Übereinkünfte sprießen in Hinterzimmern, im Internet, in Geheimlabors. Die Macht der militant rechten Zweiten Allianz steht kurz davor, die Ruinen von Europa endgültig in ihre Gewalt zu bekommen. John Shirleys Helden sind Verlierer, gewöhnliches Volk, Zyniker und Idealisten und Revolutionäre im Kampf gegen das Kapital und die Dummheit.

Ein unentbehrliches Handbuch

Stimmen aus dem Internationalen Feminismus:



Historisch-kritisches Wörterbuch des Feminismus

Abtreibung bis Hexen

Herausgegeben im Auftrag
des INKRI T von Frigga Haug
ISBN 3-88619-295-4
ca. 19,50 € [D]

NEU IM SEPTEMBER 2003


Argument
www.argument.de

Im Buchhandel oder direkt
vom Argument-Versand:
Reichenberger Str. 150
10999 Berlin
Fax: 030 / 611 42 70
versand@argument.de

»Ein außergewöhnliches und seltenes Werk!«
Rosemary Hennessy, Albany

»Dieses großartige Wörterbuch wird für Seminare
in Politik, Soziologie, Philosophie u.a. unentbehrlich
sein.« Sandra Harding, Los Angeles

»Worte sind Nahrung; wir verzehren sie, um uns und
unseren Projekten Leben zu geben. Ein Historisch-
kritisches Wörterbuch aus der Sicht marxistischer
Tradition ist heute notwendiger denn je. Jede ernst-
hafte Feministin weiß, dass die wichtigen Begriffe
immer Zeichen und Orte von Kämpfen sind.«
Donna Haraway, Santa Cruz

»Begriffsgeschichte als dialektische Verschränkung von
Terminologie und Problemgeschichte erscheint mir als
großartige Möglichkeit, uns klar zu machen, warum
wir Frauen ständig und ungewollt daran mitwirken,
diese bedrohliche, krisenhafte, paternalistisch
strukturierte Welt zu reproduzieren.«
Ursula Apitzsch, Frankfurt/M

»Das Wörterbuch wird von uns gebraucht, die wir
keine Grabrede auf den Feminismus schreiben wollen,
sondern ihn als Theorie und Praxis begreifen, mit
dem Potenzial, die Welt zu verändern.«
Janna Thompson, Melbourne

»Äußerst notwendig für Feministinnen und solche, die
es noch werden, besonders in der vorliegenden Form,
gut lesbar und handlich.«
Graciela Hierro, Mexico

»Dieses neue Projekt kommt gerade richtig und wird
dringend gebraucht. Es wird die nächste Generation
von Feministinnen lehren, was schon alles getan und
wieviel noch zu tun ist.«
Elisabeth Schüssler-Fiorenza, Harvard

»Schlagt nach im Historisch-kritischen Wörterbuch
des Feminismus, denn »jenseits von Emma« dachten
und agierten die Feministinnen über Themen und
Aufgaben jenseits vom mainstream. Fragt nach!«
Halina Bendkowski, Berlin

Matania Ben-Artzi

Offener Brief an den Obersten Richter Israels¹

Mein Sohn Jonathan (Yoni) Ben-Artzi ist Pazifist. Er weigerte sich, seinen Militärdienst anzutreten und bat um einen alternativen Zivildienst. Als Student der Mathematik und Physik glaubte er, der israelischen Gesellschaft z. B. durch Nachhilfeunterricht für Kinder in unterprivilegierten Schulen am besten dienen zu können.

Yonis Antrag wurde von der Armee zurückgewiesen. Er wurde am 8. August 2002 zum Dienst einberufen. Er weigerte sich, Uniform zu tragen und wurde umgehend im Militärgefängnis 4 für einen Monat eingesperrt. Hier ist die Begründung, die er dem Offizier, der ihn verurteilte, gab: »Ich, Jonathan Ben-Artzi, weigere mich auf Grund meines Pazifismus in die Armee einzutreten. Mein tiefer Glaube an Gewaltlosigkeit begann, als ich noch ein kleines Kind war und wurde im Laufe der Jahre zu einer umfassenden politischen und philosophischen Auffassung. Wegen meiner Überzeugungen wirft mich mein eigenes Land ins Gefängnis, in Missachtung aller internationalen Gesetze und moralischen Grundwerte. Ich werde stolz ins Gefängnis gehen, weil ich weiß, dass dies das Mindeste ist, was ich tun kann, um das Gesicht meines Landes zu verbessern.«

Yoni wurde in der Folge sieben Mal für dasselbe Verbrechen verurteilt und hat über zweihundert Tage im Militärgefängnis 4 verbracht. Ich bin sicher, dass Ihnen in Ihrer Funktion als Präsident des Obersten Gerichtshofes der brutale Ruf dieses Gefängnisses zu Ohren gekommen ist. Jedoch vermute ich, dass Sie niemals diesen Ort besucht haben, weder während glühend heißer Augusttage, noch in den eiskalten Januarnächten. Ich werde Ihnen Details des Gefängnisalltags ersparen und Ihnen nur sagen, dass die Armee es nicht geschafft hat, Yonis Geist zu brechen oder ihn dazu zu bewegen, seine Ansichten zu ändern. Im Gegenteil, er wurde ermutigt, weil er von weiteren siebzehn jungen Männern erfuhr, die inzwischen eingesperrt worden waren, da sie auf ihr Gewissen gehört, die ziellose Gewalt des israelischen Militärs abgelehnt und um einen alternativen Zivildienst gebeten haben.

Alarmiert von der wachsenden Zahl solch mutiger Jungen, hat sich die Armee entschieden, das zu tun, was sie am besten kann: Noch mehr Gewalt zu gebrauchen. Am 19. Februar 2003 wurde Yoni vors Militärgericht beordert. Die Armee folgte einer einfachen Logik: Das Militärgericht ist nur für Soldaten zuständig, und Yoni ist bereits ein Soldat, der sich nur weigert, die Papiere zu unterschreiben, die ihn zum Soldaten machen... Nach so vielen Monaten willkürlicher Inhaftierung war Yoni bereit, die Herausforderung anzunehmen. Er stellte nur eine Bedingung: Er wollte wahre Gerechtigkeit. Er hat darum eine Petition an Sie gerichtet, den Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, in der er darum bittet, sein Fall möge von einem zivilen Gericht geprüft werden. Die Bitte wurde von den Rechtsanwälten Avigdor Feldmann, einem bekannten Menschenrechtsanwalt, und Michael Sfard, einem jungen Experten für Internationales Recht, verfasst. Sie stimmen sicher mit mir überein, dass das in Yonis Namen verfasste Dokument nicht nur den gelehrten Anstrengungen seiner Autoren, sondern auch dem vermutlichen Geist unserer Gesellschaft würdig war. Es rief Ihnen in Erinnerung, dass kein Militärgericht ermächtigt ist darüber zu befinden, ob eine Person Soldat oder Zivilist ist; dass Gewissensangelegenheiten naturgemäß innerhalb der Zivilgesellschaft debattiert werden sollten; dass alle Aspekte des Zivildienstes der zivilen Rechtssprechung unterliegen. Es berief sich auf ausländische Gerichtsurteile (die Ihnen so vertraut sind) und wies darauf hin, dass diese Prinzipien in allen demokratischen Ländern seit vielen Jahrzehnten allgemein anerkannt sind.

1 Sharon Barak, Präsident des Obersten Gerichtshofes

Die Anhörung des Falls wurde auf den 8. April 2003 angesetzt. Es war eine Sitzung früh am Morgen, und die beiden Richter neben Ihnen wirkten ziemlich schläfrig und sprachen kein einziges Wort. Sie dagegen waren sehr aktiv. So sehr, dass der Anwalt, der die Armee vertrat, kaum etwas zu tun hatte. Zuerst stimmten Sie mit der Armee darin überein, dass Yoni bereits Soldat sei. Dann vertraten Sie die Auffassung, dass die Militärrichter zweifelsohne in der Lage sind, sich mit Pazifismus-Fragen fair und kenntnisreich zu befassen. Vielleicht wissen Sie nicht, dass zwei der drei Richter bei Yonis Verurteilung Offiziere ohne Universitätsabschluss sind, die noch nie ein Seminar in Recht oder Philosophie besucht haben. Als schließlich Yonis Anwalt darauf aufmerksam machte, dass Kriegsdienstverweigerer immer vor Zivilgerichten abgeurteilt wurden, erwiderten Sie, dass Dreyfus (!) von einem Militärgericht verurteilt wurde (und letztendlich von einem zivilen Gericht freigesprochen wurde...). Yoni hatte keine Chance. Sie haben ihn dem Militär ausgeliefert, das ihn bereits sieben Mal verurteilt hatte.

Yoni saß während der Anhörung direkt vor Ihnen, aber Sie schienen ihn nicht zu bemerken. Lassen Sie mich Ihnen ein paar Dinge über ihn erzählen. Sein Großvater mütterlicherseits, Moshe, entkam den Nazis und erreichte Palästina gerade noch rechtzeitig, um in Israels Unabhängigkeitskrieg zu kämpfen. Er wurde verletzt und verbrachte sechs Monate im Krankenhaus. Während er noch im Krankenhaus lag, wurde sein Sohn Zvi geboren. Zwei Jahre später Ofra, Yonis Mutter. Zwanzig Jahre später fiel Zvi als Fallschirmjäger im Kampf. Yonis älterer Bruder wurde nach ihm benannt. Auch er diente in der Armee. Als Yoni an die Reihe kam, zog er die Linie, die er nicht überschreiten wollte. Keine sinnlosen Kriege mehr, kein Blutvergießen mehr.

Es mag ironisch klingen, dass Yoni und Sie dieselbe angesehene Hochschule besucht haben. Als Sie dort in der Schule eine Rede über Menschenrechte hielten, war er tief beeindruckt. Unglücklicherweise brachte ihn diese Rede mit auf den Weg, der ihn letzte Woche vor Ihr Gericht geführt hat. Sie scheinen Ihr Image als Richter, der die obersten Werte der Menschenrechte verkörpert, zu mögen. Es nützt Ihnen viel, hier und im Ausland bei Ihresgleichen. Sie verpassen nie eine diesem Thema gewidmete Konferenz. Bei der letzten, vergangene Woche an der Hebräischen Universität, haben Sie zu unserem Parlament gepredigt (ich übersetze vom hebräischen Text): »Die Knesset sollte sich klar und deutlich für die Prinzipien von Gleichheit, freier Meinungsäußerung, Angeklagten-Rechten und aller anderen zivilen, politischen und sozialen Menschenrechte einsetzen. Ich bedaure zutiefst die Tatsache, dass die Knesset dies nicht tut.« Die Annalen unseres Obersten Gerichts erzählen eine andere Geschichte. Während Ihrer Amtszeit als Richter (und seit 1995 als Präsident) sind die Menschenrechte in diesem Land ernsthaft untergraben worden. Ihr Gericht hat in beschämender Weise jeder Laune des Militärs nachgegeben. Unschuldige Jugendliche wurden im Libanon entführt, um sie als Verhandlungsmasse zu benutzen, und Ihr Gericht hat dies gebilligt. Administrative Festnahmen wurden zu Tausenden verhängt, aber alle Einsprüche bei Ihnen wurden abgewiesen. Gezielte Exekutionen, die Hunderten von unschuldigen Unbeteiligten das Leben kosteten, grausame Abriegelungen, die für Millionen von Palästinensern unmenschliche Lebensbedingungen bedeuten (so dass jüdische Fanatiker ungestört ihren Festivitäten nachgehen konnten), unmenschliche Zerstörung der Existenz von Zehntausenden von Familien – all das ist mehrfach von Ihrem Gericht legitimiert worden.

Sie gaben den Generalen der Armee freie Hand, hinter einem trügerischen Schutzschild aus Aufklärung. Und wenn ein paar Jungs es wagten, den Einspruch ihres Gewissens gegen solche Übel geltend zu machen, verweigerten Sie ihnen eine faire Anhörung, ihr Grundrecht auf Verteidigung. Yoni und seine Freunde haben, in ihrem jugendlichen Alter, ihre Menschlichkeit demonstriert. Sie hielten es nicht für angebracht, ihre Rechte zu verteidigen.

Aus dem Englischen von Stefan Heumann

Nachrichten aus dem Patriarchat

Götterdämmerung

Noch bis vor Kurzem war es selbstverständlich, dass Nachrichten, diese offiziellen Verlautbarungen über die Geschehnisse in der Welt, von korrekt gekleideten Männern – Anzug, Krawatte – gesprochen wurden, kühl und amtlich. Nachricht und Stimme gehörten ordentlich zueinander. In dieser Gestalt kam übers Fernsehen die Wahrheit ins Haus. Doch dann lächelten junge Frauen vom Bildschirm, die aussahen, als kämen sie direkt vom Laufsteg, und sprachen mit sanfteren Stimmen von Krieg, Terror, Finanzströmen. Noch bevor wir wirklich begreifen, was mit den Nachrichten über den Zustand der Welt passiert, wenn sie sich mit weiblicher Schönheit einschmeicheln, wie wir sie sonst aus Illustrierten gewöhnt sind, sehen wir Politshows von eleganten Frauen geleitet. In der Runde meist männlicher Politiker – selbst hier gibt es schon weibliche Ausnahmen – teilen sie das Wort aus, entziehen es wieder, nehmen ihre Gäste mit ihren Fragen in die Zange. Sie besetzen bereits ein Viertel aller solcher Infotische und erfreuen sich großer Beliebtheit, ablesbar an den Einschaltquoten. Kurz, die Fernsehwelt, diese einflussreiche Inszenierung öffentlicher Meinung, hat im dritten Jahrtausend damit begonnen, Frauen in nennenswertem Ausmaß einzulassen, wenn sie jung, schön und kompetent sind.

»Nicht viele Männer haben bislang begriffen, was da vor sich geht, wenngleich sich die Notrufe entgeisterter Manager, fassungsloser Patriarchen und ängstlicher Staatsmänner häufen«, kommentiert Frank Schirrmacher in der *FAZ* (1.7.03) diese Verweiblichung des Sprecher- und Moderatorenwesens als »Männerdämmerung«. Er entwirft das Horrorszenario eines Machtwechsels in der Gesellschaft. »Wer uns denkt«, sollte männlich sein. Die Gesellschaft »ist offensichtlich im Begriff, die Macht neu zu verteilen, weil sich nicht nur die Diskurse, sondern auch die Anforderungen an die Vermittler verändern. Die entscheidenden Produktionsmittel zur Massen- und Bewusstseinsbildung in Deutschland liegen mittlerweile in der Hand von Frauen.« Mit einigen Rechenkünsten zählt Schirrmacher achtzig Prozent Frauen an der Macht und gibt zu verstehen, dass diese Gestalten von unten, wo Frauen üblicherweise sind, diese Macht ergriffen haben: »Eine Telefonistin, ein Kindermädchen, eine Schauspielerin und Schriftstellerin und eine Stewardess definieren das Land.« Falls noch jemand durch die Nennung der Schriftstellerin ans Geistige glauben mag, orientiert das Zusatzbild in die gemeinte Richtung: »Was einer heute denkt, läuft vorher über die Fließbänder dieser Frauen.« Das sind nicht mehr nur die Montagebänder des Fordismus, sondern die mit scheinbarem Blick in die Kamera abzulesenden Textmontagen, die über die Anzeigetafeln wandern.

Was aber bedeutet eine solche Feminisierung der Medienwelt für den Zustand der Gesellschaft? Schirrmacher steigert den Alarm, indem er Rat holt beim Anthropologen des SS-Staats, Arnold Gehlen. Hat dieser nicht vorhergesagt, in einer »verfallen-

den Gesellschaft« würden Frauen das Heft in die Hand nehmen? »Kleine zivilisierte Völker oder solche, denen alle Knochen zerschlagen sind, streben der Deckung zu, sie neigen zu Versicherungen, Krankenscheinen, zu sexuellen Libertinismen und moralischen Vorträgen an die Außenwelt. Aber gerade diese Atmosphäre kommt den innersten Bedürfnissen des Weibes entgegen«. Worauf es hinausläuft, wenn Vertreterinnen dieses Geschlechts, »das Weib«, die Macht übernehmen, lässt er uns wiederum von Gehlen sagen: »Dann betreten Klytemnästra und Judith die Szene, Antigone und Galla Placidia, Katharina und Charlotte Corday und zeigen den Männern, wie man sich aussetzt und einsetzt.« Nur einige Eckpunkte zur Erinnerung: Klytemnästra soll den Mord an ihrem Gatten Agamemnon in Auftrag gegeben haben, die Corday hat Marat erstochen, Judith den Holofernes enthauptet, Katharina ließ den kaiserlichen Gatten stürzen usw.

Kurz, was mit Nachrichtensprecherinnen scheinbar harmlos begann und sich über Moderatorinnen fortsetzte, wird in einer Schreckensherrschaft enden, bei der mehr fließt, als bloß der Text der Männermacht. Was, wenn plötzlich viele Frauen selbst das Wort ergreifen?

Frigga Haug



Frigga Haug
Lernverhältnisse
 Selbstbewegungen und
 Selbstblockierungen
 ISBN 3-88619-324-1
 19,90 € [D]

Im Buchhandel oder direkt vom
 Argument-Versand, Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin
 Fax: 030 / 611 42 70, versand@argument.de

»Haug erlaubt sich die bange wie kostbare Frage, ob und wie sie als Lehrende ihren Schützlingen das Lernen leicht, schwer oder gar unmöglich gemacht hat. Denn Lernen ist bei allem Lob, das diesem zuteil wird, eben zeitgleich eine Quelle der Qual, der Mühen und der Ängste. Ein Feld des Scheiterns, der Blockaden, der Verweigerung gar.«

Frank Keil, *Frankfurter Rundschau*

»Wie exemplarisch Lernprozesse organisiert werden können, auch in schlechten Verhältnissen, zeigt die Autorin in einem Kapitel des Buches, dessen Überschrift sich alle Lehrenden (LehrerInnen, DozentInnen, ProfessorInnen etc.) zur programmatischen Leitlinie ihres Lehr-Handelns machen könnten: »Erfahrungen in die Krise führen.«

Klaus Weber, *Psychologie heute*


Argument
 www.argument.de

Moshe Zuckermann

Bush, Sharon und die Quadratur des Kreises

Schon im März 2003, unmittelbar nach dem us-amerikanischen Sieg im Irak, dürfte klar geworden sein, dass man zwar noch nicht weiß, was dieser Sieg zeitigen werde, aber mit einiger Bestimmtheit benennen kann, was er bereits gezeitigt hat. Vorsicht war freilich geboten. Allzu leicht konnte der überwältigende militärische Erfolg blenden, konnten die mit diesem einhergehenden »Früchte des Sieges« euphorisch in den falschen Zusammenhang gestellt werden, wie es dann schnell genug geschah und – obschon die über Wochen anschwellende Medienhysterie mittlerweile merklich abgenommen hat – immer noch geschieht. Es muss bei aller sich noch so freiheitlich gebärdenden Rhetorik davon ausgegangen werden, dass es den Amerikanern bei ihrem Feldzug mitnichten um eine »Befreiung« Iraks ging, also auch nicht um einen Kampf um Menschenrechte, schon gar nicht um die Bekämpfung einer proklamierten militärischen Bedrohung der USA bzw. um die Aushebung des Terrors. Selbst wenn man davon ausgeht, dass sich die weltpolitische Machtkonstellation seit Ende des Kalten Krieges gewandelt hat und neue Einschätzungen »der Weltlage« gefordert sind, erweist sich das zutiefst Zynische dieser propagandistischen Rhetorik allein schon daran, dass es ja nicht zuletzt die USA waren, die Saddam Hussein und sein Regime aufgebaut haben, als es noch in ihrem Interesse gegen den Iran lag. Es darf die These gewagt werden, dass, wenn sich dieses Regime mit den amerikanischen Interessen hätte ungebrochen(er) vereinbaren lassen, es von den USA gefördert und als freundschaftlicher Partner behandelt worden wäre. Die (in sich freilich effektiv orchestrierte) amerikanische Propaganda, die über die irakische Riesenmaschinerie zur Herstellung nichtkonventioneller Waffen und die vermeintliche Gefahr räsonierte, der Israel durch diese Waffen ausgesetzt worden sei – eine selbst von israelischen Militärs als unwahrscheinlich eingestufte Vermutung –, kann getrost als das eingeordnet werden, was sie ist: die massenmedial aufbereitete, staatsoffiziell forcierte Zurichtung der in eine jubelnde Kriegsideologie zu versetzenden Bevölkerung. Und es erweist sich, dass die Bevölkerung, von den Wogen »patriotischer« Begeisterung getragen und unabhängig von ihren eigenen Interessen, stets mit von der Partie ist, wenn ihr die rationalisierten Irrealitäten einer Bedrohung ihres »guten« Selbst durch einen »bösen« Anderen lange und intensiv genug eingetrichtert werden. »Let's nuke them«, heißt es da auch schon mal selbstherrlich entfremdet.

Worum es den USA – schon lange vor dem katastrophischen 11. September 2001 – ging, ist die hegemoniale Beherrschung Zentralasiens und der Golfregion, und zwar im Zuge der neuen absehbaren globalen Blockstrukturierung des 21. Jahrhunderts. Der Afghanistankrieg war in diesem Zusammenhang der erste Schritt (man könnte fast zynisch vermuten, dass der Bush-Regierung nichts »Günstigeres« hätte

widerfahren können, als diese gleichsam von außen angetragene Legitimation der ohnehin seit langem vorgesehenen oder doch im strategischen Nationalinteresse »erforderlichen« Expansion); der Irakkrieg eben der zweite. Erwiesen hat sich dabei vor allem, dass die USA heute nahezu alles vollziehen können, was sie für nötig erachten, ohne dass sich ihnen irgendjemand in der Welt effektiv entgegenzustellen vermöchte. Die Vereinten Nationen scheinen nunmehr vollends ausgespielt zu haben, mithin auch die seit dem Zweiten Weltkrieg zumindest tendenziell erstrebte internationale Konsolidierung des Völkerrechts. Man darf das nicht unterschätzen: nicht von der Hand zu weisen ist die Vermutung, dass die internationale politische Kultur der Nachkriegsära, mithin diese selbst, in einer ihrer wesentlichsten Dimensionen zusammengebrochen ist. Dass dabei die neue »Popularität« von Krieg als legitimem Mittel der Neuordnung von Regionen (mitunter der gesamten Welt) gerade von einer nahezu unumschränkt »herrschenden« Weltmacht auf den Punkt gebracht worden ist, zwingt ein rigoroses Umdenken auf. Ob sich die USA im Irak noch »verzetteln« werden oder nicht, spielt für die hier angesprochene Problematik eine eher untergeordnete Rolle. Abzuwarten gilt es nun, wie sich das mit Selbstdefinitionen befasste »Europa« unter diesen neuen Bedingungen gebärden, und was sich im asiatischen Raum, etwa in der Achse Russland-(Indien)-China, abspielen wird. Der US-Krieg im Irak hat jedenfalls neue Zeichen gesetzt. Der Sturz Saddams – so nötig er war und so wenig man ihn zu bedauern hat – ist dabei noch das Geringste: Zunehmend mag dämmern, dass die gesamte Weltsicht der mit den Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts politisch befassten, in emanzipativ-aufgeklärter Absicht handelnden Generation der Nachkriegsära dabei ist, weggefegt, der allerletzten Reste ihrer Relevanz behoben zu werden. Sie scheint ausgespielt zu haben, übermächtige Strukturen haben sie niedergewalzt.

Welche Bedeutung hat nun aber diese neue Konstellation für den Nahen Osten bzw. für sein vordringlichstes Problem, den israelisch-palästinensischen Konflikt? Hat sie überhaupt eine wesentliche Relevanz für seine mögliche Lösung? Es ist mittlerweile zum gängigen Witz unter israelischen Linken geworden, dass diese Linke wohl die einzige auf der Welt ist, die sich die Befreiung der eigenen Kollektivität – die Befreiung Israels und Palästinas vom Alptraum der seit 1967 perpetuierten Okkupation des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens – von den Amerikanern erhofft. Dies hat zum einen mit der schon Anfang der 1950er Jahre im Zuge des Kalten Krieges erfolgten Westeinbindung Israels zu tun, die dann Ende der 1960er Jahre in eine prononcierte Einbindung in die Interessenkonstellation der us-amerikanischen Geopolitik einmündete. Davon war auch die zionistische Linke nicht ausgenommen, die sich – wie in vielem auch darin – im Einvernehmen mit den Hegemonialnormen der israelischen politischen Kultur sah: Da die soziale Linke Israels nach und nach degenerierte, und Linkssein sich zunehmend als Positionierung im Nahostkonflikt verstand, die Sowjetunion sich aber auf die Seite der arabischen Liga schlug, konnte für die zionistische Linke (durch den dann folgenden Zusammenbruch der Sowjetunion nur noch forciert) kein Zweifel darüber bestehen, von wem sie sich die befreiende Einmischung in den Nahostkonflikt zu erhoffen hatte.

Dies verfestigte sich zum anderen umso mehr, als immer klarer wurde, dass beide Nationalkollektive offenbar nicht in der Lage waren, ihren blutigen Konflikt eigenständig zu meistern und friedlich zu lösen.

Was nun die USA selbst anbelangt, scheinen die Dinge auf der Hand zu liegen: Hatten sie (wie die UdSSR) zur Zeit des Kalten Krieges noch ein genuines Interesse am perennierenden Fortbestand des Konflikts, so muss es nach dem Wegfall der Sowjetunion in ihrem geopolitischen Hegemonialinteresse liegen, »endlich Ruhe« in dieser Region zu schaffen. Wenn der Kapitalismus des Krieges für die Maximierung des Profits nicht mehr bedarf, wird er stets darauf bedacht sein, die der Profitmaximierung zuwiderlaufende potenzielle (Kriegs)unruhe in Schach zu halten; es gibt ja ein kapitalismusimmanentes Interesse am »Frieden«. Nicht von ungefähr hat George Bush gleich nach dem zweiten Golfkrieg von 1991 den israelischen Hardliner Itzhak Shamir zu Nahostverhandlungen in Madrid gedrängt; nicht zufällig verhielt sich Bill Clinton dem freilich ungleich friedenswilligeren Itzhak Rabin gegenüber ähnlich, als es darum ging, den Osloer Friedensprozess in Gang zu setzen. Gleichwohl sieht sich der jetzige US-Präsident in der gegenwärtigen Konstellation vor ein realpolitisches Dilemma gestellt. Der renommierte Publizist Akiva Eldar hat in der israelischen Tageszeitung *Ha'aretz* (23.6.2003) einige prägnante Bemerkungen dazu gemacht: Die vom US-Präsidenten ausgehende Einreichung der »road map« und das von ihm initiierte Gipfeltreffen in Akaba hätten den Friedensprozess zum Guten wie zum Bösen an Bush geheftet; von nun an werde ein Misslingen des Prozesses unweigerlich (auch) mit seinem Namen verbunden sein. Damit er aber die »road map« als seinen Erfolg verbuchen kann, müssen u.a. alle seit März 2001 in der Westbank errichteten Siedlungen geräumt und ein palästinensischer Staat in den provisorischen Grenzen bis zum Jahresende anerkannt werden. Diese Schritte seien wiederum durch die Wiederherstellung der Sicherheit der Bürger Israels bedingt, womit sich herausstelle, dass gerade die Zügelung der fundamentalistischen Hamas-Bewegung und der damit einhergehende Abbruch der Terroranschläge den Präsidenten auf Konfrontationskurs mit der christlichen und jüdischen Rechten, Gegnern der »road map«, bringen könnten. Zwar sei der jetzige Präsident nicht von Spenden jüdischer Kapitalträger abhängig, aber die nächsten November zur Wahl stehenden Kongressmitglieder könnten es sich nicht leisten, besagte Gegner der »road map« zu ignorieren – hätten doch die Kongresswahlen letzten November gezeigt, dass »die Juden«, nach dem 11. September, nicht mehr »in der Tasche der Demokraten« steckten: »Das Gelingen der ›road map‹ verheißt also dem Präsidenten und seiner Partei keine politischen Dividenden. Der mögliche Ausgang aus der Verstrickung, in die er geraten ist, wäre, ein Lippenbekenntnis zur ›road map‹ zu leisten, seine Minister und Berater in die Region zu schicken, hier und da sogar eine der Seiten zu rügen. Wenn dann der Prozess in die Sackgasse geraten sollte, wird er dem Club jener Präsidenten beitreten können, die erklärten, dass die USA den Frieden nicht mehr als die beteiligten Seiten wollen können.«

Akiva Eldars Einschätzung weist auf einen wichtigen Aspekt der jüngst angelaufenen Initiative der Bush-Regierung hin: In der nunmehr nach dem Irakkrieg entstandenen Konstellation könnte ein ernster Erfolg in der Israel-Palästina-Frage als

Mehrwert fürs politische Kapital bei den nächsten US-Wahlen verbucht werden, eine gleichsam präsentable Trophäe, die seinen allgemein proklamierten Kreuzzug gegen die »Bösen« dieser Welt zusätzlich schmücken würde; ein solcher Erfolg scheint aber keine wesenhafte Notwendigkeit für die us-amerikanische Geopolitik in der Region zu bilden, jedenfalls keine, für die es sich lohnen würde, inneramerikanische Macht- und Herrschaftsverhältnisse aufs Spiel zu setzen. Da sich Bush aber nun mal auf die »road map« eingelassen hat, muss er so tun, als handle es sich um eine wesenhafte Notwendigkeit (eben ein »Lippenbekenntnis« leisten), ohne indes allzu sehr auf ihrer effektiven Umsetzung und Verwirklichung zu insistieren. Ein misslungener Krieg im Irak wäre für ihn eine Katastrophe gewesen. Ein misslungener »road map«-Plan kann demgegenüber so gehandhabt werden, dass die Schuld am Misslingen den beteiligten Seiten im Nahen Osten zugewiesen wird.

Die Einschätzung Eldars ist deshalb von Bedeutung, weil er die gegenwärtige Einnischung der USA in den Nahostkonflikt auf die adäquate Ebene der Beurteilung von Interessen stellt, mithin auf die konkreten (teils kleinkarierten) Erwägungen von Protagonisten der inneramerikanischen Szene verweist, ohne pseudophilosophisch von »universellen« Moralprinzipien des neuen Welthegemons, gar von den Tugenden eines neuen demokratischen Expansionismus zu schwafeln. Es ist beschämend trivial: Wer etwas über die Chancen der jetzigen amerikanischen Bemühung um die finale Lösung des Jahrzehnte währenden Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern erfahren will, sollte sich über die partikularen Belange der amerikanischen Innenpolitik und die Prosopographie des ministerialen und beratenden Teams um Bush herum informieren.

Ähnliches (zumindest strukturell Ähnliches) lässt sich indes auch für die israelische Haltung eines Ariel Sharon feststellen. So überrascht man über seine Äußerungen sein darf, in denen er die israelische Anwesenheit in der Westbank und im Gaza-Streifen als das bezeichnet hat, was sie nun einmal ist, nämlich eine *Okkupation* – kommen sie doch aus dem Munde dessen, der wohl mehr als jeder andere Politiker in Israel dazu beigetragen hat, diese Okkupation nicht nur ins Leben zu rufen, sondern sie auch über Jahrzehnte infrastrukturell und politisch zu unterstützen, massiv auszubauen und zu befestigen –, darf man sich getrost fragen, ob seine für ihn nach eigenem Bekunden »mit schmerzlichem Verzicht« verbundene Einsicht in die Unumgänglichkeit der Errichtung eines souveränen Palästinenserstaats mehr als ein Lippenbekenntnis ist. Allein schon die Farce der Juni-Räumung einiger illegaler Vorposten von Hügeln der Westbank, mit der Sharon seine grimmige Entschlossenheit, *Siedlungen* zu räumen, wenn schon nicht der israelischen Bevölkerung, so zumindest dem Weißen Haus gegenüber demonstrieren zu können meinte, verheißt nichts Gutes. Denn nicht nur diese (teils aus zwei, drei, von wenigen Siedlern bewohnten Wohnwagen bestehenden) Vorposten sind illegal, sondern die gesamte Besiedlung der besetzten Gebiete. Wenn aber Sharon vorgibt, das nach israelischer Vorstellung Illegale der Okkupation, die lächerlichen Vorposten, mit dem nach internationalem Recht Illegalen, nämlich dem gesamten Siedlungswerk der letzten drei Jahrzehnte, gleichsetzen und als austauschbar behandeln zu können, kann man sich

vorstellen, wie ernst es ihm sein kann mit der Räumung von richtigen Siedlungen, wenn eine solche als unabdingbarer Teil eines jeden zukünftigen Friedensplans an der Tagesordnung sein wird.

Dass von Siedlerseite schon bei dieser ersten Räumungsfarce ein Mark und Bein erschütternder Aufschrei zu hören war, kann durchaus als Komplementärreaktion zu Sharons vermeintlicher politischer Wende gewertet werden: So lächerlich sich die Räumung der Vorposten im Vergleich zur künftigen Räumung wirklicher Siedlungen ausnimmt, so raffiniert orchestriert ist die diese Farce ergänzende Reaktion der Siedler, die genau wissen, dass die inadäquate Vehemenz der Räumungsverweigerung in der jetzigen Phase Maßstäbe setzt für die Totalhysterie, die ausbrechen dürfte, sobald es später mal ans Eingemachte geht. Nicht von ungefähr sagten zentrale Mitglieder der siedlernahen »Rabbinervereinigung« auf einer Ende Juni veranstalteten »Notstandsversammlung«, dass man noch nie vor einer Gefahr wie der gegenwärtigen gestanden habe; dass die Regierung die »Souveränität von Fremden« in *Erez Israel* beschlossen habe und die »Erde unter unseren Füßen« brenne; dass jede Scholle im Boden des Landes heilig sei, und niemand in der Welt das Recht habe, auf nur ein einziges Sandkorn davon zu verzichten. Der ehemalige Hauptrabbiner Israels, Abraham Shapira, apostrophierte die Übergabe der Gebiete als »ein besonders schlimmes Vergehen«, erklärte die »road map« für ärger als die Oslo-Abkommen und fragte entsetzt, ob denn die israelische Regierung ganz erblindet sei. Entsprechend fielen die Beschlüsse der Rabbinerversammlung aus – als eine den Regierungsbeschlüssen kraft halachischer Rechtssprechung entgegengesetzte, mit einem strikten Verbot der Rückgabe von Gebieten *Erez Israels* einhergehende Sicht der Entwicklungen und alles in diesem Zusammenhang Bevorstehenden. Parallel zu diesem pathos erfüllten, vom religiösen Establishment organisierten Drama räsonierten am Tage nach der von Militäreinheiten durchgeführten Räumung der Vorposten auch die beiden verbreitetsten Zeitungen Israels (*Ma'ariv* und *Yediot Aharonot*) darüber, dass bei besagter Militärlaktivität sich »Brüder« gegenübergestanden hätten, was unweigerlich die Assoziation vom »Bruderkrieg« aufkommen ließ – man beachte: *Bruder*, nicht etwa Bürgerkrieg, mithin die familiär-ethnische Mystifizierung des innerjüdischen Konflikts als ein am archaischen Zusammengehörigkeitspostulat der Juden rührender Tabubruch.

Gleichwohl gibt dies das Stichwort für ein in der Tat gravierendes Problem, welches im Zusammenhang mit der realen Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts auf keinen Fall unbeachtet bleiben darf. Dass nämlich im oben thematisierten medialen Kontext kulturindustrielle Inszenierungen mit am Werk sind, und dass, wie gesagt, zur Zeit noch mehr Lippenbekenntnis und Schau als praktikable Absichten das erwähnte Politspektakel ankurbeln, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich in alledem doch etwas ankündigt, das die allermeisten Israelis (zumindest vorbewusst) vor ein großes Dilemma stellt, ja mit einer nebulösen Angst vor dem unbestimmten Ausgang des in der Tendenz dieser Entwicklung Angelegten erfüllt. Denn es können noch so viele Israelis (wie laut Erhebungen behauptet) bekunden, dass sie für die Räumung der Siedlungen, die Rückgabe der Gebiete und

die damit einhergehende Errichtung eines souveränen Palästinenserstaates sind; es können noch so viele beteuern, dass sie den Frieden wollen (allerdings nicht wirklich glauben, dass die »andere Seite« ihn ebenso innig anstrebt) – die zwangsläufig damit verbundene Rigorosität des Handelns seitens der Staatsgewalt und die daraus (eventuell) resultierende Gewaltanwendung haben die wenigsten richtig reflektiert. Die allermeisten Israelis gehen davon aus, dass eine Schmerzensentscheidung der Regierung, die besetzten Gebiete zu räumen, trotz des Vetos der Siedler, trotz großen Wehgeschreis und jeder Form passiven Widerstands letztlich respektiert und einigermaßen gewaltlos verlaufen werde, zumal – wie oft hervorgehoben wird – die Siedler sich keiner großen Beliebtheit in der israelischen Bevölkerung erfreuen. Es scheint indes, als spräche aus dieser Einschätzung (wenn sie denn überhaupt bewusst debattiert wird) eher ein Wunschenken, bei dem sich die säkulare Mystik der sogenannten »jüdischen Einheit«, die Unantastbarkeit des Militärs in der israelischen politischen Kultur und die Tabuisierung der Gewaltanwendung von »Juden gegen Juden« miteinander vermengen. Denn solange, wie oben dargelegt, die Entscheidung über einen potenziellen Abbau der Siedlungen und eine Rückgabe der Gebiete pure Rhetorik bleiben, ein politisches Lippenbekenntnis aus taktischen innen- und außenpolitischen Erwägungen, dürften sich die symbolischen Handlungen von staatlicher Rigorosität und siedlerischem Widerstand weiterhin ähnlich ausnehmen wie die Farce der Vorposten-Räumungen, die Theatralik der Rabbinervereinigung und das Geschwätz von »Bruder gegen Bruder« auf den Titelseiten der Tagespresse: nichts Wesentliches, eine Menge Schaumschlägerei, das Gefühl von Bewusstseinswende bei real fortdauernder Okkupationswirklichkeit und Repressionsstruktur.

Sollte es aber zu einer ernstgemeinten Entscheidung kommen, die Okkupation zu beenden, einer Entscheidung, die zwangsläufig die Räumung des allergrößten Teils des jüdischen Siedlungswerks und die endgültige Abgabe der besetzten Territorien an die palästinensische Regierungshoheit zur Folge hätte, sollte also ein realer Schritt zur Beilegung des bereits über ein Jahrhundert währenden Konflikts zwischen Juden und palästinensischen Arabern (mithin mit der arabischen Welt überhaupt) unternommen werden, dann ist es ganz und gar nicht ausgemacht, dass sich der Rückzug der Siedler so zutragen wird, wie man sich es – hoffend, dabei aber eben auch abstrakt – vorstellt. Das will wohlverstanden sein: Es ist nicht undenkbar, dass der allergrößte Teil der Siedler die Regierungsentscheidung, wie immer widerwillig und grimmig, befolgen wird. Diejenigen unter den Siedlern, die ohnehin aus eher ökonomischen Gründen in die okkupierten Gebiete gingen (nicht zuletzt Sharon hat stets dafür gesorgt, dass der Zustrom an Siedlern durch wirtschaftliche Vergünstigungen gewährleistet wurde), dürften bei adäquater Abfindung ohnehin kein allzu großes Problem haben, sich im Kernland Israels neu zu etablieren. Das gravierende Problem wird ganz ohne Zweifel bei den Hardlinern der radikal ideologisierten Siedlerbewegung liegen, jenen fanatisierten Ultras, die eine Räumungsentscheidung der israelischen Regierung nicht nur (mehr oder minder »rational« begründet) für politisch falsch und militärisch gefährlich halten, sondern der Regierung die Legitimation, eine solche Entscheidung überhaupt zu treffen, schlichtweg absprechen.

Denn das macht ja die Brisanz und ungeheure Sprengkraft der nach internationalem Recht »besetzte Gebiete« genannten Territorien aus, vor allem die des Westjordanlands: Sie werden in der Ideologie der jüdischen Siedler keineswegs für besetzt erachtet, vielmehr werden die in ihnen lebenden Palästinenser als Fremde angesehen, Fremde, die man im besten Fall als herrschende Gastgeber ertragen kann, im Grunde aber am liebsten vertreiben würde. Der Grund hierfür liegt nicht etwa in einem quasi-modernen Kolonialbewusstsein, sondern speist sich aus mythisch-archaischer Quelle – für den harten Kern der Siedler, jene ideologische Bewegung, die das Besiedlungswerk Mitte der 1970er Jahre begonnen hat, verkörpert die Eroberung des Westjordanlandes die Rückkehr in das biblische Land der Urväter; Hebron gilt ihnen als die Stadt des jüdischen Urvaters Abraham. Für sie sind diese Orte und Territorien von Anbeginn nie politisches Faustpfand, zweckrational einsetzbare Verhandlungsklausel gewesen. Eine Räumung der Siedlungen und Rückgabe der Gebiete an »fremde Mächte« erscheint ihnen als Gottessakrileg, als Verrat am von Gott verheißenen Heiligen Land. Nicht von ungefähr beschloss die »Rabbinervereinigung«, dass die »road map«-Abmachung der »Auffassung der Thora« diametral entgegenstehe; dass keine Regierung der Welt das geringste Recht habe, die Errichtung eines fremden Staates zu proklamieren bzw. »Teile von *Erez Israel* Fremden zu übergeben«, und alles, was in diesem Sinne vollführt wird, »im Namen des Gottes des jüdischen Volkes, welches im Namen aller Generationen des Volkes hierzu einen Eid geleistet hat, null und nichtig« ist. Ganz in diesem Sinne die dann folgende operative Mahnung: »Es ist der Regierung nach klarem und absolutem Thora-Verbot untersagt, einen Vorposten oder Siedlung zu räumen. Wir müssen mit großer Aufopferung dafür sorgen, dass dies verhindert und jeder, Gott behüte, geräumte Ort neu besiedelt werde.«

Der aktionistisch-messianische Geist, der die Worte der für die Siedler maßgebenden Rabbiner durchweht, kennzeichnet bekanntlich eine gewisse Strömung im modernen religiösen Judentum. Während sich das ultraorthodoxe (*halachische*) Judentum vom gesamten zionistischen Projekt der Errichtung eines Judenstaates mit der Begründung distanzierte, dass die verheißene Zeit der Ankunft des Messias und der Versammlung des gesamten Volkes der Juden im Land der Urväter sowie die Wiedererrichtung des alten Königreichs Israel historisch noch nicht gekommen sei, legte die auf gleichem religiösem Fundament basierende *nationalreligiöse* Bewegung den Zionismus nicht als ein Vergehen gegen Gottes Willen aus, sondern ganz im Gegenteil als eine Station auf dem Weg zur finalen Verwirklichung der messianischen Vision, eine Deutung, die für den Umgang mit den Resultaten des 1967er Krieges schicksalsträchtig werden sollte: Die Eroberung der dem Judentum heiligen Stätten wurde als endgültiger Beweis für die nun bald zu erwartende Ankunft des Messias (*pa'amej maschiach*) ausgelegt. Was laut jüdischer Orthodoxie striktem Verbot unterworfen ist – die eigenmächtige, mithin historisch-politische Vorantreibung der endgültigen Erlösung des jüdischen Volkes (*d'chikat ha'kez*) –, wurde zum Aktionsantrieb der gleichermaßen vom Messianismus wie vom Zionismus beseelten *nationalreligiösen* Bewegung, die in der Tat das zentrale menschliche Kontingent für das mächtige Siedlungswerk in der Westbank und im Gaza-Streifen gestellt hat.

Was mit diesen Ausführungen zur Sprache gebracht werden soll, ist nicht so sehr die inhaltliche Grundlage der Siedlerideologie, als vielmehr die religiöse, ja theologische Dimension dieser Ideologie, mit der das an sich politisch-militärische, seinem Wesen nach also zutiefst *säkulare* Problem der Okkupation aufgeladen ist. Wenn denn die Hardliner dieser politischen Bewegung ihre Bereitschaft proklamieren, eher ihr Leben zu opfern, als einer (ihrer Auffassung nach illegitimen) Entscheidung der Regierung, Gebiete zu räumen und den Palästinensern zu übergeben, Folge zu leisten (*jehareg u'bal ja'awor*), dann muss eine solche Proklamation nicht nur als hohle politische Rhetorik verstanden werden, sondern durchaus auch als Ausdruck einer fanatisierten Aktionsmotivation. Wenn in den Straßen israelischer Städte mittlerweile Aufkleber mit dem politischen Slogan »Rückgabe von Gebieten = Bruderkrieg« zu sehen sind, dann wird damit nicht nur eine taktische Drohung von Bedrohten deutlich, sondern eine ernstzunehmende Vision von durchaus Möglichem. Spätestens seit der Ermordung Itzhak Rabins sollte allen in Israel klargeworden sein, dass es diesen *Erez-Israel*-Ideologen im Ernstfall *todernst* ist, dass sie sich in ihrer Rigorosität auf prekärste religiöse Schiedssprüche rabbinisch-charismatischer geistiger Führer berufen können und dass sie sich glühenden Glaubens in absolutem, eben göttlichem Recht zu wissen meinen.

Es ist dieser Zusammenhang, in dem die gewandelte Rhetorik eines Ariel Sharon, der Aufschrei der Siedlerbewegung, mithin die Chancen für die Verwirklichung der von der Bush-Regierung ins Leben gerufenen und Israel aufoktroierten »road map« gesehen und bewertet werden müssen. Gewiss haben deklarative Symbolhandlungen ihre Eigendynamik, und ganz gewiss ist zu begrüßen, dass gegenwärtig zumindest der Versuch unternommen wird, den Verhandlungstisch wieder zu legitimieren, mitunter die Kampfhandlungen auf beiden Seiten möglichst einzudämmen. Und doch muss man – gerade im Hinblick auf neue sich eröffnende Chancen – realistisch genug sein und das Kriterium für das Gelingen der Prozessdynamik nicht an den Lippenbekenntnissen der Protagonisten festmachen, sondern an der noch bei weitem nicht auf die Probe gestellten Bereitschaft der israelischen politischen Klasse, letztlich aber der gesamten israelischen Gesellschaft, rigoros durchzuhalten, wenn es ans Eingemachte geht und die historische Stunde geschlagen hat, im Rahmen einer finalen Lösung des Konflikts die Siedlungen zu räumen und die Territorien den Palästinensern zu übergeben.

Denn von dieser Bereitschaft hängt nicht nur der Ausgang des gewaltdurchwirkten israelisch-palästinensischen Konflikts ab, sondern ebenso die Zukunft des gesamten zionistischen Projekts. In palästinensischer Perspektive bedeutet die Beendigung des Konflikts die Überwindung eines unerträglichen, von einem großen, dem Wesen nach tragischen historischen Unrecht herrührenden Repressionszustandes; es ist die Perspektive der im Kräfte- und Machtfeld des Konflikts Schwächeren. Aber auch die Wirklichkeit der äußerlich stärkeren Israelis erweist sich mittlerweile als die einer die israelische Gesellschaft durch den fortdauernden Okkupationszustand von innen her zersetzenden Struktur. Israel braucht den Frieden *objektiv* nicht minder als die, die ihn ihm allein geben können, die es aber unentwegt

zu bezwingen trachtet. Es schreibt somit die Perspektivlosigkeit seiner Ausrichtung fest. Denn wenn zum einen, wie hier dargelegt, die Rückgabe der besetzten Territorien mit der Überwindung eines harten Widerstands der Siedlerbewegung einhergehen wird, eines gewalttätigen Widerstands, von dem nicht auszuschließen ist, dass er bürgerkriegsähnliche Formen zeitigen bzw. die israelische Gesellschaft angesichts der bei der Implementierung des staatlichen Machtmonopols gebrauchten Gewalt und der Reaktion auf diese zutiefst spalten könnte, so bedeutet die Entscheidung, den Okkupationszustand fortzusetzen, nichts anderes als die *objektive* Schaffung einer binationalen Struktur. In Israel redet man bereits seit einigen Jahren vom sogenannten »demographischen Problem«. Dies genau – und nicht etwa die humane Einsicht in die Unerträglichkeit der palästinensischen Lebenswirklichkeit – meinte Sharon, als er, plötzlich »gewendet«, davon sprach, dass man 3,5 Millionen Palästinenser nicht dauerhaft beherrschen könne. Denn in der Tat kann der perpetuierte Okkupationszustand nur dazu führen, dass Juden zur Minorität im eigenen Land werden, mithin ein rabiates Apartheidsystem unterhalten, welches den Teufelskreis von Repression, Gewalt und Gegengewalt zwangsläufig steigern, der Tendenz nach gar festschreiben muss. Oder aber man lässt sich willentlich auf eine – wie immer verstandene – binationale Konstellation ein. In beiden Fällen lässt sich die zionistische Vorstellung vom *Judenstaat*, mithin der klassische Zionismus selbst nicht mehr aufrechterhalten. Davon kann gegenwärtig noch keine Rede sein. Aber die Weichen sind strukturell längst in diese Richtung gestellt. Israel kann es sich nicht leisten, den Okkupationszustand fortzusetzen, wenn es seine historische *raison d'être* nicht ad absurdum führen will. Die nach dem Irakkrieg entstandene Situation eröffnet, ganz unabhängig vom subjektiven Bewusstsein des jetzigen US-Präsidenten, Möglichkeiten, deren Umsetzung die Überwindung einer hohlen Friedensrhetorik erfordern. Nicht zu erwarten ist, dass die USA jenseits ihrer geopolitischen Interessen gerade bei dieser Unternehmung rigoros werden könnten. Denn, wie von Akiva Eldar ironisch angeführt, können »die USA den Frieden nicht mehr als die beteiligten Seiten wollen«. Ist aber eine solche Rigorosität von einem Ariel Sharon zu erwarten? Kann er die historische Mission der Eliminierung des Okkupationszustandes erfüllen? Wenn ja, dann nur, indem er sein Lebens-, nämlich das Siedlungswerk opfert. Ob sich nun aber gerade an seiner Person erweisen soll, dass die Quadratur des Kreises doch möglich ist, soll an dieser Stelle nicht endgültig entschieden werden.

Erich Wulff

Moshe Zuckermanns Auskünfte über Israel¹

Es ist nicht leicht für einen Deutschen, Zuckermanns »Auskünfte« zu kommentieren. In ihnen geht es ja nicht nur um den Nahostkonflikt und die Frage nach einer möglichen politischen Lösung desselben. Es geht um die Rechte der Palästinenser auf ein menschenwürdiges Leben in einem eigenen Staat, aber auch um um das Recht der Juden auf eine eigene Zufluchtsstätte, in der sie das Sagen haben – um das Recht also, dass Israel ein jüdischer Staat bleibt. Das letztere gehört aber zu den Fragen, über die Zuckermann zu Recht sagt, dass er über sie mit Deutschen nicht gut diskutieren kann.

Als Legitimation, hier mitzureden, kann ich nur meine jüdische Frau und meine drei jüdischen Kinder anführen. Nicht so sehr die Erwägung dass, was ihnen zustoßen könnte, auch mir zustoße: Das Risiko, dass sie Opfer antisemitischer Diskrimination oder gar Verfolgung werden, ist, wie Zuckermann belegt, in Europa derzeit denkbar gering. Aber über dreißig Jahre lang die jüdischen Feste in der sephardischen Familie meiner Frau mitzufeiern, aus Solidarität mit ihr an den Pessah-Tagen Matzen zu essen, zu Jom Kippur mitzufasten und, noch prägender, jeden Freitagabend meine Frau und meine Tochter die Kerzen anzünden zu sehen und danach mit der ganzen Familie zu essen, das alles hat doch eine Tür zur jüdischen Lebenswelt aufgestoßen, wenn es auch an meiner atheistischen und vernunftgläubigen Grundhaltung nichts geändert hat. Da mein jüdischer Sohn auch noch eine palästinensische Freundin hat, geht die Nahostdebatte quer durch unsere Familie. So meine ich, dass ich ein bisschen mitreden darf. Ich weiß, ich muss es mit Vorsicht tun. Zu sehr hängt mir noch der Nazibegriff des Ehrenariers im Ohr, als dass ich es riskieren wollte, mich spiegelbildlich dazu als eine Art Ehren- oder Möchtegermjuden wiederzufinden.

Was mich an Zuckermanns Vortrag bei der diesjährigen Berliner InkriT-Tagung (vgl. den Bericht in diesem Heft) stark beeindruckt – und noch mehr bei der Lektüre seines Buches – ist zunächst die Verbindung von logischer Stringenz, historisierender Distanz und politisch-moralischem Engagement; die Darstellung komplexester Sachverhalte in einem legeren, betont unpräzisen Umgangston, wie ich es nach Achtundsechzig bei kaum einem Wissenschaftler mehr gehört hatte; da war die dialektische Diskursform, die auf eine Feststellung ihre andere Seite folgen lässt, ein »aber« oder »andererseits«, und dabei weder unverbindlich wird noch vorschnell auf eine versöhnende Synthese zusteuert, eine Diskursform, die immer den historischen Kontext dazuliefert, ohne den auch das radikalste Zuendenken sich in Paradoxien verläuft. Das ganze Buch wird so zu einer einzigen Entmythologisierung des Zionismus wie des Antizionismus, der neuen Religiosität, der Nation und der nationalen Befreiung, deren Entstehungskonstellationen jeweils in ein paar allen verständlichen Sätzen rekonstruiert werden. Zuckermann zeigt, dass nichts sich von selber versteht, dass es vielmehr

1 Moshe Zuckermann, *Zweierlei Israel? Auskünfte eines marxistischen Juden an Thomas Ebermann, Hermann L. Gremliza und Volker Weiß*, Konkret Verlag, Hamburg 2003 (139 S., kart., 12,40 €)

verstanden werden muss und, wenn man den Blick offen hält, auch verstanden werden kann. Und, was vielleicht noch wichtiger ist: er zeigt, dass eben deshalb auch alles – oder doch fast alles – veränderbar ist. Die herausanalysierten historischen Konstellationen zeigen keine eherne Geschichtsmächtigkeit an, sie sind vielmehr Handlungsbedingungen und Anweisungen dazu, wie man es auch anders machen könnte.

Das Buch reproduziert einen Dialog mit drei deutschen Linken. Bedauerlich bleibt, dass deren Fragen und Thesen diesen nicht persönlich zugeordnet werden können. Man wüsste gerne, was Gremliza, was Ebermann, was Volker Weiß gesagt haben. Ihr in Gremlizas Vorwort beschworenes Unisono lässt doch hier und da unterschiedliche Tonlagen durchklingen. Für den Leser wäre es auch interessant gewesen, zu erfahren, wann und wie die deutschen Gesprächsteilnehmer zu ihrer heutigen positiven Haltung zu Israel als jüdischem Staat gekommen sind – denn dass der Kommunistische Bund (KB), dem Thomas Ebermann sintemalen vorstand, viel Verständnis für die seinerzeitige Bedrohung Israels gezeigt hätte, ist mir nicht erinnerlich. Der Hinweis auf den »Balken im eigenen Auge«, den Gremliza gibt, erscheint etwas dünn: eine zuckermannisch inspirierte historische Analyse, wann und wie der Balken hat herausoperiert werden können, wäre hilfreicher gewesen. So aber ist das Ergebnis, dass die eher – in Zuckermanns Sinne – philosemitisch anmutenden Argumente der deutschen Gesprächsteilnehmer sich als wenig tragfähig erweisen: so wenig, dass der Eindruck entsteht, sie wären, wie die Fragen von Tagesthemen-Sprechern an ihre herbeizitierten Experten, gar nicht ernst gemeint, schon deshalb nicht, weil die Frager die Antworten vorweg schon kennen und Zuckermann nur provozieren wollen, sie schlagkräftig zu widerlegen. Schlägt etwa die von Zuckermann analysierte Dialektik von deutschem Philosemitismus und versteckter, aus Schuldgefühlen gespeister Aggressivität gegen Juden also nicht nur beim von Gremliza befürchteten Missbrauch Zuckermanns durch, sondern auch hier, und zwar so, dass Zuckermann auch von den drei deutschen Musketieren als Sprachrohr für diese Aggressivität ins Feld geführt wird nach dem Motto haut die Juden mit dem Juden? Wenn ich hier völlig falsch liege, was möglich ist, wenn also nur eine Art sokratischer Dialog angezielt war, und die drei Deutschen sich nur zur Verdeutlichung von Zuckermanns Positionen philosemitisch verstellten hätten, wäre immerhin zu wünschen gewesen, dass Gremliza dies in seinem Vorwort klar benennt, um diese Zweideutigkeit zu beseitigen.

Zuckermanns Entgegnungen sind von jeder Zweideutigkeit frei. Wo sie zunächst anklingen, löst er sie historisierend auf. Er erklärt, wie viele vor ihm, die Entstehung des Zionismus als Antwort auf den modernen, rassistisch artikulierten Antisemitismus in Europa, der von vornherein den Keim des Eliminatorischen in sich enthielt. Er zeigt, dass die Staatsgründung Israels unabweisbar wurde, als sich dies in der Shoa schrecklich bewahrheitete. Aber er belegt auch, dass die Sonderstellung der Bedrohung der Juden heute nicht mehr so existiert, dass sie nicht mehr stärker bedroht sind als andere Minoritäten, dass der Antisemitismus heute also aufgeht in einer Vielzahl von ethnisch-religiösen und rassistischen Diskriminierungen und Minderheitenverfolgungen. Überzeugend legt Zuckermann dar, dass der Zionismus somit aus objektiv historischer Sicht überholt ist, wenngleich das Bedrohungsgefühl der Juden noch anhält und natürlich auch immer noch in der Shoa sein Echo findet – und

dieses Echo natürlich auch instrumentalisiert werden kann. Er belegt ebenfalls, dass der ursprüngliche Impetus des Zionismus, einen Hort der Sicherheit für überall in der Welt verfolgte und diskriminierte Juden zu schaffen, mittlerweile zum Gegenteil geführt hat: Heute gibt es kaum eine Weltgegend, wo Juden so gefährdet leben wie in Israel. Er widerlegt aber auch die mythologische Entgegensetzung von »künstlich geschaffenen« und »natürlich gewachsenen« Nationen. Am Beispiel des Ivrit zeigt er, dass eine tote Sprache zum Leben erwachen kann wie das Holzspielzeug Pinocchio, dass sie nicht nur Literatur und Poesie, sondern selbst ihren eigenen Slang hervorbringt und so zum Kristallisationskern eines israelischen Nationalgefühls geworden ist. Aber auch die palästinensische Nation ist, ebenso wie die israelische, eine historische Figur, ebenfalls aus Vertreibung und Verfolgung entstanden, und diese Tatsache verbürgt eher ihr Existenzrecht als dass sie es widerlegt.

Zweierlei Israel, was besagt nun dieser Titel? Das säkulare, das sich im Zionismus verwirklicht hat, und das ihm entgegengesetzte religiöse, auf das der Zionismus gleichwohl als unverzichtbare Definitionskordinate der Nation angewiesen bleibt; das orthodoxe und das national-religiöse. Das europäisch-ashkenasische und das orientalischesephardische, das expansionistische und das friedenswillige, das Israel der Juden und das der arabisch palästinensischen Minorität. Das sind ethnische, religiöse, soziale und kulturelle Artikulationen, die sich überschneiden. Jede muss aus ihrer eigenen Entwicklungsdynamik, aber auch in ihrer Verflechtung mit den anderen bedacht werden. Zuckermann hat sich dieser Aufgabe mit Scharfsinn und Klarsicht unterzogen, doch ohne jede selbstgefällige Bespiegelung, mit einfachen Worten, als wenn er einem Kind die Funktionsweise eines Baukastens erklärte.

Die Frage, wie der Konflikt gelöst werden kann, findet in dem Buch, wie sollte es anders sein, keine endgültige Antwort. Es gab eine Zeit, schreibt Zuckermann, da die Palästinenser von einem binationalen, säkular demokratischen Staat redeten (120). Davon rede heute kein Palästinenser mehr. Voraussetzung für die Überwindung des Nationalen sei die Lösung des Nahostproblems. Diejenigen, die heute das Sagen hätten, dächten in Begriffen wie nationale Selbstbestimmung. Auch bei den Palästinensern gehe es um die Antwort auf lange Leiderfahrung. Sie wollten einen eigenen Staat, auch wenn, wie im Falle der Juden und Israels, die meisten Palästinenser nicht in diesem Staat leben würden. Aber die Möglichkeit soll es geben. Offensichtlich müssten Kollektive seit der Französischen Revolution eine nationale Phase durchmachen, um zum Ergebnis zu kommen, dass diese historische Phase ein Riesenproblem darstellt (120f).

Zwei Staaten also, in den Grenzen von 1967. Aber wie geht das, ohne sowohl einen innerisraelischen als auch einen innerpalästinensischen Bürgerkrieg zu provozieren? Zuckermann ist überzeugt davon, dass nur die nicht-religiöse Rechte, der Likud also, das durchsetzen kann, die Linke sei in jedem Falle mit von der Partie. Sollte also Sharon sich gegen alle Erwartung als der Mann erweisen, der den Durchbruch zum Frieden bewerkstelligt, so verspricht ihm Zuckermann folgerichtig auch seine Unterstützung (127). Aber die meisten Israelis ahnen auch, dass sie vor der Skylla, dem potenziellen Bürgerkrieg, und der Charybdis, einem binationalen Staat stehen (127).

Vier Bedingungen führt Zuckermann auf für einen denkbaren Frieden: einem Frieden, bei dem sich auch die palästinensische Autonomiebehörde vielleicht gegen die

Islamisten durchsetzen könnte: 1. die Räumung der besetzten Gebiete, 2. den Abbau der Siedlungen, 3. eine Regelung der Jerusalem-Frage und 4. eine symbolische Anerkennung des Rückkehrrechts der Palästinenser in Form einer Anerkennung des 1948 begangenen Unrechts der Vertreibung. Die Aufnahme von 100 000 bis 400 000 palästinensischen Rückkehrern – mehr würden es nach Zuckermann nicht sein – würde aus Israel noch keinen binationalen Staat machen, so dass auch moderate Zionisten ein solches beschränktes Rückkehrrecht akzeptieren können müssten.

Zuckermann verkennt nicht, wie klein heute die Chancen zu einer derartigen Lösung sind: Barak und Arafat waren ihr 1999 in Taba schon sehr nahe gekommen. Seither ist, durch die Selbstmordattentäter, aber auch die israelische Armee, sehr viel Blut geflossen. Zuckermann nimmt auch zum Terror Stellung. Ebensowenig wie Georges Labica (in Arg. 249) kapituliert er, Historiker, der er ist, vor der Mythologisierung dieses Begriffes. Er analysiert die Verschränkung von Gewalt und Gegengewalt, macht darauf aufmerksam, dass die Palästinenser, verfügten sie über Panzer und Kampffluhschrauber, gerne auf die Selbstmordattentate verzichten würden. Aber anders als Labica, der den Terror der Attentäter rechtfertigt, ja sogar um Verständnis für deren Glorifizierung in künftigen Ehrenmalen wirbt, und den Begriff des »unschuldigen Zivilisten« anhand der Meinungsumfragen in Israel über die Zustimmung zu den eigenen »Vergeltungs«-Operationen in Frage stellt, sagt Zuckermann dazu kurz und eindeutig: »dass es einen Zustand gibt, der das zeitigt – die israelische Okkupation und Gewalt – rechtfertigt nicht die Billigung des Gezeitigten« (119).

In Zuckermanns Buch geht es nicht nur um den zum Krieg angefachten Nahostkonflikt. Er beschreibt auch mit äußerster Subtilität und einem Schuss Humor die israelische Gesellschaft: die Verschiedenheit der aschkenasischen und orientalischen, aber auch der sowjetjüdischen Kultur, die kulturell und ethnisch überformten sozialen Spannungen, die Mythologisierung und Instrumentalisierung der Shoa, und er definiert die Sicherheitsängste der jüdischen Israelis, die, gespeist aus der objektiven Gefährlichkeit der gegenwärtigen Situation, ihr Echo bis in die Shoa finden, als »den Kitt der israelischen Gesellschaft«. Manches erfährt man auch über die israelischen Araber, die er – und das ist eine wichtige semantische Korrektur – israelische Palästinenser nennt und die auch noch fünfundfünfzig Jahre nach der Staatsgründung Bürger zweiter Klasse geblieben sind.

Am Schluss seines Buches kommt Zuckermann auf die linken Antisemiten zu sprechen. Eine der Quellen dieses Antisemitismus ist die Unfassbarkeit von Auschwitz, die manche Deutsche mit einem Philosemitismus beantwortet haben, in dem sich »eine Aggression verbarg, die nur auf ihre Chance wartete, zurückzuschlagen«; die Chance kam, als »der Staat Israel Unrecht beging« (139). Wenn die Palästinenser den Holocaust instrumentalisieren, wenn sie ihre Vertriebenen hochrechnen, »damit ein Äquivalent zu den ermordeten Juden entsteht, hat das noch mit ihren eigenen Leben etwas zu tun. Wenn Linke sich diese Instrumentalisierung zu eigen machen« (also das von Israel begangene Unrecht mit der Shoa aufrechnen), verselbständigt sich etwas zu einem »Antisemitismus als kulturellem Code« (139). »Diese linken Antisemiten sind meine Todfeinde. Das sage ich auch aus persönlicher Enttäuschung.« (Ebd.) So beschließt Zuckermann sein Buch, dem die weiteste Verbreitung zu wünschen ist.

Kolja Lindner, Urs T. Lindner, Thomas Maul

Antisemitismus und Terror

Gegen Labica

Der Antisemitismus, enthalten im Anti-Israelismus oder Anti-Zionismus wie das Gewitter in der Wolke, ist wiederum ehrbar. Er kann ordinär reden, dann heißt das ›Verbrecherstaat Israel‹. Er kann es auf manierlichere Art machen und vom ›Brückenkopf des Imperialismus‹ sprechen. (Jean Améry, angesichts des linken Antizionismus nach dem 6-Tage-Krieg, 1969, 215)

Seit Beginn der zweiten sog. Intifada erscheint Israel in der Weltöffentlichkeit verstärkt als Goliath, der es auf einen verzweifelten David abgesehen hat. Die über 3000 NGOs beispielsweise, die vorgelagert zur UN-Rassismus-Konferenz 2001 in Durban zusammentrafen, legten einen Resolutionsentwurf vor, in dem israelische Politiken zu »Akte[n] des Völkermords, der ethnischen Säuberung und des Umweltrassismus (*environmental racism*)« erklärt wurden (Entwurf 2001).¹

Georges Labicas Beitrag im Argument 249 ist in diesem Kontext zu sehen. Er kulminiert in einer Huldigung der palästinensischen Suizidattentate (46)² und redet einem »Kampf« gegen »den Imperialismus der Globalisierung unter us-amerikanischer Vormundschaft« und »für die Rechte der Völker« (47) das Wort. Dazu hat Labica unter Verweis auf ideologische Gebrauchsweisen des Terrorismus-Begriffs dessen kritischen normalsprachlichen Impuls desartikulierte und den nach dem 11.9.01 hegemonialen Terrorismus-Diskurs einfach umgedreht. Der Terminus »Staatsterrorismus« (43) deklariert bei ihm die Anti-Terror-Politiken der USA und Israels als »Rollenverkehrung [...], bei welcher der Henker sich als Opfer ausgibt« (45). Demgegenüber ist in einem *ersten* Schritt ein kritisch-materialistischer Terrorismus-Begriff zu profilieren. Im Unterschied zur gängigen Forschungspraxis³ interessiert uns nicht nur die terroristische Form, sondern auch der Inhalt der palästinensischen Suizidattentate. Deshalb sind *zweitens* gesellschaftstheoretische Überlegungen zum modernen Antisemitismus vorzunehmen, die wir anhand von Panarabismus und Islamismus konkretisieren. Schließlich ist *drittens* entgegen Labicas einseitiger Deutung des sog. Nahostkonflikts an dessen Komplexität zu erinnern: Der Konflikt hat verschiedene miteinander artikulierte Logiken. Der Antisemitismus ist eine davon, die – so lautet unsere These – gegenwärtig jedoch dominiert.

1 Vgl. die entsprechende Distanzierung von ProAsyl (2001).

2 Die Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf Argument 249.

3 Vgl. den Literaturbericht von Tietze 2003.

1. Terrorismus

Jede kritische Annäherung an das Problem des Terrorismus setzt Überlegungen zur Frage der Gewalt voraus. Labicas Text beginnt antiideologisch: Gewalt kann »nicht als ein Begriff aufgefasst und in eine einsinnige Definition eingeschlossen werden« (41). Gewaltförmig sind nicht nur sichtbare und körperliche politische Praxen von diktatorischen Regimen, Gewalt gehört vielmehr zur sozioökonomischen Grundausstattung von Gesellschaften, »deren grundlegende Form das Lohnverhältnis darstellt, wobei Krankheiten, Hunger, Elend und Tod die leider alltäglichen Folgen schreiend ungleicher Existenzbedingungen sind« (ebd.). Fängt man im Unterschied zu Labica mit der Ware an, um den Wertbegriff über die Geldform, Kapitalform, Lohnform bis »ins gelobte Land des Profits, des Zinses und der Rente« (Althusser 1972, 12) zu entwickeln, muss kein ominöser »Imperialismus« bemüht werden. Die »schreiend ungleichen Existenzbedingungen« sind Effekte systemischer Gewalt, die die Resultate der unmittelbaren und physischen Gewalt der Kolonisation nach deren Ende weltmarktvermittelt reproduziert und exponentiert.⁴

Das hat nichts mit »Ökonomismus« zu tun; vielmehr ist damit die Notwendigkeit von Formen betont, die die sozioökonomischen regulieren, ohne sie beherrschen zu können: Recht, Staat und Nation – Formen gesellschaftlicher Verhältnisse, die relativ autonom sind, d.h. unselbständig einer eigenen Logik gehorchen. Ein Nachdenken über Gewalt hat hier fortzufahren: Der »Form Staat« (Agnoli 1975/1995, 24) obliegt die politische Artikulation von Interessen und die Herstellung umfassender gesellschaftlicher Ordnung – nicht durch Verzicht auf Gewalt, sondern gerade durch ihre Monopolisierung. Mikrophysikalisch funktioniert das über Staatsapparate, in denen Individuen durch Disziplinierung dressiert werden – das repressive Korrelat zu ihrer ideologischen Anrufung als Subjekte (vgl. Althusser 1977, 140ff; Charim 2002, 91ff).

Systemische Gewalt ist also nicht nur Medium des sozioökonomischen Zusammenhangs, sondern auch der politischen Formen. In diesen liegt, dass die Gewalt nicht-staatlicher Akteure staatlicherseits als illegitim gelten muss, und – sofern sie sich gegen den Staat richtet oder seinen Interessen entgegensteht – für terroristisch erklärt wird. Einer Binsenweisheit gleichen deshalb Befunde, dass die diskursiven Grenzen zwischen Terrorist und Freiheitskämpfer fließend sind und ihre Etablierung davon abhängt, wer die Definitionshoheit besitzt (vgl. Funk 1997). Kritischer Gesellschaftstheorie geht es dem gegenüber um Rekonstruktion sachlicher Differenzierungen von politischen Praxen, die sich keineswegs in Diskursen erschöpfen.

4 Wir sprechen von systemischer Gewalt, um Zwänge zu thematisieren, denen alle Gesellschaftsmitglieder – wenn auch mit höchst ungleichen Voraussetzungen und Resultaten – unterworfen sind, die also nicht auf Herrschaftsprojekte zwischen Personengruppen zurückführbar sind. Damit ist zugleich gefasst, was den Kapitalismus von allen übrigen Produktionsweisen unterscheidet: die apersonale Vergesellschaftung. Es ist zweifelhaft, wie Labica die systemische Gewalt als die »schlimmste Form von Gewalt« (41) zu bezeichnen. Wer kann ernsthaft behaupten, dass es »schlimmer« wäre, an Hunger in Afrika zu sterben als z.B. durch Todesschwadronen in Lateinamerika? Die systemische Gewalt ist nicht »schlimmer«, sondern grundlegender, da sie den Eingeweiden kapitalistischer Herrschaft angehört.

Labicas Text verdunkelt dieses gesellschaftstheoretische Grundanliegen mit der Behauptung, für den Terminus ›Terrorismus‹ würden »ähnliche Schwierigkeiten« (41) wie für den der Gewalt gelten. Statt die als »gang und gäbe« eingeführte Definition, dass Terrorismus »das blindlings begangene Verbrechen [ist], das es auf unschuldige Zivilpersonen abgesehen hat«, wie angekündigt »auf den Prüfstand« (ebd.) zu stellen, weist er ausschließlich ihre ideologischen Verwendungsweisen nach. Die Argumentation verbleibt zudem an der ideologietheoretischen Oberfläche, da der ideologische Gebrauch als Lüge und »Meinungsmanipulation« (45) verhandelt, und nicht die Frage gestellt wird, woher er seine Wirkmächtigkeit bezieht.

Stattdessen versucht Labica durch Etymologie den Terror-Signifikanten in eine revolutionäre Konstellation zu transponieren und damit positiv zu wenden: ›Terror‹ bezeichne in der jakobinischen Phase der französischen Revolution politische Gewaltpraxen, die die Revolution »retten« sollen (42); zur Zeit der bolschewistischen Revolution sei der »rote Terror« [...] nur in Bezug auf den ›weißen Terror‹ zu verstehen. »Im Bürgerkrieg stehen die Revolutionäre an der Macht gegen die Gegen-Revolutionäre, die sie stürzen wollen.« (ebd.) Diese Etymogelei zeugt von einer eigentümlichen Distanzlosigkeit zu den Klassikern: Marx und Lenin konnten noch synonym von Terror und revolutionärer Gewalt sprechen (vgl. Labica 1988) – wir können es nicht. Die dem Terrorismus anhaftende »nicht diskutierbare Bedeutung« (41) ist keinem – wie Labica suggeriert – Tabu geschuldet, das der us-amerikanische Terrorismus-Diskurs nach dem 11.9. errichtet hat. Vielmehr haben mit ihr die faschistischen und stalinistischen Verbrechen Eingang ins kollektive Gedächtnis der Menschheit gefunden.

Die ›gang und gäbe‹ Terrorismus-Definition trägt dem Rechnung. Normalsprachlich reflektiert sie in sich den politischen Gewalt-Überschuss, dem staatlicherseits jede systemische Dimension fehlt und der sich auf Seiten nicht-staatlicher Akteure mit keinem noch so ›hehren Ziel‹ rechtfertigen lässt. Dieser Terrorismus-Begriff ist sprachliche Einspruchsinstanz, die den Menschen bleibt, um wenigstens gegen die Spitze des Eisberges an Gewalt zu protestieren. Er ist als »protoideologisches Material« (PIT 1986, 183) zu verstehen, das innerhalb des hegemonialen Terrorismus-Diskurses beständig ideologisiert wird. Kritik an diesem Diskurs kann nicht in einfacher Negation des Terrorismus-Begriffs bestehen, sondern muss versuchen, diesen antiideologisch auszuarbeiten. Dazu sind Präzisierungen notwendig, die sich auf die Beschaffenheit des nicht-systemischen Überschusses richten. Systemische Gewalt ist keine ›Wesenheit‹ der ›Hinterwelt‹. Sie existiert immer nur innerhalb konkreter sozioökonomischer oder politischer Praxen. Die Maßnahmen der Polizei etwa exekutieren in der Regel das staatliche Gewaltmonopol und dennoch gehört dazu gerade in demokratischen Gesellschaften die Situation eines sei es infinitesimalen Ausnahmestandes, in dem die Polizisten souveräne Entscheidungen statuieren. Der dabei entstehende Gewaltüberschuss bewegt sich im Rahmen systemischer Zweck-Mittel-Relationen und kann nicht als terroristisch bezeichnet werden.

Im Unterschied zur Frage nach der Angemessenheit der Mittel geht es beim Terrorismus-Begriff um den Adressaten. In der präzisierten normalsprachlichen Definition ist Terrorismus erstens keine ›blindlings‹, sondern zielgerichtet aus-

geübte Gewalt. Zweitens gibt es in gesellschaftstheoretischer Perspektive keine ›unschuldigen Zivilpersonen‹, da ›Schuld‹ eine nicht nur juristische, sondern auch moralisch-religiöse Kategorie ist.⁵ Ein kritisch-materialistischer Begriff definiert den Terrorismus daher als *zielgerichtet ausgeübte Gewalt gegen Personen, die an einer Auseinandersetzung nicht direkt beteiligt sind*.

Erst dann lässt sich sinnvoll darüber diskutieren, ob Gewaltpraxen staatlicher und nicht-staatlicher Akteure der Form nach terroristisch sind. Die palästinensischen Suizidattentate müssen als terroristisch bezeichnet werden, weil es sich um zielgerichtet ausgeübte Gewalt gegen Personen handelt, die an der militärischen Auseinandersetzung zwischen dem Staat Israel und der palästinensischen Nationalbewegung nicht direkt beteiligt sind.⁶ Ein israelischer ›Staatsterrorismus‹, der den Suizidattentaten äquivalent wäre, existiert nicht, da der jüdische Staat keine gezielte Tötung palästinensischer Zivilisten vornimmt. Wenn ein Hamas-Führer liquidiert wird, dann macht sich darin systemische Gewalt geltend als Gewalt zum Schutze der eigenen Staatsbürger; zu hinterfragen ist nicht der Adressat, sondern das Mittel, besonders wenn der Tod nicht direkt beteiligter Palästinenser in Kauf genommen wird. Nur ganz bestimmte israelische Politiken lassen sich als staatsterroristisch bezeichnen – wenn z.B. die Familien von Attentätern deportiert oder ihre Häuser zerstört werden. Während demokratische Staaten wie Israel Zustimmung hegemonial organisieren und Herrschaft primär über systemisch-mikrophysikalische Gewaltmaßnahmen ausüben, sind Regime wie zuletzt der baathistische Irak in ihrer wesentlichen Verfasstheit staatsterroristisch, da dort Herrschaft über zielgerichtete Repression gegen große Teile der Bevölkerung vonstatten geht.

Die in der Annotation der Argument-Redaktion getroffene Feststellung, für Labicas Text spreche, dass er »den islamistischen Terror in einem Koordinatensystem von Gewalt und Gegengewalt rekonstruiert« (47), verfehlt insofern die Problematik, als sie unterstellt, die beteiligten politischen Akteure würden in einer einzigen Logik quasi behavioristisch aufeinander einwirken, mit dem Terror als notwendigem Resultat. Damit ist nur die tautologische Evidenz reproduziert, dass in einer Gewalt-Spirale Gewalt und Gegengewalt einander bedingen. Demgegenüber sind die palästinensischen Suizidattentate ihrem Inhalt und ihrer terroristischen Form

-
- 5 Auch Labica problematisiert den Terminus »zivile und unschuldige Opfer« (45) — freilich nicht theoretisch, sondern politisch-äußerlich: Nicht etwa die Deutschen, die in ihrer überwältigenden Mehrheit die Ermordung der europäischen Juden und den Überfall auf die halbe Welt durchgeführt, unterstützt oder zumindest geduldet haben, relativieren für ihn die Rede von ›unschuldigen Zivilisten‹, sondern Amerikaner und Israelis, weil sie nicht ihren gewählten Regierungen opponieren (45).
- 6 Labica stellt die palästinensischen Fedajin in eine Reihe mit Vietcong und FLN, um sie gemeinsam unter die »antikolonialen Kämpfe« zu subsumieren (42). Für die koloniale Situation, die Franz Fanon eindrücklich als »manichäische Welt« (Fanon 1969, 31) beschrieben hat, als Welt voll unmittelbarer Gewalt, Herrschaft und rassistischer Herabsetzung, in der den Kolonisierten nur noch der Gewalt-Exzess bleibt, um überhaupt einen menschlichen Status zu erringen, mag es in der Tat schwierig sein, auf Seiten der Kolonisatoren zwischen direkter und indirekter Beteiligung zu unterscheiden. Von Kolonisation aber kann in Bezug auf Israel keine Rede sein (vgl. 3).

nach in einem Koordinatensystem von *Herrschaft* zu rekonstruieren. Terrorismus ist Resultat definierter politischer Herrschaftsprojekte, die aus gesellschaftlichen Auseinandersetzungen entspringen.

2. Antisemitismus

Labicas Figur eines »weit verbreiteten und häufig erpresserisch zugunsten der israelischen Regierung eingesetzten Antisemitismusvorwurf(s)« (45) gehört einem Diskurs an, in dem eine ›Holocaust-Industrie‹ (Finkelstein) in ›Drohoutine‹ eine ›Moralkeule‹ (Walser) schwingt. Dabei geht Labica davon aus, dass es »nicht mehr primär der Jude ist, wohl aber der Araber und der Muslim, die als Arme überdeterminiert und von vornherein diskriminiert werden« (45). Im Medium quantitativer Ungleichsetzung (»nicht mehr primär«) vollzieht er unter den Gattungsbegriffen »Rassismus« und »Ablehnung des Anderen« (ebd.) eine qualitative Gleichsetzung von Antisemitismus und Orientalismus.⁷ Kritischer Gesellschaftstheorie geht es dagegen um einen Antisemitismus-Begriff als »verständige Abstraktion« (MEW 42, 20). Im Unterschied zum christlichen Antijudaismus, der bereits eine umfassende soziale Diskriminierungs- und Verfolgungspraxis kannte, ist der Antisemitismus ein genuin modernes Phänomen, datierbar ins 19. Jahrhundert. Auch wenn er seine diskursive Kohärenz erst durch die sozialdarwinistischen ›Rasse‹-Theorien erhalten hat, lassen sich schon in einfacher Phänomenologie signifikante Unterschiede zum (modernen) Rassismus feststellen: Jüdische Menschen sind keine äußere Gefahr, sondern der innere Feind; sie sind keine gewöhnliche ›Rasse‹, sondern die ›Gegenrasse‹; sie verkörpern keine ›primitive‹ Naturnähe, sondern einen ›dekadenten‹ Überschuss an Zivilisation; kurz: sie sind das Metasubjekt, das hinter den ›Übeln‹ der Moderne (Kapitalismus und Kommunismus) steckt (vgl. Poliakov 1979ff).

Rassismus als Subjektionsmodus weißer Überlegenheit ist ein Resultat der europäischen Kolonialgeschichte und hat heute seine materiellen Grundlagen in ethnisierter Arbeitsteilung und nationalstaatlichen Grenzregimen. Antisemitismus dagegen ist ein pathischer Projektionsmechanismus (vgl. Adorno/Horkheimer 1944/1987, 217ff), der die »allgemeine Beleuchtung« der kapitalistischen Formen (MEW 42, 40) heimsucht – als Moment ihrer Verdunklung. Er ist Artikulation von zwei aufeinander irreduziblen Elementen: *erstens* dem spontanen Antikapitalismus, der wesentlich die Personalisierung von Geldfetisch und Fetischismus des zinstragenden Kapitals beinhaltet; und *zweitens* dem Dispositiv organischer Vergemeinschaftung, in dem jüdische Menschen als Gegenprinzip konstruiert werden. Unter ›Dispositiv organischer Vergemeinschaftung‹ verstehen wir eine gesellschaftliche

7 Solch schlechte Allgemeinheit wird nicht dadurch überwunden, dass Orientalismus und Judenfeindschaft gemeinsam zum ›Antisemitismus‹ gerechnet werden, da sie sich angeblich beide gegen die ›semitische Rasse‹ richten, wie kürzlich auch Balibar (vgl. 2002) behauptet hat. »Antisemitismus [hat] niemals [...] mit irgend etwas anderem als den Juden zu tun gehabt und steht deshalb Arabern genauso wie anderen als Option zu Gebote.« (Lewis 1987, 137)

Anordnung, die eine sei es nationale, kulturelle oder religiöse Kollektivanrufung stiftet, in der Juden als das Andere naturwüchsiger Loyalitäten bestimmt sind. Erst die Verbindung von Personalisierung systemischer Gewalt und Gegenprinzip konstituiert die Gefährlichkeit und Allmacht (»jüdische Weltverschwörung«), die im Antisemitismus den Juden zugeschrieben wird und die die »Befreiung« der Gesellschaft von ihnen als notwendig erscheinen lässt.⁸ Im Antisemitismus steht die Tötung im Zentrum: »Was er [der Antisemit] wünscht, was er vorbereitet, ist der *Tod* des Juden« (Sartre 1954/1994, 33) – und sei es »nur« in Form der Friedhofsschändung.⁹

Im Antisemitismus leben die Individuen das herrschaftliche Verhältnis zu ihren Existenzbedingungen – besonders in Zeiten fundamentaler Gesellschaftskrisen. Deshalb ist er auch nicht auf den geographischen Entstehungskontext bestimmter antisemitischer »Ideen« beschränkt. Nach dem weltweiten Siegeszug kapitalistischer Vergesellschaftung muss die globale Verbreitung des spontanen Antikapitalismus und seine Artikulation mit dem Dispositiv organischer Vergemeinschaftung auch in außereuropäischen Kontexten gedacht werden. So sind in Lateinamerika reale Gewalterfahrungen us-amerikanischer Politik häufig mit dem Imaginären von »Ostküste« und »zionistischer Weltverschwörung« artikuliert. Der »Wandel« von weniger »rassischen« zu mehr politischen Begründungen ist »eher einer des Ausdrucks und der Betonung als einer der Substanz«, bedingt durch »die Atmosphäre und die vorherrschende Ideologie, in der man sich bewegt« (Lewis 1987, 310). Der sekundäre Antisemitismus, der in Europa bevorzugtes Medium für Projektionen auf Israel ist, verweist auf die geopolitische Verlängerung des Antisemitismus im Antizionismus: Die systemische Gewalt, die von den Formen Staat und Nation ausgeht, wird in Israel und dem Zionismus metonymisiert.¹⁰ Damit ist nicht die Möglichkeit eines nicht-antisemitischen Antizionismus bestritten – in seiner hegemonialen Gestalt jedoch ist er antisemitisch aufgeladen.

Gewinnt Labica durch analytische Reduktion eine einfache politizistische Kausalität (Bin Laden als »Klon der CIA«, 46), so versucht materialistische Theorie auch den arabischen Antisemitismus genetisch aus den gesellschaftlichen Verhältnissen zu rekonstruieren, und zwar in seiner politischen Vermittlung durch Panarabismus

8 Wenn Jörg Huffschnid (2001, 13) Finanzkrisen damit erklärt, dass »Banken oder andere Finanzkonzerne aus Gier und kurzfristigem Gewinninteresse unsachgemäß mit den Institutionen einer modernen Geldwirtschaft umgehen«, dann handelt es sich um spontanen Antikapitalismus. Die kritische Rede vom »strukturellen Antisemitismus« erklärt wenig. Huffschnids Figuren sind Platzhalter, die antisemitisch ausgefüllt werden können. Das geschieht jedoch nicht automatisch, sondern durchs Dispositiv organischer Vergemeinschaftung hindurch. Der Antisemitismus gehört nicht zu den objektiven Gedankenformen im Marxschen Sinn, ist aber über den spontanen Antikapitalismus in ihnen situiert.

9 »Die Verwüstung der Friedhöfe ist keine Ausschreitung des Antisemitismus, sie ist er selbst.« (Adorno/Horkheimer 1944/1987, 213)

10 Zu den jüngsten antisemitischen Artikulationen in Lateinamerika vgl. Kreuzer/Vogel 2003; zum Begriff des sekundären Antisemitismus vgl. Rensmann 1998, 231ff; zu den antisemitischen Gehalten im Antimperialismus und Antizionismus sowjetischer Provenienz vgl. Lustiger 1998, zum antisemitischen Antizionismus der deutschen Linken vgl. Haury 1992.

und Islamismus. Beide sind spezifisch moderne Politikprojekte, die sich zunächst gegen die Kolonisation wenden und dann gegen die im Zuge der Entkolonisierung vollzogene Aufteilung arabischer Gesellschaften in verschiedene Nationalstaaten. Sie befinden sich dabei in Gegensatz zum linken Befreiungsnationalismus und seiner Konzeption der Nation, die paradigmatisch und problematisch von Fanon als politischer Kohäsions- und Aufklärungsmechanismus postuliert wurde, der ethnische Separierungen und traditionale Herrschaft überwinden soll. Entstanden in der Zerfallszeit des Osmanischen Reichs mit den Zentren Irak (1920er bis Anfang der 40er Jahre) und Ägypten (1950er und 60er Jahre) verfolgt der *Panarabismus* ausgehend von einem völkischen Nationenverständnis das politische Ziel arabischer Einigung, die sich in einem säkularen gesamtarabischen Staat materialisieren soll. War der Antisemitismus zuvor in arabischen Gesellschaften ein marginales Phänomen¹¹, so verbreiterte er sich mit der Liaison von Panarabismus und Nationalsozialismus – weniger durch aktive Propaganda der Nazis als vielmehr durch deren völkisch-ideologische Attraktionskraft (vgl. Lewis 1987, 172). Jüdische Menschen verkörpern seitdem bestimmte austauschbare Seiten der Moderne: Kolonialismus, Kommunismus oder ›Imperialismus‹.

Nicht »die imperialistischen Politiken« (46) seit den 1950er Jahren haben den *Islamismus* hervorgebracht. Er nahm seinen Ausgang im Ägypten der späten 1920er Jahre mit Gründung der Muslimbruderschaft, die bereits gegen Ende der 1930er Jahre zu einer politischen Massenbewegung wurde (vgl. Küntzel 2002, 29) und bis heute ideologischer Fixpunkt des sunnitischen Islamismus geblieben ist. Im Mittelpunkt steht eine Redefinition des Jihad-Begriffs, der im Hochislam ›Anstrengung‹ in der Glaubenspraxis meinte, hin zur Auffassung eines ›Heiligen Krieges‹, den die islamische Gemeinschaft gegen die ›Ungläubigen‹ führen muss. Jüdische Menschen werden dabei als Gegenprinzip halluziniert, das für die welthistorische Schwächung des Islam verantwortlich sein soll. Trotz der politischen Zielvorstellung einer ›Gottesherrschaft‹ (vgl. Tibi 2002, 87ff) ist das Verhältnis zum Panarabismus kein einfacher Gegensatz: die Islamisten bekämpfen ihn ob vorgeblicher Apostasie, während der Panarabismus seinerseits nur eine halbierte Säkularisierung vollzogen und den Islam als »Faktor der nationalen Identität gewürdigt [hat], der nach aktuellem politischen Bedarf ideologisch mobilisiert werden kann« (Meier 2002, 52).

Die bleibende Niederlage, die der Panarabismus im 6-Tage-Krieg erlitt, ist die *erste* entscheidende Ursache für den ungeheuren Aufschwung, den der Islamismus seit den 1970er Jahren genommen hat. In der islamischen Überlieferung, in der sich der Triumphalismus mohammedanischer Eroberungen zu einem Bild sedimentiert hat, das Juden als verächtlich und böse, zugleich aber unbedeutend und ungefährlich darstellt (vgl. Lewis 1987, 137ff), klaffte angesichts der israelischen militärischen

11 Die frühe Genese des arabischen Antisemitismus vollzog sich in zwei Etappen: Zunächst wurde im 19. Jh. der christliche Antijudaismus aus Europa ›importiert‹; der moderne Antisemitismus fand seine erste Resonanz in der Denunziation der jungtürkischen Revolution von 1908 als ›jüdischer Verschwörung‹ (vgl. Lewis 1987, 137-165).

Übermacht eine Intelligibilitätslücke. Der Islamismus mit seiner Adaption antisemitischer Verschwörungstheorien konnte sie ausfüllen und sich als Traditionswahrer aufspielen: das Jüdische war nicht mehr nur böse, sondern alles Böse jüdisch.

Die *zweite* Ursache für das Erstarken des Islamismus liegt im Scheitern nachholender Entwicklung, das nicht nur dem Nasserismus, sondern auch dem linken Befreiungsnationalismus den Garau machte. Für den hegemonialen Krisen-Bewältigungsversuch steht Sadat, der seit Beginn der 1970er Jahre ein Projekt neoliberaler Islamisierung forcierte: Seine ›Politik der Öffnung‹ (*infitah*), in deren Zentrum umfangreiche Privatisierungsmaßnahmen und Begünstigungen für ausländische Direktinvestitionen standen, wurde begleitet von einer Re-Legalisierung der unter Nasser verbotenen Muslimbruderschaft und Islamisierungsprogrammen in sämtlichen kulturellen Kontexten. Zunehmende Einkommensdisparitäten und fehlende soziale Sicherungen waren idealer Nährboden für den Islamismus, der das Elend in sozialen Netzwerken auffangen und auf dieser Grundlage zum ideologischen Siegeszug antreten konnte (vgl. Küntzel 2002, 74ff).

Die iranische Revolution von 1978 ist die *dritte* Ursache: Mit dem Islam als »Vokabular«, in dem der Konflikt ausgetragen und gelebt wird« (Lemke 1997, 321), markiert die ›politische Spiritualität‹ Teheraner Provenienz einen Umbruch, der im Bewusstsein vieler Muslime als »Sieg gegenüber der Macht des Kolonialismus bzw. postkolonialer Hegemonie, versinnbildlicht in der westlichen Supermacht USA« (Meier 2002, 102) wahrgenommen wird. Der Islamismus kann sich fortan als eigenständiger Entwicklungspfad zwischen Kapitalismus und Sozialismus gerieren, der im Rahmen der bipolaren Weltordnung ein jeweils taktisches Verhältnis zu den beiden Supermächten eingenommen hat.

Die schiitische Revolution hat zudem zu einer massiven Militarisierung islamistischer Praxis geführt. Sie hat sowohl den Djihaad gegen die Sowjetunion in Afghanistan angeschoben als auch den Kampf der palästinensischen Moslembrüder gegen Israel (vgl. Schreiber/Wolffsohn 1993, 322): Es handelt sich um eine synergetische Anordnung, aus der Ende der 1980er Jahre die islamistischen Terrorgruppen Hamas und Islamischer Dschihad hervorgehen. Von besonderer Relevanz für die heutige Situation ist, dass diese Anfang der 1990er Jahre unter Einfluss der schiitischen Hisbollah und der iranischen Revolutionsgarden die Techniken des Suizidattentats erlernt haben (vgl. Tietze 2003, 67).

3. Überdeterminierung

Althusser's Unterscheidung zwischen Determinante und Dominante bietet sich auch für den sog. Nahostkonflikt an, da sich mit ihr die Artikulation verschiedener Konfliktlogiken in ihrem zeitlichen Verlauf denken lässt – als eine Gliederung, die sich in gesellschaftlichen Kämpfen beständig verschiebt (vgl. Althusser 1969, 153; 1972, 140).

Grundstruktur, d.h. Determinante des Konflikts ist eine Auseinandersetzung um Land und Ressourcen, die politisch als Kampf um nationale Konstitution ausgetragen wird. Dabei stehen sich zunächst der Zionismus und die in Palästina ansässigen

Araber gegenüber, später der Staat Israel und die palästinensische Nationalbewegung. Überdeterminiert ist der Konflikt durch wenigstens zwei Logiken: *erstens* die geopolitischen Konstellationen zunächst englischer und französischer Kolonialpolitik, später der Blockkonfrontation und gegenwärtig der ›Neuen Weltordnung‹, die nicht nur direkt auf den Konflikt einwirken, sondern auch den Rahmen abgeben, innerhalb dessen Israels arabische Nachbarn in ihn involviert sind. *Zweitens* Antisemitismus: dieser gehört einerseits zur Grundstruktur, insofern der Zionismus die jüdisch-nationale Antwort auf den europäischen Antisemitismus darstellt; hinter der historischen Zuspitzung der grundsätzlichen Konflikt-Dynamik durch jüdische Einwanderung stehen antisemitische Verfolgungs- und Vernichtungspraxen. Andererseits definiert der Antisemitismus eine eigenständige Konfliktlogik, insofern die Juden im Panarabismus, Islamismus und deren widersprüchlicher Integration durch die palästinensische Nationalbewegung zum Gegenprinzip werden, von dem ›Arabertum‹, Islam‹ und das ›Heilige Land‹ nur durch die Vernichtung Israels ›befreit‹ werden können. Unsere These ist, dass bis zum UN-Teilungsplan von 1947 die Grundstruktur des Konflikts auch seine Verlaufsform bestimmt hat, also Determinante und Dominante zusammenfallen. Nach der israelischen Staatsgründung bis zum Ende der 1980er Jahre war es die geopolitische Konstellation der Blockkonfrontation, die für den Konfliktverlauf den Rahmen abgegeben hat. Seit der ersten Intifada ist ein Prozess in Gang gekommen, in dem der Antisemitismus mit dem Scheitern des Friedensprozesses von Oslo und der zweiten sog. Intifada zur dominierenden Konfliktlogik geworden ist.

Bei Labica erscheint der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern als koloniale Auseinandersetzung, in der Herr und Knecht einander gegenüberstehen. Kolonisation wird jedoch in marxistischen Kontexten gängigerweise charakterisiert als

politische Herrschaft über Bevölkerungen zwecks ökonomischer Ausbeutung (oder als ökonomische Reserve), um ein äußeres Herrschaftsgebiet zu errichten im Rahmen der Aufteilung der Welt zwischen kapitalistischen Ländern (Gallissot, 657).

Weder agierte der Zionismus von einer sicheren *homebase*, um von dort aus Land und Ressourcen anzueignen, noch geschah derlei im Medium von Raub und unmittelbar physischer Gewalt. Das Land, das die Zionisten seit Ende des 19. Jahrhunderts besiedelten, wurde von der Jewish Agency gekauft. Die Warenform des Bodens spielte dabei die Rolle eines »ökonomischen Penetrationsvehikel[s]«, das wegen des Fehlens eines arabischen Nationalstaates als einer »Penetrationsbarriere« (Diner 1980, 28) erfolgreiche Aneignung zeitigen konnte. Dieses Paradebeispiel systemischer Gewalt wurde ermöglicht durch die bloß formelle, d.h. nicht die gesellschaftliche Praxis durchdringende osmanische Eigentumsreform von 1858: Eigentümer war, wer einen Katastereintrag erwarb und Steuern zahlte, ohne dass damit auch die faktische Verfügungsgewalt über den Boden einherging. Diese durch physische Gewaltanwendung zu realisieren, wurde erst mit der zionistischen Präsenz zur gängigen gesellschaftlicher Praxis. Der Zionismus dringt damit in eine »historische Lücke zwischen den Gesellschaftsformationen«, in der »kein vorkapitalistisches Grundeigentum *mehr* [besteht], während die durch die bürgerlichen Rechtsformen indizierten ökonomischen und politischen Verhältnisse sich *noch nicht* haben durchsetzen können« (ebd., 38).

Die systemisch-ungleichzeitige Aneignung bekam durch den UN-Teilungsplan von 1947 auch politische Materialität. Während des anschließenden israelisch-arabischen Krieges vergrößerte sich das israelische Staatsgebiet gegenüber dem Teilungsplan und es entstand das palästinensische Flüchtlingsproblem: nicht durch zentral geplante Vertreibung, sondern durch eine Vielzahl von Faktoren, zu denen auch Terroraktionen einzelner israelischer Einheiten gehörten (vgl. Morris 2001). Von den vier weiteren Kriegen, deren Ursachen und politische Konsequenzen maßgeblich durch die Blockkonfrontation bedingt sind, hatte nur der 6-Tage-Krieg entscheidende Wirkung auf die konfliktuale Grundstruktur: zu seinen militärischen Ergebnissen gehört die Besetzung von Gaza und West-Bank, in deren Gefolge es innerhalb der israelischen Gesellschaft zu einer massiven politischen Verschiebung nach rechts gekommen ist. Dieser Entwicklung liegt kein Masterplan zugrunde; es handelt sich vielmehr um eine historische Fundsache: Zunächst waren die besetzten Gebiete ein Faustpfand, das gegen ein Friedensabkommen eingetauscht werden sollte. Die Tatsache, dass dieses sowohl von Seiten der arabischen Nachbarstaaten als auch der PLO abgelehnt wurde, bestärkte expansionistische Tendenzen innerhalb der israelischen Gesellschaft. Die daraus erwachsende Siedlungspolitik gehorchte einerseits militär-strategischen Erwägungen, andererseits einer religiös-nationalen Vision von Groß-Israel. Dass die Besetzung massive Diskriminierung der Palästinenser zur Konsequenz hat, kann niemand ernsthaft bestreiten. In diesem Zusammenhang jedoch von Apartheid zu sprechen, verharmlost die südafrikanische Geschichte: dem israelischen Besatzungsregime fehlt nicht nur die rassistische Motivation, sondern auch eine juristische Kodifizierung, die Bevölkerungsgruppen voneinander trennt, in Kategorien unterteilt und in nahezu allen Lebensbereichen Ungleichheiten festschreibt (vgl. Mpahlwa 1997, 42f).

In den späten 1980er Jahren waren innerhalb der palästinensischen Nationalbewegung säkular-nationalistische Kräfte hegemonial, die Israel zu politischen Zugeständnissen zwingen wollten, um einen unabhängigen palästinensischen Staat zu errichten. Heute bilden jedoch islamistische Gruppen, v.a. Hamas und islamischer Dschihad, die hegemoniale politische Kraft. Der Islamisierungsprozess, der die 90er Jahre durchzogen hat, besitzt verschiedene Ursachen: Bereits bei ihrer Gründung 1988 verfügte die Hamas durch ihre Vorgängerorganisationen vor allem in Gaza über breit gefächerte soziale und Bildungseinrichtungen, die sie im Laufe der 90er Jahre v.a. mit saudischer Unterstützung noch deutlich hat ausbauen können (vgl. Schreiber/Wolffsohn 1993, 355). Während nach dem Ende der Sowjetunion der säkulare Antiimperialismus als Referenzsystem an Plausibilität eingebüßt hat, konnte auch die palästinensische Autonomiebehörde (PA) die in sie gesetzten Hoffnungen auf bessere Lebensbedingungen nicht erfüllen. Statt dessen hat sie ein korrupt-klientelistisches Regime errichtet, das gerade im sozialen und kulturellen Sektor den islamistischen Gruppen freie Hand lässt. Und schließlich hat auch Israel nach 1993 weder mit dem Siedlungsbau aufgehört, noch Maßnahmen gegen die Prekarisierungsprozesse in den palästinensischen Gebieten ergriffen.

Die islamistische Hegemonie ist keine Frage der quantitativen Anhängerschaft, sondern besteht darin, dass die Islamisten in der Lage sind, sämtlichen anderen

politischen Gruppen ihre Praxen aufzuzwingen und dafür in der palästinensischen Gesellschaft Zustimmung zu organisieren. Dabei ist es ihnen gelungen, den Antisemitismus hegemonial zu machen. Dies zeigen die Suizidattentate, in denen terroristische Form und antisemitischer Inhalt verschmelzen: Ob Militär, Siedler oder linke Friedensaktivisten, die in einem Jerusalemer Café zusammengetroffen sind – weder die gesellschaftliche Position der Opfer, noch ihre politische Haltung spielt eine Rolle. Es geht darum, möglichst viele jüdische Menschen zu töten, weil sie Juden sind. Die Hamas beruft sich unverhohlen auf die *Protokolle der Weisen von Zion* als Beweis für eine jüdische Weltverschwörung (Charta, Artikel 32). Sie will »das Banner Allahs über jedem Zentimeter Palästinas hissen. [...]Initiativen, Resolutionen und internationale Konferenzen sind reine Zeitverschwendung« (Charta, Art. 6). Wer in diesem Kontext von »Verzweiflung« spricht (vgl. Zuckermann 2003, 62), kapituliert davor, die antisemitische Wirklichkeit zu denken. ›Verzweiflung‹ kann zu vielerlei Handlungen Anlass geben: Man kann sich auf der Straße verbrennen, in Schulen Amok laufen, sich prostituieren, Alkoholiker, Dieb oder auch Kommunist werden.¹²

Palästinensische Suizidattentate besitzen eine komplexe motivationale Grundlage: Sie verbessern in der Regel die materielle Situation der Familie, die für jeden Attentäter Geldschenkungen erhält. Die Tötungshemmung wird überwunden durch eine Ideologie, die für das Leid des eigenen Kollektivs den einzelnen Juden verantwortlich macht. Zum Abbau von Selbsterhaltungsdimensionen verhelfen die Verweise auf Djihad, Märtyrertum und Paradies: »Gott ist ihr Ziel, der Prophet ihr Vorbild, der Koran ihre Verfassung, der Dschihad ihr Weg, und der Tod auf dem Wege Gottes ihr erhabenstes Verlangen.« (Charta, Art. 8) Dies ›Todessehnsucht‹ zu nennen, bedeutet nicht, einem biologischen ›Todestrieb‹ das Wort zu reden, sondern eine ideologische Subjektion zur Kenntnis zu nehmen, in der die Individuen als Subjekte angerufen werden, die sich gestützt auf jenseitige Versprechungen für die ›Gemeinschaft‹ opfern. Diese Anrufungen werden in einem Ensemble gesellschaftlicher Rituale erzeugt – sei es das Gebet, das Singen von Kinderliedern oder der Konsum von Fernsehsendungen – und erhalten durch die (kollektive) Stilisierung der Attentäter zu Märtyrern zusätzliche Plausibilität. Die Praktiken, die Verzweiflung zu mörderischer Handlungsfähigkeit ausarbeiten, sind nicht an den Rändern, sondern in der Mitte der palästinensischen Gesellschaft angesiedelt – mit dem Antisemitismus als wahnhaft-projektives Repräsentationssystem, in dem die Menschen das herrschaftliche Verhältnis zu ihren Existenzbedingungen leben.¹³

12 Zuckermanns Vergleich der Lage der Palästinenser mit der der Menschen im Warschauer Ghetto (vgl. 2003, 62) ist unzulässig – völlig unabhängig vom Sprechort. Was immer sich Palästinenser subjektiv einbilden: weder widersetzen sie sich mit ihrem Suizid einer unausweichlichen lebenden Gefangennahme, noch nehmen sie irgendwelchen Nazis die Genugtuung einer Tötung bzw. reißen sie mit in den Tod.

13 Als Beispiel hierfür können die palästinensischen Schulbücher gelten: Die jordanischen und ägyptischen Schulbücher, die die PA seit Anfang der 90er Jahre als Unterrichtsmaterial benutzt, sind voll von antisemitischen Stereotypen, die auch in den neuen, von der PA in Auftrag gegebenen Schulbüchern keineswegs verschwunden sind, vgl. MEMRI 2002.

4. Conclusio

Die Fragen, die Labica gestellt hat, um die normalsprachliche Terrorismus-Definition auszuhebeln, haben wir anhand der palästinensischen Suizidattentate zu verhandeln versucht: »Wer sind die ›Terroristen‹? Wer sind ihre ›Opfer‹? Im Namen welcher Ideologie handeln sie? Welches sind ihre Beweggründe? Welche Ziele verfolgen sie?« (42) Unser Fazit lautet, dass die Attentate der Form nach terroristisch und dem Inhalt nach antisemitisch sind – mehr noch: dass sie menschlicher Emanzipation diametral zuwiderlaufen und deshalb bekämpft werden müssen.

Die Konstellation im Nahen Osten entzieht sich jedem einsinnigen Zugriff. So sehr ein Ende der durch das israelische Besatzungsregime erzeugten Diskriminierungen notwendig ist, so wenig werden einseitige Lösungsvorschläge eine Perspektive eröffnen können. Wird die These von Amos Oz (vgl. 2002) ernstgenommen, dass Israel einen doppelten Krieg führt – Verteidigungskrieg gegen Antisemitismus und zugleich Besatzungskrieg –, stellt sich die momentane Situation aporetisch dar: weder eine Räumung noch ein Verbleib in den besetzten Gebieten wird den Konflikt zu lösen vermögen. Nur wenn ein Abzug der israelischen Armee von einem Kampf gegen Antisemitismus innerhalb der palästinensischen Gesellschaft begleitet wird, kann eine tragfähige Friedensperspektive entstehen. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass das Projekt menschlicher Emanzipation derzeit auf Scharon hoffen muss, einen Militär, der für die Massaker von Sabra und Schatilla mitverantwortlich zeichnet (vgl. Schreiber/Wolffsohn 1993, 296ff), und auf Abbas, einen Geschichtsrevisionisten, in dessen Dissertation davon die Rede ist, dass die Zahl der jüdischen Shoah-Opfer »weniger als eine Million gewesen sein mag« (zit. n. Yehoshua 2003).

Literatur

- Adorno, Theodor W., u. Max Horkheimer, *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente* (1944), in: Max Horkheimer, *Gesammelte Schriften* Bd. 5, Frankfurt a.M. 1987, 11-290
- Agnoli, Johannes, »Der Staat des Kapitals« (1975), in: ders., *Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik*, Freiburg i.Br. 1995, 21-89
- Althusser, Louis, *Für Marx*, Frankfurt/M 1969
- ders., *Ideologie und ideologische Staatsapparate*, Hamburg-Berlin 1977
- ders., u. Etienne Balibar, *Das Kapital lesen*, 2 Bd., Reinbek 1972
- Améry, Jean, »Der ehrbare Antisemitismus«, in: ders., *Widersprüche*, München 1969, 214-20
- Balibar, Etienne, »Eine selbstkritische Konzeption des Feindes: Zur Doppelgestalt von Judenhass und Araberhass«, *FR*, 25.6.2002
- Charim, Isolde, *Der Althusser-Effekt. Entwurf einer Ideologietheorie*, Wien 2002
- Charta (der Hamas), www.palestinecenter.org/epap/documents/charter.html, 2003
- Diner, Dan, *Israel in Palästina. Über Tausch und Gewalt im Vorderen Orient*, Königstein/Ts. 1980
- Entwurf (Dokumentation des NGO-Entwurfs zur Rassismus-Konferenz in Durban), »Mit allen Mitteln«, *Jungle World*, 35, 2001
- Fanon, Franz, *Die Verdammten dieser Erde*, Reinbek 1969

- Funk, Albrecht, Stichwort »Terrorismus (internationaler)«, in: U. Albrecht u. H. Volger, *Lexikon der internationalen Politik*, München-Wien 1997, 483-85
- Gallissot, René, Stichwort »Kolonisation, Kolonialismus«, in: G. Labica (Hg.), *Kritisches Wörterbuch des Marxismus* Bd. 4, Hamburg 1986
- Haury, Thomas, »Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus«, in: L. Polikav, *Vom Antizionismus zum Antisemitismus*, Freiburg i.Br. 1992, 125-59
- Huffschnid, Jörg, *Politische Ökonomie der Finanzmärkte*, Hamburg 1999
- Kreutzer, Mary, u. Wolf-Dieter Vogel, »Viva Osama! Lateinamerikanische Linke und ihr Feindbild USA«, in: *iz3w* 269, 6/2003, 33-35
- Küntzel, Matthias, *Djihad und Judenhass*, Freiburg i.Br. 2002
- Labica, Georges, Stichwort »Terrorismus«, in: ders. (Hg.), *Kritisches Wörterbuch des Marxismus* Bd. 7, Hamburg 1988
- Lemke, Thomas, *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*, Berlin-Hamburg 1997
- Lewis, Bernard, »*Treibt sie ins Meer*«, *Die Geschichte des Antisemitismus*, Frankfurt/M 1987
- Meier, Andreas, *Politische Strömungen im modernen Islam. Quellen und Kommentare*, Wuppertal 2002
- MEMRI (Middle East Media Research Institute), Nahost-Schulbuchstudie, www.memri.org, 2002
- MEW = Marx-Engels-Werke, Bd. 1-43, Berlin/DDR 1957ff
- Morris, Benny, »Vertreibung, Flucht und Schutzbedürfnis. Wie 1948 das Problem der palästinensischen Flüchtlinge entstand«, *FAZ*, 29.12.2001
- Mpahlwa, Luyanda, Stichwort »Apartheid«, in: U. Albrecht u. H. Volger, *Lexikon der internationalen Politik*, München-Wien 1997, 42-45
- Oz, Amos, »Wir führen einen Krieg zuviel«, *FAZ*, 4.4.2002
- PIT (Projekt Ideologie-Theorie), *Theorien über Ideologie* (1979), Berlin 1986
- Poliakov, Leon, *Geschichte des Antisemitismus*, 8 Bd., Worms 1979ff
- Pro Asyl, Distanzierung von der NGO-Erklärung in Durban, <http://www.proasyl.de/presse01/sep03.htm>, 2001
- Sarire, Jean-Paul, *Überlegungen zur Judenfrage* (1954), Reinbek 1994
- Schreiber, Friedrich, u. Michael Wolffsohn, *Nahost. Geschichte und Struktur des Konflikts*, Opladen 1993
- Tibi, Bassam, *Fundamentalismus im Islam – Eine Gefahr für den Weltfrieden?*, Darmstadt 2002
- Tietze, Nikola, »Selbstmordattentate: ein Literaturbericht«, in: *Mittelweg* 36, 12. Jg., 2003, H. 3, 65-76
- Yehoshua, Yael, »Abu Mazen: A Political Profile«, <http://www.memri.org/bin/articles.cgi?Page=countries&Area=palestinian&ID=SR01503>, 29.4.2003
- Zuckermann, Moshe, *Zweierlei Israel? Auskünfte eines marxistischen Juden an Thomas Ebermann, Hermann L. Gremliza und Volker Weiß*, Hamburg 2003

Friederike Habermann

Wie anders ist eine Welt möglich?

Globalisierung und Widerstand

»Wir müssen die Welt nicht erobern. Es reicht, sie neu zu erschaffen. Durch uns. Heute.« In diesen Worten der Zapatistas finden sich die wichtigsten Erkenntnisse des Marxismus wie des Poststrukturalismus in gebündelter Form wieder. Antonio Gramsci betitelte (unglücklich militaristisch) mit »Stellungskrieg« versus »Bewegungskrieg« seine grundlegende Erkenntnis, dass es bei weitem nicht ausreicht, die Regierungsmacht zu ergreifen, sondern dass Veränderungen in der (Zivil)Gesellschaft und in den Menschen tiefgreifender erfolgen müssen – poetischer sagen es die Zapatistas. Darüber hinaus wird in diesen Worten deutlich, dass es letztendlich nichts Essentialistisches gibt – nichts, was nicht auch durch die menschliche Tätigkeit verändert werden könnte. Mit anderen Worten, es geht ums Ganze: um die ganze Welt, denn nichts weniger als diese wird von der »globalisierungskritischen Bewegung« beansprucht – diesen Begriff versucht Attac durchzusetzen, in berechtigter Ablehnung des Begriffes »Anti-Globalisierungsbewegung«, denn was ist unsere trans-, inter- oder anti-nationale Vernetzung anderes als die wunderschöne Form einer anderen Globalisierung? Auf Attac und weitere Teile der Bewegung trifft der Begriff der »Globalisierungskritiker« durchaus auch zu. Doch die Bewegungen, um die es hier gehen wird, trifft der Ausdruck »globaler Widerstand« besser: Diesen geht es nicht darum, die Globalisierung in ihrer derzeitigen Form kritisch zu begleiten, sondern gegen die neoliberale Globalisierung zu kämpfen und eine emanzipatorisch getragene Globalisierung von unten zu gestalten.

I.

Attac besetzt den Slogan »Eine andere Welt ist möglich!«, um ihn dann mit Tobin Tax, Riester-Rente und Gesundheitsreform zu füllen. Doch daraus entsteht noch keine neue Welt, dies ist lediglich der gute alte Traum vom Wohlfahrtsstaat. Dass dieser nicht nur auf der Grundlage einer bestimmten Phase kapitalistischer Produktions- und damit Ausbeutungsverhältnisse beruhte, sondern auch auf einem spezifischen Geschlechterverständnis, auf der Ausplünderung des globalen Südens und der natürlichen Umwelt, wird tendenziell übersehen. Natürlich sind Forderungen nach einem Leben in Würde im Alter oder als Kranke absolut richtig – aber war das alles? Auch in radikaleren Kreisen bleibt der Traum einer anderen Welt in der Regel der reinen Ökonomie verhaftet, meist sogar der kapitalistischen. Eine Diskussion innerhalb des Arbeitsschwerpunkts Weltwirtschaft der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) beispielsweise zeigte, dass Forderungen nach

Abschaffung von Organisationen wie dem IWF, der Weltbank oder der WTO von der großen Mehrheit als zu abwegig eingeschätzt wurden – trotz der vom Referenten Ulrich Brand (2002) vorgetragenen Argumente, dass die Forderung nach einer Reform dieser Institutionen lediglich bedeuten würde, organische Intellektuelle des Neoliberalismus zu spielen, da sie die Botschaft beinhaltet, dass jetzt, wo die Krisen den Norden erreichen, die Regulation des Kapitalismus nur nicht gelungen, jedoch möglich sei. Eine noch stärkere Abwehr rief die Forderung nach der Abschaffung von Geld hervor: zu unrealistisch sei dies.

Für was für eine Welt kämpfen wir eigentlich? Bekanntlich sah Marx noch die gelungenste Einkommensverteilung als eine falsch verstandene Utopie an:

Eine gewaltsame *Erhöhung des Arbeitslohns* [...] wäre also nichts als eine *bessere Salairierung der Sklaven* und hätte weder dem Arbeiter noch der Arbeit ihre menschliche Bestimmung und Würde erobert. Ja selbst die *Gleichheit der Saläre*, wie sie Proudhon fordert, verwandelt nur das Verhältnis des jetzigen Arbeiters zu seiner Arbeit in das Verhältnis aller Menschen zur Arbeit. Die Gesellschaft wird dann als abstrakter Kapitalist gefasst (MEW Erg. I, 520f).

Marx ging es gerade nicht ums Geld, sondern darum aufzuzeigen, welche Gewalt wir uns mit dieser Welt des Geldes, des Kapitals und des Wertes antun. Mit ihrem träumerischen Slogan, die Welt »neu zu erschaffen«, fanden die Zapatistas Mitte der 1990er Jahre weltweit Widerhall. Ihrem Aufruf, »ein kollektives Netzwerk all unserer Teilkämpfe und Widerständigkeiten zu bilden, welches Unterschiedlichkeiten respektiert und Ähnlichkeiten anerkennt« (in der *Zweiten Erklärung von La Realidad*), folgten viele jener kleinen Bewegungen, welche sich parallel zu den zehn Jahre währenden Vorbereitungen im Urwald von Chiapas weltweit mit einem ähnlichen Politikverständnis gebildet hatten: Weder wie die K-Gruppen (nach) 1968 sich nur für den Kapitalismus als »Hauptwiderspruch« zu interessieren, noch wie bei den in Abgrenzung dazu entstehenden Neuen Sozialen Bewegungen nur jeweils eine Identität oder beispielsweise nur die Atomkraft zu thematisieren. Der Aufstand der Zapatistas im mexikanischen Chiapas am ersten Geltungstag der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA gilt damit vielen – also solchen, die dabei nicht nur an Seattle denken – als die Geburtsstunde der neuen transnationalen Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung.

Nachdem erste Kontakte über die zapatistischen »Interkontinentalen Treffen gegen den Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft« geknüpft worden waren, bildete sich in Genf im Februar 1998 ein weltweites Netzwerk für Informationsaustausch und Aktionskoordinierung – *Peoples Global Action*. Genf war nicht zufällig gewählt: Drei Monate später sollten hier Staatschefs und Minister zur zweiten WTO-Konferenz zusammentreffen. WTO: We Take Over – so lautete die optimistische Umdeutung des Kürzels schon anderthalb Jahre vor Seattle. Tatsächlich kam es zu Protesten, in welchen der Polizeichef von Genf – wie er mehrfach wiederholte – den Beginn einer Bewegung wie 1968 sah. Auf allen Kontinenten kam es im Rahmen von PGA zu Protestaktionen gegen die Weltwirtschaftspolitik, darunter 40.000 Menschen in Brasilien und 100.000 in Indien, sowie zu einer *Global Street Party* in 37 Ländern gleichzeitig.

Diese Bewegungen, welche die globale Widerstandsbewegung ins Leben riefen, gehen mit weniger Vorsicht daran, die ›unrealistischen‹ Träume von einer anderen Welt zu verwirklichen. Eines der Grundprinzipien von *Peoples Global Action* ist: »Eine klare Ablehnung von Kapitalismus, Imperialismus und Feudalismus, sowie aller Handelsabkommen, Institutionen und Regierungen, welche eine zerstörerische Globalisierung fördern.« So entstand beispielsweise die Idee, beim ersten Europäischen Sozialforum in Florenz im November 2002 einen Autonomen Raum (space) zu gestalten, »mit einem Bein im ESF und mit einem Bein draußen, ersteres aber mit beiden Füßen«. Das heißt, nicht in Konfrontation mit dem ESF, aber in klarer inhaltlicher Abgrenzung – vor allem in bezug auf eine Kritik des etatistischen, also staatsbezogenen Lösungsverständnisses, auf die Forderung nach Bewegungsfreiheit als universellem Recht sowie der Idee der *gratuité*, des geldfreien Zugangs zu Gütern. Offensichtlich herrscht bereits auf europäischer Ebene weniger Angst vor ›unrealistischen‹ Forderungen als auf der bundesdeutschen.

Warum wir Menschen nur schwer über unsere selbstgemachte Welt hinausdenken können, diese Frage verfolgte schon Marx (vgl. MEW 23, 85ff). Statt dass sich Menschen als Schöpfer der gesellschaftlichen Verhältnisse erkennen, werden sie von diesen beherrscht: Von den Bewegungs- und Betätigungsformen, in denen gedacht und gehandelt wird und in denen Prioritäten und Interessen hergestellt werden. Ihr eigenes Tun tritt ihnen als fremde Macht mit eigener Sachgesetzlichkeit gegenüber. Marx fasste Menschen sowohl als aktive Subjekte, als schöpferische Wesen auf, als auch als passive Objekte, die dem sozialen Einfluss ihrer Umwelt ausgesetzt sind. Die Menschen schaffen in einem langen historischen Prozess die materiellen und institutionellen Bedingungen ihrer sozialen Welt (vgl. MEW 3, 33). Sie tun dies nicht allein, sondern in Kooperation mit anderen. Die einzelnen Menschen, als gesellschaftliche Individuen, können es auch nicht uneingeschränkt nach ihrem eigenen Willen und eigenen Wünschen tun, sondern sind den Gesetzen, die der gegebenen sozialen Struktur immanent sind, untergeordnet. Aber es sind Menschen, die diese Welt geschaffen haben, und Menschen können sie auch verändern.

Eine solche Sichtweise auf das Werk von Marx trifft sich mit dekonstruktivistischen Ansätzen, welche sich vorwiegend mit dem *Wie?* auseinandersetzen, und das alltägliche *doing* und den Diskurs in den Blick nehmen. Zentral ist der Begriff der Hegemonie im Sinne Gramscis, als ständiger Machtkampf, nicht zuletzt um den Alltagsverstand der Menschen. Hegemonietheorie und dekonstruktivistische Theorien teilen den Anspruch, Herrschaftsverhältnisse nicht als essentialistisch oder deterministisch oder als den Individuen äußerlich zu verstehen, sondern als Praxis, nicht nur durch gesellschaftliche Gruppen reproduziert, sondern genauso durch das Denken und Handeln der gesellschaftlichen Individuen. Ebenso teilen sie, Diskursen eine konstituierende Bedeutung zuzusprechen und Subjektpositionen zu hinterfragen. Dabei ermöglicht der Begriff der Hegemonie (besser als der Begriff des Diskurses) – im Sinne von Poulantzas – die Erfassung von Institutionen als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen.

Im Widerstand kann es nur darum gehen, diese Kräfteverhältnisse zu verschieben – und nicht darum, als Gut-Menschen in gegebenen Machtverhältnissen mitmischen zu wollen. Das macht den Erfolg von Widerstand in der Geschichte oft so schwer greifbar: Weil er von unten arbeitet, manchmal erst, wenn die Bewegung zerplatzt ist, in tausend Teile zersprungen und doch sich im Alltagsbewusstsein der Menschen etwas bewegt hat, und plötzlich selbstverständlich erscheinen lässt, was vorher außerhalb des Vorstellungsvermögens der meisten lag. Eine Erkenntnis dieses Prozesses lässt so viel mehr möglich erscheinen an Veränderung, als der herrschende Alltagsverstand glauben mag.

In Deutschland ist es nahezu unmöglich, sich eine Gesellschaft jenseits der bestehenden vorzustellen, jenseits von Lohnarbeit. Es herrscht eine doppelte Angst: vor dem Ausschluss aus der Arbeit und vor den Verhältnissen in der Lohnarbeit. Die Arbeitslosigkeit steigt, und mit ihr die Fälle von Mobbing und psychischen Erkrankungen. Die jüngsten Initiativen zum Umbau des Sozialstaates zielen darauf ab, Menschen unter allen Umständen in Lohnarbeitsverhältnisse zu Niedriglöhnen und schlechten Arbeitsbedingungen hinein zu zwingen oder sie aus dem Sozialversicherungssystem hinaus zu drängen. Das alles birgt aber vielleicht eine Chance: War es in Bolivien die Privatisierung des Wassers, in Frankreich die Handelsbeschränkung für Spezialitäten von pasteurisiertem Käse und in Großbritannien der Straßenausbau, so könnte sich in Deutschland vielleicht ein Unbehagen entwickeln gegen Angst, Arbeitslosigkeit und schlechte Arbeitsverhältnisse. Vielleicht sollten wir in Deutschland – wie in den 70er Jahren die Frauenbewegung – damit beginnen, in Selbsterfahrungsgruppen Bewusstseinsbildungsprozesse zu fördern, um so im kollektiven Rahmen unsere Erfahrungen als Quelle von Erkenntnis und politischer Analyse zu nutzen. Die kanadische Postgewerkschaft CUPW geht so vor: in vierwöchigen Kursen wird Gewerkschaftsmitgliedern die Möglichkeit gegeben, ihr Leben mit etwas Abstand zu betrachten und danach zu fragen, welche Zwänge ihnen durch den Kapitalismus auferlegt werden. Psychische Belastung, Arbeit als Last statt als erfüllende Tätigkeit und Konkurrenzdruck könnten einige davon sein. Wenn sie sich bewusst geworden sind, was diese mit ihnen machen und wie ein anderes Leben aussehen könnte, wissen sie zumeist auch, was sie dafür bereit sind einzusetzen: Verhaftet zu werden beim »Überbringen« von Briefen an die Staatschefs während des G8-Gipfels in Kananaskis zum Beispiel, um nur eine der – für deutsche Gewerkschaften doch sehr untypischen – Aktionsformen der CUPW zu nennen.

Es darf dabei nicht darum gehen, aus der eigenen Erfahrung unhinterfragte Schlüsse zu ziehen, welche die eigene Verortung, die eigene Identität bzw. Subjektivität außer Acht lassen. Es muss darum gehen, mit Konzepten wie z.B. Frigga Haugs Erinnerungsarbeit eine reflektierte politische Analyse gemeinsam mit anderen erwachsen zu lassen, und das eigene Sein zu hinterfragen. Aus dieser politischen Analyse müssen neue politische Aktionen erfolgen, und aus den politischen Aktionen erwachsen neue (Gegen-)Erfahrungen, und daraus wiederum neue Analysen, und daraus neue Handlungsmöglichkeiten – und daraus eine neue Wirklichkeit.

Um die Welt neu zu erschaffen, brauchen wir analytische Begriffe, die uns helfen, die Durchdringung der Welt und von uns selbst mit Ideologien und Diskurs zu verstehen – und daraus eine Praxis entstehen zu lassen. Doch marxistische und feministische oder postkoloniale Theoriestränge existieren auf seltsame Weise unverbunden nebeneinander. Eine genauere Betrachtung der jeweiligen Begriffe lässt leicht erkennen, dass dies nicht so sein muss: Die einen sagen »Ideologie« und denken an Erkenntnis- und Existenzweise, an einen komplizierten Prozess von Kräfteverhältnissen im Ringen um Hegemonie und um den fragmentierten Alltagsverstand – doch die anderen hören nur: »falsches Bewusstsein«. Die anderen sagen »Diskurs« und denken an das verworrene Spiel von differenten Bedeutungen, immer durchdrungen von Machtverhältnissen, unauflösbar ohne Zentrum – doch die ersten hören nur: »Alles ist Text«. Und während die einen von »Praxen« reden, merken sie nicht, wie nah sie sich an den anderen befinden, wenn diese von »Performance« sprechen: Nicht »anything goes« ist im Poststrukturalismus gemeint, sondern das mühevoll Ringen um Veränderung in den täglichen Handlungen, die unsere Existenzweise ausmachen.¹

Die Frage bleibt, wie jenseits der überlebten Versuche von Reformen oder Machtübernahme fundamentale Veränderungen möglich sind. Selbstverständlich gibt es aus der entfremdeten Welt des Kapitalismus kein Entkommen, und es gibt auch nicht das heile Leben in der Subsistenz-Oase. Aber was passiert, wenn wir unsere Subjektpositionierung als KonsumentInnen oder ArbeitskraftverkäuferInnen ebenso als konstruiert erkennen wie *Sex* und *Race*? Wenn unsere interaktiven Konstruktions- und Selbstkonstruktionsprozesse *Sex* und *Race* konstruieren, gibt es dann – auf der Ebene von Alltagswissen und Alltagshandeln – auch ein *doing capitalism*? Wird auch der Kapitalismus von uns täglich wieder aufs Neue hervorgebracht? Dann aber müsste es auch möglich sein, sich ihm que(e)r zu stellen (vgl. Patel/Habermann 2000). Antworten auf diese Fragen gibt es noch nicht, doch nach solchen zu suchen, ist in Vernetzungen wie *Peoples Global Action* am spannendsten. Nicht zufällig sind es Bewegungen aus dem Süden, darunter zahlreiche indigene, welche hier ihren Widerstand verbinden. Diese Art des »Weg Erschaffens« ist auch gemeint mit dem zapatistischen »caminamos preguntando«, gemeinsam fragend voranschreiten: Gemeinsames politisches Handeln bringt neue Erfahrungen, ermöglicht neue Analysen und Erkenntnisse und birgt geschichtlich befreiende Momente. Welche Suffrage hätte die *Queer Theory* aus dem Ärmel schütteln können? Es musste Neues gelebt werden, bevor neue Erkenntnisse möglich waren. Das ist es, was Marx lehrt: Menschen sind Produkte der Umstände und der Erziehung, veränderte Menschen also Produkte anderer Umstände und geänderter Erziehung, doch die Umstände werden eben von den Menschen verändert (vgl. MEW 3, 534).

1 Nicht zusammengekommen, sondern aufeinandergeprallt sind diese beiden Theoriestränge in der Diskussion über das Mitte der 80er Jahre veröffentlichte Buch *Hegemonie und radikale Demokratie* von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau. Mit ihrer im Poststrukturalismus verankerten, aber auch im Marxismus begründeten Position, es gebe nichts Essentialistisches, machten sie sich bei vielen MarxistInnen unbeliebt. Insbesondere handelten sie sich den Vorwurf ein, die Ökonomie habe bei ihnen keinen determinierenden Charakter mehr.

II.

Der Mensch gebiert sich also selbst im Prozess der Geschichte. Doch wer ist das Subjekt dieser Veränderung? Plötzlich sind wir bei Identität gelandet. Beim: »Durch uns«. Oder bei Multitude? Michael Hardt erkennt in der Bewegung von Seattle und nach Seattle eine andere Form der Organisierung, denn hier sei eine Politik der Identität durch Differenz (beispielsweise der Frauen- oder Homosexuellen-Bewegung) als eine Art »Sackgasse« überwunden worden. Stattdessen sei es nun gelungen, »gemeinsam zu agieren« (Hardt 2002). Tatsächlich wurde *Teamsters' love Turtles*² zum Symbol der Begegnung verschiedener Widerständigkeiten in Seattle und nicht zuletzt waren die dortigen Proteste ein solcher Erfolg, weil die Strömungen dort Hand in Hand miteinander agiert haben – als 10000 Blockierende hätten wir ohne die 40000 »Gemäßigten« um uns herum nicht viel anrichten können –, ohne dass die Strömungen ihre inhaltlichen Forderungen in irgendwelchen verwässerten gemeinsamen Resolutionen versucht hätten anzugleichen. Wie bei allen Protesten hat es in Seattle beides gegeben: mit emanzipatorischen Inhalten unvereinbare Positionen, und die Verschiebung dieser Positionen durch die Erfahrungen in der gemeinsamen Aktion. Ist bei einer statischen Betrachtung des *Popolo di Seattle* viel zu kritisieren, entscheidend ist die Entwicklung der Bewegung, die sich in Seattle zusammenfand. Doch wer ist die »Multitude« – alle Armen? Oder nur die MigrantInnen und die TrägerInnen immaterieller Arbeit, wie es Hardt und Negri nahe legen? Oder wir alle? Aber wer sind wir nicht?

Selbst wenn mensch die »Multitude« im »Empire« als nicht-ausschließendes Subjekt auffasst, findet sich dort kaum eine Problematisierung von Herrschaftsbeziehungen untereinander. Es wird gesetzt, die Multitude sei positiv (Moebius 2002). Solange Herrschaftsbeziehungen nicht problematisiert werden, wird sie zu einem »Patchwork der Minderheiten« (Diefenbach 2002). Die Erzählung der Multitude droht zu einem »Wir und die anderen« zu werden, zum Mythos vom »reinen Subjekt«, vom Kampf des Guten gegen das Böse. Der Begriff der Hegemonie verweist darauf, dass es diesen klaren Gegner nicht gibt, sondern das Problem darin besteht, dass sich Herrschaftsverhältnisse tief in den Alltagsverstand der Menschen eingeschrieben haben, dass Herrschaft auf Selbstunterwerfung beruht. Foucault hat diese Praxen als »Selbsttechnologien« gefasst, mit denen das Individuum auf sich selbst einwirkt und sich damit aktiv in die Herrschaftsstrukturen integriert (vgl. Wissen/Habermann/Brand 2003).

Die Zapatistas wenden sich an andere (nicht-indigene) Identitäten, die sie als »Ausgeschlossene« bezeichnen – Frauen, Alte und Homosexuelle zum Beispiel – und fordern diese auf, sich ebenso gegen die herrschenden Hegemonien zu wehren, durch welche sie erst zu Ausgeschlossenen werden: also gegen das Patriarchat,

2 So der Name der Gewerkschaft der Lastkraftwagenfahrer in den USA.

3 Den USA war durch die WTO verboten worden, Krabben nur dann einzuführen, wenn diese auf eine schildkrötenfreundliche Art und Weise gefangen worden waren.

gegen den Jugendkult (neudeutsch *Ageism*), gegen die Zwangsheterosexualität etc. Sie rufen dazu auf, dass sich all diese Identitäten miteinander vernetzen sollen. Das heißt, sie schaffen eine Widerstands-Identität der ›Ausgeschlossenen‹ im Sinne einer »symbolischen Gemeinschaftsidentität« (Boehme/Walk 2002, 5), aber nicht in dem Sinne, wie ich das öfter bei indischen Bauern gehört habe, wenn sie auf Demonstrationen rufen: »We are one, we are one«. Sondern im Sinne einer Vereinigung ohne Vereinheitlichung. Niemand ist in jeder Hinsicht »ausgeschlossen«. Herrschaftsverhältnisse auch innerhalb dieser Vernetzung werden also anerkannt. Auch deswegen geht es nicht zurück zum Wohlfahrtsstaat, und geht es nicht nur um Kapitalismus, sondern Globalisierung wird gefasst als Durchsetzung von verschiedenen, miteinander verflochtenen Hegemonien.

Dabei kämpfen die Zapatistas darum, sichtbar zu machen, dass ihre Position und Unterdrückung nicht eine natürliche Abweichung ist – dass sie also in der bestehenden Weltordnung Probleme hätten, weil sie anders seien, weil sie Indigene sind. Sie versuchen, deutlich zu machen, dass die vorherrschenden, die hegemonialen Interessen, etwa die Verfolgung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik beispielsweise, eben keine allgemeinen Interessen sind; und dass es nur gelingt, diese als allgemeine darzustellen, solange die marginalisierten und unterdrückten Interessen ohne Stimme bleiben bzw. stumm gemacht werden (vgl. Brensell/Habermann 2001). Die Art und Weise, wie die Zapatistas Identität kreieren zeigt also, dass es nicht um die Erhaltung essenzieller Differenzen geht. Libia Grueso von den Schwarzen Gemeinden in Kolumbien führt in diesem Sinne aus:

Die Ausbeutung und Ausgrenzung, die wir in dieser ungerechten Beziehung mit dem Kapital erfahren haben, hat paradoxerweise aber auch dazu beigetragen, dass wir Lebensformen erhalten und weiterentwickeln konnten, die auf anderen Werten beruhen wie die der dominierenden, vom Kapitalismus geprägten Gesellschaft.

Identität wird hier nicht als etwas Fertiges verstanden, sondern als im Werden, als ein Prozess, welcher nicht unabhängig vom Kapitalismus stattfindet, der sie marginalisiert, aber auch nicht unabhängig von dem Leben der anderen. »Wir sagen, dass ›wir sind, weil andere sind‹. Es ist klar für uns, dass das Leben nicht ohne die anderen sein kann. Diese Werte stehen im Widerspruch zu den Werten, die von allen Ausdrucksformen des Kapitalismus ausgehen.« (Grueso 2000) Entsprechend ist ein weiterer Grundpfeiler von *Peoples Global Action* die Ablehnung aller »Herrschafts- und Diskriminierungssysteme«. Aufgezählt, aber ausdrücklich nicht darauf beschränkt, werden hier unter anderem Patriarchat und Rassismus. Dies wird nicht im Sinne einer additiven Unterdrückungsstruktur verstanden, sondern als *miteinander verflochten* über unsere Identität. In einer Erklärung der 2. Europäischen PGA-Konferenz vom September 2002 im niederländischen Leiden heißt es:

Die patriarchale Kultur, in der wir seit ein paar tausend Jahren leben, ist eine auf Konkurrenz, Macht und Beherrschung anderer aufbauende [...]. Diese Werte von Macht und Herrschaft sind tief verwurzelt in jeder und jedem von uns, und es sind eben diese Werte, auf die das kapitalistische System bauen kann, an Stärke gewinnend. Das bedeutet, dass der Feind, dem wir uns normalerweise auf der Strasse zu stellen suchen, tatsächlich in uns wohnt. Wir können

so viele G8-Gipfel, Multis, Staaten, Weltbanken etc. (zer)stören wie wir wollen, wir würden sicherlich damit enden, genau den selben Typus von Gesellschaft neu zu erschaffen, solange wir nicht der patriarchalen Kultur in uns selbst gegenüber treten. Glücklicherweise haben die verschiedenen feministischen Analysen der letzten Jahrzehnte uns mit jenen Instrumenten versorgt, die wir brauchen, um herauszufinden, in welcher Weise wir persönlich diese Werte von Macht und Herrschaft in unserem Verhalten, unseren gesellschaftlichen Beziehungen, unserem Alltag ausdrücken.

Die Erklärung endet mit einem Aufruf, über unseren Alltagsverstand hinauszugehen: »Let's dream!«

Im Zusammenhang damit stehen weitere Grundsätze von *Peoples Global Action*. Einer ist die Ablehnung von Lobby-Politik, ein weiterer der Aufruf zu direkten Aktionen als Widerstandsform. Der Zusammenhang ist zunächst nicht offensichtlich. Auch hier kommt die Identität ins Spiel. Lobbying geht von den daran beteiligten Individuen als gegeben aus: Du in Deinen besten Sachen wartest mit einem Stapel Papier beladen darauf, dass sich das noch wesentlich perfekter gekleidete unworbene Subjekt durch die Eingangshalle (engl. *lobby*) bewegt und sich mit Vernunftgründen, Geld und Schmeicheleien überzeugen lässt, es sei wert, Dir zuzuhören. Im Widerstand ist dagegen das darin implizierte (Macht-)Verhältnis zwischen Dir und dem Anderen wesentlich offener. Während der Lobbyist dieses Machtverhältnis als gegeben reproduziert, und beide Subjekte als positioniert voraussetzt, wird beim Widerstand dieses Machtverhältnis selbst angegriffen. Doch nicht nur das Verhältnis wird transformiert, sondern auch die Personen: Widerstand positioniert und rekonstruiert die Subjekte neu (vgl. Patel/Habermann 2000). Entsprechend wurde beim Training für die IWF/Weltbank-Proteste im April 2000 an die Wand gepinnt: »Power is a dynamic relation. There are no *have* or *have-nots*«. Dennoch ist die verdichtete Macht von Institutionen (Poulantzas) von einer anderen Gewalt als einzelne Menschen auf der Straße. Diese Seite hat Foucault in seinen Untersuchungen zwar immer deutlich gemacht, doch in der Theorie vernachlässigt. Geronnene Zeit, vergegenständlichtes Handeln aus Jahrhunderten des Kapitalismus und Rassismus und Jahrtausenden von Besitzstreben und Patriarchat lassen sich nicht kurzfristig verändern.

Tobin Tax, keine Riester-Rente, Gesundheitsreform: Attac fordert Dinge, die diese Verhältnisse nicht in ihren Grundfesten angreifen und damit auch nicht werden überwinden können. Es sind damit gleichzeitig Forderungen, die innerhalb unseres hegemonialen Alltagsverständnisses verbleiben. Denn Attac, das sind wir: Wenn nicht wir persönlich, so doch zumindest unser Nachbar, unsere Gewerkschaft und auf jeden Fall unser ehemaliger Finanzminister Lafontaine. Nicht zuletzt dies sind Gründe, warum Attac in Deutschland so hör- und sichtbar geworden ist. Mit Bewegungen aus über 70 Ländern und weitaus mehr Kulturen ist bei *Peoples Global Action* das Repertoire an bereits existenten Praktiken als Alternativen zur hegemonialen gesellschaftlichen Ordnung groß. Um zu vermeiden, dass sich doch wieder nur die alten dominanten Denk-, Lebens- und Widerstandsformen aus dem post-kolonialen Norden durchsetzen, versteht sich *Peoples Global Action* nicht als Organisation mit Mitgliedschaft, sondern als eine Plattform, auf der verschiedene Bewegungen, Strömungen und Gruppierungen zusammen kommen können, um

durch die Koordinierung eine gegenseitige Stärkung der jeweiligen lokalen und regionalen Auseinandersetzungen und Kämpfe zu erfahren. Es gibt kein Büro, keine Hauptamtlichen und die Finanzierung muss für jede Aktion vor Ort neu beschafft werden. Dies wird bewusst angestrengt, um Hierarchien durch Geld und Personal zu vermeiden. Mit diesen Grundsätzen lässt sich schon einiges von der neuen Welt basteln. Denn Widerstand kann jederzeit und überall beginnen. »Heute«.

Literatur

- Boehme, Nele, u. Heike Walk, »Globaler Widerstand formiert sich«, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 15. Jg., 2002, H. 1, 2-7
- Brand, Ulrich, Input zum Thema »IWF, Weltbank, WTO: Ist 'Abschaffen' eine sinnvolle Forderung?« im Rahmen eines Treffens des Arbeitsschwerpunkts Weltwirtschaft der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) in Verden am 20. Juni 2002
- Brensell, Ariane, u. Friederike Habermann, »Von Keksen und Kapitalismus. Intervention gegen ›männlichen‹ Universalismus in Theorien zum Neoliberalismus«, in: M. Candeias u. F. Deppe (Hg.), *Ein neuer Kapitalismus?*, Hamburg 2001, 241-64
- Diefenbach, Katja, »Multitude«, Vortrag im Rahmen einer Veranstaltung zur Europäischen Consulta in Berlin am 18. April 2002
- Hardt, Michael, u. Antonio Negri, *Empire*, Cambridge 2000
- ders., Diskussion zum Buch *Empire* in der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin am 21. März 2002
- Haug, Frigga, *Vorlesungen zur Einführung in die Erinnerungsarbeit. The Duke Lectures*, Hamburg-Berlin 1999
- Gramsci, Antonio, *Gefängnishefte*, hgg. v. K. Bochmann, W. Haug u.a., Hamburg-Berlin 1991ff
- Grueso, Libia, Vortrag im Abschlussplenum des 23. Bundeskongress Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in Berlin am 8. Oktober 2000
- Laclau, Ernesto, u. Chantal Mouffe, *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, durchgesehene Neuflage, Wien 2000
- Moebius, Stephan, »Ideologiekritik und Dekonstruktion«, Vortrag mit Andreas Merkens an der Universität Hannover im Rahmen der Ferienakademie der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 24. September 2002
- Patel, Rajeev, u. Friederike Habermann, »Identitäten, hört die Signale! Sex, Race und die WTO«, in: *Jungle World*, 4. Jg., 8. März 2000, 17-20
- Wissen, Markus, Friederike Habermann u. Ulrich Brand, »Vom Gebrauchswert radikaler Kritik«, in: *radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke*, hrsg. für die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) v. Theo Bruns u.a., Hamburg 2003, 43-56

Wolfgang Fritz Haug

Historisches/Logisches¹

1. »Wir kennen nur eine einzige Wissenschaft, die Wissenschaft der Geschichte.« (DI, MEW 3/18, Fn.) Ist dieser Satz auch durchgestrichen, behält er doch seinen Sinn fürs Gesamtwerk von Marx und Engels und die meisten der darauf sich beziehenden Theoretiker und Bewegungen. Somit erscheint das H als Oberbegriff für alle erdenklichen Erkenntnisobjekte des Marxismus, zudem fürs Selbstverständnis seiner Subjekte. Die Kritik der politischen Ökonomie (KrpÖ) kann als systematische Historisierung des Kapitalismus aufgefasst werden, wo dieser als »Natürliches« erscheint. Das »Prinzip des materialistischen Historismus [...] findet in der von Lenin formulierten methodologischen Direktive seinen Ausdruck, jede Erscheinung vom Standpunkt ihrer Entstehung her zu untersuchen« (Küttler 1988, 84; vgl. LW 29, 463). Antonio Gramsci bekämpft im Namen des *historischen* Materialismus den v.a. im sowjetischen Marxismus vordringenden *philosophischen* Materialismus als Rückfall in Metaphysik; die Philosophie des Marxismus kann für ihn, ausgehend von den *Feuerbach-Thesen*, nur Philosophie der Praxis sein. Die Geschichte ist ihm dabei so wichtig, dass er diese Philosophie als »absoluten »Historizismus«« im Sinne einer »absoluten Verweltlichung und Diesseitigkeit des Denkens« (H. 11, §27, 1430) fasst. Den allgemeinsten Sinn marxistischer Theorie sieht Maurice Merleau-Ponty im »einfachen Aussprechen der Bedingungen, ohne die es keine Menschheit im Sinne einer Wechselbeziehung der Menschen und keine Rationalität in der Geschichte gibt« (1947/1966, 60). Noch Alain Lipietz begreift marxistische Theorie als den »Versuch der »absoluten Historisierung« alles dessen [...], was in der herrschenden Ideologie als ewig erscheint« (1992, 28).

Doch um die Verhältnisse zu historisieren, muss das H theorisiert werden und muss sich die »materialistisch-dialektische Methode [...] wesentlich im theoretischen Begreifen des H« bewähren (Korsch 1923, 32; GA 3, 330). Das wichtigste Analysandum ist ja der »Zusammenhang der Menschen untereinander, der durch die Bedürfnisse und die Weise der Produktion bedingt und so alt ist, wie die Menschen selbst – ein Zusammenhang, der stets neue Formen annimmt und also eine »Geschichte« darbietet« (3/30). So angegangen, verspricht Geschichte nicht länger »eine Sammlung toter Fakta« zu sein, »wie bei den selbst noch abstrakten Empirikern« (oder Positivisten), noch »eine eingebildete Aktion eingebildeter Subjekte, wie bei den Idealisten« (27).

1 Um ein Drittel gekürzte Vorfassung eines für Band 6 des *Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus* bestimmten Artikels. Kritik und Anregungen, die den Verf. vor dem 30. September 2003 erreichen, können für die Endfassung noch berücksichtigt werden. Zuschriften bitte an HKWM@AOL.COM oder postalisch an die Argument-Redaktion.

Fragen und Kontroversen beginnen, sobald es ums Wie geht. Strittig ist der Wissenschafts- und Theoriecharakter, sowie der Status der Grundbegriffe und -annahmen. Dieser Streit war überdeterminiert durch die Konflikte um ›stalinistische Staatswerdung‹ eines Teils der kommunistisch-marxistischen Arbeiterbewegung und die Abspaltung anderer Teile und vieler Intellektueller. Nach einer Phase fruchtbarer Auseinandersetzung mit dem Neopositivismus und der sprachphilosophischen Wende des Wiener Kreises – v.a. Gramsci und Brecht haben daraus entscheidende Impulse bezogen (vgl. dazu Sautter 1995; Haug 1996, 65-101) –, brach dieser Austausch im Kalten Krieg ab. Dass Positivismus pauschal zum Feindbild wurde, blockierte die produktive Auseinandersetzung mit der avancierten bürgerlichen Wissenschaftstheorie. Das Verlangen nach einer lehrbaren spezifisch marxistischen Theorie führte u.a. zu Bemühungen um eine dialektische Logik (etwa Aleksejev 1960), die indes wenig Erfolg hatten. So kam es, dass die epistemologische Wertsuche und Debatte sich an die Frage nach dem »Verhältnis von H und L« heftete. Das PhWb schreibt diese Terminologie »Marx/Engels« zu (Kosing 1969, 667), doch in Wahrheit ist sie »nicht ›genuin marxistisch‹« (Richter 1985, 46f), sondern Engels hat sie in einem popularisierenden Artikel von Hegel übernommen. Doch wieso hat sich Engels', nicht Marx' Sprechweise durchgesetzt?

Fasziniert von der »Ähnlichkeit mit dem hegelschen Systemgedanken« (Reichert 1970/2001, 146), der »Analogie zur hegelschen Dialektik« (Biedermann 1981, 1198) bzw. der »Homologie« (Arthur 2002, 10), ist die marxsche Hegelkritik von vielen Autoren des östlichen wie des westlichen Marxismus in ihrer Tragweite unterschätzt und ist übersehen worden, dass Marx »in seiner prinzipiellen Anerkennung der Schranken und Grenzen der menschlichen Vernunft Kant näher als Hegel« steht (Zeleny 1962/1968, 310). Korsch ist 1923 überzeugt, dass Hegels Dialektik »die Methode einer insgeheim materialistischen, oberflächlich aber idealistischen Weltauffassung bildete« (63; GA 3, 360). Der emphatische Hegelleser Lenin, der sich zu der Notiz hinreißen lässt, wer die hegelsche Logik nicht verstanden habe, könne das marxsche *Kapital* nicht verstehen, und es komme darauf an, die »Logik des *Kapitals*« zu explizieren (LW 38, 170), ist ein Gewährsmann der an solcher ›Ähnlichkeit‹ sich inspirierenden ›hegelo-marxistischen‹ Tendenzen. Obgleich Leninist, wendet sich Louis Althusser frontal dagegen mit der »überaus wichtigen und zutreffenden Orientierung« (Ruben 1976, 29): »man kann Hegel unmöglich begreifen, ohne ›Das Kapital‹ durchstudiert und begriffen zu haben«, weil es die »materialistische (und verständliche) Aufhebung« der hegelschen *Logik* ist (Althusser 1974, 73).

Im Marxismus-Leninismus (ML) gehörte die »dialektische Einheit von L und H« zum philosophischen Kanon, wobei die Auslegung umstritten war. Den westlichen Marxismus durchzieht ein philosophischer Richtungsstreit um den Vorrang von »logischer« und »historischer« Methode. H und L fungieren dabei »gewissermaßen als Abkürzung« (Richter 1985, 47). – Der erste der beiden Ausdrücke erklärt sich wenigstens ansatzweise selbst: H ist ›auf Historie bezogen oder eine bildend‹, hat sich in der Geschichte tatsächlich zugetragen, ist von der Geschichtsschreibung verzeichnet oder für sie bemerkenswert (Lalande, 416). – Beim ›L‹ verhält es sich kom-

plizierter, weil in den hier zur Rede stehenden Debatten dieser Ausdruck als »Synonym« für etwas anderes fungiert (*Dial. u. hist. Mat.* 1988, 213). Von der »Logik des *Kapitals*« zu sprechen, könnte zunächst den gleichen Sinn haben, wie von der »Logik der Forschung« (Popper 1934) zu sprechen, und als Synonym von Epistemologie eine systematische Analyse und Gültigkeitsprüfung der Arbeitsweise(n) des Wissenschaftlers Marx meinen. Mit Popper ließen sich dann »historizistische« von »institutionenanalytischen« Argumentationsweisen unterscheiden (vgl. 1944/1957, 240). Doch in der logizistischen Marx-Rezeption wie in der umgangssprachlichen Rede von der »Profitlogik« liegt der Akzent nicht auf den Untersuchungs- und Darstellungsweisen des Erkenntnisobjekts, sondern auf dem »Real-Logischen« (Gössler in Wittich u.a. 1980, 486). Diese Grenzüberschreitung verleiht dem Ausdruck wechselnde und kontroverse Bedeutungen, schillernd zwischen philosophisch-ideologischer Weltanschauung, Methodologie und Objekttheorien, aufnahmefähig für Intentionen unterschiedlichster Art (vgl. Richter 1985). Im »L« verbirgt sich zumeist die Idee der Vernunft in der Geschichte; bei Reichelt nimmt sie die Gestalt der »Logizität« (1970/2001, 147) der »vergegenständlichten« Wiedervernunft an. Wer so spricht, hat eine wie immer geartete »Identität von Geschichte und Begriff« im Sinn (Biedermann 1981, 1204), ja eine Identität von Denken und Sein, wobei der Materialismus in eine Art »*Spiritualismus* der Materie« (*KHS*, 1/293) umschlagen kann. Zugleich machte seine vieldeutige Intensität den Begriff des »L« geeignet – sei es als Gegensatz zum H (wie bei den »Kapitallogikern«), sei es als Komplementärbegriff des H (wie im ML) – die Funktion einer »Signatur« zu übernehmen, »woran sich die Rechtgläubigen erkennen«, wie Marx über die Lassallianer gespottet hat (19/25).

Gleichwohl wurden in der »Dauerdebatte« (Küttler) ums Verhältnis von H und L nicht nur verdeckte Auseinandersetzungen um staatlich-ideologische Kontrolle vs. gesellschaftliche Autonomie der Wissenschaften geführt, sondern auch wichtige methodologische und objekttheoretische Fragen (nicht zuletzt in Bezug auf die marxsche KrpÖ) abgehandelt: 1. Die Frage, wie eine bewegte Totalität sich zur Darstellung diskursiv in ein kategoriales Nacheinander auseinanderlegen lässt, ohne den Sinn fürs prozessierende Ganze zu verlieren; 2. die Frage, wie in diesem Nacheinander die Übergänge so zu machen sind, dass sich aus der Analyse Triebkräfte und die Richtung des Übergangs rekonstruieren lassen, dieser also objektiv begründet werden kann. 3. Indem es für Marx bei der dialektischen Methode darum geht, »jede gewordne Form im Flusse der Bewegung« aufzufassen (23/28), bedarf es einer ursächlichen Vermittlung zwischen dem »Festen« und dem »Fluss«, aus dem heraus jenes sich verfestigt. Dieses Dritte kann nichts anderes sein als die »*menschliche Tätigkeit, Praxis*« (*ThF* 1), verstanden als Verhalten in bestimmten Verhältnissen, die in solchen Prozessen sich gebildet haben und weiterentwickeln.

2. Unter *historía* versteht der platonische Sokrates die Erkenntnis der »Entstehung einer jeden Sache, wodurch ein jedes wird und wodurch es vergeht« – *tàs aítaias hekástoon, dià ti gígnetai ékaston, kai dià ti apóllutai* (*Phaidon*, 96a). Aristoteles, der dem »Entstehen und Vergehen« viele Überlegungen widmet (vgl. *Metaphy-*

sik, 983bff u.ö.), hat zwar noch keinen Begriff der Geschichte, doch liegt seiner Metaphysik bereits der Gedanke der Einheit von Logos und Chronos in der philosophischen Erkenntnis zugrunde: *pántoos he ousia proton kai logo, kai gnosei, kai chrono* – »das Wesen ist jeweils das Erste sowohl nach dem Logos, als auch nach der Erkenntnis und nach der Zeit« (1028a 34). Während für Kant alle Erkenntnis »entweder historisch oder rational« ist (*KrV*, A 836), entwirft Fichte die Wissenschaftslehre als »pragmatische Geschichte des menschlichen Geistes« (1794, 188; *GA I/2*, 365). Hegel sieht Vernunft in der Geschichte derart, »dass die Aufeinanderfolge der Systeme der Philosophie in der Geschichte dieseibe ist als die Aufeinanderfolge in der logischen Ableitung der Begriffsbestimmungen der Idee«, ferner, »dass, wenn man die Grundbegriffe der in der Geschichte der Philosophie erschienenen Systeme rein dessen entkleidet, was ihre äußerliche Gestaltung, ihre Anwendung auf das Besondere und dergleichen betrifft, so erhält man die verschiedenen Stufen der Bestimmung der Idee selbst in ihrem logischen Begriffe. Umgekehrt, den logischen Fortgang für sich genommen, so hat man darin nach seinen Hauptmomenten den Fortgang der geschichtlichen Erscheinungen.« (*GeschPhil*, Werke 18, 49). – Feuerbach beansprucht, ungeachtet seiner Hegelkritik, im *Wesen des Christentums* das Geheimnis der Heiligen Dreifaltigkeit, worin er »das Geheimnis des *gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen* Lebens« beschlossen sieht, »historisch und philosophisch bewiesen« zu haben (*Grundsätze*, §63).

3. Engels übersetzt Feuerbachs Gedanken zurück in hegelsche Diktion und überführt ihn in sein mit Marx 1844 in Aussicht genommenes Projekt einer theoretischen Grundlegung des Kommunismus: »Solange nicht die Prinzipien logisch und historisch aus der bisherigen Anschauungsweise und der bisherigen Geschichte und als die notwendige Fortsetzung derselben [...] entwickelt sind, solange ist es [...] bei den meisten blindes Umhertappen.« (Brief an Marx, Okt. 1844, 27/5) Damit sind die Stichworte gefallen, mit deren Hilfe Engels 1859 versuchen wird, die marxsche Methode in ihrem Verhältnis zur Geschichte des Gegenstands und seiner wissenschaftlichen Erkenntnis zu bestimmen.

3.1 Von der *Struktur*, die ihre Geschichte hat, und von der *Geschichte*, die strukturbedingt voranschreitet, lässt sich sagen, was Marx in den *Grundrissen* vom »Wert als solchem« notiert hat: In letzter Instanz sind sie »immer Effekt, nie Ursache« (42/574). Daher die »nominalistische Kritik« (Schoch 1980, 72) an der Geschichte als einer »aparten Person«: Geschichte tut nichts, ist »nichts als die Tätigkeit des seine Zwecke verfolgenden Menschen« (2/98). Freilich wirkt jede Wirkung weiter, wird zur bewirkten Ursache. Folglich machen »die Umstände ebensowohl die Menschen, wie die Menschen die Umstände machen« (*DI*, 3/38). Allerdings »machen« sie es auf grundverschiedene Weise. Die Bedingungen menschlichen Handelns ermöglichen, ermöglichen oder verunmöglichen den Erfolg bestimmter Handlungsrichtungen. Ferner »durchkreuzen sich« die »Bestrebungen« der Akteure (Engels, 39/206). Die zielgerichtet-zweckrationale (>teleologische<) Struktur menschlicher Handlungen ist also nicht die Struktur dessen, was aus ihnen resultiert. Dies ist das berechtigte Moment

von Althusser's Rede von der »strukturellen Kausalität« (DKL, 1972, 251; vgl. Lipietz 1992, 11), die aber ebenso in die Irre führen kann wie teleologische Interpretationen. »Es ist also nicht, wie man sich hier und da bequemerweise vorstellen will, eine automatische Wirkung der ökonomischen Lage«, schreibt Engels weiter, »sondern die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber in einem gegebenen, sie bedingenden Milieu, auf Grundlage vorgefundener tatsächlicher Verhältnisse, unter denen die ökonomischen, so sehr sie auch von den übrigen politischen und ideologischen beeinflusst werden mögen, doch in letzter Instanz die entscheidenden sind« (39/206).

3.2 In seiner Rezension von *Zur Kritik 59* – in *Das Volk*, dem Organ des deutschen Arbeiterbildungsvereins London – rekurriert Engels auf Hegels *Logik*, um dem deutschen Publikum die Bedeutung jener Schrift von Marx einzuschärfen. »Auf diese Ausführungen von Engels gehen alle Autoren zurück, die sich über die logische und die historische Methode äußern.« (Richter 1985, 114) Und zwar »ausschließlich« (111). Die Herausgeber von MEGA II.2 (1980) schließen daraus, dass *Das Volk* damals »faktisch von Marx geleitet« wurde, dass dieser »die Rezension redigiert hat« (App., 403). Doch gibt es hierfür keinen Nachweis. Auffällig ist, dass Marx (falls entsprechende Briefe nicht verlorengegangen sind) die Rezension mit keinem Wort kommentiert hat. Für Engels mochte es so aussehen, als habe Marx die methodologischen Passagen »stillschweigend als adäquate Formulierung des gemeinsamen methodologischen Programms akzeptiert« (Backhaus 1997, 259).

Marx hatte in *Einl 57* eine hegelkritische Epistemologie entworfen, die Engels aber zu Lebzeiten von Marx nicht kannte (so dass Korsch in die Irre führt, wenn er 1923 diesen Text zur »reichsten Quelle für die Erkenntnis des wirklichen methodologischen Standpunktes von Marx und Engels« erklärt, GA 3, 360). Engels fährt fort: Im Gegensatz zur rückständigen deutschen Wirtschaftstheorie sei das »ganze theoretische Dasein« der »deutschen proletarischen Partei [...] aus dem Studium der politischen Ökonomie« hervorgegangen, womit »deutsche Ökonomie« zum ersten Mal Weltniveau erreicht habe (vgl. 13/469). Die marxsche Theorie schildert er als »auf eine systematische Zusammenfassung des gesamten Komplexes der ökonomischen Wissenschaft angelegt, auf eine zusammenhängende Entwicklung der Gesetze der bürgerlichen Produktion und des bürgerlichen Austausches«, einschließlich der »Kritik der gesamten ökonomischen Literatur« (472). Damit sei zum ersten Mal seit Hegel wieder der »Versuch gemacht worden, eine Wissenschaft in ihrem eignen, inneren Zusammenhang zu entwickeln« (ebd.). Da Hegel versucht, »in der Geschichte eine Entwicklung, einen inneren Zusammenhang nachzuweisen [...], ergab sich ein Anknüpfungspunkt auch für die logische Methode.« (474) Engels schildert nun einen Marx, der die Ökonomiekritik »selbst nach gewonnener Methode [...] noch auf zweierlei Weise« anlegen konnte: »historisch oder logisch«. Engels unterstellt dabei eine Parallelentwicklung »von den einfachsten zu den komplizierteren [richtig wäre: komplexeren] Verhältnissen« in der Wirtschaftsgeschichte und in der Geschichte der Wirtschaftswissenschaft. In letzterer sieht er »einen natürlichen Leitfaden, an den die Kritik anknüpfen konnte, und im großen und ganzen würden die ökonomischen Kategorien dabei in derselben Reihenfolge erscheinen wie in der logischen Entwicklung«

(474f). Da aber diese Geschichte »oft sprunghaft und im Zickzack« verläuft, bei ihrer Verfolgung also »der Gedankengang oft unterbrochen werden müsste«, da ferner »sich die Geschichte der Ökonomie nicht schreiben [ließe] ohne die der bürgerlichen Gesellschaft, [...] würde die Arbeit unendlich [...]. Die logische Behandlung war also allein am Platz. Diese ist aber in der Tat nichts anderes als die historische, nur entkleidet der historischen Form und der störenden Zufälligkeiten. Womit diese Geschichte anfängt, damit muss der Gedankengang ebenfalls anfangen, und sein weiterer Fortgang wird nichts sein als das Spiegelbild, in abstrakter und theoretisch konsequenter Form, des historischen Verlaufs [...] korrigiert nach Gesetzen, die der wirkliche geschichtliche Verlauf selbst an die Hand gibt, indem jedes Moment auf dem Entwicklungspunkt seiner vollen Reife [...] betrachtet wird.« (475) Ausgehend »von dem ersten und einfachsten Verhältnis, das uns historisch, faktisch vorliegt«, soll verfolgt werden, wie dessen »Widersprüche in der Praxis sich entwickelt und wahrscheinlich ihre Lösung gefunden haben«, wodurch die »Herstellung eines neuen Verhältnisses bewirkt worden ist« usw. (475). Schließlich bedarf »die logische Entwicklung [...] der historischen Illustration, der fortwährenden Berührung mit der Wirklichkeit« (477).

Eingängig formuliert, ist keine einzige dieser Bestimmungen unproblematisch; doch keine ist einfach von der Hand zu weisen. Damit ist ein Feld eröffnet, auf dem unabschließbare Debatten, ständig in der Gefahr der Zitierscholastik, sich entwickeln konnten.

3.3 Zwölf Jahre nach dem Tode von Marx kommt Engels auf diese Bestimmungen zurück. In seinem *Nachtrag* zu *K III* bestimmt er den Status der marxischen Theorie (gegen Sombart u.a.) dahingehend, »dass es sich hier nicht nur um einen rein logischen Prozess handelt, sondern um einen historischen Prozess und dessen erklärende Rückspiegelung im Gedanken, die logische Verfolgung seiner inneren Zusammenhänge« (25/905). – An der Stelle in *K III*, auf die Engels dabei verweist, spricht Marx jedoch nicht vom L, sondern vom Theoretischen im Unterschied zum H: er erklärt es für »sachgemäß, die Werte der Waren nicht nur theoretisch, sondern historisch als das Prius der Produktionspreise zu betrachten« (186). Es gilt daher, vorgefasste Formeln beiseite zu legen und unvoreingenommen zu untersuchen, wie Marx sein Vorgehen in der KrpÖ artikuliert und wie er es begründet.

4. Im Gegensatz zu dem, was ein Teil der Sekundärliteratur behauptet, begreift Marx die Methode seiner KrpÖ weder als »logisch« noch als »logisch-historisch«, sondern als dialektisch, manchmal »theoretisch« (42/36) oder sogar »analytisch« (19/371; vgl. 23/25); im Blick aufs H aber unterscheidet er geschehene von geschehender Geschichte. Das Verhältnis des H zu Theorie und Begriff vermittelt er kraft seiner »praktisch-materialistischen« und daher zugleich »praktisch-historischen Auffassung der Wirklichkeit« (Zeleny 1962/1968, 324, 310).

Die Auffassung der kapitalistischen Grundformen durch die bürgerliche Ökonomie – etwa der Lohnarbeit durch »freie arbeitende Arme«, dies Kunstprodukt der modernen Geschichte« (23/787) – greift Marx mit einem Selbstzitat aus *Elend* als ahistorisch an: »Somit hat es eine Geschichte gegeben, aber es gibt keine mehr.«

(23/96, Fn. 33; 4/139) Seinen eigenen Theorieaufbau orientiert er am Aufbau des Erkenntnisobjekts; diesen wiederum fasst er dynamisch als fortwährendes Sich-erneut-Aufbauen des Objekts. In der Analyse der Wertform steht deren formell grammatikalische Untersuchung im Dienste der Rekonstruktion der »Genesis« der Geldform (23/62; vgl. Haug 1974/76, bes. Vorl. VIII-X). Das Genetische kann aber in der Tat als das modellhaft begriffene H gleichsam »in laboratoriumshafter Reinkultur« (Haug 1974/76, 151) verstanden werden. Natürlich bedeutet dies nicht zwangsläufig, »dass irgendwo in der Geschichte eine solche Reinkultur existierte. Es ist also angebracht, den genetischen vom historischen Aspekt zu unterscheiden.« (151)

4.1 Wo Marx von »einfacher Logik« spricht (vgl. 25/498), gebraucht er den Ausdruck umgangssprachlich im Sinne der Fähigkeit des gesunden Menschenverstands, »zwei und zwei zusammenzuzählen«. Gelegentlich ist von »Logik« im Sinne von Denkweise die Rede (24/387). Wo er in *K III* eine bestimmte »Betrachtungsweise« als »strikt logisch und mathematisch richtig« bezeichnet (25/317), verwendet er den Ausdruck »logisch« offenkundig nicht mehr hegelianisch, sondern im seither üblichen formalen Sinn.

Anders in den Frühschriften. In seiner Hegelkritik von 1843 steht »logische Entwicklung« für Hegels Anspruch, wobei Marx nachweist, dass Hegel diesen Anspruch bei der Behandlung konkreter Gegenstände nur scheinhaft einlöst. »Die logische Entwicklung von Familie und bürgerlicher Gesellschaft zum Staat ist also reiner *Schein*« (*KHS*, 1/209). Doch Marx kritisiert auch den hegelischen »logischen« Anspruch selbst. Für diesen gilt: »Nicht die Rechtsphilosophie, sondern die Logik ist das wahre Interesse. Nicht dass das Denken sich in politischen Bestimmungen verkörpert, sondern dass die vorhandenen politischen Bestimmungen in abstrakte Gedanken verflüchtigt werden, ist die philosophische Arbeit. Nicht die Logik der Sache, sondern die Sache der Logik ist das philosophische Moment.« (216) Dagegen will er nun die Logik der Sache selbst zur Geltung bringen. »Dies *Begreifen* besteht aber nicht, wie Hegel meint, darin, die Bestimmungen des logischen Begriffs überall wiederzuerkennen, sondern die eigentümliche Logik des eigentümlichen Gegenstandes zu fassen.« (1/296) Damit ist eine völlig neue Denkweise verlangt. Im Zuge ihrer Entfaltung in Gestalt der geschichtsmaterialistischen Dialektik gibt Marx den Begriff der in einem anderen als formalen Sinn verstandenen »Logik« auf.

In *Misère de la philosophie* (1847), einer Schrift, in der Marx seine Metaphysikkritik zuspitzt, polemisiert er gegen Pierre-Joseph Proudhons hegelianisierende Darstellung der Ökonomie, die deren Kategorien eine »*succession logique*« und »*série dans l'entendement*« (1846, I, 146) zuschreibt (*Misère*, 74) – in Karl Grüns Übersetzung: eine »*logische Abfolge* und ihre *Gliederung in der Vernunft*« (z.n. 4/126). Allgemein hält Marx den Metaphysikern vor, dass bei ihnen »die Dinge dieser Welt nur Stickereien sind auf einem Stramingewebe, gebildet durch die logischen Kategorien« (127). Im selben Sinn schreibt er am 1.2.1858 an Engels über Ferdinand Lassalle: »Er wird zu seinem Schaden kennenlernen, dass es ein ganz anderes Ding ist, durch Kritik eine Wissenschaft erst auf den Punkt zu bringen, um

sie dialektisch darstellen zu können, als ein abstraktes fertiges System der Logik auf Ahnungen eben eines solchen Systems anzuwenden.« (29/275) Vom ›L‹ ist bei Marx also seit seiner Hegelkritik zumeist in kritischem, oft sogar spöttischem Sinn die Rede (vgl. 23/199, Fn. 9; 616, Fn. 31; 25/647).

Eine der wenigen Stellen wo Marx später noch vom ›L‹ im Sinne der begrifflichen Entwicklung spricht, findet sich in den *Grundrissen*. Wo Henri Storch den Kredit »mit Geld, Handelsstand etc.« zusammenwirft, betont Marx die Spezifik des Kredits als »direkt vom Kapital gesetzte Form der Zirkulation« und fährt fort: »Die differentia specifica anzugeben, ist hier sowohl *logische* Entwicklung, als Schlüssel zum Verständnis der *historischen*.« (42/573) Das ›L‹ manifestiert sich hier und im Kontext als Hervorhebung von ›Setzung‹ im Unterschied zu Voraussetzung: Von der »Zirkulation des als Salair gesetzten Teils des Kapitals« gilt: Sie »setzt erst das Kapital als solches; ist Bedingung seines Verwertungsprozesses und setzt nicht nur eine Formbestimmung desselben, sondern seine Substanz.« (575)

4.2 Seine eigene(n) Verfahrensweise(n) fasst Marx zumeist unter der Bezeichnung »dialektische Methode« zusammen (23/27, u.ö.). Damit stellt sich die Frage nach dem Verhältnis des Dialektischen zum H bei Marx. Als »nicht nur dialektisch, sondern historisch« kennzeichnet dieser z.B. den »Übergang vom Grundeigentum in die Lohnarbeit [...], da das letzte Produkt des modernen Grundeigentums das Allgemein-Setzen der Lohnarbeit« ist (an Engels, 2.4.1858, 29/312).

Wenn Marx gelegentlich das Begriffliche dem H gegenüber setzt, tut er das oft im Sinne der Parallelität beider. So ist etwa »Ricardos Voraussetzung, dass ursprünglich der industrielle Profit (plus Zins) den ganzen Mehrwert einsteckt, historisch und begrifflich falsch« (25/253). Von der Kooperation einer größeren Anzahl Arbeiter unterm Kommando eines Kapitalisten sagt er in *K I*, sie »bildet historisch und begrifflich den Ausgangspunkt der kapitalistischen Produktion« (23/341), deren »Grundform« sie weiterhin bleibt, während »ihre einfache Gestalt selbst als besondere Form neben ihren weiterentwickelten Formen erscheint« (355). Die nächste »weiterentwickelte Form« ist die Manufaktur, die das allgemeine Element der Kooperation mit einer zweiten, »besonderen Art der Kooperation« (359), der innerbetrieblichen Arbeitsteilung verbindet. ›Begrifflich‹ ist die Darstellungsfolge hier als eine von Komplexionsgraden der Objektstruktur zu verstehen. Die Theoriestruktur muss dem folgen: Das Begreifen (und theoretische Darstellen) des Komplexeren setzt das des Einfacheren voraus. Z.B.: »Die Schwierigkeit im Begriff der Geldform beschränkt sich auf das Begreifen der allgemeinen Äquivalentform« (23/84). Das Herausfinden solcher Abfolgen ist wissenschaftsgeschichtlich bedingtes Forschungsergebnis, Ausgangspunkt der Darstellung ist immer »Ergebniswissen« (Mocek 1988, 157). So haben etwa noch die Physiokraten »das Problem in komplizierter Form [behandelt], bevor sie es in seiner elementarischen Form gelöst hatten, wie der geschichtliche Gang aller Wissenschaften durch eine Menge Kreuz- und Querzüge erst zu ihren wirklichen Ausgangspunkten führt« (*Zur Kritik*, 13/42f).

Wenn sich in der Abfolge nach Komplexionsgraden H im Sinne einer diachronen Ordnung ausdrückt, so in der Abfolge auf einem gegebenen Komplexionsniveau

die synchrone Ordnung des Funktionellen: Die Darstellung der Geldfunktionen in *K I*, Kap. 3, in der Helmut Reichelt vom ›logischen‹ Standpunkt »eine irgendwie sinnvolle Systematik [...] nicht mehr zu entnehmen« vermag (1996, 95), folgt aufs Sinnvollste der Ordnung der Praxis: vom gedanklich-kommunikativen Einsatz des Geldes (als Wertmaß) gelangt sie über die Kauf-Verkauf-Vereinbarung (Zirkulationsmittel) zum abschließenden Akt der Begleichung (Geld als Zahlungsmittel). Etwas anders liegt der Fall bei den »funktionell oder begrifflich verschiedenen Bestandteilen des Produktenwerts«: zunächst sind sie Resultat der rein rechnerischen »Zerfällung des Produkts«, erscheinen also als Ergebnis einer analytischen Reduktion, doch die Probe aufs Exempel der Betrachtung »als fertiges Resultat« besteht darin, »es in seinem Entstehungsprozess [zu] begleiten« (23/236).

Dass etwas nur besteht, indem es immer wieder aufs Neue entsteht, und dass die Theorie »es in seinem Entstehungsprozess [zu] begleiten« hat, ist der Sinn der Unterscheidung zwischen vergangener und »kontemporärer Geschichte« (42/372). »Historisch tritt das Kapital dem Grundeigentum überall zunächst in der Form von Geld gegenüber, als Geldvermögen, Kaufmannskapital und Wucherkapital. Jedoch bedarf es nicht des Rückblicks auf die Entstehungsgeschichte des Kapitals, um das Geld als seine erste Erscheinungsform zu erkennen. Dieselbe Geschichte spielt täglich vor unsren Augen. Jedes neue Kapital betritt in erster Instanz die Bühne, d.h. den Markt, Warenmarkt, Arbeitsmarkt oder Geldmarkt, immer noch als Geld, Geld, das sich durch bestimmte Prozesse in Kapital verwandeln soll.« (23/161) Solche ›täglich spielende Geschichte‹ ist ein Modus des H.

4.3 Als eine Übersetzung des ›L‹, die es epistemologisch diskutierbar macht, bietet sich das Begriffliche an. Damit lässt sich auch das Verhältnis zum H rational fassen: Fungiert Geschichte auch gelegentlich als Fundus von Beispielen (vgl. etwa 24/242), so ist das Erkenntnisinteresse in Bezug darauf durchweg *begriffene Geschichte*. Begriffen ist sie zumal dann, wenn sich das »Begreifen der Praxis« (*ThF* 8, 3/7) im Sinne des Handelns in bestimmten Verhältnissen und Formen als Schlüssel bewährt, zugleich die Veränderung dieser Verhältnisse und dadurch wiederum der Praxisformen zu denken. H ist dann etwa insofern gedanklich durchdrungen, als epochale sozio-ökonomische Veränderungen in ihm identifiziert werden. Z.B. lässt sich dann in Bezug auf die altrömische Republik die These aufstellen, »dass die Geschichte des Grundeigentums ihre Geheimgeschichte bildet« (23/96, Fn. 33) oder dass die ökonomische Geschichte sich in der Bewegung des Gegensatzes von Stadt und Land resümiert (373). [...]

Zum Begreifen des H gehört bei Marx eine antiteleologische Einsicht, die Alain Lipietz in Unkenntnis ihrer marxischen Fassung ins Bild des »glücklichen Fundes« gebracht hat (1992, 31; zur Kritik vgl. Haug 2001): »Die Geschichte der eigentlichen Manufaktur zeigt, wie die ihr eigentümliche Teilung der Arbeit zunächst erfahrungsmäßig, gleichsam hinter dem Rücken der handelnden Personen, die sachgemäßen Formen gewinnt, dann aber [...] die einmal gefundene Form traditionell festzuhalten strebt« (23/384). Die »sachgemäßen Formen« werden von den ökonomischen Triebkräften nicht automatisch hervorgebracht und auch nicht von den Akteuren intentio-

nal direkt und auf einmal etabliert, sondern in einem oft labyrinthisch verlaufenden Erfahrungsprozess »gefunden«. »Sachgemäß« sind sie, sofern die sozio-ökonomischen Prozesse in ihnen auf einem bestimmten Produktivkräfteniveau stabil ablaufen und ihre Ausgangsbedingungen erweitert reproduzieren können.

Was Marx hier »sachgemäße Formen« nennt, korrespondiert mit den Begriffen »klassische Form« (23/744) und »allgemeiner Typus« (25/152). Max Weber nimmt hierauf im Anschluss an seine Untersuchung des Verhältnisses von »theoretischer und historischer Erkenntnis« anerkennend mit seinem Begriff des »Idealtypus« Bezug (*Soziologie*, 250), der allerdings dazu tendiert, das Kriterium der Sachgemessenheit zu entobjektivieren. Gelegentlich artikuliert Marx jene Formen so, dass in ihnen »die Erscheinungen in ihrer gesetzmäßigen, ihrem Begriff entsprechenden Gestalt zu betrachten« seien (25/199). Diese Redeweise ist noch von Hegels Wahrheitsbegriff heimgesucht, wonach »die Wahrheit im tieferen Sinn darin [besteht], dass die Objektivität mit dem Begriff identisch ist«: Gegenstände sind dann wahr, »wenn ihre Realität ihrem Begriff entspricht«, eine Vorstellung, der die Idee vom »sich selbst [...] zur Realität bestimmenden Begriff« zugrundeliegt (*Enz*, §213). Dies ist »mystifizierte Praxeologie – deshalb Ontotheologie« (Zeleny 1962/68, 321).

Für Marx dürfte nur die umgekehrte Figur legitim sein, dass nicht das Objekt dem Begriff, sondern dieser jenem entspricht. Er kann im Blick auf die kapitalistische Produktionsweise von deren »wesentlicher [...] Kerngestalt und dem ihr entsprechenden Begriff« reden (25, 219). Als zu begreifende »sachgemäße Formen« kapitalistischer Verhältnisse gelten ihm die für den Verwertungsprozess funktionalen Formen. Das Urteil hierüber setzt die Untersuchung der Funktionsweise voraus. »Begrifflich« tendiert dann dazu, synonym mit funktionell (= begriffenermaßen funktionell) werden. Das im Verwertungsdurchgang um ein Inkrement vermehrte Kapital kann so als »sich funktionell (begrifflich) in sich selbst unterscheidende, das Kapitalverhältnis ausdrückende Wertsumme« gefasst werden, freilich »nur ausgedrückt als Resultat, ohne die Vermittlung des Prozesses, dessen Resultat es ist«, so dass der »Unterschied zwischen Haupt- und Zuwachssumme, der in G' enthalten« ist, als »begriffslos« erscheint (24/50).

»Seinem allgemeinen Begriff entsprechen« ist demnach marxistisch als »funktionell« zu übersetzen, wobei Standpunkt und Prozessbezug anzugeben sind. Wenn etwa Gold auf dem Weltmarkt als Weltgeld fungiert, also *als dieses Metall* die »Verwirklichungsform der menschlichen Arbeit in abstracto« darstellt, kann Marx sagen: »Seine Daseinsweise wird seinem Begriff adäquat.« (23/156) – Dies grenzt an den Begriff der »reinen Form«, die »rein und frei von allen sie verfälschenden und verwischenden Beisätzen zu betrachten« ist (25/637). So stellt etwa die Geldrente »in ihrer reinen Form«, »als verwandelte Form der Produktenrente [...] keinen Überschuss über den Profit dar. Sie absorbiert ihn dem Begriff nach« (25/806). Oder wenn der Ausgleichungsprozess, der Lohn und Arbeitszeit in Durchschnittsgrößen verwandelt, »durch vielerlei lokale Hindernisse aufgehalten wird«, so sind solche »Friktionen«, so wichtig sie »für jede Spezialarbeit über den Arbeitslohn« sind, »doch für die allgemeine Untersuchung der kapitalistischen Produktion als zufällig und unwesentlich zu vernachlässigen. In solcher allgemeinen Untersuchung wird überhaupt immer

vorausgesetzt, dass die Verhältnisse ihrem Begriff entsprechen, oder was dasselbe ist, werden die wirklichen Verhältnisse nur dargestellt, soweit sie ihren eignen allgemeinen Typus ausdrücken.« (25/152) Gelegentlich spricht Marx auch vom »begrifflichen, innern Zusammenhang« oder der »Natur« (im Sinne von: Wesen) einer Sache (vgl. 55). – Wenn solche Formulierungen in den von Marx nicht mehr druckfertig bearbeiteten und zumeist vor der Veröffentlichung von *K I* verfassten Manuskripten für *K II* und *K III* sich noch regelmäßig finden, treten sie in *K I* zurück.

4.4 Ein wichtiger Begriff für die marxsche dialektische Methode – und zwar sowohl in objekttheoretischem wie epistemologischem Sinn – ist der Begriff der *Reihenfolge*. Er macht einen wichtigen Aspekt dessen aus, was oft als L bezeichnet wird. Bei Analyse des »kontemporären H« bezieht er sich auf »eine Reihenfolge zusammenhängender Prozesse und Manipulationen« im Sinne eines Nacheinanders von Prozessstationen (23/362f). [...] Solchen Reihenfolgen in der Sache, etwa der Bewegung des Kapitals durch Produktion und Zirkulationssphäre, trägt Marx durch entsprechende Abfolgen in der Darstellung Rechnung. Nicht so im Falle der ursprünglichen Akkumulation, deren Grundgeschichte zwar immer die Enteignung der Bauern vom Land beinhaltet, die aber »in verschiedenen Ländern [...] die verschiedenen Phasen in verschiedener Reihenfolge und in verschiedenen Geschichtsepochen« durchläuft (23/744).

Wenn die Ökonomie der Problemlösung darin besteht, das Einfache vor dem Zusammengesetzten, das Elementare vor der Verbindung, in der es wieder auftaucht, zu analysieren, so ist damit nicht gesagt, dass das Elementare auch in allen Fällen vor dem Kombinierten, folglich als historisch Erstes auftreten muss. Ferner kann es in ganz unterschiedlichen historischen Ordnungen und Verbindungen vorkommen und es ist auch nicht gesagt, dass »diese einfachen Kategorien [...] eine unabhängige historische oder natürliche Existenz vor den konkretern« haben (*Einkl* 57, 42/36). »Die Beispiele, von denen das *Kapital* und die *Grundrisse* wimmeln, dienen ebensowohl dazu, das Zusammenfallen der beiden Ordnungen zu zeigen wie ihre genaue Umkehrung.« (Bensussan 1985, 483) Angesichts dieses »offensichtlichen Gleichgewichts« (ebd.) ist es nicht selbstverständlich, sondern muss extra ausgesagt werden, wenn eine elementare Organisationsform »historisch und begrifflich den Ausgangspunkt« einer Produktionsweise bildet.

In Bezug auf die Abfolge, in der die diversen Kategorien in der Darstellung am besten behandelt werden – den »Gang der ökonomischen Kategorien« (42/40) –, gibt es beide Fälle: 1. »Geld [...] hat historisch existiert, ehe Kapital existierte [...]. Nach dieser Seite kann also gesagt werden, dass die einfache Kategorie herrschende Verhältnisse eines unentwickeltern Ganzen ausdrücken kann, die historisch schon Existenz hatten, eh das Ganze sich nach der Seite entwickelte, die in einer konkretern Kategorie ausgedrückt ist. Insofern entspräche der Gang des abstrakten Denkens, das vom Einfachsten zum Kombinierten aufsteigt, dem wirklichen historischen Prozess.« (37) Der Theorieaufbau folgt hier dem genetischen Sich-Aufbauen der Sache selbst. »Der Wert der Ware als Grundlage bleibt wichtig, weil das Geld nur aus diesem Fundament heraus begrifflich zu entwickeln und der Preis seinem allgemeinen Begriff nach zunächst nur der Wert in Geldform ist.« (25/203) – 2. Am Beispiel

von Handels- und Wucherkapital sowie der Grundrente, die vor dem industriellen Kapitalismus in bestimmten Gesellschaften oder Phasen derselben bestimmend waren, stößt Marx auf eine der historischen entgegengesetzte Ordnung. »Im Gang der wissenschaftlichen Analyse erscheint die Bildung der allgemeinen Profitrate als ausgehend von den industriellen Kapitalen und ihrer Konkurrenz und erst später berichtigt, ergänzt und modifiziert durch die Dazwischenkunft des Kaufmannskapitals. Im Gang der historischen Entwicklung verhält sich die Sache geradezu umgekehrt.« (25/298) [...] »Es wäre also untubar und falsch, die ökonomischen Kategorien in der Folge aufeinander folgen zu lassen, in der sie historisch die bestimmenden waren. Vielmehr ist ihre Reihenfolge bestimmt durch die Beziehung, die sie in der modernen bürgerlichen Gesellschaft aufeinander haben und die genau das Umgekehrte von dem ist, was [...] der Reihe der historischen Entwicklung entspricht.« (40) – 3. In beiden Fällen, dem einer der Historie entsprechenden wie dem einer zu ihr gegenläufigen Abfolge, steht das Nacheinander, in dem die Kategorien in die Darstellung eingeführt werden, im Widerspruch zu der Tatsache, dass im »Gesellschaftskörper [...] alle Beziehungen gleichzeitig existieren und einander stützen« (4/131). Die »logische Formel der Aufeinanderfolge [...] allein«, Diachronie ohne Synchronie verfehlt das Konkrete. Die durch die Abfolge verlangte Isolierung der Entwicklungsstadien bzw. Gliederungsebenen muss durch Analyse ihrer Wechselwirkung in der konkreten Totalität aufgehoben werden. Denn die einzelnen Kategorien drücken »Daseinsformen, Existenzbestimmungen, oft nur einzelne Seiten dieser bestimmten Gesellschaft« aus (42/40). So muss etwa, nachdem Kapital und Grundeigentum »beide besonders betrachtet sind, [...] ihre Wechselwirkung betrachtet werden« (41).

Das Verlangen nach allgemeinen Patentformeln hat hier wie sonst zu unheilvoller Verwirrung geführt. Einzelne Formeln aus dem Kontext isolierend und sich an ihnen festklammernd, haben sich gegensätzliche Interpretationslinien gebildet. Die historische Ironie will, dass Marx ausgerechnet mit seiner differenzierenden Klärung unterschiedlicher Möglichkeiten – z.B. vergleichender Sicht auf Gesellschaftsformationen im Gegensatz zum Bezug auf verschiedene Ebenen ein und derselben Formation –, also indem er die Sachlage »entwirrt« (Bensussan 1985, 483), solcher Verwirrung Material geboten hat.

5. Die *Philosophischen Hefte* Lenins (1964 auf dt. erstmals vollständig als LW 38 erschienen) und die Feiern anlässlich des hundertsten Jahrestags der Erstveröffentlichung von *Kapital* I (1967) bildeten Anlässe für intensivere Beschäftigungen mit dem ›Verhältnis von H und L‹. [...]²

2 Im HKWM-Artikel folgt hier eine ausführliche Darstellung und Auswertung der Diskussionen im Sowjet- und DDR-Marxismus, die – abgesehen von bemerkenswerten Ausnahmen wie z.B. Peter Ruben (1976) und Wolfgang Küttler (1980, 1988) – insgesamt dazu tendieren, einen »Vorrang« der ›logischen‹ Methode vor der ›historischen‹ anzunehmen (Richter 1985, 110).

6. Mehr als bei anderen Themen haben sich die Positionen im östlichen und westlichen Marxismus bei der Frage des Verhältnisses von »L« und »H« seit den späten 1960er Jahren zunehmend durchdrungen. Eher als in den Positionen liegt der Unterschied darin, dass diese sich im Westen ohne Rücksicht auf andere Sprachregelungen als die der je eigenen Schule entfalten und ein Nischendasein führen konnten.

6.1 Antonio Gramsci hebt 1930 bei seiner Weiterentwicklung des Basis-Überbau-Konzepts (Einfügung der Zivilgesellschaft als Zwischenebene, Pluralisierung der Superstrukturen und Analyse der materiell-technischen und ökonomischen Struktur einer jeweiligen Superstruktur) den strukturgenetischen Zusammenhang hervor: »Logisch und auch chronologisch ergibt sich: gesellschaftliche Struktur – Superstruktur – materielle Struktur der Superstruktur.« (H. 4, §12, 472) – Louis Althusser verwirft 1965 Gramscis »absoluten Historismus«, argumentiert strukturalistisch gegen die »*déduction logico-historique*« (LLC II, 82) und bahnt die Front »histori(z)istische« vs. »logizistische« *Kapital*-Lektüre an. Er dringt auf »radikale Unterscheidung zwischen der Ordnung, in der die Kategorien in der Erkenntnis erscheinen und der Ordnung, in der sie in der historischen Realität erscheinen«, und erklärt die Frage der Beziehung beider zum »Scheinproblem« (DKL, I, 60f). [...]

Alfred Schmidt verteidigt das H gegen Althussters Angriff und spricht von der »historisch-ökonomischen Analyse des *Kapitals*« (1972, 33). Er unterscheidet »Geschichte (Diachronie) und Struktur (Synchronie)«, die bei Marx vielfach auseinander treten (1971, 34). – Joachim Bischoff verbindet beides: zwar spricht er von der »notwendigen logischen Entwicklung« (1973, 176), unterscheidet aber »den historischen Prozess der Entstehung des Kapitals« vom Prozess seines »tagtäglichen Werdens« (108), bzw., wie er mit der auch von Zeleny herangezogenen Marx-Äußerung sagt, »seiner *kontemporären* Geschichte« (42/372; vgl. Wittich u.a. 1980, 484). Doch entwickelt er keinen neuen Begriff für die Analyse des »kontemporären H«, sondern bleibt bei der Diktion, »dass die logische Darstellung des Systems der bürgerlichen Produktionsverhältnisse den Schlüssel für das Verständnis des historischen Prozesses liefert« (110). – Klaus Holzkamp wirft Bischoff die »Vermengung des realhistorischen mit dem logisch-historischen Aspekt der Analyse« vor (1974, 1ff, 10ff). Das L ist für ihn »die *Logik* des wirklichen historischen Entwicklungsprozesses, wenn man an diesem Prozess abstrahierend die Momente heraushebt, die die Entwicklungsnotwendigkeiten der historischen Progression [...] einschließen« – wobei »der *folgeschwere Irrtum*« vermieden werden muss, »der historische *Entwicklungsprozess* als solcher sei eine Folge von mit »logischer« Zwangsläufigkeit auseinander hervorgehenden Entwicklungsstufen« (36). – Eckart Leiser schlägt »strukturell-genetische Untersuchung« als den »geeigneteren Terminus« vor, der die Rede von der »logisch-historischen Ableitung« ersetzen soll (1978, 15, 17). »Geschichte und Gewordenheit sind [...] untrennbare Aspekte der den Gegenstand konstituierenden dialektisch-prozessualen Totalität« (23); trennt man sie, wie Bischoff, muss »zwangsläufig der ahistorischen Kategorie des »L« eine von außen kommende apriorische, nicht näher ausgewiesene Verbindlichkeit gegeben werden« (Leiser 1978, 21). [...] Lucien Sève räumt dem Strukturalismus ein, dass Marx eine

»Strukturmethode« befolge, »also von der Struktur zur Geschichte« gehe (1971, 709). Später interpretiert er das »L« darstellungslogisch (»exposé logique«) und bezieht das »H« auf die Dinge in ihrer Entwicklung; die »historische Ordnung« führt beständig von konkret zu konkret, die »logische« dagegen von konkret zu abstrakt und von abstrakt zu konkret (1980, 83). Da der wirkliche Prozess kein Aspekt der durchs Denken isolierten Dinge ist, nimmt Sève an, dass die Abfolge einer theoretischen Darstellung und die wirkliche Entwicklung ihres Gegenstands in der Regel nicht zusammenfallen können (95).

6.2 Über Jahrzehnte hinweg haben v.a. Helmut Reichelt (1996) und Hans-Georg Backhaus (1997) die These von der »logischen Methode« von Marx verfochten und zugleich deren Tragfähigkeit in Frage gestellt. Beide stützen sich darauf, dass Marx am 9. Dez. 1861 an Engels schreibt, die geplante Fortsetzung von *Zur Kritik* werde »viel populärer und die Methode viel mehr versteckt« (30/207). Wie die Platon-Rezeption von der Vorstellung der »ungeschriebenen Lehre« umgetrieben wird, so machen sich Backhaus und Reichelt auf die Suche nach der »versteckten Methode« von Marx.

6.21 Der frühe Reichelt meint, dass im marxischen *Kapital* »der systematische Ort der Behandlung« eines Aspekts jeweils »durch die immanente Logizität der kategorialen Darstellung festgelegt ist«, d.h. »auf Grundlage der Kenntnis der inneren Logizität der Wertbewegung« (1970/2001, 147). Richtig ist zweifellos, dass die »kategoriale« Darstellung (so übersetzt er »logisch«) »nicht unmittelbar identisch ist mit der Nachzeichnung der historischen Genesis des Kapitals und der freien Lohnarbeit« (146). Wo Marx die kapitalistische Produktionsweise mit einem »organischen System« vergleicht, das bestrebt ist, »alle Elemente der Gesellschaft sich unterzuordnen oder die ihm noch fehlenden Organe aus ihr heraus zu schaffen« und »so historisch zur Totalität« zu werden (42/203), wendet Reichelt ein: »Eher wäre an den hegelschen Geistbegriff zu erinnern, der den Sachverhalt, den Marx im Auge hat, wesentlich genauer trifft: dass es nur das Kapital selbst sein kann, das den Kapitalismus hervorbringt.« (148) Dass aber die genetische Rekonstruktion des Kapitalbegriffs, die sein Hervorgehen aus noch nicht kapitalistischen (und auch noch nicht eine ganze Gesellschaft durchdringenden) Ware-Geld-Verhältnissen analysiert, die Voraussetzung hierfür ist, sieht Reichelt nicht. Die »Genesis der Geldform«, die Marx als Erster rekonstruiert, ist zwar nicht die »wirkliche Geschichte« dieser Form, doch sie legt die geschichtlich wirksamen und unter bestimmten Bedingungen zur Dominanz gelangenden formativen Triebkräfte frei, die aus der Rückwirkung menschlichen Verhaltens in bestimmten Verhältnissen auf letztere resultieren. Daher kann Reichelt sagen, die entsprechende Darstellung sei, obwohl selber nicht historisch, »zugleich als abstrakte Darstellungsform jenes Prozesses zu begreifen, der historisch zum Kapitalismus führt« (149), ja, dass »die dialektische Darstellungsform der Kategorien zugleich die angemessene Darstellungsform jener Bewegung ist, die den Kapitalismus historisch hervorbringt« (150).

Ein Vierteljahrhundert später hat sich Reichelts Bild von Marx verdüstert. Nun meint er, dass es sich vom jungen bis zum alten Marx »immer wieder um dieselbe Konstruktion handelt, die von vornherein feststeht und auch nicht ansatzweise pro-

blematisiert, sondern nur verschieden ›drapiert‹ wird« (1996, 93f). Reichelt hält Dialektik für eschatologisch und bezweifelt, dass es sie in einer Form geben kann, »die ohne diesen Kulminationspunkt denkbar ist, eine ›reduzierte Dialektik‹, gewissermaßen eine methodische Anweisung zur Entwicklung der Kategorien, die ohne diesen geschichtsphilosophischen Überbau zu haben ist« (110).

6.22 Der frühe Backhaus rückt die Wertformanalyse ins Zentrum, eliminiert indes aus deren Dialektik nicht nur das H, sondern auch das menschliche Handeln. Sein Haupt-Interesse gilt dem ›verborgenen Wesen‹ und der ›verkehrten Erscheinungsform‹. Da er das Ausdrücken des Wertes von Waren nicht als Praxisform begreift, kann er sagen: »Dass [...] der Wert [...] sich gar nicht ausdrücken lässt, sondern nur in verkehrter Gestalt ›erscheint‹, nämlich als ›Verhältnis‹ von zwei Gebrauchswerten, entzieht sich dem Verständnis des Lesers.« (1969, 131) Die marxische Werttheorie sei »adäquat interpretiert, wenn die Ware so gefasst wird, dass sie sich im Prozess eines ›immanenten über-sich-Hinausgehens‹ als Geld setzt« (133). Wo Marx die begriffliche Entwicklung mit der historischen (im Sinne einer genetischen Abfolge aufgrund immanenter, durch keine historischen Bedingungen blockierter Entwicklung, 23/80) oder mit gesellschaftlicher Praxis (bzw. dem »Bedürfnis« des »Verkehrs«; 102) zusammenbringt, führt er dies darauf zurück, dass Marx den Text auf eine Weise »popularisiert« habe, dass »die dialektischen Implikationen immer mehr verblassen« (129).

Später schreibt Backhaus Marx den Versuch zu, »mittels eines Widerspiegelungspostulats eine Beziehung zwischen ›Logischem‹ und ›Realem‹, ›logischer‹ und ›realer‹ ›Entwicklung‹ herzustellen« (1978/97, 207). Dass die Anführungszeichen überhand nehmen, drückt die Erfahrung aus, dass vieldeutige Worte zu »pseudotheologischen Disputen« führen (196). Auch »Entwicklung« musste eingeklammert werden, um die Doppeldeutigkeit (Bildungsprozess der Sache selbst und ihre begriffliche Darstellung) zu markieren. Doch Backhaus entwickelt keine neue Sprache. ›Logik‹, das scheinbar Anti-Metaphorischste, entspringt selbst einer Metapher und wird hier metaphorisch gebraucht. Er klammert sich an der englischen Diktion von 1859 fest, um Engels These zurückzuweisen, dass das L (der »Fortgang« der Kategorien) nichts als das aufs Notwendige reduzierte ›Spiegelbild‹ des H sei. Sein Marx-Bild spaltet sich weiter auf: In der 2.A. des *Kapital* sieht er jetzt eine »›historisch-logische‹ Konstruktion bzw. Interpretation« am Werk, eine »logisch-historische« dagegen noch in der 1.A. und vor allem in den *Grundrissen* (229). Der früher zurückgewiesenen These von der marxischen »historischen Methode« (Holzkamp) macht Backhaus jetzt das Zugeständnis, die marxische Warnung, die »Grenzen der Dialektik« nicht zu überschreiten, sowie Marx' Vorsatz, »die idealistische Manier der Darstellung zu korrigieren« (42/85), lasse sich »nicht ganz zu Unrecht« als Hinwendung zur »Historisierung verstehen und in eins damit [als] fortschreitende Zurückdrängung der dialektischen, hegelianisch inspirierten Konstruktionsweisen des *Rohentwurfs*« (Backhaus 1997, 231). Was einmal Kritik rivalisierender Marx-Interpretationen war, wird nun zur Marx-Kritik. Die »Historisierung des ›L‹« (235) wird als »von Marx selbst bewirkte Vulgarisierung seiner Werttheorie, ihre Regres-

sion zur ricardianischen« (293) verworfen. Wer die Methode von *K I* als historisch versteht, müsse zugeben, dass die Wertformanalyse in der 2.A. »als ein höchst missverständlicher Text zu charakterisieren ist; die Vertreter einer ›logischen‹ Interpretation müssten [...] diesen Text so charakterisieren, wie sie ihn tatsächlich längst behandeln: als einen irreführenden Text.« (231)

Als ausschließendes Entweder/Oder fasst er die Frage, ob die Gegenstände der ersten drei Kapitel »abstrakte Sphären« des ›vorausgesetzten Kapitals« oder genetische Vorstufen bezeichnen (231). Marx hat die beiden Dimensionen zusammengebogen und ›praxeologisch‹ vermittelt. Für Backhaus ein »untauglicher Versuch an einem untauglichen Objekt« (232). Statt empirischer (= historischer) Belege bringe Marx »Plausibilitätsargumente und eine Art Gedankenexperiment« (233). Marx' werttheoretische Aussagen seien »irgendwo zwischen apriorischen und aposteriorischen angesiedelt« (245), wie Backhaus jetzt das »Verhältnis von empirischen, insbesondere historischen Fakten und den quasi-transzendentalen dialektischen Denkfiguren« (1978/97, 211) artikuliert.

Einerseits soll damit bewiesen sein, dass »sich eine dialektische Kategorialanalyse und historizistische Theoreme wechselseitig ausschließen« (1997, 230). Andererseits wird die »›logische‹ – wenn man so will ›hegelianische‹« (238) marx'sche »Kategorialanalyse« als Erschleichung preisgegeben, »soll doch paradoxerweise etwas Reelles analysiert und doch keine realen Verhältnisse untersucht werden« (276). Backhaus endet damit (1997, 297), dass er, nach dreißigjähriger Arbeit über die marx'sche Methode im *Kapital*, die »Notwendigkeit einer kritischen Rekonstruktion« derselben mit den Worten von Jürgen Habermas erklärt: »Sie kann nur bedeuten, dass man die marx'sche Theorie ›auseinandernimmt‹ und in neuer Form wieder zusammensetzt, um das Ziel, das sie sich gesetzt hat, besser zu erreichen.« (Habermas 1976, 9) Doch »ob sich dieser Versuch überzeugender durchführen lässt, kann uns hier nicht beschäftigen« (276).

7. Im Unterschied zu denen, die sich vor allem mit dem Textniederschlag der marx'schen Wirklichkeitserforschung befassen und dazu tendieren, »den ›Text‹ an die Stelle der Wirklichkeit zu setzen« (Holzkamp 1974, 75), neigen diejenigen, die selber gesellschaftliche Wirklichkeit erforschen, eher dazu, das von der Formel ›Dialektik bzw. Einheit des H und des L‹ Intendierte vom Standpunkt ihrer Forschungs- und Darstellungszwecke zu übersetzen. So macht der Ökonom Ernest Mandel daraus die »Verschmelzung von Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftstheorie« (1960/1968, 13). Er warnt davor, »die Darstellungsweise [...] mit der Genesis der Erkenntnis [zu] verwechseln« (11). Entscheidend ist für ihn die »Verbindung des dialektischen Rationalismus mit dem empirischen (und praktischen) Erfassen der Tatsachen [...]. Die Methode muss also genetisch-evolutiv, kritisch, materialistisch und dialektisch sein.« (14) »Genetisch-evolutiv« muss sie sein, »weil das Geheimnis eines jeden ›Begriffs‹ nicht gelüftet werden kann, ohne dass man Ursprung und Entwicklung, also die Entfaltung seiner inneren Widersprüche, gleichzeitig untersucht«, wobei man aber jede Kategorie »zuvor in ihrer fertigen Form untersuchen« muss, bevor

man ihren »Sinn [...] in ihrer jeweiligen Entwicklungsstufe voll begreift«; kritisch muss die Herangehensweise insofern sein, als sie keinesfalls »Begriffe« als »Sache an sich« behandeln darf (ebd.). – Später, in seiner Einleitung zur neuen englischen *Kapital*-Übersetzung von Ben Fowkes nimmt Mandel keinen Anstoß daran, die »synchronen« struktur- und funktionsanalytischen Züge der marxischen KpÖ als »logische Analyse« zu bezeichnen und sieht in der »Einheit von historischer und logischer Analyse die Weise [...], in der Marx und Engels ihre Methode verstanden« (1976, 22).

Klaus Holzkamp, der von der Psychologie verlangt, »wirkliches Material in logisch-historischer Analyse durchzuarbeiten, um ein jeweils gegenwärtiges Verhältnis aus den entwicklungslogischen Stufen seines Gewordenseins in seinem Wesen begreifbar zu machen« (vgl. W.F.Haug 1975, 688), fasst die Herangehensweise der Kritischen Psychologie an die »Naturgeschichte« des (vormenschlichen) Psychischen mit dem Begriff der »funktional-historischen Analyse« (vgl. Holzkamp 1977, 102).

8. Wenn »logisch« für »begrifflich« stehen soll, so kann in geschichtsmaterialistischer Sicht letztlich nur »in der menschlichen Praxis und im Begreifen dieser Praxis« die »rationelle Lösung« gefunden werden, wie es in *ThF* 8 heißt (3/7). Den »Kern der marxischen Methode« und ihres »konsequenten dialektisch-materialistischen Verfahrens« bildet die praktisch-materialistische Auffassung der Wirklichkeit und der Theorie« (Zeleny 1962/1968, 325). »Den Platz der alten vorkritizistischen Ontologie nimmt [bei Marx] die niemals abgeschlossene, mit der Entwicklung der menschlichen materiell-geistigen Praxis immer von neuem sich notwendigerweise erneuernde Untersuchung und Klärung der ontopraxeologischen Problematik ein« (309). Sie hebt jede präexistente »Logik« aus den Angeln. Redeweisen wie die von »den inneren Widersprüchen der einfachen Wertform«, aus denen sich »eine notwendige logische Entwicklung« ergibt, »deren Ergebnis die allgemeine Äquivalentform [...] ist« (Bischoff 1973, 176), haben keinen klaren Sinn, solange man sie nicht in einen praxeologischen Rahmen stellt. Der Widerspruch, dass der Wert einer Ware im Gebrauchswert einer andern erscheint, findet ja gerade keine Lösung bei der Entwicklung. Es ist das Bedürfnis des Tauschhandels, das nicht »ruht und rastet« (23/102), indem es zur allgemeinen Äquivalentform treibt.

In der Tat fungiert in Redeweisen wie der von der »notwendigen logischen Entwicklung« das Wort »logisch« als Deckwort über einem weißen Fleck auf der epistemologischen Karte, solange die behauptete »logische Notwendigkeit« nicht in klaren Analysen der Veränderungsimpulse konkretisiert wird, die bestimmtem Handeln in bestimmten Verhältnissen entspringen, und solange nicht gezeigt werden kann, unter welchen Bedingungen und kraft welcher Auswirkungen solche Impulse zum Zuge kommen und dominant werden können. Anders trägt jene Redeweise nur dazu bei, Wissensbehauptungen scheinhaft zu legitimieren, wo in Wirklichkeit Unklarheit und Unwissen herrschen.

Literatur

Siglen

- DI Marx, Engels, *Die deutsche Ideologie* (1845-46)
- Einl 57 Marx, »Einleitung« zu den *Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie* (1857)
- Enz Hegel, *Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse* (1817, ¹1830)
- GeschPhil Hegel, *Vorlesungen über die Geschichte der Philosophie* (1819-1828)
- K I, K II, K III Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band* (1867, ¹1872), *Zweiter Band*, hgg. v. F. Engels (1885, ²1893), *Dritter Band*, hgg. v. F. Engels (1894)
- KHS Marx, *Kritik des Hegelschen Staatsrechts* (1843)
- KrV Kant, *Kritik der reinen Vernunft* (1781=A, 21787=B)
- ThF Marx, *Thesen über Feuerbach* (1845)
- Zur Kritik Marx, *Zur Kritik der politischen Ökonomie* (1859)

Cm.M.H.Aleksejev, *Dialektitscheskaja Logika*, Moskau 1960

L.Althusser, *Lenin und die Philosophie*, Hamburg 1974

ders., E.Balibar u.a., *Lire le Capital*, Paris 1965 (zit. LLC); dt. *Das Kapital lesen*, Reinbek 1972 (zit. DKL)

Ch.J.Arthur, *The New Dialectic and Marx' Capital*, Leiden 2002

H.-G.Backhaus, *Dialektik der Wertform. Untersuchungen zur marx'schen Ökonomiekritik*, Freiburg/Br 1997

G.Bensussan, »Historisch-logisch«, in: *Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Band 3, Berlin/W 1985, 482-86

J.Bischoff, *Arbeit als Systembegriff*, Berlin/W 1973

Dialektischer und Historischer Materialismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, hgg.v. H.SteuBloff u.a., 15., überarb. A., Berlin/DDR 1988

L.Feuerbach, *Grundsätze der Philosophie der Zukunft* (1843), *Werke in sechs Bänden*, hgg.v. E.Thies, Bd: 3, *Kritiken und Abhandlungen II*, 247-322

J.G.Fichte, *Grundlage der gesamten Wissenschaftslehre* (1794), *Gesamtausgabe*, hgg.v. R.Lauth u. H.Jacob, Bd.I/2: *Werke 1793-1795*, Stuttgart-Bad Cannstatt 1965 (zit. GA)

A.Gramsci, *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*, 10. Bde, Hamburg 1991-2002

J.Habermas, *Zur Rekonstruktion des historischen Materialismus*, Frankfurt/M 1976

W.F.Haug, *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* (1974, überarb. Fassung 1976), 3., um ein Nachw. vermehrte A., Hamburg 1985

ders., Rezension von MEGA II.5, in: *Das Argument*, 27. Jg., 1985, *Rezensionsbeilage zum Kritischen Wörterbuch des Marxismus*, 212-16 (zuerst in *Das Argument* 145, 26. Jg., 1984, H. 3, 452-56)

ders., *Philosophieren mit Brecht und Gramsci*, Hamburg 1996

ders., »Die Produktionsweise denken«, in: H.-J.Bieling u.a. (Hg.), *Flexibler Kapitalismus*, Hamburg 2001, 36-53

G.W.F.Hegel, *Werke in zwanzig Bänden*, Red.: E.Moldenhauer u. K.M.Michel, Bd. 18, Frankfurt/M 1971 (zit. W)

K.Holzcamp, »Die historische Methode des wissenschaftlichen Sozialismus und ihre Verknennung durch J.Bischoff«, in: *Argument* 84, 16. Jg., H. 1/2, 1974, 1-75

ders., »Die kategoriale und theoretische Erfassung der Vermittlung zwischen konkreten Individuen und ihren gesellschaftlichen Lebensbedingungen durch die Kritische Psychologie«, in: K.-H.Braun u. K.Holzcamp (Hg.), *Kritische Psychologie. Bericht über den 1. Internationalen Kongress*, Bd. 1, Frankfurt/M 1977, 101-10

- K.Korsch, *Marxismus und Philosophie* (1923), Frankfurt/M 1966, 73-136
- ders., *Gesamtausgabe*, Bd. 3: *Marxismus und Philosophie: Schriften zur Theorie der Arbeiterbewegung 1920-1923*, hgg.v.M.Buckmiller, Amsterdam 1993 (zit. GA 3)
- A.Kosing, Artikel »Logisches und Historisches«, in: *Philosophisches Wörterbuch*, Bd. 2, hgg. v. M.Buhr u. G.Klaus, 6., erw. Aufl., Leipzig 1969, 667f
- W.Küttler, »Die Dialektik von Logischem und Historischem und der Platz der Geschichte im System der Gesellschaftswissenschaften«, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 28. Jg., 1980, H. 2, 170-81
- ders., »Die historische Methode aus marxistisch-leninistischer Sicht«, in: Ch.Meier u. J.Rüsen (Hg.), *Historische Methode*, München 1988, 81-99
- A.Lalande, *Vocabulaire technique et critique de la philosophie*, 16. A., Paris 1988
- W.I.Lenin, *Werke*, Bd. 1-40 u. 2 Erg.-Bde., Berlin/DDR 1953ff (zit. LW)
- A.Lipietz, »Vom Althusserianismus zur »Theorie der Regulation««, in: A.Demirovic, H.-P.Krebs u. Th.Sablowski (Hg.), *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess*, Münster 1992, 9-54;
- E.Mandel, *Marxistische Wirtschaftstheorie* (1960), a.d.Frz. v. L.Boepple, 2 Bde., Frankfurt/M 1968
- ders., *Kontroversen um »Das Kapital«*, Berlin 1991
- ders., »Introduction«, in: Karl Marx, *Capital*, translated by Ben Fowkes, Harmondsworth-New York 1976, 11-86 (dt. in: *Kontroversen um »Das Kapital«*, Berlin 1991, Kap. I.3: »Die Methode des »Kapitals«)
- K.Marx, *Misère de la philosophie. Réponse à la philosophie de la misère de M. Proudhon* (1847), in: ders., *Oeuvres – Économie I*, hgg. v. M.Rubel, Paris 1965, 1-136
- MEGA = *Marx-Engels Gesamtausgabe*, Berlin/DDR-Moskau 1975-89, Berlin-Amsterdam 1992ff
- M.Merleau-Ponty, *Humanismus und Terror* (1947), 2 Bde., Frankfurt/M 1966
- MEW = *Marx-Engels Werke*, Bd. 1-43, Berlin/DDR 1957ff
- V.Pietilä, »The Logical, the Historical, and the Forms of Value – Once Again«, in: S.Hänninen u. L.Paldán (Hg.), *Rethinking Marx*, Argument Sonderband 109, Berlin/W 1984, 62-67
- K.Popper, *Logik der Forschung* (1934), 6., verb. A., Tübingen 1976
- ders., *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde* (1944), Bd. 2: *Falsche Propheten. Hegel, Marx und die Folgen*, Bern 1958
- P.-J.Proudhon, *Philosophie der Staatsökonomie oder Nothwendigkeit des Elends* (frz. 1846), dt. Bearb. v. K.Grün, 2 Bde., Darmstadt 1847
- H.Reichelt, *Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx* (Frankfurt/M 1970), um ein Vorwort verm. Neuauflage, Freiburg/Br 2001
- ders., »Warum hat Marx seine dialektische Methode versteckt?«, in: *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung*, Neue Folge, Hamburg 1996, 73-110
- G.Richter, *Gesetzmäßigkeit und Geschichtsprozess. Logisches und Historisches*, Berlin/DDR 1985
- P.Ruben, »Wissenschaft als allgemeine Arbeit. Über Grundfragen der marxistisch-leninistischen Wissenschaftsauffassung«, in: *Sozialistische Politik*, 8. Jg., 1976, Nr. 36, 7-40
- U.Sautter, »Brechts logischer Empirismus«, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 43. Jg., 1995, H. 4, 687-709
- A.Schmidt, *Geschichte und Struktur. Fragen einer marxistischen Historik*, München 1971
- ders., »Zum Erkenntnisbegriff der Kritik der Politischen Ökonomie«, in: *Kritik der Politischen Ökonomie heute. 100 Jahre »Kapital«*, hgg. v. W.Euchner u. A.Schmidt, Frankfurt/M 1972
- B.Schoch, *Marxismus in Frankreich seit 1945*, Frankfurt/M 1980
- L.Sève, »Über den Strukturalismus«, in: *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, 1971, H. 5
- ders., *Une introduction à la philosophie marxiste*, Paris 1980
- M.Weber, *Soziologie – Weltgeschichtliche Analysen – Politik*, m. Einl. v. E.Baumgarten, hgg. v. J.Winckelmann, 2., erg. A., Stuttgart 1956
- D.Wittich, K.Gössler u. K.Wagner, *Marxistisch-leninistische Erkenntnistheorie*, Berlin/DDR 1980
- J.Zeleny, *Die Wissenschaftslogik bei Marx und »Das Kapital«* (Prag 1962), Berlin/DDR 1968

Michael Heinrich

Geld und Kredit in der Kritik der politischen Ökonomie

Vor dem Hintergrund internationalisierter Finanzmärkte, häufiger werdender Währungskrisen und Crashes an den Aktienmärkten besitzt die Diskussion über Geld und Kredit unmittelbar politische Aktualität. Obwohl der neoliberale Ruf nach Deregulierung der Märkte keineswegs verstummt ist, wird bereits über eine Re-Regulierung diskutiert. Großen Teilen der globalisierungskritischen Bewegungen erscheint die Bändigung der Finanzmärkte als der entscheidende Hebel für die Zähmung des »entfesselten Kapitalismus«. Geld- und kredittheoretische Fragen betreffen also nicht bloß Fachökonomisches; verhandelt werden auch die spezifischen Vergesellschaftungsweisen im gegenwärtigen Kapitalismus.

In den herrschenden ökonomischen Theorien ist davon nicht viel zu spüren. Dort interessiert nicht die soziale *Form* Geld, sondern dessen *Funktionen*. Klassik und Neoklassik sehen im Geld vor allem ein Tauschmittel, ein bloß technisches Hilfsmittel, das für die Theoriebildung im Grunde uninteressant ist. Der Keynesianismus nimmt Geld als Wertaufbewahrungs- und Kreditmittel zwar durchaus ernst, die geld- und tauschvermittelte Vergesellschaftung wird hier aber genauso wenig zum Problem; sie wird einfach unterstellt. Dagegen zielt Marx' Kritik der politischen Ökonomie auf die Dechiffrierung jenes Typus *ökonomischer Gegenständlichkeit*, der in den herrschenden Theorien immer schon vorausgesetzt wird. Die Kritik der politischen Ökonomie ist nicht eine weitere ökonomische oder soziologische Theorie neben anderen, sondern im emphatischen Sinn Kritik: Kritik nicht nur an einzelnen Theorien, sondern am diese Theorien konstituierenden Gegenstandsverständnis.

In den Rezeptionslinien, die seit dem späten 19. Jahrhundert in der Arbeiterbewegung vorherrschten, wurde dieses kritische Unternehmen jedoch in eine eklektische Weltanschauung namens »Marxismus« (später »Marxismus-Leninismus«) umgemünzt. Ein Prozess, dem einerseits durch den fragmentarischen Charakter der Kritik der politischen Ökonomie und die popularisierenden Schriften von Engels (vor allem den *Anti-Dühring*) Vorschub geleistet wurde, der andererseits aber auch nicht möglich gewesen wäre, wenn Arbeiterbewegung und Arbeiterparteien, die sich in Gestalt einer »negativen Integration« (Groh 1973) in der bürgerlichen Gesellschaft konsolidierten, nicht selbst ein Bedürfnis nach Weltanschauung entwickelt hätten.

Der weltanschauliche Dogmatismus eines »dialektischen« und »historischen« Materialismus wurde schon seit den 1920er Jahren kritisiert. Die Reduktion der Kritik der politischen Ökonomie auf eine »marxistische politische Ökonomie«, wie sie nicht nur für realsozialistische Lehrbücher, sondern auch für im Westen weit verbreitete Darstellungen wie die von Sweezy (1942), Meek (1956) oder Mandel (1962) typisch war, wurde jedoch erst ab den späten 60er Jahren zum Thema. Nun wurden auch schon früher abweichende Stimmen wie die von Rubin (1924)

bekannt. Im Mainstream des traditionellen Marxismus dagegen reduzierte man die Marxsche Werttheorie auf eine Arbeitsmengentheorie (Arbeitsmenge bestimmt die Austauschverhältnisse) und auf eine Theorie der Ausbeutung – was Linksricardianer bereits in den 1830er Jahren vertreten hatten. Wo Marx über deren Positionen hinausging, wurden seine Argumente meistens entweder ignoriert oder banalisiert. Man diskutierte das Konzept der abstrakten Arbeit entweder überhaupt nicht weiter oder verwandelte es in eine überhistorische Abstraktion; die Wertformanalyse galt als kurzgefasste Darstellung der historischen Herausbildung des Geldes. Was Marx schon an Ricardos Werttheorie kritisierte – die Unfähigkeit, den monetären Charakter des Werts auch nur in den Blick zu bekommen (z.B. MEW 26.2, 161) –, traf auch für den traditionsmarxistischen Mainstream zu. Geld und Kredit galten ihm als bloße ›Zirkulationsphänomene‹, die eigentlich wichtige Sphäre war die Produktion. Als Begründung einer marxistischen Krisentheorie wurde daher mit Klauen und Zähnen das »Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate« verteidigt; jenseits davon konnte man sich keine Krisentheorie mehr vorstellen.

Die Wertformanalyse: ›Logisches‹ oder ›Historisches‹?

Schon lange vor der Abfassung des *Kapitals* machte Marx in seiner Auseinandersetzung mit Proudhon deutlich, dass die ökonomischen Kategorien einen historischen Charakter haben: sie sind nur gültig für eine bestimmte Produktionsweise (MEW 4, 130; 27, 457). Wer von einem ahistorischen Charakter der ökonomischen Kategorien ausgeht, und den Faustkeil eines Neandertalers für Kapital hält, verwechselt ökonomische Formbestimmung mit sachlichem Inhalt. Zwar werden in allen Produktionsweisen Produktionsmittel benötigt, aber nur in der kapitalistischen nehmen sie die Form von Kapital, von sich verwertendem Wert an. Insofern sind Wert, Geld, Kapital etc. historische Kategorien.

Von deren Geschichtlichkeit wird allerdings noch in einem anderen Sinn gesprochen. Marx betont, dass die Kategorien der bürgerlichen Ökonomie in ihrem Zusammenhang zu »entwickeln« sind, dass es in der Wertformanalyse gilt, die »Genesis dieser Geldform nachzuweisen« (23, 62). Dass es sich dabei nicht um eine detaillierte historische Nacherzählung der Geldentstehung handelt, ist offensichtlich. Aber welchen Charakter hat die Genesis dann? Maßgeblich beeinflusst wurden die späteren Debatten von Engels. In seiner Rezension von *Zur Kritik der politischen Ökonomie* schrieb er, dass die Kritik der Ökonomie »historisch oder logisch« angelegt werden könne (13, 474). Marx habe zwar die »logische Behandlungsweise« gewählt (d.h. eine begrifflich-kategoriale Darstellung), doch sei diese »in der Tat nichts anderes als die historische, nur entkleidet der historischen Form und der störenden Zufälligkeiten«, ein »Spiegelbild, in abstrakter und theoretisch konsequenter Form, des historischen Verlaufs« (475).¹

1 Marxsche Äußerungen zu dieser Rezension sind nicht bekannt, wahrscheinlich gibt es keine. Auch im ersten Band des *Kapitals*, in dem Marx mehrfach ökonomische Schriften von Engels

Die Auffassung, die »logische Behandlungsweise« sei nur ein abstraktes Spiegelbild der historischen Entwicklung, dominierte im traditionellen Marxismus. Ausführlich wurde sie von Klaus Holzkamp (1974) dargelegt. Wesentliche Elemente dieser Auffassung finden sich auch bei Wolfgang Fritz Haug, etwa im HKWM-Stichwort »Genesis« oder in dem in diesem Heft abgedruckten Entwurf für das Stichwort »Historisches/Logisches«. Im erstgenannten Stichwort wird die Wertformanalyse als »Paradigma genetischer Rekonstruktion« bezeichnet. Was »Genesis« aber bedeuten soll, wird gleich zu Anfang des Stichworts in enger sachlicher Anlehnung an Engels *definitivisch*, ohne weitere Diskussion festgelegt: Genesis »unterscheidet sich vom Historischen dadurch, dass darunter ein bestimmter Entstehungszusammenhang ›in Reinkultur‹, unter Ausblendung von Überlagerungen verstanden werden kann« (2001, 261).² Damit ist bereits durch eine scheinbar harmlose Begriffsdefinition ein Deutungsraaster vorgegeben, noch bevor die Auseinandersetzung mit dem marxischen Text beginnt. Dementsprechend verläuft die Skizzierung der Wertformanalyse lediglich über die Passagen, in denen Marx nach erfolgter Analyse (jedoch nicht als deren Begründung) anmerkt, dass die einzelnen Formen historisch irgendwann existierten. Durch diese Auswahl wird unterstellt, das Wesentliche der Wertformanalyse sei die abstrakte Darstellung eines historischen Prozesses, »über dessen konkret-historisches Auftreten damit allerdings noch nichts gesagt ist, außer dass er irgendwann in dieser Sequenz erfolgt sein muss« (266).

Würde es bei der Wertformanalyse tatsächlich nur darum gehen, auf einer allgemeinen Ebene deutlich zu machen, dass die historische Ausbreitung von Tauschverhältnissen ein allgemeines Äquivalent hervorbringen muss, dann würde sich die Wertformanalyse auf eine Banalität reduzieren; eine Banalität, die von Ökonomen weder im 19. noch im 20. Jahrhundert bestritten wurde. Der marxische Anspruch, »zu leisten, was von der bürgerlichen Ökonomie nicht einmal versucht ward, nämlich die Genesis dieser Geldform nachzuweisen« (MEW 23, 62, Hervorhebung M.H.), wäre maßlos überzogen. Mit dieser Banalität hätte die Wertformanalyse auch nicht das leisten können, was sich Marx von ihr versprach, nämlich einerseits den Nachweis für die Unhaltbarkeit der proudhonschen Sozialismusvorstellung zu erbringen, die auf Beibehaltung der Warenproduktion bei Abschaffung des Geldes hinauslief, und andererseits eine Fundamentalkritik am theoretischen Umgang der klassischen politischen Ökonomie mit Geld zu liefern. Dass Geld sich historisch herausgebildet hat, und dass diese Herausbildung nicht zufällig vonstatten ging, sondern in gewissem Sinne »notwendig« war, um den Tausch zu erleichtern, ist noch lange keine Widerlegung von Proudhons These, dass unter Bedingungen voll entwickelter

zitiert, wird sie nicht erwähnt, obwohl sich dies im Vorwort und bei einigen Textstellen inhaltlich anbieten würde - wenn Marx mit ihrem Inhalt einverstanden gewesen wäre. Eine höchst lesenwerte Auseinandersetzung mit der Rezension vor dem Hintergrund unterschiedlicher Wissenschaftskonzeptionen bei Marx und Engels ist Kittsteiner (1977).

2. Ebenso selbstverständlich heißt es im Stichwort »Historisches/Logisches«, das Genetische könne »als das modellhaft begriffene Historische« verstanden werden (391).

Tauschverhältnisse durch günstige institutionelle Vorkehrungen auf Geld verzichtet werden könnte. Und erst recht nicht ist das von Haug als Triebkraft der Wertformentwicklung verstandene »Unpraktische, Disfunktionale«, das zur Aufhebung einer Form führen soll (2001, 266), ein Argument gegen die klassisch-neoklassische Elimination des Geldes aus der Theorie. Dort wird ja keineswegs bestritten, dass Geld praktisch und funktional ist; es wird vielmehr behauptet, dass die wesentlichen ökonomischen Beziehungen auch ohne Geld *modelliert und begriffen* werden können. Und ob ein solches Begreifen möglich ist oder nicht, hat erhebliche Konsequenzen: auf dem letztlich nicht-monetären Verständnis des Tausches beruhen alle klassisch-neoklassischen Beweise einer prinzipiellen Krisenfreiheit von »Marktwirtschaften«, während Marx in der Geldvermittlung des Tausches die allgemeinste Möglichkeit der Krise sieht (MEW 23, 227f).

Die Auffassungen Proudhons und der klassisch-neoklassischen Ökonomie können nur durch den Nachweis kritisiert werden, dass *innerhalb* der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft Wert überhaupt nicht ohne den Bezug auf Geld existieren kann, dass die Geldform des Werts also weit mehr als nur ein praktisches Hilfsmittel ist. Dies zu zeigen, ist der Anspruch der Wertformanalyse. Wenn Marx nach der zitierten Stelle über die »Genesis der Geldform« fortfährt, »also die Entwicklung des im Wertverhältnis der Waren enthaltenen Wertausdrucks von seiner einfachsten unscheinbarsten Gestalt bis zur blendenden Geldform zu verfolgen« (23, 62), dann geht es nicht um eine noch so abstrakt modellhaft gefasste *vorbürgerliche* Entwicklung hin zu bürgerlich-kapitalistischen Formen, sondern um die Beziehung von *kapitalistisch produzierter* Ware und Geld. Bereits der erste Satz des *Kapitals* macht klar, dass die analysierte »Ware« keine vorbürgerliche, sondern kapitalistische ist. Was mittels Wertformanalyse gezeigt werden soll, ist, dass *unter kapitalistischen Verhältnissen* der Warenwert einen selbständigen und zugleich allgemeinen Wertausdruck benötigt; dass sich die Waren ohne einen solchen Wertausdruck *als Werte überhaupt nicht aufeinander beziehen können*. Wenn dieses Ergebnis der Wertformanalyse richtig ist, dann kann Wert in einer kapitalistischen Ökonomie nicht existieren (und nicht verstanden werden) ohne Bezug auf Geld. Dieses Ergebnis, das sich auf das Verhältnis von Wert und Geld bei entwickelter Warenproduktion bezieht, ist sowohl für Proudhon wie für Klassik und Neoklassik eine Neuigkeit und destruiert ihre theoretische Behandlung des Geldes.³ Die marxsche Werttheorie lässt sich dann auch nicht auf die substanzialistische Arbeitsmengentheorie des traditionellen Marxismus reduzieren, die Wert bereits an der einzelnen Ware festzumachen sucht⁴, sondern sie ist immer schon »monetäre« Werttheorie.⁵

3 Für die mangelhafte Auffassung des Zusammenhangs von Wert und Wertform bei Smith und Ricardo macht Marx keine Defizite in der Erfassung der historischen Herausbildung des Geldes verantwortlich, sondern Defizite in der Erfassung der Wertform des Arbeitsproduktes als »allgemeinste Form der *bürgerlichen* Produktionsweise« (MEW 23, 95, Fn. 32, Hervorhebung M.H.).

4 Allerdings hat Marx diesem substanzialistischen Verständnis durch eine Reihe von Ambivalenzen seiner Darstellung erheblich Vorschub geleistet (vgl. Heinrich 1999, Kapitel 6).

5 Dass die marxsche Werttheorie »monetäre Werttheorie« und damit Kritik prämonetärer Werttheo-

Von dem gerade skizzierten, *nicht* auf abstrakter, modellhafter Geschichtsdarstellung beruhenden Verständnis von ›Genesis‹ und ›Entwicklung‹ scheint Haug anzunehmen, dass es einem »hegelianisierenden Missverständnis« auf den Leim gehe, das alles aus »einer ›der Ware‹ als solcher inhärenten Logik« (2001, 269) hervorgehen lässt. Damit ist die Frage aufgeworfen, was den Gang der Darstellung (nicht nur der Wertformanalyse) strukturiert, wenn es eben nicht die abstraktifizierte Geschichte ist.

Im Stichwort »Historisches/Logisches« liefert Haug zwei unterschiedliche Überlegungen zur Strukturierung der Darstellung in der Kritik der politischen Ökonomie. Zunächst heißt es: „Wenn sich in der Abfolge nach Komplexionsgraden Historisches im Sinne einer diachronen Ordnung ausdrückt, so in der Abfolge auf einem gegebenen Komplexionsniveau die synchrone Ordnung des Funktionellen.“ (393) Dies legt nahe, dass sich die Abfolge der Darstellung nach zwei Ordnungsprinzipien richtet, wobei man sich die Abfolge von »Komplexionsgraden« wohl als »genetische Entwicklung« im Sinne einer modellhaften Rekonstruktion des Historischen vorzustellen hat. Ausgeblendet wird dabei die Möglichkeit, dass es in der marxischen Darstellung um eine Abfolge von Komplexionsgraden geht, die nicht historisch (wie abstrakt auch immer), sondern *gegenwärtig* bestimmt sind: Rekonstruktion nicht einer historischen Entwicklung, sondern eines gegenwärtig vorfindlichen Zusammenhangs aus einfachen Momenten.

Im weiteren geht es bei Haug dann um die »Reihenfolge« der Kategorien, allerdings ohne dass auf die zuvor angestellten Überlegungen zur »Abfolge« eingegangen wird, oder angesprochen wird, ob Abfolge und Reihenfolge Verschiedenes bedeuten soll. Die Reihenfolge der Kategorien in der Darstellung wird verglichen mit der Reihenfolge ihres historischen Auftretens, und dabei kommt Haug zu dem Ergebnis, dass der Gang der Darstellung der historischen Entwicklung entsprechen kann oder auch nicht (395). Während der erste Fall gut mit der oben genannten Abfolge von Komplexionsgraden harmonieren würde, ist beim zweiten nicht zu sehen, wie er zum ersten Schema passen soll. Aus einer Perspektive, die ›genetische Entwicklung‹ als modellhafte Rekonstruktion der Geschichte auffasst, müsste es doch als Problem erscheinen, dass die Darstellung nicht nur statt des diachronen einen synchronen, sondern ab und zu sogar einen anti-diachronen Weg einschlägt. Leider wird eine solche Diskussion nicht geführt. Haug scheint der Ansicht zu sein, dass man über die Aufzählung dessen, was man bei Marx alles vorfinden kann, nicht hinauskommt, ja dass alles weitere sogar schädlich wäre. Diesen Punkt abschließend heißt es: »Das Verlangen nach allgemeinen Patentformeln hat hier wie sonst zu unheilvoller Verwirrung geführt.« (396)

rien ist, zu denen gleichermaßen die klassische Arbeitswertlehre, die neoklassische Nutzentheorie des Werts, aber auch die vom traditionellen Marxismus vertretene ›marxistische Arbeitswerttheorie‹ gehört, hat vor allem Hans-Georg Backhaus in den 70er Jahren herausgestellt (vgl. 1997). Überlegungen, die in eine ähnliche Richtung gingen, stellte bereits Rubin (1924) an. In unterschiedlicher Weise wurde die monetäre Auffassung der Werttheorie u.a. bei Hein (1998), Heinrich (1999; 2001), Rakowitz (2000) und Milios/Dimoulis/Economakis (2002) weiterentwickelt.

Nun hatte Marx in der *Einleitung* von 1857 (aus der auch Haug viele Zitate entnimmt) zwar diskutiert, ob die Reihenfolge der Kategorien in der Darstellung der Reihenfolge ihres historischen Auftretens entspricht oder nicht, und hatte für beides Beispiele geliefert. Allerdings blieb er dabei nicht stehen, sondern gelangte *am Ende* seiner Diskussion zu einem eindeutigen Ergebnis, worin das *Kriterium* für die Reihenfolge der Darstellung besteht:

Es wäre also untubar und falsch, die ökonomischen Kategorien in der Folge aufeinander folgen zu lassen, in der sie historisch die bestimmenden waren. *Vielmehr ist ihre Reihenfolge bestimmt durch die Beziehung, die sie in der modernen bürgerlichen Gesellschaft aufeinander haben und die gerade das umgekehrte von dem ist, was als ihre naturgemäße erscheint oder der Reihe der historischen Entwicklung entspricht.* (MEW 42, 41, Hervorhebung M.H.)

Dass Letzteres (die gegenüber der Historie »umgekehrte« Reihenfolge) nicht immer der Fall ist, hatte Marx durch eigene Beispiele belegt. Entscheidend ist aber nicht die Parallelität oder Nicht-Parallelität der kategorialen Darstellung mit der historischen Entwicklung. Denn selbst wenn eine Parallelität vorliegt, liefert sie für die Darstellung keine *Begründung*. Was die Darstellungsabfolge der Kategorien begründen soll, ist ausschließlich die »Beziehung, die sie in der *modernen* bürgerlichen Gesellschaft aufeinander haben« (Hervorhebung M.H.). Das ist zwar kein »Patentrezept«, aber doch eine klare Aussage, nach welchem Kriterium sich die Darstellung richten soll.⁶

Geld und Kapital: monetäre oder nicht-monetäre Theorie des Kapitals?

Nach der Darstellung der »einfachen Zirkulation« von Ware und Geld leitet Marx die Untersuchung der »allgemeinen Formel des Kapitals«, $G - W - G'$, mit der Bemerkung ein:

Neben dieser Form [gemeint ist die für die einfache Zirkulation charakteristische Form $W - G - W$, M.H.] *finden wir* aber eine zweite spezifisch unterschiedne, die Form $G - W - G$ [...]. (MEW 23, 162, Hervorhebung M.H.)

Hier sieht es so aus, als stünden die beiden Zirkulationsformen einfach nebeneinander, wir »finden« die eine wie die andere. Zwar ist die einfache Zirkulation Voraussetzung für die Existenz des Kapitals, doch ob Kapital tatsächlich existiert, scheint ihr äußerlich zu sein. Diese scheinbare Selbständigkeit der einfachen Zirkulation machte dann die auf Engels zurückgehende Vorstellung einer »einfachen Warenproduktion« ebenso plausibel wie die Idee einer »sozialistischen Marktwirt-

6 Ebenso eindeutig heißt es zur Erklärungskraft der geschichtlichen Entwicklung für die gegenwärtigen Verhältnisse: »Die bürgerliche Gesellschaft ist die entwickeltste und mannigfaltigste historische Organisation der Produktion. Die Kategorien, die ihre Verhältnisse ausdrücken, das Verständnis ihrer Gliederung gewähren daher zugleich Einsicht in die Gliederung aller der untergegangenen Gesellschaftsformen. [...] *Die Anatomie des Menschen ist ein Schlüssel zur Anatomie des Affen*« (MEW 42, 39, Hervorhebung M.H.). Genetische Rekonstruktion verstanden als modellhafte Darstellung der Geschichte liefere dagegen darauf hinaus, die Anatomie des Affen zum Schlüssel für die Anatomie des Menschen zu erklären.

schaft«. In den *Grundrissen* (MEW 42, 159ff) und im *Urtext von Zur Kritik der politischen Ökonomie* (MEGA II.2, 63ff) hatte Marx noch zu zeigen versucht, dass »Geld als Geld«, d.h. Geld als verselbständigter Wert, nur von Dauer sein kann, wenn es die Form von sich verwertendem Wert ($G - W - G'$) annimmt. So wie die Wertformanalyse die strukturelle Beziehung zwischen Wert und Geldform des Werts aufdeckte, so wurde dort gezeigt, dass die einfache Zirkulation nur dann die ganze Ökonomie umfassen und Geld als selbständige Gestalt des Werts nur dann existieren kann, wenn Kapital als sich verwertender Wert zugrunde liegt. Die einfache Zirkulation, d.h. eine die gesamte Ökonomie umfassende »Marktwirtschaft« kann es somit nur geben, wenn diese zugleich kapitalistisch ist. Dass dem so ist, d.h. dass sich die Warenform der Arbeitsprodukte nur unter kapitalistischen Verhältnissen verallgemeinert, wird im *Kapital* lediglich beiläufig behauptet, aber nicht mehr begründet (MEW 23, 184, Fn. 41).

Wenn auch dort der Übergang von Geld in Kapital fehlt, so macht Marx doch auf den spezifisch monetären Charakter des Kapitals aufmerksam. Als Kapital ist der Wert das »übergreifende Subjekt« eines Prozesses, bei dem er abwechselnd Warenform und Geldform annimmt. Allerdings, so Marx weiter, bedarf der Wert

einer selbständigen Form, wodurch seine Identität mit sich selbst konstatiert wird. Und diese Form besitzt er nur im Gelde. Dies bildet daher Ausgangspunkt und Schlußpunkt jedes Verwertungsprozesses. (169)

Was Keynes knapp siebzig Jahre später als schweres Geschütz gegen die Neoklassik aufführt, nämlich dass die Voraussetzung des kapitalistischen Produktionsprozesses die Verfügung über Geld ist, und es sich bei dieser Voraussetzung nicht um eine bloß formelle Angelegenheit handelt, wird bei Marx bereits auf einer viel grundsätzlicheren Ebene angesprochen.

Obleich die marxsche Darstellung mit einer »monetären« Werttheorie und einer »monetären« Kapitaltheorie beginnt, wurde diese Seite sowohl von Marxisten als auch von Marx-Kritikern weitgehend ausgeblendet. Der marxistische Mainstream war geradezu stolz auf den vorgeblich nicht-monetären Charakter der marxschen Akkumulations- und Krisentheorie – alles, was mit Geld zusammenhing, galt als »bloßes Zirkulationsphänomen«. Und von keynesianischer Seite aus, d.h. aus der Perspektive der einzigen Richtung bürgerlicher Ökonomie, die Geld und Krise in ihrer Theoriebildung ernst nimmt, galt der nicht-monetäre Charakter der marxschen Akkumulationstheorie als deren größtes Defizit (vgl. z.B. Heine/Herr 1992).

Nach dem vierten Kapitel tauchen monetäre Fragen im ersten Band mit Ausnahme vereinzelter Bemerkungen nicht mehr auf. Erst gegen Ende des zweiten Bandes und dann im umfangreichen V. Abschnitt des dritten Bandes, der von zinstragendem Kapital und Kredit handelt, geht es wieder explizit um monetäre Dimensionen. Dass im ersten Band monetäre Fragen über weite Teile keine Rolle spielen, ist nicht verwunderlich, ist sein Gegenstand doch der »Produktionsprozess des Kapitals«. Nur lässt sich daraus nicht schließen, dass sie überhaupt keine Rolle mehr spielen. Nicht ohne Grund hatte Marx lange darauf bestanden, alle drei Bände auf einmal zu veröffentlichen. Nicht nur wurde der erste Band bis zum Erscheinen des dritten 27

Jahre später bereits breit diskutiert und in verschiedenen Einführungen popularisiert, es schien auch so, als enthalte er schon alles Wesentliche: die Wertbestimmung durch Arbeitszeit, den Nachweis von Ausbeutung trotz Äquivalententausch, die Analyse des destruktiven Charakters kapitalistischer Produktivkraftentwicklung, die Tendenz zur Bildung einer industriellen Reservearmee und zur relativen Verelendung. Und schließlich wurde im berühmten Schlussabschnitt des 24. Kapitels auch noch die historische Tendenz der kapitalistischen Akkumulation einschließlich der zukünftigen Überwindung des Kapitalismus skizziert. Alles Wichtige schien gesagt, und dieses Wichtige bezog sich im wesentlichen auf die Produktionssphäre. Die Bände zwei und drei konnten es dann nur noch mit Spezialproblemen zu tun haben. Ihr im Vergleich zum ersten Band wesentlich spröderer Stil und ihr teilweise fragmentarischer Charakter trug zusätzlich dazu bei, dass sie lediglich als Stoff für ›Experten‹ angesehen wurden. Das nahezu einzige Thema, das auf breiteres Interesse stieß, war das »Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate« und eine anscheinend darauf aufbauende Krisentheorie.

Dieses (häufig zusammenbruchstheoretisch interpretierte) ›Gesetz‹ versuchte Marx im wesentlichen aus den kapitalistischen Produktionsbedingungen zu begründen, wodurch es unmittelbar an die produktionsseitig ausgerichtete Rezeption des ersten Bandes angeschlossen werden konnte.⁷ Und schließlich hatte Engels in seinem Bemühen, eine ›lesbare‹ Edition des dritten Bandes herzustellen, die krisentheoretischen Bemerkungen, in die die marxsche Untersuchung des ›Gesetzes‹ ausläuft, so strukturiert, dass die Umrisse einer Krisentheorie sichtbar werden. Damit entstand der Eindruck, Marx versuche im Anschluss an das ›Gesetz‹ eine im Kern nicht-monetäre Krisentheorie zu formulieren. Das Originalmanuskript zum dritten Band ist viel weniger eindeutig (vgl. MEGA II.4.2, 285-340).⁸ Inhaltlich spricht vieles dafür, dass eine Krisentheorie erst nach der Darstellung von zinstragendem Kapital und Kredit möglich ist. Aber genau dieser Punkt blieb im dritten Band am wenigsten ausgearbeitet und wurde jahrzehntelang kaum untersucht.⁹

Im Ergebnis wurde das *Kapital* als Darstellung einer wesentlich nicht-monetären Theorie begriffen; Krisenprozesse sollten allein in Veränderungen innerhalb der Produktion begründet sein. Geld und Kredit galten als etwas Zusätzliches: als Geld- und Kreditüberbau der mehr oder weniger krisenhaft funktionierenden kapitalistischen Produktion, der nur eine ›abgeleitete‹, weniger wichtige Sphäre darstellt.

7 Ob Marx eine schlüssige Begründung dieses Gesetzes gelungen ist, und ob sich eine solche Begründung überhaupt liefern lässt, ist heftig umstritten. In meinem Buch (1999, 327ff) findet sich eine Auseinandersetzung mit den wesentlichen Beiträgen dieser Debatte. Es wird zu zeigen versucht, dass es keine konsistente Begründung für das ›Gesetz‹ geben kann.

8 Vgl. zur engelsschen Edition des dritten Bandes Vollgraf/Jungnickel (1995) sowie Heinrich (1995/96).

9 Für lange Zeit blieb Hilferding (1910) das einzige marxistische Werk zu diesem Thema. Allerdings beschränkte sich Hilferding nicht nur auf eine selektive Auseinandersetzung mit der marxischen Kredittheorie, sondern diese beruhte auch auf einer fragwürdigen, im Grunde quantitätstheoretischen Lesart der marxschen Geldtheorie.

Kapital und Kredit

Im Gang der Darstellung entwickelt Marx zwar zunächst Produktions- und Zirkulationsprozess des Kapitals sowie die Durchschnittsprofirrate, ohne dass er dabei auf Kreditverhältnisse eingeht. Doch kann aus diesem Nacheinander genauso wenig wie beim Nacheinander der Darstellung von Ware und Geld geschlossen werden, dass das zuerst Dargestellte das Eigentliche ist, das auch allein existieren kann, zu dem das zweite nur in einer äußerlichen Beziehung steht.

Dass eine entwickelte kapitalistische Produktion und Zirkulation überhaupt nur unter Kreditverhältnissen möglich ist, wird im *Kapital* bereits an Stellen deutlich, an denen explizit noch gar nicht von Kredit die Rede ist. So taucht im zweiten Band, bei der Untersuchung der Zirkulation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, die Frage auf, wo das Geld zur Zirkulation des Mehrwerts herkommt: die Kapitalisten schießen in Geldform nur einen Wert von $c + v$ vor, zirkuliert werden muss aber ein Gesamtprodukt im Wert von $c + v + m$. In mehreren Anläufen (MEW 24, 331-337; 417ff; 469ff; 495) erläutert Marx, dass einige Kapitalisten über einen Schatz verfügen, mit dem sie den Mehrwert anderer Kapitalisten realisieren können, noch bevor ihr eigener Mehrwert realisiert worden ist. Danach verfügen diese anderen Kapitalisten über Geld, um nun ihrerseits den Mehrwert der ersten Kapitalisten zu realisieren. Dass die Zirkulation des Mehrwerts über »Schätze« (also brachliegendes Kapital) vermittelt wird, ist natürlich eine anachronistische Annahme, die Marx nur deshalb machen muss, weil an dieser Stelle Zins und Kredit noch nicht entwickelt sind.

Der Kredit ist aber nicht bloß ein unvermeidlicher Mittler des kapitalistischen Zirkulationsprozesses, vor allem verleiht er der kapitalistischen Akkumulation ihre Elastizität. Bereits der Ausgleich der Profitraten (und damit die Steuerung der kapitalistischen Produktion über die Durchschnittsprofirrate) käme ohne Kredit nicht voran: die bei diesem Ausgleichsprozess unterstellten Kapitalbewegungen zwischen den einzelnen Produktionssphären beruhen in erster Linie auf einer Verschiebung der *Kredite* für zusätzliche Investitionen. Ohne Kredit könnte ein Kapitalist allenfalls den Profit der Vorperiode akkumulieren, die für kapitalistischen Produktionsverhältnisse typischen schnellen Kapitalbewegungen wären unmöglich.

Das Kreditsystem verteilt jedoch nicht einfach nur eine bereits vorhandene Geldmenge um. Marx betont, dass »die Banken Kapital und Kredit kreieren« (25, 558): Mit dem Kreditgeld, d.h. mit Zahlungsverprechen, die zirkulieren und dabei als Geld fungieren, existiert die Möglichkeit der Geldschöpfung »aus dem Nichts« (wie auch der Geldvernichtung »ins Nichts«, wenn die Zahlungsverprechen eingelöst werden). Sofern die sachlichen Voraussetzungen des Akkumulationsprozesses existieren, kann durch den Kredit nicht nur die Akkumulation eines einzelnen Kapitalisten, sondern auch die Akkumulation des Gesamtkapitals größer werden als die Summe der Profite der Vorperiode. Mangelnder Kredit kann Produktion und Akkumulation erheblich einschränken; steht ausreichend Kredit zur Verfügung, dann können Produktion und Akkumulation »bis zur äußersten Grenze forciert« werden, wodurch der Kredit zugleich zum »Haupthebel der Überproduktion und Überspekulation im Handel« wird (457).

Dafür benötigt das Kreditsystem selbst ein Höchstmaß an Elastizität. Diese erreicht es durch die Produktion eigener Instrumente¹⁰, zunächst des Kreditgeldes, dann des »fiktiven Kapitals« (MEW 25, 482ff; vgl. Krätke 1995; 2000), *handelbarer Ansprüche auf zukünftige Zahlungen*, also vor allem öffentliche oder private Schuldtitel (sie beinhalten den Anspruch auf Zins- und Tilgungszahlungen) sowie Aktien (sie beinhalten den Anspruch auf Dividendenzahlung). Der Markt- oder Kurswert dieser Titel ergibt sich im Prinzip aus der Diskontierung der jeweiligen Gewinnerwartung mit dem aktuellen Marktzins und einem vom Gegenstand und der jeweiligen Situation abhängigen Risikoauf- oder -abschlag.¹¹ Marx bezeichnet diese Titel deshalb als »fiktives Kapital«, weil sie sich nicht auf tatsächliche Werte beziehen (wie man sie z.B. nach der Verwandlung von Geld in industrielles Kapital erhält), sondern lediglich auf der Berechnung eines *vorgestellten* Kapitalwerts beruhen. Die »Finanzinnovationen«, die in den letzten Jahrzehnten auf den Finanzmärkten entwickelt wurden, indem neue Arten von Ansprüchen (z.B. auf in Geld umgerechnete Indexpunkte eines Aktienindex) geschaffen wurden, stellen nichts anderes als immer neue Konstruktionen von fiktivem Kapital dar.

Ausdehnung oder Einschränkung der Akkumulation (sowohl was das Gesamtkapital, als auch was einzelne Branchen angeht) hängen ganz wesentlich davon ab, ob und zu welchen Bedingungen innerhalb des Kredit- und Finanzsystems Mittel nachgefragt und bereitgestellt werden. Insofern wirkt das Kreditsystem als eine strukturelle Steuerungsinstanz der kapitalistischen Akkumulation. Relevant für diese Steuerung sind aber nicht in erster Linie die früher erzielten Profite, sondern die *Erwartung* zukünftiger Profite und die *Einschätzung* des jeweiligen Risikos – Größen, die sich sehr schnell ändern können, was dann auch erhebliche Auswirkungen auf die Produktion hat.¹²

Mit der Einsicht in die zentrale Rolle des Kredit- und Finanzsystems wird nicht-monetären, lediglich an den Produktionsbedingungen orientierten Krisentheorien, wie sie für den traditionellen Marxismus charakteristisch waren, der Boden entzogen: Krisenprozesse lassen sich nur aus dem unauflöselichen Zusam-

10 »Produziert« werden diese Instrumente von Banken und anderen »Finanzdienstleistern«, um ihren eigenen Profit zu steigern. Dass Nachfrage nach ihnen besteht, liegt in ihrem »Gebrauchswert«, d.h. ihrer jeweiligen Funktionalität hinsichtlich Flexibilität, Risikoabsicherung etc. begründet.

11 »Diskontierung mit dem Marktzins« bedeutet, dass berechnet wird, wie groß ein Kapital wäre, das beim aktuellen Marktzins den erwarteten Gewinn des jeweiligen Titels abwerfen würde. Wird das Risiko als überdurchschnittlich eingeschätzt, liegt der Kurswert etwas unter diesem Wert; wird es als unterdurchschnittlich eingeschätzt, umgekehrt. Da sich der Marktzins und vor allem die Risiko-einschätzung kurzfristig stark ändern können, kann es zu erheblichen Schwankungen der Kurse und damit des »Werts« des fiktiven Kapitals kommen.

12 Der Kredit als Steuerungsinstanz der kapitalistischen Akkumulation wurde von Marx im Kapital nur rudimentär entwickelt (MEW 25, 451ff, 620), obgleich er sich bereits in den *Grundrissen* über diesen Sachverhalt im Klaren war: »Im Geldmarkt ist das Kapital in seiner Totalität gesetzt; darin ist es *preisbestimmend, arbeitgebend, die Produktion regulierend*, in einem Wort *Produktionsquelle*« (42, 201, Hervorhebungen im Original; vgl. Heinrich 1999, 299ff).

menhang von Produktions- und Zirkulationsprozess des Kapitals verstehen. Auch Marx' allgemeinste Charakterisierung kapitalistischer Krisenprozesse hebt auf den Widerspruch zwischen den Bedingungen der Exploitation und der Realisierung des Mehrwerts ab (MEW 25, 254f), und letztere hängen entscheidend von Umfang und Wirkungsweise des Kreditsystems ab (was an der betreffenden Stelle nicht ausgeführt wird, da die Kategorie des Kredits noch nicht entwickelt worden ist).

Kapitalistische Produktion und Finanzsystem sind untrennbar verbunden, insbesondere lässt sich kein prinzipieller Unterschied zwischen einer ›produktiven kapitalistischen Akkumulation‹ und einer ›unproduktiven Spekulation‹ an den Finanzmärkten aufmachen. Spekulativ ist nicht nur der Kauf einer Aktie oder eines Optionsscheins, auch jede Investition in kapitalistische Produktion trägt ein spekulatives Moment in sich: Kein Kapitalist kann sicher sein, in welchem Umfang und zu welchem Preis er seine Produkte absetzen wird. Er weiß im vorhinein nicht, ob seine Investition tatsächlich den erwarteten Profit bringen wird. Zu unterscheiden ist nicht zwischen Spekulation und Produktion, sondern hinsichtlich der Gegenstände, Zeithorizonte und Risiken der Spekulation. Und nicht zuletzt geht es in der Sphäre kapitalistisch-industrieller Produktion genauso wie in der Kredit- und Finanzsphäre um den einzigen Zweck, den das Kapital kennt: die Maximierung von Profit.

Aus den schroffen Gegenüberstellungen von kapitalistischer Produktion und Kredit resultieren häufig einseitige Auffassungen der Funktionsweise des gegenwärtigen Finanzsystems. So wird innerhalb der globalisierungskritischen Debatten vor allem die restriktive Wirkung der Finanzmärkte auf den Akkumulationsprozess hervorgehoben und dafür mitunter die ›Gier‹ einzelner Protagonisten verantwortlich gemacht:

Wenn Banken oder andere Finanzunternehmen aus Gier und kurzfristigem Gewinninteresse unsachgemäß mit den Institutionen einer modernen Geldwirtschaft umgehen, kommt es zu Finanzkrisen. Diese produzieren Kettenreaktionen mit dramatischen Folgen. (Huffschild 1999, 13)

Andererseits sehen Zusammenbruchstheoretiker wie Robert Kurz (1995; 1999) im Finanzsystem die bloße ›Simulierung‹ von Profitabilität, die den (eigentlich schon längst eingetretenen) Zusammenbruch des Kapitalismus noch eine Weile hinauschieben.

Mit dem obigen Verweis auf die Entwicklung der Finanzinnovationen der letzten Jahrzehnte und der konkreten institutionellen Ausgestaltung des Kreditsystems ist der Punkt erreicht, an dem die Darstellung der kapitalistischen Produktionsweise ›in ihrem idealen Durchschnitt‹ (MEW 25, 839) an ihre Grenze stößt. Nicht um den Umfang seines Werkes zu begrenzen, sondern aus durchaus systematischen Gründen wollte Marx im Abschnitt über das zinstragende Kapital zum Kreditwesen »nur einige wenige Punkte« hervorheben, »notwendig zur Charakteristik der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt« (413). Die konkrete Funktionsweise des Kreditsystems ändert sich nämlich erheblich mit der Geldverfassung, der Organisation des Bankenwesens, der Einrichtung einer staatlichen Zentralbank etc.

Was sich in den letzten drei Jahrzehnten herausgebildet hat und vom Mainstream der Globalisierungskritiker als ›entfesselter‹ Kapitalismus aufgefasst wird, ist nichts anderes als ein internationalisiertes Finanzsystem als Steuerungszentrum eines globalen Konkurrenzkapitalismus. Neu daran ist nicht der Einfluss des Finanzsystems. Neu ist, dass das Finanzsystem zunehmend markt- statt bankorientiert ist, was die Bedeutung des fiktiven Kapitals beträchtlich erhöht¹³, und vor allem, dass das Finanzsystem jetzt internationalisiert ist, womit – dies macht den Kern der ›Globalisierung‹ aus – auch die Standards der Kapitalverwertung zunehmend internationalisiert werden (Altwater/Mahnkopf 1999). Ein Zurück zu nationalstaatlichen Regulierungen und Wirtschaftswunderzeiten wird es zwar nicht mehr geben, allerdings ist die institutionelle Gestalt und die politische Regulierung des internationalisierten Finanzsystems noch längst nicht bestimmt.

Innerhalb des globalen Konkurrenzkapitalismus haben sich in den letzten beiden Jahrzehnten die Rolle und die Einflussmöglichkeiten der Nationalstaaten zwar erheblich verändert, allerdings kann keine Rede davon sein, dass die Nationalstaaten ihre Bedeutung verloren hätten und sich das internationale System in ein diffuses *Empire* transformiert habe, wie Hardt/Negri (2002) meinen. Der globale Konkurrenzkapitalismus geht mit einem nationalstaatlich fragmentierten politischen System einher, das zwar eine eindeutige Hegemonialmacht besitzt, die USA, deren Hegemonie jedoch in den letzten zehn Jahren durch die spezifische Konstellation einiger Mittelmächte punktuell in Frage gestellt wird. Am deutlichsten zeigt sich dies beim Euro, dessen Einführung zumindest die Möglichkeit eröffnet, eines Tages den Dollar als Weltgeld zu ersetzen. Wie weit die machtpolitischen Interessen inzwischen auseinander laufen, machte nicht zuletzt der Konflikt um den Irakkrieg deutlich. Die institutionelle Ausgestaltung und politische Regulierung des internationalen Finanzsystems wird ganz wesentlich von den welt- und währungspolitischen Differenzen der verschiedenen Machtblöcke bestimmt sein. Ob bei den Regulierungen, die in Zukunft entstehen werden, aber tatsächlich ein freundlicherer Kapitalismus herauskommt, ist mehr als fraglich.

Literatur

- Altwater, Elmar u. Birgit Mahnkopf, *Grenzen der Globalisierung*, Münster 1999
 Backhaus, Hans-Georg, *Dialektik der Wertform*, Freiburg 1997
 Groh, Dieter, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus*, Frankfurt/M 1973
 Hardt, Michael u. Antonio Negri, *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt/M 2002
 Haug, Wolfgang Fritz, »Genesis«, in: HKWM 5, 2001, 261-74

13 Der Übergang vom bank- zum marktorientierten Finanzsystem zeigt sich unter anderem daran, dass Unternehmen viel häufiger als früher direkt an den Kapitalmarkt gehen und sich dort das benötigte Kapital über die Ausgabe von Aktien oder Anleihen (also über die Schaffung von fiktivem Kapital) besorgen, statt Kredite bei ihren ›Hausbanken‹ aufzunehmen.

- ders., »Historisches/Logisches«, vgl. der Artikel in diesem Heft, 385-403
- Hein, Eckhard, »Karl Marx, ein klassischer Ökonom? Zur Bedeutung von Geld und Zins in der Marx-schen Ökonomie und den Implikationen für eine Theorie der Kapitalakkumulation«, in: *PROKLA* 110, 28. Jg., 1998, 139-62
- Heine, Michael u. Hansjörg Herr, »Der esoterische und der exoterische Charakter der Marxschen Geld-theorie - eine Kritik«, in: Schikora, Andreas u.a. (Hg.), *Politische Ökonomie im Wandel. Festschrift für Klaus Peter Kisker*, Marburg 1992, 195-210
- Heinrich, Michael, »Engels' Edition of the Third Volume of »Capital« and Marx's Original Manu-script«, in: *Science & Society* 60, o. Jg., 1996/97, H. 4
- ders., *Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissen-schaftlicher Revolution und klassischer Tradition*, überarb. u. erw. Neuaufl., Münster 1999
- ders., »Monetäre Werttheorie. Geld und Krise bei Marx«, in: *PROKLA* 123, 31. Jg., 2001, 151-76
- Holzcamp, Klaus, »Die historische Methode des wissenschaftlichen Sozialismus und ihre Verken-nung durch J. Bischoff«, in: *Das Argument* 84, 16. Jg., 1974, 1-75
- Huffschmid, Jörg, *Die politische Ökonomie der Finanzmärkte*, Hamburg 1999
- Keynes, John Maynard, *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* (1936), Berlin 1983
- Kittsteiner, Heinz-Dieter, »»Logisch« und »historisch«. Über Differenzen des marxschen und des engels-schen Systems der Wissenschaft«, in: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, 13. Jg., 1977, H. 1, 1-47
- Krätke, Michael: »Bank«, in: *HKWM* 2, 1995, 1-21
- ders., »Banknote«, in: ebd., 22-27
- ders., *Geld, Kredit und verrückte Formen*, unv. Manuskript, 2000
- Kurz, Robert, »Die Himmelfahrt des Geldes«, in: *Krisis* 16/17, 10. Jg., 1995, 21-76
- ders., *Schwarzbuch Kapitalismus*, Frankfurt/M 1999
- Mandel, Ernest, *Marxistische Wirtschaftstheorie*, Frankfurt/M 1962
- Meek, Ronald L., *Studies in the Labour Theory of Value*, 2. A. (1956), London 1975
- MEGA = *Marx-Engels Gesamtausgabe*, Berlin/DDR-Moskau 1975-89, Berlin-Amsterdam 1992ff
- MEW = *Marx-Engels Werke*, Bd. 1-43, Berlin/DDR 1957ff
- Milios, John, Dimitris Dimoulis u. George Economakis, *Karl Marx and the Classics*, Aldershot 2002
- Rakowitz, Nadja, *Einfache Warenproduktion. Ideal und Ideologie*, Freiburg 2000
- Rubin, Isaak I., *Studien zur Marxschen Werttheorie* (1924), Frankfurt/M 1973
- Sweezy, Paul M., *Theorie der kapitalistischen Entwicklung* (1942), Frankfurt/M 1970
- Vollgraf, Carl-Erich u. Jürgen Jungnickel, »Marx in Marx' Worten? Zu Engels' Edition des Haupt-manuskripts zum dritten Buch des *Kapitals*«, in: *MEGA-Studien*, 1. Jg., 1994, H. 2, 3-55

Hans-Georg Backhaus

Über das »Logische« in der Nationalökonomie

Der Streit über das »Logische« bezieht sich unmittelbar auf Sinn und Funktion des von Engels in seiner Rezension vom August 1859 zweimal gebrauchten Terminus »logische Entwicklung« (MEW 13, 474ff). Bekanntlich ist dieser Begriff von Hegel¹ geprägt worden, der ihn m. W. nur in der »Enzyklopädie« gebraucht hat, doch wurde er von seinen Schülern Gans und Michelet in ihren Vorworten auch zu anderen Werken der Jubiläumsausgabe verwandt; der in der leninistischen Literatur häufig benutzte Terminus »Logisches« im Sinn eines Gegenbegriffs zum »Historischem« ist ebenfalls den Werken Hegels entnommen, wo er im Kontext seiner »ontologischen Logik« (SW 3, 172), mithin im Sinn eines »Logisch = Reellen« (SW 8, 185), häufig erscheint; etwa: »Es ist das Logische, in welchem es sich zeigt, daß aller bestimmte Begriff dieß ist, sich selbst aufzuheben, als der Widerspruch seiner zu seyn, damit das Unterschiedene seiner zu werden« (SW 16, 232). Dieser Kerngedanke des logischen »Werdens« umschreibt also das, was mit »logischer Entwicklung« gemeint ist, die überwiegend mit anderen, präziseren Wendungen umschrieben wird, etwa mit der paradoxen Begriffsverbindung »immanentes Hinausgehen« (SW 8, 190).

Wolf Haug ist zuzustimmen, dass Marx innerhalb seiner ökonomiekritischen Arbeiten in der Tat nur einmal, nämlich im *Rohentwurf (Grundrisse)* von »logischer Entwicklung« spricht; allerdings geschah dies keineswegs beiläufig, sondern im Kontext der Formulierung einer fundamentalen These: hatte er bereits in der *Einleitung* vom August 1857 die Auffassung vertreten, die »bürgerliche Ökonomie liefert den Schlüssel zur antiken etc.« (MEW 42, 39) und nicht umgekehrt, so findet diese Hypothese ihre Bestätigung in der definitiven These, es sei die »logische Entwicklung als Schlüssel zum Verständnis der *historischen*« zu verstehen. Diese »Entwicklung« bezog sich unmittelbar auf die »Entstehung des Kapitals«, insbesondere auf den Handel als einer »Voraussetzung, historisch, sowohl wie begrifflich für die Entstehung des Kapitals« (573); die Termini »logisch« und »begrifflich« werden also synonym verwandt, so dass es wohl gerechtfertigt ist, die logische Entwicklung zunächst einmal schlicht als begriffliche zu kennzeichnen. Ähnlich wie in den Hegelschen Realphilosophien ist der Inhalt der »logischen Entwicklung« ein endlicher, quasi-stofflicher: es geht um eine »Wertentwicklung« (177), um die »Entwicklung des Tauscherts« (164) bzw. der »Zirkulation« vom »unentwickelten Tauschert« zum »entwickelten« (176), einer »höhern Stufe des Tauscherts« (239), der »vollständig entwickelten Bewegung der Tauscherte« oder der »entwickelten Zirkulation« (180), die aus einer einfachen abzuleiten ist.

1 Siehe grundsätzlich Liebruck (1974, Teil I, 1. Das Logische; Hegel 1812-16: Wissenschaft der Logik. Die objektive Logik. Erstes Buch: Die Lehre vom Sein).

Dabei zeigt sich, dass die Gleichsetzung dieser »Entwicklung« mit einer »begrifflichen« jene methodischen Probleme verharmlost, die im Begriff »Entwicklung« eingeschlossen sind; besteht die Provokation des *Rohentwurfs* doch offenkundig darin, dass das »Werden des Kapitals aus dem Geld« (201) als ein »dialektischer Entstehungsprozess« (231) konzipiert worden ist, also auch jenes »Werden« nur in diesem Sinn als ein »logisches« verstanden werden kann. Die »logische Entwicklung« des *Rohentwurfs* von 1857/58 und seiner präzisierten Fassung im *U rtext* vom Sommer 1858 (MEGA II.2, 17-94) als der »Fortentwicklung« und »daher« zugleich der »Weiterentwicklung [...] oder Vertiefung« (Nachweis) des Werts findet in der von Marx postulierten »exakten Entwicklung des Kapitalbegriffs« (MEW 42, 250), der von den Modernetheoretikern unterschlagenen »Fundamentalfrage« der »modernen Gesellschaft« (246), ihren ersten Kulminationspunkt.

Offenbar handelt es sich hierbei nur um die Umschreibung, besser Präzisierung dessen, was Marx unter dem Titel der »Verwandlung« (165) des Geldes in Kapital einleitend thematisiert hatte. Bekanntlich trägt noch das 4. Kapitel des *Kapital* denselben Titel. Damit drängt sich erstmals die Frage nach dem Verhältnis dialektischer Entstehungsprozesse zur Begriffsbildung des *Kapital* auf. Bezeugt der Begriff »Verwandlung« die Kontinuität zwischen *Rohentwurf* und *Kapital* oder verbergen sich unter denselben Termini unterschiedliche, ja gegensätzliche Begriffsinhalte? Der Streit zwischen den marxistischen Kritikern des *Rohentwurfs*, die ihn, scheinbar in Übereinstimmung mit einer selbstkritischen Reflexion Marxens, als »idealistische Manier der Darstellung« (85) verwerfen – den analytischen, strukturalistischen, kantianischen, dogmatischen, ökonomistischen einerseits, den Vertretern der Kontinuitätsthese andererseits – d.h. der Streit um das Verhältnis des *Rohentwurfs* zum *Kapital*, dürfte sich u.a. auf die keineswegs philologisch, sondern nur sachlich entscheidbare Frage beziehen lassen, ob generell die Entwicklung oder Verwandlung der ökonomischen Kategorien, speziell des Geldes in Kapital, sich anders denn im Sinn des *Rohentwurfs* und des *U rtext*s als ein dialektischer Entstehungsprozess verstehen lässt.

Der philologische Aspekt der Kontroverse besteht darin, ob es Marx bereits im *Rohentwurf* gelungen ist, die »idealistische Manier« der Darstellung – »als handle es sich nur um Begriffsbestimmungen und die Dialektik dieser Begriffe« – zu »korrigieren« (85f) oder erst im *Kapital*. Im *U rtext* wird die Basis der Korrektur angedeutet: der »Fortentwicklung« des Werts, der »logischen«, soll eine »Weiterbestimmung der gesellschaftlichen Arbeit« (II.2, 76) zugrunde liegen; vermutlich drückt sich hierin die Intention aus, quasi-materialistisch die »idealistische Manier der Darstellung« zu »korrigieren«, nämlich die logische »Wertentwicklung« als Ausdruck eines sozialen Prozesses zu dechiffrieren. In der definitiven Fassung des *U rtext*s, nämlich der im Spätherbst 1858 begonnenen Schrift *Zur Kritik der politischen Ökonomie*, wird dies gleichfalls angedeutet. Im *Kapital* von 1867 nahm Marx weitere Veränderungen vor, schließlich für die Werttheorie der 2. Ausgabe nochmals neue, wobei der Grund dieser dreifachen Umarbeitung unklar und kontrovers geblieben ist.

I.

Um die entscheidende Frage beantworten zu können, welche Kernelemente der Methode sich inmitten der Veränderungen durchgehalten haben, wird man den hierüber entstandenen Streit wohl am ehesten auf der philologischen Basis jener Texte schlichten können, die nach der Veröffentlichung der Erstaussgabe des *Kapital* erschienen sind; dabei handelt es sich einmal um den Briefwechsel über das *Kapital*, zum andern um die *Randglossen zu Adolph Wagner* von 1879/80, Marxens letztes ökonomisches Manuskript (MEW 19, 355-83). Tatsächlich erlaubten auch die *Randglossen* bereits die Schlichtung einer alten Kontroverse über das Objekt der Analyse oder Entwicklung im 1. Abschnitt des *Kapital* aufgrund der klaren Feststellung Marxens: das, wovon er »ausgehe, ist die einfachste gesellschaftliche Form, worin sich das Arbeitsprodukt in der jetzigen Gesellschaft« (19, 369) darstelle, in der *entwickelten* kapitalistischen, demnach nicht in einer Gesellschaft einfacher Warenproduzenten im Sinn des späten Engels, der den »Anfang des ersten Buchs« des *Kapital* als den mit einer »einfachen Warenproduktion« (25, 20) missverstanden hatte.

Keinerlei Streit sollte auch darüber entstehen, dass Marx an einer »Entwicklungsmethode« festgehalten hat, die zwar »nicht die Hegelsche ist«, sich aber dennoch als »dialektische Entwicklungsmethode« (31, 313) charakterisieren ließe, zumal für ihn »Hegels Dialektik die Grundform aller Dialektik« (32, 538) geblieben ist; wohl in diesem Sinn bezeichnete er das *Kapital* als den »first attempt at applying the *dialectic method* to Political Economy« (31, 379) – die Kursivsetzung stammt von Marx. Darüber hinaus wollte er »eine ›Dialektik‹ schreiben. Die rechten Gesetze der Dialektik sind schon in Hegel enthalten« (32, 547). Offenbar war es dieser »Abriss über Dialektik«, den Engels bei seiner ersten »Durchsicht« der von Marx hinterlassenen Manuskripte zu finden hoffte, da er ihn »schon immer ausführen wollte« (36, 3).

Die positive Beurteilung der »Gesetze der Dialektik« bei Hegel als »rechte Gesetze« dürfte mit jener von 1845 übereinstimmen, als er ihren Entdecker lobte, dass er »sehr oft innerhalb der *spekulativen* Darstellung eine *wirkliche*, die *Sache* selbst ergreifende Darstellung« gegeben habe, eine »wirkliche Entwicklung *innerhalb* der *spekulativen* Entwicklung« (2, 63); doch was ist diese »wirkliche« anderes als das, was Marx 1843 als die »eigentümliche Logik des eigentümlichen Gegenstandes« bezeichnet hatte, wobei es auf die Klärung seiner »inneren Genesis« ankommen solle, die »Genesis« seiner »Widersprüche« im Sinn des Nachweises ihrer »Notwendigkeit« (1, 296)? Diese Programmatik der Ausarbeitung einer »Logik der Sache« (216) sollte später in der Sozialökonomie mehrfach postuliert werden, etwa von Adorno, dem eine »materiale Logik« der Gesellschaftstheorie vor Augen stand (1973, 107f). Die Erarbeitung eines Unterscheidungskriteriums dafür, wann eine »spekulative« und wann eine »die *Sache* selbst ergreifende Darstellung«, eine »wirkliche Entwicklung« vorliegt, war offenbar jenem »Abriss über Dialektik« vorbehalten.

Im Briefwechsel finden sich mindestens vier zentrale Begriffe und Thesen, die sich durchgehalten haben und als gesicherte Basis der marx'schen Methode gelten können. Da ist zunächst ein Postulat, das er in allgemeiner Form fast wörtlich schon

1844 formuliert hatte und 1868 in seiner Kritik Ricardos wiederkehren sollte: es sei »der Fehler Ricardos«, dass er »alle möglichen Kategorien, die erst entwickelt werden sollen, als gegeben voraussetzt« (MEW 32, 553); diese Kritik bezieht sich insbesondere auf die »Formen von Rente, Profit, Zins« die von »aller früheren Ökonomie« vorausgesetzt, »als gegeben behandelt« (11) würden. 1844/45 begründete Marx seine Kritik damit, dass die politische Ökonomie ihre Grundbegriffe – »z.B. Arbeitslohn, Handel, Wert, Preis, Geld etc.« – als unreflektierte »Voraussetzungen« (2, 33) behandelt; dass sie »unterstellt, was sie entwickeln soll«, weil es nur so als »begriffen« (40, 511f) gelten kann. Im *Rohentwurf* knüpft er unmittelbar an diese Vorwürfe an. Hieß es dort, der Ökonom, »wenn er erklären will«, versetze uns in einen »nur erdichteten Urzustand«, dass er »als ein Faktum in der Form der Geschichte« etwas »unterstellt [...] was er erklären soll« (511), so formuliert er erneut, dass Adam Smith Profit und Rente »in höchst kruder Form voraus(setzt)«; die Eigentümer von Kapital und Boden würden »als historische facts mit ihren Ansprüchen hereingenommen, nicht erklärt« (42, 249). 1844 findet sich erstmals eine klare Formulierung des marxischen Erkenntnisprogramms, dass aus »ersten Grundlagen« oder »Faktoren alle nationalökonomischen Kategorien entwickelt werden« sollen, wobei man z.B. in »dem Kapital, dem Geld nur einen bestimmten und entwickelten Ausdruck dieser ersten Grundlagen wiederfinden« (40, 521) könne.

Im *Rohentwurf* sollte er die Methode der akademischen Kapitaltheorien so kritisieren, dass sie »nach irgendeiner Analogie alles unter alles rangieren« und so das »Disparateste identifizieren« (42, 215), dass die »Bestimmungen« der Ökonomie »aus der Empirie hereingenommen« werden, »hereingeschneit« (193) kommen und die »höheren Formen« (173), d.h. die »höhere Stufe des Tauscherts« (239), auf ein »unentwickeltes Verhältnis«, auf den »einfachen Begriff« des Tauscherts »reduziert« würden; diese »Reduktion« schließt die »grobe Unfähigkeit« der Ökonomie ein, »die realen Unterschiede aufzufassen«, die real vorgegebenen, von der Gesellschaft produzierten und nicht erst theoretisch konstruierten; es geht also nicht um Modellbegriffe, sondern um eine »reale ökonomische Kategorie«, die »nicht nur in der Vorstellung« (159) existiert, um »Kategorien« im Sinn der »inneren Gliederung« (42) der Gesellschaft als eines »realen Subjekts« (36) und ihrer »realen Verhältnisse« (32, 552); die Kritik gilt diesen »realen« Kategorien, keineswegs bloß ökonomischen Theorien. Das Unvermögen, die aus der Empirie hereingeschnittenen realen Kategorien zu entwickeln führt notwendig zu permanenten Verwechslungen von realen »niedereren« und »höheren Formen«, etwa des einfachen Preises mit dem Produktionspreis, des einfachen Geldes mit dem Kreditgeld.

Wenn Marx die präzise Erfassung eines »Ersten«, des entwicklungsfähigen und entwicklungsbedürftigen »Werts«, aus dem alle Kategorien – das »Gesamtsystem der ökonomischen Kategorien« (13, 159) – sich entwickeln lassen, nicht schon 1844 gelang, so dokumentiert dieses Programm der Entwicklung von Kategorien doch die Kontinuität von Frühschriften und Spätwerk. Die Negation der »Formen [...] als gegeben«, der Formen von Rente, Profit und Zins als vorgegebener »Voraussetzungen«, zählte er noch 1868 zu den »drei grundneuen Elementen« des *Kapital*,

charakterisierte sie sogar als primäres Unterscheidungsmerkmal gegenüber der traditionellen Ökonomie; der aus der Erkenntnis des Doppelcharakters der Ware ableitbare Doppelcharakter der Arbeit rangiert in der Aufzählung erst an zweiter Stelle; das dritte Element, dass »zum erstenmal« der Lohn als »irrationelle Erscheinungsform« (32, 11) dargestellt worden, damit auch zum erstenmal als »gegebene Form«, als ein Unmittelbares negiert worden sei, ist streng genommen kein selbständiges, sondern bildet mit dem ersten Element eine Einheit. Sowohl »Rente, Profit, Zins« wie der »Arbeitslohn« wurden im *Kapital* auch als »verkehrte« (25, 87) und »begriffslose Form« (208) des Werts dechiffriert; jede ist zwar eine »reale« Kategorie, dennoch eine »Scheinform«, die zwar einerseits einen »Inhalt verbirgt« (34, 151), dennoch aus ihm zu »entwickeln« ist, was offenbar nur begrifflich oder eben *logisch* zu leisten ist.

Das Grundneue basiert unverkennbar auf dem von Hegel übernommenen, freilich transformierten Programm, wonach sich aus einem »Ersten« im Sinn eines »Abstractesten« das »Wahre« als »das Letzte«² ergeben soll und erst von diesem her das »Erste« begriffen werden könne, Voraussetzung und Resultat sich also gegenseitig bestimmen. Im diametralen Gegensatz zu Hegel ist das jeweils »Letzte« keineswegs ein »Wahres« im affirmativen Sinn; der von Klaus Hartmann (1970, 249) auf die Begriffsentwicklung des *Rohentwurfs* bezogene Begriff einer »negativen Teleologie« lässt sich auch von späteren Texten her verifizieren: handelt es sich bei jenen »letzten, vermittelten Formen« doch um solche, worin »die Vermittlung nicht nur unsichtbar geworden, sondern ihr direktes Gegenteil ausgesprochen ist« (MEW 26.3, 504), jeweils um eine ihren »Ursprung nicht nur verhüllende, sondern verleugnende Form« (502). Hierbei ist »Ursprung« ebenso wenig als historischer begreifbar wie der »Ursprung« (13, 49) des Geldes aus der Ware oder die »Verwandlung« des Geldes in Kapital: »Dieselbe Geschichte spielt täglich vor unsren Augen« (23, 161), eine »*contemporäre Geschichte*« (MEGA II.3, 2268).

Die Grundlagenkritik des jungen Marx trifft nicht bloß die älteren Doktrinen der Ökonomie ins Mark, sondern auch die gegenwärtigen. Joseph A. Schumpeter erkannte als Grundmangel ihres Hauptstroms das »Versagen der unifizierenden Kraft des Grenznutzenprinzips«, das sich vor allem in der Kapitaltheorie, damit auch der Zinstheorie manifestiere (1965, 1121). Die formalisierte Nutzentheorie, d.h. die »reine Theorie gedeiht nur auf quantitativen Gebieten; wenn die Probleme zwangsläufig nicht-mathematischer Art sind, ist ihr Bereich in verhängnisvoller Weise begrenzt« (969); er zog hieraus eine Konsequenz, die sein Mitarbeiter F.K. Mann als Position einer »methodologischen Dichotomie« kennzeichnete (1970, VIII), dass er jenseits der Theorie »quantitativer Beziehungen« und der »empirischen Analyse« eine »Wesensschau« intendierte, die eine »transzendente Realität« zu »erkunden«

2 In: *Die Naturphilosophie* (Hegel, SW 9, 60); der Text fährt fort: »Die Ergänzung einer Stufe aus der andern ist die Notwendigkeit der Idee; und die Verschiedenheit der Formen muß als eine notwendige und bestimmte aufgefaßt werden.« Im *Rohentwurf* heißt es: »Im Gang der Wissenschaft [...] erscheinen [...] diese abstrakten Bestimmungen grade als die ersten und dürftigsten« (42, 173), es ist der Hegelsche »Gang« seiner »logischen Entwicklung«.

vermöge (XII); tatsächlich ging es ihm um das, was er im geldtheoretischen Kontext die »originäre Vision der inneren Logik abstrakter Gegenstände« nannte (83), keiner »Logik« des Verhältnisses von Begriffen und Aussagen, sondern »der inhärenten Logik der Dinge« (1965, 721) als Real-Abstraktes oder eben »Logisch-Reelles« verstanden. Im krassen Gegensatz zu seinem Schüler Erich Schneider, der die Nationalökonomie als ein »Denken an Modellen« (1965, 1) versteht und für den theoretische Sätze »immer« und nur »den Charakter der Denknötwendigkeit« (9), keiner *sachlichen* Notwendigkeit haben können, intendiert Schumpeters materiale Logik die Ableitung der Existenz jener »abstrakte Gegenstände« des Geldes und des Kapitals; wenn die real-abstrakten Dinge nicht bloß bei Schneider, sondern generell in den Lehrbüchern »hereingeschneit« kommen, so drückt sich hierin der Mangel einer materialen Logik jener »sinnlich übersinnlichen Dinge« aus. Dabei ginge es in ihr u.a. um das Problem der »contemporären Geschichte«, um den Umstand nämlich »dass ›Geld‹ für unsere Auffassung fortwährend geschaffen wird und verschwindet« (1952, 65). Otto Veit erwog ähnlich, dass »zwischen zwei Tauschakten Geld überhaupt nicht vorhanden« sei: es »existiere nur in der logischen Sekunde des Tauschens« (1966, 24); jedenfalls »manifestiert« sich für ihn »Liquidität immer nur in einer logischen Sekunde« (1950, 108).³ Man erinnere sich an Marxens kontemporäre »Geldwerdung der Ware« (13, 77), bei der die »Realität, die der Tauschwert der Waren in diesem Prozess erhält und den das Gold« darstellt, »nur die des elektrischen Funkens« (94) ist; die »Existenz« oder »Realität« des Geldes bestehe also nach Marx wie nach Schumpeter und Veit bloß in einer »logischen Sekunde«.

Als kontinuierliches Element der marxischen Begriffsbildung hielt sich neben der Unterscheidung von Wesen und Erscheinung sowie des »Doppelseins« der ökonomischen Dinge und der Arbeit nicht nur die Konzeption der »Entwicklungsmethode« durch; in den späten Dokumenten werden noch drei andere methodologische Grundbegriffe genannt: »innerer Zusammenhang« (32, 553), »Ausgangspunkt« (74) der Entwicklung, »realer Gegensatz« (181). In den *Randglossen* tritt ein weiterer Grundbegriff hinzu, der, wie Cesare Luporini erstmals nachgewiesen hat, bereits 1843 die fundamentale Funktion eines »empirischen Prinzips« ausübt (1974, 450):⁴ die Bestimmung überindividueller, eigengesetzlicher Strukturen als »wirkliches« oder »reales Subjekt« (468). Wagner vergesse, dass im *Kapital* weder Wert noch Tauschwert »Subjekte sind, sondern *die Ware*« (MEW 19, 358); bekanntlich gelten Marx auch die Gesellschaft, das Geld und das Kapital als »reales Subjekt«.

Die *Randglossen* verschaffen schließlich auch Klarheit darüber, dass und warum Marx an der Lehre von den »realen Gegensätzen« oder »conflicting facts«, die den »verborgenen Hintergrund« der »conflicting dogmas« (32, 181) bildeten, festgehal-

3 Veit fährt fort: »Der Begriff der logischen Sekunde bezeichnet einen Punkt in der Zeit jedoch ohne zeitliche Ausdehnung. Er entspricht dem ausdehnungslosen Punkt im Raum, der [...] materiell nicht vollziehbar« ist.

4 Zeitgleich mit Luporini begreift auch K. Hartmann die Marxsche »Ware« als ein »existierendes Prinzip«, ihre Analyse setze »Prinzipien als wirklich« (1970, 419, 408).

ten hat: in jedem »Preiskurant« begehe jede »einzelne Warensorte« den realen und widersprüchlichen, »unlogischen Prozess, sich als Gut, Gebrauchswert [...] von der andern zu unterscheiden, von den anderen [...] qualitativ verschiedenes ›Gut‹ darzustellen, aber zugleich ihren *Preis* als qualitativ dasselbe, aber quantitativ verschiedenes *desselbigen Wesens*« darzustellen; es handle sich hier nicht »um einen ›logischen‹ Gegensatz« im Sinn eines gedanklichen, eines formallogischen Fehlers, da man »von dem ›sozialen Ding‹ der ›Ware‹ ausgehen« (19, 374f) müsse statt von Begriffen und Sätzen, somit um das, was er generell als »realen Gegensatz« bezeichnet hatte.

Wenn Adorno darauf insistiert, in die »Dialektik den Begriff des Widerspruchs als einen zentralen Begriff hineinzunehmen« (2003, 19) und diesen nicht als Widerspruch »zwischen zwei einander fremden Sachen«, verstanden wissen will, sondern als einen »immanenten [...] in der Sache selbst« (21), so kann er sich auf Marxens »conflicting facts« berufen, insbesondere auf die Ware als einen »realen« Widerspruch: ist sie doch vom ›Gut‹ gar nicht anders unterscheidbar als mittels jener Explikation, dass sie sich einerseits von anderen Gütern unterscheidet, sich andererseits als nicht unterschieden, sondern als »qualitativ dasselbe« darstellt, mithin »*desselbigen Wesens*« ist, von andern Gütern ununterschieden, mit ihnen qualitativ gleich. Heißt es bei Joan Robinson: »Jede tauschbare Ware stellt gleichzeitig sich selbst und eine bestimmte Menge Kaufkraft in bezug auf andre Güter dar« (1972, 35), so behandelt sie die Ware nicht bloß im marxschen Sinn als »reales Subjekt«, sondern zugleich als »realen Gegensatz«, ist die Ware doch als eine abstrakte »Kaufkraftmenge« von andren Gütern nicht unterscheidbar oder »qualitativ dasselbe«, mit ihnen »*desselbigen Wesens*«.

II.

Wenn sich in dem Zeitraum von 1868 bis 1880 insgesamt sieben methodologisch relevante Stichworte finden – Entwicklungsmethode, Erscheinung, Doppelcharakter, realer Gegensatz, Subjekt, innerer Zusammenhang, Ausgangspunkt – drängen sich zwei Fragen auf: erstens, ob sie einander implizieren oder auf einige Grundelemente reduzierbar sind; zweitens, in welchem Umfang sie andere, hier nicht aufgezählte methodische Grundbegriffe implizieren, etwa den Begriff des »Systems« qua »Gesamtsystem«, der »realen Abstraktion« und der »Verdopplung«? Welches sind die »grundneuen Elemente«, damit das Programm einer »Entwicklungsmethode« als »dialektische Entwicklungsmethode« gelten darf? Wie verhält sich dieser Begriff zu jenem der »Darstellung«, die die »wirkliche Bewegung« oder das »Leben des Stoffs« widerspiegeln, »darstellen« – nicht bloß statische Gleichgewichtsquerschnitte modell- und handlungstheoretisch, also subjektivistisch konstruieren soll? Wann verfährt sie im Sinn Adornos nicht bloß »systematisch«, sondern stellt ein reales wie dynamisches »System«⁵ dar? Es gehe um die »Darstellung« des lebendigen Stoffs, die so aussehe, »als habe man es mit einer Konstruktion a priori zu tun« (MEW 23, 27). Was ist genauer unter dieser *quasi-apriorischen* Konstruktion zu verstehen? Bereits

5 Über den Gegensatz »Systematik«/»System« vgl. Adorno (2003, 55 u. 59).

in den *Rohentwurf* findet sich eine ähnliche Formulierung, dass es darauf ankomme, »die immanente Seele dieses Stoffs zu erkennen und ihm so sein Recht des eigentümlichen Lebens zuzugestehen« (42, 8). Die fundamentale Streitfrage heute kann man daher so formulieren: Wie verhält sich die späte Darstellung zu diesen Programm der Darstellung im *Rohentwurf* von 1857/58 und wie zum frühen Programm der »eigentümlichen Logik des eigentümlichen Gegenstandes« von 1843 – vermutlich nur ein synonyme Ausdruck für »Darstellung« und »dialektische Entwicklungsmethode«?

Gestützt lediglich auf Hegelsche Texte und Marxens *Kapital* entdeckte erstmals Max Horkheimer die Intention der »Darstellung« und gründete vor allem hierauf das Programm der Kritischen Theorie; in ihrem eigentlichen Gründungsdokument – der Abhandlung *Zum Rationalismusstreit in der gegenwärtigen Philosophie* – wird erkannt, dass die Methode der »Darstellung« einer »Nachkonstruktion lebendiger Prozesse« dient, des »wirklichen Geschehens«, wobei die durch Empirie und Analyse gewonnen Elemente »neue Bedeutungsfunktionen« erhalten (*GS* 3, 186): grundsätzlich gelte, dass »die Bedeutung der einzelnen Kategorien sich erst im Ganzen erfüllt«⁶ (189). Der später veröffentlichte *Rohentwurf* ermöglichte 1967 Alfred Schmidt die philologische Verifizierung und sachliche Präzisierung der die Frankfurter Marx-Lektüre inaugurierenden Abhandlung Horkheimers. Für ihn »macht die (Darstellung) den eigentlichen Erkenntnisakt aus«, also gegenüber Empirie und Analyse als dritter Erkenntnisquelle, einer nunmehr quasi-apriorischen. Schmidt sieht wohl erstmals, jedenfalls vor Klaus Hartmann, dass das Sartresche Verständnis der marxischen Methode als »einer ›progressiv-regressiven‹ Methode« diese generell kennzeichnet; sie ist daher keineswegs im modelltheoretischen Sinn zu verstehen, vielmehr als »Prozess immanenter Konkretisierung«⁷ – eine treffliche Umschreibung der logischen Entwicklung.

Die Gegner der Kontinuitätsthese vermögen sich zunächst einmal auf all jene gravierenden Veränderungen zu berufen, die den *Rohentwurf* und den *Urtext* vom *Kapital* unterscheiden, dies zweifellos zu Recht. Dabei geht es um die Analyse von Wert, Geld und Kapital im ersten Band; die auffälligste Veränderung betrifft den Übergang vom 3. zum 4. Kapitel, die »Verwandlung« von Geld in Kapital. Von einem »Prozess immanenter Konkretisierung« von Wert und Geld in ihrer Gestalt als Kapital kann offenbar nicht mehr die Rede sein, damit ebenso wenig von einem »dialektischen Entstehungsprozess« des Kapitals. Doch wie steht es mit dem »Ursprung« des Geldes aus dem empirischen Prinzip »Ware überhaupt«: hat Marx zumindest in diesem Kontext an seiner Konzeption eines »dialektischen Entstehungsprozesses« festgehalten? Wenn er die Ware noch in den späteren *Randglossen* als »Subjekt« kennzeichnet, dürfte sich diese Frage bejahen lassen; doch handelt es sich tatsächlich auch noch im *Kapital* um eine innerökonomisch relevante Konstruktion? Erst

6 Vgl. ferner *Zu Bergsons Metaphysik der Zeit* und *Zum Problem der Wahrheit*. Der von der Habermas-»Schule« zu Unrecht als Gründungsdokument ausgegebene Aufsatz *Traditionelle und kritische Theorie* (*GS* 4) wiederholt und ergänzt in Bezug auf »Darstellung« (201, 212) und »dialektische Logik« lediglich das in jenen 3 Aufsätzen bereits Ausgesprochene.

7 In: *Kritik der politischen Ökonomie heute*, hg.v. W. Euchner u. A. Schmidt, Frankfurt/M 1967, 37ff.

im 2. Kapitel und nur kursorisch ist von einer »Verdopplung der Ware in Ware und Geld« (MEW 23, 102) die Rede: als Produkt des Gegensatzes von Gebrauchswert und Wert; dann wieder in einer Fußnote zu Beginn des 3. Kapitels, in prinzipieller Bedeutung aber erst in dessen 2. Abschnitt: der »Austauschprozess« produziere eine »Verdopplung der Ware in Ware und Geld«, wobei dieses Verhältnis wie bereits im 1. Kapitel als »äußerer Gegensatz« gekennzeichnet wird, worin diese – die Waren als »Subjekte« – »ihren immanenten Gegensatz von Gebrauchswert und Wert darstellen« (119), der auch »wirklicher Widerspruch« (118) genannt wird.

Wenn es nunmehr heißt, der »Austauschprozess« der Waren schließe »widersprechende und einander ausschließende Beziehungen« ein, sofern die »Entwicklung der Ware« zwar die »Widersprüche nicht aufhebt«, aber eine »Form« schaffe, »worin sie sich bewegen können«, nämlich in »wirklichen Bewegungsformen« des »Austauschprozesses« (119), so tritt wohl die fundamentale Funktion der »realen Gegensätze« klar zutage; dennoch sollten die dialektischen Begriffe realer »Gegensatz«, »Widerspruch« als Implikationen der dialektischen Kategorie »Verdopplung« in der traditionellen Rezeption und Kritik ignoriert werden; ebenso ist die naheliegende Frage übergangen worden, ob bereits der Begriff »Doppelcharakter« der Ware einen »realen Gegensatz« impliziert. Beide Grundmängel der Rezeption gehen letztlich auf Mängel der Darstellung zurück; d.h. der »Entwicklung der Ware«, sofern in ihr Logisches und Historisches ineinander fließen.

Die Rezeptionsmängel des 3. Kapitels verweisen unmittelbar auf Darstellungsmängel des 2. Kapitels »Der Austauschprozess«, dessen Argumentationsschritte mitnichten eine verständliche Erklärung dessen geben, was erst im dritten als »widersprechende und einander ausschließende Beziehungen«, als Widerspruch des Prozesses bezeichnet, aber nicht demonstriert wird. Dass dieses 3. Kapitel als »immanente Konkretisierung« der »Ware überhaupt« des 1. Kapitels zu verstehen sei, als Anwendung der dialektischen Entwicklungsmethode, ist bislang niemand in den Sinn gekommen. Die Verlegenheit der Interpreten äußert sich in den marxistischen Lehrbüchern darin, dass sie das 2. Kapitel stillschweigend übergehen und die Werttheorie als ein separates, in sich abgeschlossenes Lehrstück des 1. Kapitels behandeln, womit ein »innerer Zusammenhang« der beiden ersten Kapitel, implizit aller drei, geleugnet werden muss; da ferner der Übergang vom 3. ins 4. Kapitel ebenso wenig als »innerer« oder »dialektischer« begriffen werden kann, somit der Zusammenhang aller vier Kapitel keinen »inneren« darstellt, keine »immanente Konkretisierung«, musste die nur in den Briefen enthaltene Rede von einer »dialektischen Entwicklungsmethode« des *Kapital* eine dogmatische Versicherung bleiben, die von den Interpreten fast ausnahmslos ignoriert werden konnte; sofern sie überhaupt Beachtung fand, konnte sie sinnvoll nur am *Rohentwurf* und am *Urtext* demonstriert werden, die denn auch nur von jenen Autoren beachtet und ernst genommen worden sind, die auf der Klärung der Begriffe »dialektische Darstellung« und »dialektische Entwicklungsmethode« bestanden haben.

Nun lässt sich die These vom Gegensatz zwischen Wert und Gebrauchswert bis ins 1. Kapitel zurückverfolgen, doch tritt dieser Begriff erst im 3. Abschnitt auf und kommt

zudem im Widerspruch zur dialektischen Entwicklungsmethode gänzlich unabgeleitet und unexpliziert »hereingeschneit«. Statt ihn im Gang der Entwicklung dort einzuführen, wo er hingehört, an den »Anfang«, also in den 1. Abschnitt, genauer auf dessen dritter Seite, taucht er expressis verbis erst 24 Seiten später auf, obwohl es sich doch um einen »in der Ware eingehüllten«, also erst zu enthüllenden »inneren Gegensatz von Gebrauchswert und Wert« handelt, von dem es heißt, dass er durch einen »äußeren Gegensatz« als seiner »Erscheinungsform« (23, 75) dargestellt werde. Wie schon in dem Anhang »Die Wertform« der 1. Ausgabe formulierte Marx noch im Entwurf der zweiten: das Arbeitsprodukt erscheine in der »*Waarenform*« dann, sobald »sein Werth [...] eine der Naturalform [...] entgegengesetzte Form enthält [...] daher als *Einheit* dieser Gegensätze dargestellt ist« (MEGA II.6, 23); sogar von »Widersprüchen« war die Rede, »welche die Aequivalentform einschließt« (17), wobei Marx es allerdings selbst hier unterließ, die dialektischen Begriffe zu begründen und zu entfalten.

Diese Argumentationslücke findet man bereits in der ersten Ausgabe, obwohl auch dort erst in den Schlusssätzen der Analyse der Ware diese als »*unmittelbare Einheit von Gebrauchswert und Tauschwert*, also zweier Entgegengesetzten« gekennzeichnet worden ist; sie sei »daher ein unmittelbarer *Widerspruch*«; und nun folgt eine These, die unzweideutig dokumentiert, dass die Charakterisierung des im *Kapital* angewandten Verfahrens als »*dialectic method*« im November 1867 sich mitnichten als belletristische Phrase abtun lässt: »Dieser Widerspruch muss sich entwickeln« (II.5, 51), offenbar als *logischer*, und zwar in dem folgenden Abschnitt »Der Austauschprozess«; der »innere« Zusammenhang beider Abschnitte ist ursprünglich als ein »notwendiger« konstruiert worden.

Nicht bloß diese Sätze verschwinden in der 2. Ausgabe, Marx hatte am Text der Erstausgabe noch zwei weitere Korrekturen vorgenommen; er tilgte einmal die »Form IV« (43) und zum andern jene Passagen, die das »Allgemeine« im Kontext der Äquivalentform als ein *reales* ausweisen, als ein Universale *in re*; damit tilgte er implizit auch den dialektischen Charakter der »allgemeinen Arbeit«. Doch nur unter der Voraussetzung eines *Real-Allgemeinen* lässt sich sinnvoll von einem (realen) Widerspruch der Äquivalentform sprechen. Mit beiden Korrekturen verschwand zugleich der Prinzipcharakter der »Ware überhaupt«, die Engels in seinem 1868 verfassten Konspekt zur 1. Ausgabe noch trefflich als »*Ware an sich*« (MEW 16, 245) bezeichnen konnte; erst die Marxsche Überarbeitung der 1. Ausgabe verleiteten ihn, die »Ware an sich« als die historisch existierende Ware einer »einfachen Warenproduktion« zu verballhornen und damit der Vulgarisierung der Werttheorie Tür und Tor zu öffnen.

Die Motive jener verhängnisvollen Überarbeitung lassen sich zwei Briefen entnehmen, einmal jenem vom 24. November 1871, dass er beabsichtige, das »erste Kapitel [...] in einer volkstümlichen Art neu zu schreiben« (33, 341), und zum andern der Mitteilung seiner Tochter Jenny vom 21. Dezember 1871 – die Neufassung erarbeitete Marx in der Zeit vom Dezember 1871 bis Januar 72 – dass er »einige Teile sehr vereinfacht« (687) habe. Das 1. Kapitel der 2. Ausgabe verdankt sich also der Absicht einer volkstümlichen Vereinfachung. Dabei handelte es sich bereits um die *dritte* Stufe der Popularisierung. Schon im Vorwort zur 1. Ausgabe findet sich der

Satz, er habe die »Analyse der Werts substanz [...] möglichst popularisiert« (MEGA II.5, 11); damit hängt offenkundig die wohl gewichtigste Veränderung der ursprünglichen Konzeption zusammen: der Marxsche Verzicht auf den Abdruck des letzten Kapitels des 1. Bands, die »*Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses*«, mit der fundamentalen These: »Die *Waare* [...] war unser Ausgangspunkt, die Voraussetzung für die Entstehung des *Capitals*. Andererseits erscheinen *Waaren* jetzt als das *Product des Capitals*«, woraus die methodische Notwendigkeit dessen resultiert, was er den »Cirkellauf unserer Darstellung« (II.4.1, 24) nannte: dass aus einer dem Geld und Kapital logisch vorgeordneten, insofern prämonetären Ware die Kategorien Geld und Kapital abzuleiten sind, während andererseits diese »Ware überhaupt« als eine kapitalistisch produzierte ein »Produkt des Capitals« sein muss, das somit als »eigentliche Voraussetzung« begriffen werden muss: »Ware und Geld sind beide die elementarischen Daseinsweisen, Existenzweisen des Kapitals« (MEW 43, 307); das Begründungsverhältnis kehrt sich daher um. Wert und Kapitalwert scheinen einander logisch wechselseitig vorauszusetzen. Um diesen Zirkel aufzubrechen, bedarf es offenbar eines Wertbegriffs, der auch heute noch der bürgerlichen Ökonomie unbekannt geblieben ist: des Begriffs eines entwicklungsfähigen und entwicklungsbedürftigen Werts, der erst als *Kapitalwert* sich selbst adäquat geworden ist, seinem objektiven Begriff entspricht. Es versteht sich, dass diese *esoterische* Wertkonzeption der marxschen Konzeption einer Popularisierung der »Werts substanz« entgegenstand. Doch hieraus folgte zwingend der Verzicht auf jenes letzte Kapitel über den »Cirkellauf der Darstellung«, also auf eine durchsichtige Anwendung der dialektischen Entwicklungsmethode.

Dieser Verzicht zeichnet sich bereits im Manuskript 1861-1863 ab, das als »Drittes Kapitel. Das Kapital im allgemeinen« dem 1. und 2. Kapitel von *Zur Kritik* (43, 3) von 1859 folgen sollte; dies 3. Kapitel, in der Literatur gelegentlich auch 2. Rohentwurf genannt, habe »eine erträglich *populäre* Form« (30, 368) angenommen, teilt Marx im August 1863 Engels mit. Jene populäre Form hatte er schon in der ersten Phase der Ausarbeitung intendiert. Im Dezember 1861 verfasst er einen Brief an Engels, der unzweideutig das Verfahren seiner fortgesetzten Popularisierung des *Urtexes* vom Sommer 1858 dokumentiert: seine »Schrift«, also jenes 3. Kapitel gehe voran: »Es wird indes viel populärer und die Methode viel mehr versteckt als in Teil I« (30, 207), also der im November 1858 begonnenen *Zur Kritik* mit ihrem 1. Kapitel »Ware« und dem 2. Kapitel »Geld«. Es ist die Steigerungsform »mehr«, die unbezweifelbar dokumentiert, dass Marx bereits jene Schrift *Zur Kritik* popularisiert und in ihr die Methode versteckt hat. Wenn dem Satz ein Sinn zukommen soll, kann er nur auf eine dieser Schrift vorausgegangene Ausarbeitung bezogen werden, die *nicht*-populär geschrieben worden und in der die Methode noch nicht »versteckt« worden war. Dieser Bezugspunkt lässt sich unschwer identifizieren: die authentische Darlegung der Methode findet sich im *Urtex* vom Sommer 1858, der einen »dialektischen Entstehungsprozess« des Kapitalwerts aus einem »einfachen«, »unentwickelten« demonstriert; sein 1. Kapitel über den Wert ist gänzlich verlorengegangen, jedoch existieren zwei Texte, die über seine dialektische Struktur Aufschluss verschaffen könnten.

Einmal die Notizen über den Abschnitt »1. Wert«, der die »Erste Kategorie«, die Ware thematisieren sollte; er enthält eine Bestimmung dieser Kategorie, die Marx mehrfach verwandte, u.a. im *Urtext*: »Obgleich unmittelbar in der Ware vereinigt, fallen Gebrauchswert und Tauschwert unmittelbar auseinander« (42, 767), m.a.W »die Waare selbst erscheint als die unvermittelte Einheit zweier Bestimmungen, die [...] unmittelbar in ihr vereinigt sind, wie sie unmittelbar auseinanderfallen« (MEGA II.1, 943); zum andern der nach Abschluss des *Rohentwurfs* und vor der Ausarbeitung des *Urtextes* verfasste »short outline« vom 2. April 1858, der einen dialektischen Entstehungsprozess nicht bloß des Kapitals aus dem Geld, sondern ebenso des Geldes aus der Ware skizziert: »Aus dem Widerspruch der allgemeinen Charaktere des Werts mit seinem stofflichen Dasein in einer bestimmten Ware etc. [...] ergibt sich die Kategorie des Geldes« (MEW 29, 315) – also *logisch* im Sinn einer Methode, die hier noch nicht versteckt worden ist, offen zu Tage lag, unsichtbar nur für eine populäre Sicht.

III.

Vergegenwärtigt man sich die Darstellung der Ware in der im November 1858 begonnenen Umarbeitung, besser Neufassung des *Urtextes*, der unter dem Titel *Zur Kritik* 1859 erscheinen sollte, so sticht die Differenz zwischen jenen dialektischen Bestimmungen der »Ware überhaupt« und den beiden Entwürfen sogleich ins Auge; zwar enthalten die zwei Kapitel eine strikt »logische Entwicklung« – »Historisches zur Analyse der Ware« (MEW 13, 37) ist in den Anhang A verbannt – doch von einem »Widerspruch« ist am Anfang ebenso wenig die Rede wie von einer »unvermittelten Einheit«; dennoch mag Marx nicht darauf verzichten, die Geldware als Lösung eines Widerspruchs zu begreifen, logisch zu entwickeln: es sei in ihr nämlich jener »Widerspruch gelöst, den die Ware als solche einschließt«, also das prämonetäre Prinzip Ware. Doch wie holt Marx jetzt das nach, was er wie später auch im *Kapital* am Anfang der Analyse versäumt hat? Er sieht den »Widerspruch« darin, dass jenes Prinzip Ware »als besonderer Gebrauchswert zugleich [...] allgemeiner Gebrauchswert« oder die »Ware überhaupt allgemeine Arbeitszeit« sei, »vergegenständlicht in einem besonderen Gebrauchswert« (13, 34) – universale *in re*. Mit dem Geld als der »allgemeinen Form« der Arbeit ist »Möglichkeit der Entwicklung ihrer Widersprüche« (79) gegeben – Entwicklung ist letztlich die eines realen, sozialen Widerspruchs.

Doch dieser *reale* Widerspruch blieb im traditionellen Marxismus und selbst noch in der Kritischen Theorie unverstanden. So vermerkte Henryk Grossmann, »worin der Gegensatz von Gebrauchswert und Wert in der Ware besteht [...] wurde bisher nicht einmal als Problem behandelt«, doch sein eignes Interesse galt ebenfalls nur dem quantitativen Aspekt der Frage, »wieso er immer größere Dimensionen annimmt« (1969, 24).⁸

8 Das Manuskript Grossmanns *Marx, die klassische Nationalökonomie und das Problem der Dynamik*, auf den sich Adorno mehrfach als »meinen Lehrer« bezog – er hatte dessen Vorlesungen besucht – war ursprünglich für die *Zeitschrift für Sozialforschung* bestimmt.

Das Verstecken der Methode des *Urtextes* und die weiteren beiden Stufen der Popularisierung auf dem Weg zur 2. Ausgabe des *Kapital* verunsicherten den späten Engels in seinem wenig überzeugenden Versuch, im Nachtrag zum 3. Band das Verhältnis von Wert und Produktionspreis zu klären. Das Wertgesetz sei weder eine »bloße Hypothese«, noch eine »notwendige Fiktion«, es werde seitens der Kritiker »nicht genug berücksichtigt, dass es sich nicht nur um einen rein logischen Prozess« handle, sondern um einen »historischen«; den »logischen« versteht er wie schon 1859 so, dass er »dessen«, des historischen Prozesses »erklärende Rückspiegelung in Gedanken« sei: eine »logische Verfolgung seiner inneren Zusammenhänge« (25, 905).

Marxens »innerer Zusammenhang« qua »inneres Gesetz« (26.3, 501) bezieht sich jedoch keineswegs auf »Historisches«, sondern dient der Lösung des »cerle visieux«, dass die »Preise der Waren« die »Preise von Arbeit, Zins« etc. »bestimmen [...] und umgekehrt«, wobei es sich bloß um den »Ausdruck« einer »Zirkelbewegung« handelt, »worin die allgemeinen Gesetze widerspruchsvoll [...] sich realisieren« (500), insbesondere »das Gesetz des Tauscherts nur in seinem eignen Gegenteil sich verwirklicht« (13, 48), m.a.W. der rationelle Wert in seinen »irrationalen Erscheinungsformen«; die Lösung schließt freilich den *logischen* Nachweis ein, dass die Kategorien »verkehrt« erscheinen: »Was Wirkung ist, erscheint als Ursache, die verwandelte Form als die ursprüngliche u.s.w.« (MEGA II.3, 1630); die Verkehrung dieser Verkehrungen ist keine Sache von Hypothesen und notwendigen Fiktionen, sondern setzt ein *Real-Allgemeines* voraus, den Wert, dessen Existenz mit der seiner entwickelten Formen, mit der Existenz von Geld und Kapital »bewiesen« ist. Die Existenz des Werts zu bestreiten hieße die Existenz von Geld und Kapital zu leugnen. Dies war den Kritikern zu erwidern, die noch heute diesen Sinn der logischen Entwicklung verkennen.

Nun ist Marxens »innerer Zusammenhang« ein »lebendiger« nur im Kontext eines »Gesamtsystems der ökonomischen Kategorien« (MEW 13/159), das seinerseits darauf beruht, dass die Arbeiten einen »inneren notwendigen [...] Zusammenhang« bilden, eine »Totalität, System von Tätigkeiten« (43, 310). Marx ging von dem Hegelschen »Fund« aus, dass die »Seiten eines Organismus in einem notwendigen [...] Zusammenhang« (1, 210) stehen, also in keinem hypothetischen oder bloß fingierten. So war es für Marx auch das »entscheidend Wichtige« der Werttheorie, einen »inneren notwendigen Zusammenhang« zwischen den verschiedenen Momenten des Einen Werts »zu entdecken« (MEGA II.5, 43). Im Grunde handelt es sich durchweg um den Gedanken des »organischen Systems als Totalität«, in dem »jedes Gesetze zugleich Voraussetzung ist« (MEW 42, 203) und sich daher fehlerhafte Zirkel bilden müssen dergestalt, dass Preis, Geld, Kapital, Kredit, Kosten, Einkommensformen sich wechselseitig voraussetzen. Schon 1847 erkannte Marx, dass die Gliederung eines *realen* Systems der Quadratur des Kreises gleicht: obwohl »jedes einzelne Glied in der ganzen Verkettung« des »unbekannten Zusammenhangs« eingebunden, durch ihn »vermittelt« ist; will man ein bestimmtes Glied als Prinzip, »Ausgangspunkt« oder »erstes Glied« (4, 107) einer »logischen Entwicklung« auszeichnen, ist es aus seinem Kontext »herauszureißen«, als ein »Unmittelbares« zu setzen.

Gelegentlich wurde dies Problem auch in der akademischen Ökonomie gesehen. So ist es »logisch« gesehen für Schumpeter unentschieden, ob eine »Kredittheorie des Geldes einer Geldtheorie des Kredits« (1965, 876) vorzuziehen sei, er problematisierte daher den Satz: »Am (logischen) Anfang steht das Geld« (1350), wobei es ihm um die »logische Quelle«, die »logische Grundlage« der Kaufkraft des Geldes zu tun ist (367). Eine »wahrhaft ›kausale‹ Erklärung« des Kapitals müsse im Sinn der österreichischen Schule ebenfalls »die (logischen) Anfänge der Dinge bloßlegen« (1107). Und wenn Marx nach dem »why und wherefore der Dinge« (MEW 23, 500) fragt, geht es auch ihm um die »Logik« oder »Notwendigkeiten der sozialen Dinge«, um »das ›dass‹ und ›warum‹ der Dinge« (1952, 559), vor allem um die sozial-ontologische Frage, »was Grundrente, Zins und Lohn sind, und warum diese Kategorien bestehen« (251). »Logisches« wird also dem sozialen Gestalt des Ontologischen gleichgesetzt. Und wenn Alfred Amonn irritiert eine »notwendige logische Beziehung« (1996, 378) zwischen den »Korrelatbegriffen« Geld und Ware konstatiert, geht es auch hier der Sache nach um das, was Adolph Lowe ein »Fundamentalproblem« einer »Logik ökonomischen Denkens« nannte (1965, 1), nämlich um ihr Fundament in einer »Logik der Tatsachen« (25). Der erste Entwurf einer materialen Logik des Ökonomischen existiert bislang aber nur als die logische Entwicklung der marxischen »Entwicklungsmethode«.

Literatur

- Adorno, Theodor W., *Philosophische Terminologie*, Bd. 1, Frankfurt/M 1973
 ders., *Vorlesung über Negative Dialektik*, Frankfurt/M 2003
 Amonn, Alfred, *Objekt und Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie*, Neudruck, Wien 1996
 Euchner, Walter, u. Alfred Schmidt (Hg.), *Kritik der politischen Ökonomie heute*, Frankfurt/M 1967
 Grossmann, Henryk, *Marx, die klassische Nationalökonomie und das Problem der Dynamik*, Frankfurt/M 1969
 Hartmann, Klaus, *Die Marxsche Theorie*, Berlin 1970
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, *Sämtliche Werke (= SW)*, hgg. v. H. Glockner, Stuttgart/Bad Cannstadt 1927ff
 Horkheimer, Max, *Gesammelte Schriften*, Bd. 3, Frankfurt/M 1988
 Liebrucks, Bruno, *Sprache und Bewusstsein*, Bd. 6, Frankfurt/M 1974
 Lowe, Adolph, *Politische Ökonomik*, Frankfurt/M 1965
 Luporini, Cesare, »Die eigentümliche Logik des eigentümlichen Gegenstandes«, in: *Stuttgarter Hegel-Tage 1970*, hgg. v. H.-G. Gadamer, Bonn 1974
 MEGA = *Marx-Engels Gesamtausgabe*, Berlin/DDR-Moskau 1975-89, Berlin-Amsterdam 1992ff
 MEW = *Marx-Engels Werke*, Bd. 1-43, Berlin/DDR 1957ff
 Robinson, Joan, *Die Akkumulation des Kapitals*, Wien 1972
 Schneider, Erich, *Einführung in die Wirtschaftstheorie*, IV. Bd., Tübingen 1965
 Schumpeter, Joseph A., *Aufsätze zur ökonomischen Theorie*, hgg. v. Erich Schneider, Tübingen 1952
 ders., *Geschichte der ökonomischen Analyse*, Göttingen 1965
 ders., *Das Wesen des Geldes*, hgg. v. Fritz Karl Mann, Göttingen 1970
 Veit, Otto, *Reale Theorie des Geldes*, Tübingen 1966
 ders., *Deutsche Geldpolitik*, Frankfurt/M 1950

Wolfgang Fritz Haug

Wachsende Zweifel an der Monetären WerttheorieAntwort auf Michael Heinrich¹*I. Eine Un/Diskussion*

Marx als Wissenschaftler ernst zu nehmen, heißt, seine Theoreme unter die Lupe zu nehmen. Nicht unter irgendeine Lupe natürlich, sondern unter die der besten epistemologischen Einsichten, die seit Marx gewonnen worden sind. Unkritisches Nachbeten kommt nicht in Frage. Darin bin ich mit Michael Heinrich einig, und seine *Wissenschaft vom Wert* hat unter dem Gesichtspunkt, dass sie zu mehr Genauigkeit anhält, so manches Verdienst. Sein Verlangen indes, ständig der, wie es herablassend und durch den Singular falsch vereinheitlichend heißt: »eklektischen Weltanschauung namens ›Marxismus‹ (später dann ›Marxismus-Leninismus‹)« eines auszuweichen, ist unhistorisch und verrät einen Mangel an Selbstrelativierung. Seine Kritik, Marx sei sich »über den theoretischen Status der Mehrwerttheorie nicht vollständig im Klaren« (1991, 41) gewesen, bezeugt die rationalistische Illusion vollständiger Transparenz und obendrein die Selbstüberschätzung, mit den eigenen Auffassungen jeweils »vollständig im Klaren« zu sein. »Auf den Schultern von Riesen« – Robert K. Merton hat diesen Topos gebührend erkundet – sehen selbst wir Zwerge weiter als jene. Nur sollten wir nicht die Schultern übersehen, denen wir unser Blickfeld verdanken. Es muss gute Gründe allgemeiner Nützlichkeit geben, wenn eine neue Nomenklatur eingeführt wird, die als Parteiname fungieren und die Adressaten zunächst einmal spalten wird. Heinrichs Programmbegriff der »monetären Werttheorie«, den er von Backhaus (1975, 123/1997, 94) übernommen hat, weckt Zweifel, ob die Sektion, die er damit einführt, nicht am Ende nur eine Sekte bilden und ihren Anhängern einen hohen Preis in Gestalt der Praxisferne und sogar des partiellen Wirklichkeitsverlusts abverlangen wird. Da Heinrichs Anmerkungen zum hier zur Diskussion gestellten Text diesen kaum oberflächlich streifen, verspricht der Gegenangriff begrifflich mehr zu bringen als die Verteidigung. Ich gieße daher meine Zweifel in die Form einer kritischen Skizze.²

Zuvor eine Bemerkung zum namensgebenden Sprachmaterial: Der »Geldausdruck des Werts« heißt in der Emigranten-Mischsprache der marxischen Manuskripte »die monetary expression of value« (26.2/214). »Monetär« ist inzwischen (befördert durch die Geltungs-

-
- 1 Die Position von Hans-Georg Backhaus ist im hier zur Diskussion gestellten Artikel »Historisches /Logisches« kritisch nachgezeichnet. Da Backhaus, um einen Diskussionsbeitrag zu eben diesem Artikel eingeladen, darauf nicht eingeht, antworte ich lediglich auf Michael Heinrich. – Zur Zitierweise: Heinrichs *Wissenschaft vom Wert* wird nach der 1. Auflage von 1991 zitiert, aber auch nach der 2. Auflage nachgewiesen (also z.B. 163/204); Zitate ohne Seitennachweis entstammen seinem Beitrag in diesem Heft.
 - 2 Außer Betracht bleiben müssen hier Heinrichs scharfsinnige Analysen zum marxischen Theorem des »tendenziellen Falls der Durchschnittsprofitrate«, die er der 2. Auflage seines Buches hinzugefügt hat; sie könnten einem logischen Empiristen zur Ehre gereichen, was nicht gegen sie spräche, hätten sie ihn nicht dazu geführt, dieses in zusammenbruchstheoretischer Lesart problematische,

macht des herrschenden Monetarismus) aus dem Englischen ins Deutsche eingedrungen.³ Aber wie kommt der Anglizismus zu der unverdienten Ehre, die marxsche Methode zu bezeichnen? Da Marx nicht müde wird zu betonen, Geld und die komplexeren Wertformen seien aus der Dialektik der Wertform der Ware herzuleiten, befremdet die Behauptung: »Bei Marx handelt es sich jedoch um eine monetäre Werttheorie.« (1991, 200)⁴ Was also treibt Heinrich und andere dazu, den für Marx entscheidenden Akzent umzukehren und statt von wertformanalytischer Geldtheorie von monetärer Werttheorie zu sprechen?

Die explizite Antwort besagt: Adam Smith theorisierte eigentlich nur den *barter*, den *Produktentausch*. »Ein immanenter Zusammenhang von Ware und Geld existiert für ihn nicht. Die Geldsphäre erscheint als bloßer Schleier vor der Realsphäre, ein Schleier, der zumindest in der Theorie jederzeit entfernt werden kann.« (34) Auch die neoklassische bürgerliche Ökonomie behauptete, »dass die wesentlichen ökonomischen Beziehungen auch ohne Geld modelliert und begriffen werden können«, eine Schwäche, gegen die Keynes als »schweres Geschütz« Argumente gebracht habe, die »bei Marx bereits auf einer viel grundsätzlicheren Ebene angesprochen« seien. Diese Antwort ist jedoch keine, denn die »grundsätzlichere Ebene« ist eben die der Wertformanalyse, so dass sich vom Standpunkt einer wertformanalytischen Geldtheorie viel klarer gegen die Marginalisierung von Geld und Kredit usw. argumentieren ließe als vom Standpunkt einer monetären Werttheorie. In der Tat erkennt Marx als Grundfehler in Ricardos »Untersuchungsweise« (26.2/164), dass er »den Wert der Form nach gar nicht untersucht – die bestimmte Form, die die Arbeit als Substanz des Werts annimmt« –, sondern Geld nur als *Wertgröße* fasst (169). Dass in Verhältnissen privat-arbeitsteiliger Produktion, in denen der Stoffwechsel Mensch-Natur durch den gesellschaftlichen Stoffwechsel in Gestalt des Tauschprozesses ergänzt werden muss, die Produkte Warenform annehmen müssen, ist für Ricardo kein Thema. »Er begreift daher durchaus nicht den Zusammenhang zwischen der Bestimmung des Tauschwertes der Ware durch Arbeitszeit und der Notwendigkeit der Waren, zur Geldbildung fortzugehen.« (161) »Der Wert der Ware als Grundlage bleibt wichtig«, erklärt Marx an anderer Stelle (25/203), »weil das Geld nur aus diesem Fundament heraus begrifflich zu entwickeln und der Preis seinem allgemeinen Begriff nach zunächst nur der Wert in Geldform ist.« – Warum das *vor* Heinrich, wie er glaubt, immer überlesen worden sein und für eine monetäre Werttheorie bei Marx sprechen soll, steht in den Sternen. Es muss eine andere Erklärung geben.

Zur Vermeidung falscher Fronten: Ganz unstrittig ist, dass die Warenform sich in einer Gesellschaft nur verallgemeinern kann, wenn sie auch die Arbeitskraft erfasst, mit all den historischen Umbrüchen, die das Auftreten des freien Lohnarbeiters fordert und per Rückwirkung wiederum fördert. Unstrittig ist auch, dass die systemische Verselbständigung von Marktprozessen ohne Geld undenkbar wäre, dass die wesentlichen ökonomischen Beziehungen im Kapitalismus keineswegs »ohne Geld modelliert und begriffen werden

als solches dennoch epistemologisch weiterführende Theoriestück mit der als »vollständig im Klaren« auftretenden Behauptung zu verwerfen, »dass es keine konsistente Begründung für das ›Gesetz‹ geben kann«.

- 3 Nicht anders als die zunehmend verwendete »Kommodifizierung« (von englisch »commodity«, Ware), die Marxens Rede vom »Zur-Ware-Werden« ersetzt.
- 4 Vorsichtiger heißt es in der 2.A. mehrdeutig: »Bei Marx findet sich jedoch eine (in mehrfacher Hinsicht) *monetäre* Werttheorie.« (1999, 250)

können«, ja sogar, dass »Geld als verselbständigter Wert nur von Dauer sein kann, wenn es die Form von sich verwertendem Wert $G - W - G'$ annimmt« – obwohl man bei letzterem die Worte nicht auf die Goldwaage legen darf angesichts der Jahrhunderte antiker Geldwirtschaft, deren schließlichen Untergang in der Naturalwirtschaft der Latifundien Max Weber so eindringlich beschrieben hat. Unstrittig ist endlich, dass das Kapital die Geldform voraussetzt und auf deren Grundlage den Kredit hervorbringt und nötig macht. – All das ist in der hier anstehenden Auseinandersetzung, wo es nicht um die Kritik an Ricardo oder an der Neoklassik geht, so selbstverständlich, dass seine durch Marxzitate beglaubigte Ausbreitung entbehrlich und – Heinrich verüble mir nicht, dass ich ihm das unschöne Wort zurückreiche – annehmend *banal* ist, weil nichts zur Frage nach dem Verhältnis von Historischem und Logischem beitragend. Die Divergenz scheint mit der Frage zu beginnen, wie »Geld modelliert und begriffen werden« kann.

In dieser Frage geht es darum, dass das begriffslogische Paradigma Hegels, das Engels in seiner Rezension von *Zur Kritik* (1859) unglücklicher Weise ins Spiel gebracht hat und an dem sich die logizistischen Marx-Interpretationen festklammern, streng genommen historisch-materialistisch inakzeptabel, ja »absolut unbrauchbar« (13/473) ist, wie Engels sagt. *En lógo*, als begriffliche Konstruktion, hat Platon einst seine normative Staatstheorie angelegt, und Hegel erkannte einzig dem Begriff Wirklichkeit zu. Nichts davon kann für uns Heutige in Frage kommen. Eher verteidigbar scheinen gewisse »Ähnlichkeiten«, zuletzt bei Chris Arthur als »Homologie« gesehen, zwischen der hegelschen und der marx-schen Methode. Doch in diesem Fall wird dann verzwickterweise angenommen, Hegel habe die Kapitalbewegung so genial geahnt und unbewusst in der Verkleidung des Geistes dargestellt, dass rückwirkend seine Geist-Logik als Kapital-Logik Anwendung finden könne. Marx selbst, der sich bei Hegel Anregungen geholt hat, erklärt dies bekanntlich damit, dass Hegel die allgemeinen Gesetze der Dialektik entdeckt aber zugleich mystifiziert habe. In vermeintlichem Anschluss hieran wurde in der Nachfolge Lenins Dialektik zu einer neuen Metaphysik erhoben und als Dialektischer Materialismus dem Historischen Materialismus vorgeschaltet (diesen Weg beschritt der Marxismus-Leninismus). Enger an Marx wurde versucht, die den hegelschen Denkbewegungen »ähnlichen« Operationen nach historisch-materialistischen Kriterien zu rekonstruieren (diesen Weg beschritten etwa Gramsci, Korsch und Brecht). Engels, für den an sich nur der zweite Weg in Frage kam, verfiel 1859 unglücklicherweise auf die Formel von der »logischen Methode«, die »allein am Platz«, aber nichts anderes als die historische Methode sei, »nur entkleidet der historischen Form und der störenden Zufälligkeiten« (475). Die Logizisten übernehmen nun von Engels die Rede von der logischen Methode, widersetzen sich aber seinem in der Tat nicht recht tragfähigen Versuch, diese Rede kompatibel zu machen mit historisch-materialistischen Annahmen. Mein Vorschlag besagt dagegen, die Rede von der logischen Methode (mitsamt der engelsschen Kompatibilisierung) insgesamt aufzugeben, sich näher an Marx' methodischem Selbstverständnis und in letzter Instanz an seiner wirklichen Forschungs- und Darstellungsweise zu orientieren sowie alle Energie daran zu wenden, diese geschichtsmaterialistisch konsistent zu rekonstruieren. Die Kriterien, nach denen dies einzig geschehen kann, verlangen den Rekurs auf menschliches Verhalten in bestimmten Verhältnissen und in asymmetrischer Wechselwirkung mit diesen. Auch verselbständigte Strukturprozesse müssen nach diesem Verständnis aus der Entfremdungsdynamik gesellschaftlicher Praxisformen hergeleitet werden.

Heinrich spart sich die Auseinandersetzung mit dieser ›dritten‹ Position, indem er sie einfachheitshalber in die engelsche Schublade steckt. Meine skizzenhafte Nachzeichnung der Wertformanalyse im HKWM-Artikel *Genesis* spare jede Begründung aus und verlaufe »lediglich über die Passagen, in denen Marx nach erfolgter Analyse anmerkt, dass die einzelnen Formen historisch irgendwann existierten«. Da ein solches Verfahren allerdings unter aller Kritik wäre und da andererseits schwarz auf weiß dasteht, wie ich die Übergänge vom »einfachen« Wertausdruck einer Ware bis zur Geldform in Gestalt einer handlungstheoretischen oder praxeologischen Rekonstruktion begründe – mit dem erstmals 1974 durchgeführten Grundgedanken, die Wertformen als Praxisformen zu fassen (vgl. 1976, 159) –, da sich ferner Heinrich weder damit noch mit der Nachzeichnung der Debatten im zur Diskussion gestellten HKWM-Artikel ernsthaft auseinandersetzt, drehe ich den Spieß um und diskutiere Heinrichs Position, zumal seine Dissertation von 1991 mit einer wissenschaftstheoretischen Rechtfertigung seiner eigenen Undiskussion aufwartet.

Bereits die Einleitung erklärt: »die Objekte der Wissenschaft sind durch die Tätigkeit der Wissenschaftler konstruiert« (21), auch Textinterpretation sei »ein konstruktiver Akt«, nicht durch Rekurs auf Text entscheidbar, weil jeder Text »als geistiges Produkt [...] nur in seinen Interpretationen« existiere (22). Da alle Theorie einer *Problematik* entspringe und auf einem *theoretischen Feld* gründe, könne zwischen Auffassungen, denen nicht beides gemeinsam ist, keine Diskussion stattfinden. Allenfalls ließen sich die je eigenen Maßstäbe auf die fremde Theorie anwenden, was deren Vertretern »als ein bloßes Zerrbild erscheinen muss, da es die eigenen Ansprüche negiert« (19). – Ich darf mich demnach nicht beklagen, wenn mir aus dem heinrichschen Spiegel ein Zerrbild entgegentritt. Ich wende mich statt dessen Heinrichs Problematik, seinem theoretischen Feld und Theoriemaßstab, in einem Wort: seinem »Paradigma« zu. Seinen Prämissen zufolge muss es sich im Spiegel seiner Kritik zeigen.

II. Ableitung aus dem Begriff vs. genetische Rekonstruktion

Medias in res – wengleich nicht zum hier zur Diskussion gestellten Artikel⁵: Wenn Marx im Methodenfragment von 1857 sagt, er werde »die ökonomischen Kategorien in der Folge aufeinander folgen« lassen, die »durch die Beziehung, die sie in der modernen bürgerlichen Gesellschaft aufeinander haben«⁶, bestimmt und das »Umgekehrte [...] der historischen Entwicklung« sei (42/41), so erhalten sie laut Heinrich dadurch ihre »Begründung«. Er sieht anscheinend nicht, dass es beim Konzept der genetischen Rekonstruktion genau darum geht. Es fragt sich natürlich, was er als Begründung gelten lässt. Das dunkle Objekt der Begierde sucht er hinter einem Satz aus der – von ihm für noch nicht so populär verfälscht gehaltenen (siehe weiter unten) – Erstauflage des *Kapital*, wo Marx sagt, er wolle »beweisen, dass die Werthform aus dem Werthbegriff entspringt« (II.5/43) – eine Formulierung, in der es allerdings unerlaubt hegelt. Marx gießt Hohn und Spott aus über diejenigen, »die vom ›Begriff‹ Wert, nicht von dem ›sozialen Ding‹, der ›Ware‹, ausgehen,

5 Heinrich äußert sich vor allem zu meinem Artikel *Genesis* in HKWM 5.

6 Im Artikel »Historisches / Logisches« zeige ich, dass sich dies auf ganz bestimmte Kategorien bezieht (statt »die« müsste es »diese Kategorien« heißen). Den Satz ohne Rücksicht auf den Kontext zu verallgemeinern, macht ihn unsinnig.

und diesen Begriff sich in sich selbst spalten (verdoppeln) lassen« (19/374f). In geschichtsmaterialistischer Sicht ist die »Begriffsanknüpfungsmethode«, wie Marx schimpft, als sie ihm zugeschrieben wurde (19/371), nicht zulässig. Laut Heinrich, der in eben solcher Selbstverdoppelung den wahren Jakob sieht, »verschleiert« Marx solches Entspringenlassen aus dem Begriff in der überarbeiteten Fassung der 2. Auflage von *Kapital I*, weil er dort beansprucht, durch Analyse der Wertform die »Genesis der Geldform« zu rekonstruieren (1991, 185, Fn. 54). In Wirklichkeit gehe Marx vom fertigen Phänomen des Geldes aus, um dessen »innere« Formlogik zu explizieren. Allgemein gelte: »Genetische Rekonstruktion verstanden als modellhafte Darstellung der Geschichte liefe dagegen darauf hinaus, die Anatomie des Affen zum Schlüssel für die Anatomie des Menschen zu erklären.«

Aber nein! Es geht bei genetischer Rekonstruktion nicht um »Darstellung der Geschichte«, auch nicht in »modellhafter« Form. Sondern es geht, wie das Wort Genesis besagt, um die Untersuchung eines Entstehungszusammenhangs und eines Werdens. Wieso glaubt Heinrich, dass dabei das weniger Entwickelte zum Schlüssel fürs Verständnis des Entwickelteren gemacht würde? Gesteht er dem Werden keinen Eigensinn zu? Gilt Entwicklung ihm für bloßes Auswickeln des immer schon im weniger Entwickelten Eingehüllten? In der Tat heißt es ja bei Marx: »Das Geheimnis aller Wertform steckt in dieser einfachen Wertform. Ihre Analyse bietet daher die eigentliche Schwierigkeit.« (23/63) Landen wir also beim Samen, in dem die komplette Pflanze fertig angelegt ist? Läuft es auf eine geschlossene Ableitungslogik hinaus, wie Mats Dahlkvist sie vor Jahren in einem Vortrag als »Welt-Ei-Denken« verspottet hat? Heinrich scheint es spontan so zu denken, wobei er zwar Unrecht hat, aber das zu Unrecht Vorgestellte zu Recht ablehnt. Es ist, als trüge er einen Zweikampf mit sich selbst aus, nur eben am falschen Objekt. Nur weil er glaubt, in der Entwicklung entstände nichts Neues, sondern alles wäre je schon im weniger Entwickelten beschlossen, konnte er das Programm genetischer Rekonstruktion reduktionistisch verstehen. Deutet sich hier sein Paradigma an?

Jedenfalls geht es weiter wie in den Kriminalromanen, wo das Urverbrechen eine Kette von Deckungsverbrechen nach sich zieht. Wenn Marx im Einleitungs-Entwurf von 1857 »noch« geschrieben hat, in der Anatomie des Entwickelteren sei der Schlüssel zu der des weniger Entwickelten zu finden, um im *Kapital* schließlich der Sache nach zu erklären, die Anatomie der einfachen Wertform berge den Schlüssel zum Bau aller Wertform, speziell der Geldform, scheint uns das mit einer Antinomie zu konfrontieren. Insofern besteht die Standardauskunft der retrograden Marxinterpretation *erstens* darin, Marx aufzuspalten gemäß einem löblichen Damals-noch und einem bedauerlichen Später-nicht-mehr, und *zweitens* den Niedergang damit zu erklären, dass Marx seine Theorie unterm Einfluss der Arbeiterbewegung durch »Popularisierung« verfälscht habe.⁷ Jede Entfernung von Hegel erscheint in diesem Licht *erstens* als Popularisierung und *zweitens* als Niedergang. Demnach »macht bereits die Entstehungsgeschichte [...] klar, dass die Darstellungen im Anhang und in der 2. Auflage *Popularisierungen* des ersten Kapitels der 1. A. sind« (177/221). Dass Marx epistemologische Fortschritte gemacht hat und deshalb den eigenständigen »wissenschaftlichen Wert« der von ihm mitverantworteten französischen Kapital-Übersetzung betont (23/32), ist für Heinrich

7 »Die umstrittenen Argumentationsfiguren verdanken sich sehr wahrscheinlich der »Popularisierung«, von der Marx im Vorwort zur 1. Auflage des *Kapitals* spricht.« (163/204) Das bezieht sich auf Wertgröße und -substanz.

undenkbar. Wo es zur Sache geht, sieht es Heinrich (im Gegensatz zu Backhaus) allerdings zumeist umgekehrt; hier erkennt er die wissenschaftlichen Fortschritte, ohne darüber nachzudenken, dass diese schlecht zusammenpassen mit der These von den wissenschaftstheoretischen Rückschritten.⁸ – Weiter im Text: Um alle Zweifel zu beseitigen, erklären wir *drittens*, dass die Entwicklung der einfachen Wertform zur entfalteten und von da zur allgemeinen, die schließlich mit einer bestimmten Ware (Gold oder Silber) zur Geldform »gesellschaftlich verwächst« (23/83), reine Gedankenentwicklung ist und nichts mit wirklicher Entwicklung zu tun hat. Um sicher zu gehen, erklären wir *viertens*, dass die Geldform, weil es sie ja wirklich gibt, überhaupt nicht ins Kapitel über die Analyse der Wertform gehört, wo sie in der ersten Auflage des *Kapital* ja zunächst auch noch nicht vorkam – ein weiterer Fall von Noch und Nicht-mehr. Statt dessen gehört dorthin eine vierte Wertform, die es in der 1. Auflage dort auch tatsächlich noch gab, während das Geld erst im zweiten Kapitel vorkommen dürfte, wo der Austauschprozess untersucht wird.⁹

III. Wertformanalyse

Es führt kein Weg an der marxischen Wertformanalyse vorbei. Ihr Gegenstand ist der Wertausdruck, beginnend beim Wertausdruck einer Ware in einer andern (x Ware A ist y Ware B wert). Seine Analyse geht der des Austauschprozesses voraus, wie jeder Austausch sich durch einander überkreuzende Wertausdrücke anbahnt. Mit Marx ließe sich sagen, dass »dieselbe Geschichte täglich vor unsren Augen spielt« (vgl. 23/161). Die Grammatik des Wertausdrucks einer Ware ist durch eine Asymmetrie geprägt, deren Pole Marx bekanntlich relative Wertform und Äquivalentform taufte. Heinrich, der in Gedanken immer schon bei der geldvermittelten Warenzirkulation ist und diesen Teil nur als rein im Denken spielende Vorstufe der Erkundung des »logischen« Innenlebens der Geldform sieht, meint, dass »die zusätzliche Untersuchung der anderen Seite [...] nichts Neues bringen würde« (180/225). Aber die »andere Seite« ist gerade die Äquivalentform, deren Untersuchung den Begriff der Geldform vorbereitet. Soll »Untersuchung der anderen Seite« aber die Umdrehung des elementaren Wertausdrucks in » y Ware B ist x Ware A wert« bedeuten, wäre das keine »andere Seite«, sondern nur der Austausch der Benennungen. Kurz, im Wertausdruck einer Ware gibt es außer ihrem Äquivalent keine andere Seite. Heinrich verwechselt den Wertausdruck mit der Tauschgleichung. Der Gegenstand der marxischen Wertformanalyse ist damit aus dem Gesichtsfeld des monetären Werttheoretikers verschwunden.

Wenn Marx das Geld als »letztes Produkt« des Warenaustauschs begreift (23/161), so Heinrich als dessen erstes, als die Quelle, aus der einem Produkt die Warenform zufließt. In der Reihe der Wertformen eine Aufbaufolge zu sehen, die zugleich einen Entstehungszusammenhang andeutet, denunziert er als die kindische Auffassung, »dass das zuerst Dargestellte das Eigentliche sei, das auch allein existieren kann, zu dem das zweite nur in einer äußerlichen Beziehung steht«. Es sollte sich verstehen, dass er mit diesem »schwe-

8 Vgl. etwa 1999, 356f.

9 Dass Marx die Geldform in der 2. Auflage im Rahmen der Wertformanalyse entwickelt, entspringe »nicht einer neuen Einsicht [...], sondern vor allem dem marxischen Bemühen um Popularisierung«. – »Die abstrakte Wertformanalyse [...] erhält mit der Geldform ein Ziel, das jedem Leser bekannt ist.« (183/228) Heinrich sieht dies so, weil er den Wertausdruck als Gegenstand der Wertformanalyse nicht als Praxisform begreift.

ren Geschütz« auf einen Pappkameraden schießt. Die mehr als nur äußerliche Beziehung zwischen dem zuerst und dem sodann Dargestellten entscheidet sich daran, ob sich der Übergang immanent rekonstruieren lässt. Dabei muss man sich klar machen, dass diese Immanenz sich nur »phänomenologisch« auf die Ware bezieht. Immanent heißt hier letztlich: dem gesellschaftlichen Verhältnis innewohnend, dessen praktischer Vollzug dem Produkt die Warenform aufprägt. Die geschichtsmaterialistische Rekonstruktion eines entsprechenden Übergangs muss auf diese Instanz rekurrieren. Wie behandelt Heinrich die Frage des Übergangs, an der sich die Begründung entscheidet?

Den Übergang von der einfachen zur entfalteten Wertform der Ware »begründet« er damit, der einfache Ausdruck sei »noch unzulänglich«. Das ist freilich keine Begründung. Es wiederholt nur die marx'sche Auskunft: »Der erste Blick zeigt das Unzulängliche der einfachen Wertform, dieser Keimform, die erst durch eine Reihe von Metamorphosen zur Preisform heranreift.« (23/76) Die marx'schen Metaphern vom Keim und seinem Heranreifen, die Heinrich zupass kommen, weil sie durch die Retrospektive vom Geld her ihren Sinn erhalten, decken die Frage nach dem Übergang mit einer Scheinantwort zu. Dass die einfache Wertform gemessen an dem Anspruch, der ans Geld zu stellen ist, »unzulänglich« ist, besagt nichts in Sachen Übergang. Dieser muss in Prozessrichtung rekonstruiert werden. Wenn Marx weiter sagt, die einzelne Wertform gehe »von selbst in eine vollständigere Form über«, so ist das eine *façon de parler*, die auf geistige Ergänzungshandlungen der Adressaten setzt. Marx, der geschrieben hat, dass die Geschichte nicht selbst handelt, war sich im Klaren, dass dies auch für die Wertform gilt. Ergänzen wir also: Es genügt, dass der praktische Antrieb, der hinter dem auch als Sprechakt beschreibbaren Wertausdruck wirksam ist, anhält und sich auf ein zweites und drittes Objekt richtet, dass sich eine Reihe von Äquivalentformen der notorischen Ware A bildet. Jetzt kann es nicht mehr so scheinen, als brächte »die zusätzliche Untersuchung der anderen Seite [...] nichts Neues«. Jetzt zeigt sich, dass die vielen nichtidentischen Äquivalentformen unserer Ware A »rückbezüglich auch die identische Gleichung« enthalten (23/79), in denen sie die Ware A als ihnen allen gemeinsames Äquivalent haben und sie dadurch in die privilegierte Position unmittelbarer Austauschbarkeit versetzen. Wenn diese zunächst flottierende Position »durch gesellschaftliche Gewohnheit endgültig mit der spezifischen Naturalform der Ware Gold verwachsen ist« (23/84), ist dieses zu Geld geworden, wobei im Verhältnis zur Vorform keine andere Grammatik, wohl aber eine andere Pragmatik entstanden ist. Im folgenden Kapitel über den Austauschprozess blickt Marx auf diese strukturgenetische Folge zurück: »Die historische Ausweitung und Vertiefung des Austauschs entwickelt den in der Warennatur schlummernden Gegensatz von Gebrauchswert und Wert. Das Bedürfnis, diesen Gegensatz für den Verkehr äußerlich darzustellen, treibt zu einer selbständigen Form des Warenwerts und ruht und rastet nicht, bis sie endgültig erzielt ist durch die Verdopplung einer¹⁰ Ware in Ware und Geld.« Was da nicht ruht und rastet, ist das praktische Bedürfnis der Tauschenden. Wie Widersprüche sich ihre Bewegungsform schaffen, ist dieses bestrebt, Blockierungen aufzulösen oder zu umgehen. »Das Unpraktische, Disfunktionale einer Form, das den Tau-

10 In MEW 23: »der«; korrigiert nach der französischen Übersetzung von Marx/Roy. Anders könnte man meinen, der Begriff der Ware verdopple sich in Ware und Geld. Aber nur die Geldware führt diese gedoppelte Existenz.

schinteressen im Wege steht, wird aufgehoben, wo dem keine andersartigen Hindernisse entgegenstehen« (Haug 2001, 266).¹¹ Heinrich macht daraus das »von Haug wohl als Triebkraft der Wertformentwicklung verstandene ›Unpraktische‹«. Ebenso gut hätte er behaupten können, ich machte Antriebslosigkeit zur Triebkraft.

Heinrich vertieft den Einschnitt zwischen Ware und Geld so lange, bis er den marx-schen Vermittlungsbegriff der Geldware für entbehrlich erklären kann (188/233). »Mag Warengeld auch ein *historischer* Ausgangspunkt der Geldentstehung gewesen sein, so folgt seine Existenz keineswegs *logisch-begrifflich* aus der Warenform des Arbeitsprodukts.« (190/236) Statt dessen sei »*jedes* Geld (ob Ware mit Eigenwert oder nicht) bloß *Repräsentant* von ›Wert als solchem‹ und insofern ein ›Wertzeichen‹«, und »nur in diesem allgemeinen Sinn ist die Kategorie Geld Resultat der Untersuchung des Austauschprozesses« (190/236). Dagegen ist einzuwenden, dass nicht die *Kategorie* Geld, sondern der *Geldbegriff* erst Resultat der Untersuchung ist.¹² Zudem ist der Status der Ware, die in Äquivalentform ist, falsch bestimmt: im Wertausdruck (x Ware A ist y Ware B wert) *präsentiert*, nicht repräsentiert die Ware B den Wert der Ware A. Das bloße Wertzeichen wird die Äquivalentware vertreten. Dass dem bloßen Zeichen das Kommando über das Bezeichnete zukommt, muss außerökonomisch, durch den Staat, garantiert werden. Die Wipper und Kipper, die jahrhundertlang dem goldenen Warengeld ein Stück der Geldware abgekratzt oder durch Legierung verdünnt haben, haben am Zeichencharakter nichts geändert. Heinrich denkt vom fertigen Phänomen der Gegenwart her. »Indem Marx das Geld aber sofort als Warengeld auffasst, sitzt er einer bestimmten historischen Phase in der Entwicklung des Geldsystems auf« (190/236). Dafür fallen Heinrich nun, weil er die genetische Verbindung kappt, Geld und Währung ineinander. Deshalb kann ihm der Dollar als »Weltgeld« statt als Weltwährung erscheinen.

IV. Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins

Man erinnere sich: Das Geld durfte von Marx nicht im Abschnitt über die Wertformanalyse, der mit bloßen Gedankendingen spielt, sondern erst im Austauschkapitel, dem ersten Kreis der Existenz, behandelt werden. Auch der dort zunächst untersuchte Austausch von

11 Zuerst ausgeführt in der neunten meiner *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* (1974/76).

12 »Die Kategorie ist, ihrer Etymologie und der Definition des Aristoteles nach, dasjenige, was von dem Seienden gesagt, behauptet wird.« (Hegel, *Logik*, II, I.2, Anm., 24) Marx macht fast durchgängig einen entsprechend scharfen Schnitt zwischen *Begriffen der Theorie* vs. *Kategorien* als »Daseinsformen, Existenzbestimmungen, oft nur einzelnen Seiten dieser bestimmten Gesellschaft« (13/637) wie Ware, Wert, Geld, Kapital. »Im Ausdruck: ›Wert der Arbeit‹ ist der Wertbegriff nicht nur völlig ausgelöscht, sondern in sein Gegenteil verkehrt. Es ist ein imaginärer Ausdruck, wie etwa Wert der Erde. Diese imaginären Ausdrücke entspringen jedoch aus den Produktionsverhältnissen selbst. Sie sind Kategorien für Erscheinungsformen wesentlicher Verhältnisse. [...] Die klassische politische Ökonomie entlehnte dem Alltagsleben ohne weitere Kritik die Kategorie ›Preis der Arbeit‹, um sich dann hinterher zu fragen, wie wird dieser Preis bestimmt?« (23/559f) Die Kritik der politischen Ökonomie zielt auf »letzte adäquate Ausdrücke des behandelten Wertverhältnisses« (562), in diesem Fall, nach Verwandlung der Kategorie Wert in den Wertbegriff, in den Begriff Wert der *Arbeitskraft* usw. – Klaus Holzkamp hat diese Terminologie leider umgedreht: Seine »Vorbegriffe« lassen sich mit den marx-schen Kategorien vergleichen, deren »Kategorialanalyse« mit der marx-schen Kritik (vgl. *Grundlegung*, 48-51 u. 193).

Ware gegen Ware (W – W) bezeichnet Heinrich zufolge nichts Wirkliches, sondern besitzt nur den Status einer »begrifflichen Konstruktion« (159/200). Das führt auf eine weitere Schlacht, die in diesem Zusammenhang mit dem Eifer einer religiösen Glaubensfrage geschlagen wird. Sie richtet sich gegen die Rede von *vor-* bzw. überhaupt *nicht* kapitalistischer Warenproduktion.¹³ Um jede Promiskuität zwischen der synchron-funktionellen und der diachron-genetischen Ordnung zu unterbinden¹⁴, wird nicht nur die von Engels so genannte »einfache Warenproduktion« kategorisch aus der Ordnung des Seins ausgeschlossen. Das geschieht nicht ganz ohne Vernunft; doch Vernunft wird Unsinn, wenn sie über jede Wirklichkeit hinweg totalisiert wird. Das Körnchen Vernunft besteht darin, dass – wie bereits bemerkt – sich die Warenform zusammen mit der Geldform in einer Gesellschaft nur in kapitalistischer Form, also durch das massenhafte Zur-Ware-Werden der Arbeitskraft verallgemeinern kann, und auch das immer nur relativ. Was macht Heinrich daraus? Er bestreitet zunächst die Existenz von Waren schlechthin in einer Ökonomie, die noch nicht Geldwirtschaft ist. Der »Austausch von *Waren* (und nicht bloß von Produkten) existiert nur als Bezug der Waren auf Geld«, heißt es 1991 (200; vgl. dagegen Marx, 23/103). Wie in jenem notorischen Fall in der platonischen Akademie, bei dem es um die Definition des Menschen ging, scheint auch hier jemand dem Autor gesteckt zu haben, dass die Behauptung sich allzuweit von der historischen Wirklichkeit entfernt, denn in der 2. Auflage ist es nunmehr »der *allseitige* Austausch von *Waren* (im Unterschied zum Tausch *vereinzelter* Produkte)«, der »nur als Bezug der Waren auf Geld« existieren kann. (Allerdings existiert Austausch niemals nur als »Bezug«, worauf immer; soviel für die 3. Auflage.)

Jene übereifrige Existenzbestreitung verweist auf eine positivistische Ontologie. Für Marx gilt ja: Wenn bloßer Überschuss getauscht wird, wenn die Tauschbestimmung nicht bereits in die Produktion eingedrungen, also noch kein Konstituens (oder zumindest eine Bedingung) der Produktionsverhältnisse geworden ist, findet Produktentausch statt. Wenn dagegen etwas bereits *für den Austausch produziert* wird, wird es als Ware produziert. Ob die *für den Austausch bestimmten Produkte* oder *Waren* diese ihre Bestimmung erfüllen, ist nicht garantiert. Die Objektivität einer Bestimmung ist nicht von ihrer Realisation abhängig. Wenn eine Ware zum Ladenhüter wird, ist genau dieser ihr Ruin eine Form, worin die Bestimmung ihre Objektivität erweist. Das gilt auch für die Wertbestimmung der Ware und die dadurch ausgedrückte, zur gesellschaftlichen Anerkennung bestimmte abstrakte Arbeit. Für Heinrich dagegen rangiert der Anerkennungserfolg vor der Bestimmung. Abstrakte Arbeit kommt für ihn als »spezifisch *gesellschaftliche* Bestimmung der Arbeit [...] erst durch den Tausch zustande« (167/209). Analog würde auch konkret-nützliche Arbeit erst rückwirkend zu einer solchen, wenn das »zum Gebrauch bestimmte Produkt« nach sei-

13 Was Heinrich gleich mitschlachtet, ist »die Idee einer ›sozialistischen Marktwirtschaft‹, d.h. einer umfassenden Warenproduktion und Marktwirtschaft, aber ohne kapitalistische Produktionsverhältnisse«. Wie so oft steckt der Pferdefuß im Kleingedruckten, hier in der dehnbaren Generalklausel »umfassend«: Der geschichtlich offenen Frage nach einer gesellschaftlich und staatlich *umfassten* (eingegrenzten) Warenproduktion wird dadurch ausgewichen.

14 Heinrich meint, es müsse mir vom Standpunkt der genetischen Rekonstruktion »als Problem erscheinen, dass die Darstellung nicht nur statt des diachronen einen synchronen, sondern ab und zu sogar einen anti-diachronen Weg einschlägt«. Möglicherweise meint er mit dem kuriosen »anti-diachronen Weg« das, was Marx (im Blick auf die Behandlungsfolge etwa von Industrie- und Handelskapital) das »Umgekehrte [...] der historischen Entwicklung« nennt (vgl. w.o.).

nem Verkauf tatsächlich gebraucht wird. Soweit einer Bestimmung als solcher¹⁵ ein Nicht-Sein (Bloch) anhaftet, existiert sie für Heinrich nicht. »Isoliert, für sich betrachtet¹⁶, ist der Warenkörper nicht Ware, sondern bloßes Produkt.« (173) In solchen Sätzen verrät sich ein metaphysisches Ordnungsverlangen und Unverständnis für die »Mikrophysik« der Dialektik. Natürlich »ist« eine einzelne Ware noch immer eine Ware.

Der Sinn, der hier durch überschießende Totalisierung in Unsinn umschlägt, ist die experimentelle Bewegung, mit deren Hilfe Marx den Lesern zu einer Entdeckung verhilft: »Man mag daher eine einzelne Ware drehen und wenden, wie man will, sie bleibt unfassbar als Wertding.« (23/62) Heinrich verwandelt diese phänomenologische Erfahrung, die den Anstoß zur Wertformanalyse gibt, in eine metaphysische Wesensbehauptung. Dass die Ware ihrer Bestimmung gemäß dahin erst tendiert, als Wertding zu fungieren, heißt doch nicht, dass sie, solange sie noch nicht dort ist, aufhört, Ware zu sein. Hat die Ware in relativer Wertform in Gestalt einer anderen Ware eine erste Wertgegenständlichkeit erhalten, spricht Heinrich dieser die Materialität ab und erklärt sie zum bloßen »Gedankending« (173/216). Auch diese Behauptung legitimiert sich mit einem dekontextualisierten Zitat. Wieder geht es um ein marxisches Gedankenexperiment, das der cartesischen Abstraktion vom Körperlichen nachgebildet ist, hier um das Absehen von den sinnlichen Beschaffenheiten des Arbeitsprodukts und damit von allen konkret-nützlichen Bestimmungen der Arbeit. Dieses Experiment erzeugt die Vorstellung »gespenstiger Gegenständlichkeit« (23/52) oder »rein phantastischer Gegenständlichkeit« (II.6/32) einer »bloßen Gallerte unterschiedloser menschlicher Arbeit« (23/52). Wenn es sich hier tatsächlich um das methodische Erzeugen einer Vorstellung (eines Gedankendings) handelt, so gilt das nicht für Wertgegenständlichkeit schlechthin. Heinrich scheint gespürt zu haben, dass nicht bloß an der Wertgegenständlichkeit, sondern auch an seiner Darstellung etwas nicht ganz geheuer war. Jedenfalls fügte er in der 2. Auflage ein: »Die Wertgegenständlichkeit ist von jeder physischen Gegenständlichkeit grundverschieden.« (216) Würde Heinrich, was er spontanphilosophisch tut, müsste er alle Gegenständlichkeit zum Gedankending erklären, da sie je auf gegenständliches Verhalten eines Subjekts verweist. Gegenständlichkeit ist selber kein Ding, sondern ein Verhältnis. Das Gespenstig-Verrückte besteht bei der Wertgegenständlichkeit darin, dass ein objektives Geltungsverhältnis als Eigenschaft eines Dinges behandelt wird. Zwischen Himmel und Erde gibt es aber mehr physische Phänomene, als in die Vorstellung vom »Ding« passen. Dazu gehören Verhältnisse und Wechselwirkungen aller Art, eben auch gesellschaftliche.

V. Naturtabu

Aber halt! Hier sind wir schon wieder auf einem Terrain gelandet, an dessen Eingang in Heinrichs Schrift *Zutritt verboten* geschrieben steht. Das ist die Physis im umfassenden Sinn, die Natur. Wieder liegt dem ein richtiges Moment zugrunde, das durch Totalisierung umkippt, in diesem Fall die Kritik an der Naturalisierung des Historisch-Kapitalismus-spezifischen. Wenn aber Marx in heineschem Stil die Ware »ein sinnlich übersinnliches

15 Vgl. dazu Haug 1974/76, IV. Vorlesung, u. 1995.

16 In der 2.A. eingefügt: »außerhalb des Austauschs« (1999, 216).

Ding« nennt (23/85), dann ist sie deshalb nichts Hyperphysisches. Waren sind »sinnlich übersinnliche oder gesellschaftliche Dinge«, insofern in ihrer Wertform »das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen« erscheint (23/86). Ihre Gesellschaftlichkeit ist ein konstitutives Element der gesellschaftlichen Verhältnisse. Es ist »die Warenform und das Wertverhältnis der Arbeitsprodukte«, was »mit ihrer physischen Natur und den daraus entspringenden Beziehungen absolut nichts zu schaffen« hat (ebd.). Aber dass die Verhältnisse nichts mit den physischen Warenkörpern zu tun haben, heißt nicht, dass sie selbst »nichtphysisch« sind, wie ja auch die physische Beschaffenheit eines Tisches nicht von Natur aus da ist. Dass nicht das Holz, sondern der Tischler den Tisch macht, gehört seit Aristoteles zum Schulstoff. Seit Marx wissen wir, dass die Verdinglichung der Verhältnisse das Ver-rückte ist und die Verhältnisse das Verrückende sind.

Heinrich vermag nicht zu unterscheiden zwischen dem Aufweis von Naturgrundlagen des Sozialen und dessen Naturalisierung. Er schilt Marx als »naturalistisch« (169/211), weil dieser auf die »physiologische Wahrheit« (23/85) rekurriert, dass alle produktiven Tätigkeiten ungeachtet ihrer konkreten Beschaffenheit »Funktionen des menschlichen Organismus sind«, Formen seiner kräftemäßigen »Verausgabung« (ebd.).¹⁷ Die Naturalisierung käme aber erst in Gang, wenn die »Verrücktheit, die Gesellschaftlichkeit der Arbeit als Warencharakter ihres Produkts auszudrücken, zur Naturbedingung gemacht würde. Was Heinrichs Formel von der »nicht natürlichen, sondern spezifisch gesellschaftlichen Gleichheit« abstrakter Arbeit (167/209) betrifft, ist gewiss nicht die vom Markt bewirkte *abstraktive Reduktion* auf »Gleichheit« von Natur aus da, wohl aber die Naturgrundlage aller Arbeitstätigkeiten, die das *Reale* des Reduktionsakts ausmacht. Auch wenn die Rate der marktmäßigen Anerkennung faktisch geleisteter abstrakter Arbeit oszilliert, ist diese, als verbrauchte Lebenskraft und -zeit, noch immer der Einsatz. Die Naturalisierung des Kapitalismus zu durchbrechen, verlangt gerade herauszuarbeiten, wie der Kapitalismus bestimmten naturalen Beziehungen oder Dimensionen seine Form- und Funktionsbestimmungen aufprägt.

Die wichtigste Probe aufs Exempel ist die Analyse der abstrakten Arbeit. Sie kann, sagt Heinrich, »als gesellschaftliches Verhältnis [...] überhaupt nicht »verausgabt« werden« (174/218). Das ist zwar richtig, doch die Begründung ist falsch. Arbeit kann geleistet, jedoch überhaupt nicht verausgabt werden. Einzig Arbeitskraft, d.h. Arbeitsvermögen als potenzielle Arbeit, kann verausgabt (= verwirklicht) werden. Dabei kann sie zum einen nur einmal in Ort und Zeit verausgabt bzw. konsumiert werden, und zum andern weiß jeder Lohnarbeiter, dass er sie als solche verausgaben muss, gleichgültig wofür (das wird kapitalseitig angeordnet).

Heinrich hat gewiss recht, dass es nicht angeht, »die Dauer der Verausgabung der Arbeitskraft (auch wenn auf »einfache Arbeitskraft« reduziert) umstandslos zum Maß der Menge abstrakter Arbeit zu erklären« (174/218). Doch wieder haust der Teufel im kleingedruckten

17 »Auch viele Marxisten sind diesem Naturalismus aufgesessen. So spricht etwa Haug davon, dass die Analyse des Tauscherts auf eine Ebene geführt habe, die sich als »Naturbasis« charakterisieren lässt[,] und fährt fort: »Sowohl »konkret-nützliche« als auch »abstrakt-menschliche« Arbeit reduzieren sich letztlich auf Naturprozesse ...« (1976, 121).« (169, Fn. 33/ 212/Fn. 29) »Sich reduzieren auf« ist hier natürlich nicht reduktionistisch, sondern als »basieren auf« zu verstehen.

»umstandslos«. Marx tut es ja gerade nicht umstandslos. »Die unter den günstigen Bedingungen produzierte Ware *enthält* weniger Arbeitszeit als die unter ungünstigen produzierte, verkauft sich aber zum selben Preis, hat denselben Wert, als ob sie dieselbe Arbeitszeit, die sie nicht enthält, enthielte.« (26.2/204) Mitgefangen, mitgegangen heißt es überdies für alle Arbeiten einer Branche, wenn die Produktion die zahlungsmäßige Nachfrage übersteigt usw. »Die massenhafte Wiederholung unter permanenten Schwankungen zwingt allen Begriffen, die dem Zusammenhang von Arbeit und Wert gelten, ihren nie zur Ruhe kommenden Durchschnittscharakter auf und kontaminiert sie mit ihrem irrationalen Charakter, den Marx mit dem der imaginären Zahl Wurzel aus minus 1 vergleicht.« (Haug 2001, 78)

Heinrichs rhetorische Frage, »ob abstrakte Arbeit in allen Produktionsweisen existiert habe oder ob sie für die Warenproduktion spezifisch sei« (170/123), ist keine Frage des »Existierens«, sondern der systemischen Indienstnahme. Etwas Über- oder Außernatürliches kann es für Geschichtsmaterialisten nicht geben. Man erinnere sich an den Paukenschlag, mit dem Marx seine Kritik am Gothaer Programm einleitet, wo die Natur als Reichumsquelle zugunsten der gesellschaftlichen Arbeit verdrängt war. Zu sagen, dass Werkzeuge nicht von Natur aus Kapital sind, heißt nicht, dass ihr Kapitalesein etwas Übernatürliches wäre. Das von der Ware auszusagen, ist Spott, der das Denken in Bewegung bringen soll. Wir sind mit Sack und Pack, mit Verhältnissen und Geschichte *in* der Natur. Wenn die Ideologie etwas aus der menschlichen Geschichte in die außermenschliche Natur katapultiert, so kann die Antwort nicht darin bestehen, die menschliche Geschichte aus der Natur hinauszukatapultieren.

VI. Eliminierung der Subjekte und ihrer Praxis

Heinrich, der mir »das Unpraktische als Triebkraft« andichtet, liegt mit der Praxis und den Subjekten insgesamt überkreuz. »Wie schnell Marx in seinem Bemühen um »Popularisierung« auf das Terrain der Klassik abrutschen kann«, liest er an der Hinzufügung der Fußnote 16 in der 2. Auflage von *Kapital* I ab (169, Fn. 35/212, Fn. 31), weil dort die Arbeitszeit vom Produzenten mit dem Wert des Produkts in Beziehung gesetzt wird. Dass ein individuelles Subjekt und seine Erfahrung angeführt werden, gilt Heinrich als Rückfall in bürgerlichen Individualismus. Auch an anderer Stelle wirft er Marx (23/79) vor, »statt mit der begrifflichen Entwicklung [...] letzten Endes mit den *Handlungen* der Warenbesitzer« zu argumentieren (182/227). Diesen Wechsel »auf eine ganz andere *theoretische Ebene*« hält er für ein populäres Zugeständnis ohne theoretische Relevanz, »sachlich [...] nicht zu rechtfertigen« (ebd.).

Das zweite Kapitel, wo Marx den Austauschprozess behandelt, beginnt mit der Einführung der Warenbesitzer. Heinrich versteht dies so, dass hier die »unwirkliche« Sphäre der logischen Konstruktionen verlassen wird und »die Betrachtung der wirklichen Beziehung der Waren [...] zu einer Handlungstheorie« führt (185/230). Aber was ist das für eine Handlungstheorie, die sich auf die Behauptung reduziert: »die Personen müssen in ihren Handlungen, sofern sie sich zu ihren Arbeitsprodukten als Waren verhalten, die Gesetze der Warenwelt exekutieren« (ebd.). Es ist, als existierten die »Gesetze der Warenwelt« in einer menschenleeren und praxislosen logischen Sphäre für sich. Das umspielt den marxschen Satz: »Die Gesetze der Warennatur betätigen sich im Naturinstinkt der Warenbesitzer.« (23/101) Doch der Satz davor sprach den Primat der Praxis aus: »Sie haben schon gehan-

delt, bevor sie gedacht haben.« (Ebd.) Ihre Praxis von Grund auf einzubeziehen und damit die Dimension aufzusuchen, in der sich Geschichte immer weiter bildet, heißt keineswegs, diese nach dem Muster der »Rationalität des Warenbesitzers« zu denken (174/218).¹⁸ Aber ohne Einbeziehung dieser Rationalität ist erst recht nicht zu denken, wie aus Handeln und Gegenhandeln etwas entsteht, was keiner gedacht oder gewollt hat. Dagegen sieht nun Heinrich den »Bruch mit dem theoretischen Feld der Politischen Ökonomie« darin, dass »die ökonomischen Phänomene [...] nicht mehr durch den Bezug auf die¹⁹ handelnden Individuen [...] begründet« werden (166/208). Das soll den marxischen Satz aus dem *Urtext* umschreiben: »Wenn wir überhaupt die sociale Beziehung der Individuen innerhalb ihres ökonomischen Processes prüfen, müssen wir uns einfach an die Formbestimmungen dieses Processes selbst halten.« (II.2/59) Heinrich verschiebt die Perspektive von der »socialen Beziehung der Individuen innerhalb ihres ökonomischen Processes« auf die »handelnden Individuen« schlechthin, die ihm suspekt sind.

VII. Entdialektisierung

Sowenig wie eine logische gibt es eine historische Methode. Was es gibt, sind Methoden der Geschichtswissenschaft und der Geschichtsschreibung, aber an sie stellen sich genau die Fragen, um die es hier geht. Geschichte ist zudem nicht nur, was gewesen ist, sondern gegenwärtig als werdende Geschichte oder »kontemporäre Geschichte« (Marx). Streng genommen ist die funktionalistisch unterstellte Gleichzeitigkeit ein bloßer Grenzwert, ja ein »Sonderfall von Bewegung« (Holzkamp 1983, 48). Alle Gegenwart ist Übergang. Bestehen bleibt nur, was sich reproduziert. Genesis und Geltung wie Bildungsprozess und Funktionsweise sind dadurch unauflöslich miteinander verbunden. Wenn Heinrich die »kategoriale« (er meint wohl: begriffliche) Entwicklung bei Marx »an entscheidenden Stellen ambivalent« findet (1991, 13), sich »permanent zwei verschiedene Diskurse durchkreuzen« sieht und diese Ambivalenz expurgieren zu müssen glaubt, so ist es zuletzt die marxische Dialektik, die seiner Säuberung zum Opfer fällt. Dass der Begriff des Gewordenen einen Begriff des Werdens impliziert, ist ihm unerträglich. Nach Strich und Faden legt er den dialektischen Zusammenhang in Entweder/Oder auseinander. Daher betrifft mein Haupteinwand gegen Heinrich eine Denkweise, die eliminiert, was die Dialektik der Sache selbst ausmacht – und die Sache selbst sind hier die gesellschaftlichen Verhältnisse der Menschen. Der Prozess wird stillgestellt, die Interdependenz aufgelöst. Gerade die philosophische Spezifik der marxischen Theorie, die Etienne Balibar als dynamisch-relationale Ontologie gefasst hat, wird durch diesen Zwang zur identitätslogischen Fest-Stellung verfehlt. Dass ein Aufbau nichts Tot-Inertes, schlicht Gegebenes ist, sondern ein permanentes Sich-Aufbauen, kann dann nicht gedacht werden. Was Georg Lukács die »Ontologie des

18 Mit Marx zu sehen, dass diese »gehandelt, bevor sie gedacht haben«, also gesellschaftliche Verhältnisse wie den Kapitalismus oder eine Einrichtung wie das Geld ursprünglich nicht zielbewusst planmäßig herbeigeführt haben, manifestiert laut Heinrich den marxischen Bruch mit der klassischen Politischen Ökonomie (186). Doch das ist gerade ein Grundgedanke des Liberalismus seit Smith. Siehe dazu Hayeks Aufsatz »Die Ergebnisse menschlichen Handelns, aber nicht menschlichen Entwurfs« (1967).

19 In der 2. Aufl. zur Vorsicht eingefügt: »Interessen der«.

gesellschaftlichen Seins« genannt hat, wird von Grund auf verfehlt. Dieses Sein in seiner Konkretion »logisch«, im Sinne von: aus dem Begriff zu entwickeln, wäre haltlose Spekulation. Das Konkrete muss nicht konstruiert sondern rekonstruiert und auf eine Weise als Gedankenkonkretum reproduziert werden, die seine Dynamik ans Licht bringt. Beschränkt sich die Analyse dagegen auf dessen »logisches« Innenleben vom Standpunkt der fertigen Phänomene, hier der monetären, verspielt sie die Erkenntnis der konkreten Verhältnisse. So erscheint der High-Tech-Kapitalismus, der nur als transnationaler existieren kann und dessen neoliberale Expansion unter dem Etikett der Globalisierung auftritt, dem monetären Werttheoretiker als »nichts anderes als ein internationalisiertes Finanzsystem als Steuerungszentrum eines globalen Konkurrenzkapitalismus«, an dem neu nur sei, »dass das Finanzsystem zunehmend markt- statt bankorientiert ist«. Nicht dass diese Bestimmungen nicht ein wichtiges Moment des transnationalen High-Tech-Kapitalismus treffen würden. Aber als verabsolutierte »monetäre« Abstraktionen werden sie falsch, indem sie die Veränderungen in den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen ausblenden und »die Wirkung zur Ursache« machen, wie Engels den Standpunkt des »Geldmarktmenschen« umschreibt (37/488).

Literatur

Arthur, Christopher J., *The New Dialectic and Marx's Capital*, Leiden-Boston-Köln 2002 (vgl. d. Rez. in diesem Heft)

Backhaus, Hans-Georg, »Materialien zur Rekonstruktion der marxischen Werttheorie 2«, in: *Gesellschaft. Beiträge zur marxischen Theorie*, Nr. 3, Frankfurt/M 1975, 122-59 (wieder abgedruckt in Backhaus 1997, 93-128)

ders., *Dialektik der Wertform. Untersuchungen zur marxischen Ökonomiekritik*, Freiburg/Br 1997

Balibar, Étienne, *La philosophie de Marx*, Paris 1993

Bloch, Ernst, *Philosophische Grundfragen I. Zur Ontologie des Noch-nicht-Seins*, Frankfurt/M 1961

Haug, Wolfgang Fritz, *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«*, Köln 1974; 2., überarbeitete und erw. Aufl., Köln 1976; 3., um ein Nachwort ergänzte Aufl., Hamburg 1985

ders., »Bestimmung, Determination«, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 2, 188-92

ders., »Genesis«, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 5, 261-74

ders., *Dreizehn Versuche marxistisches Denken zu erneuern*, Berlin 2001

Hayek, Friedrich August von, »Die Ergebnisse menschlichen Handelns, aber nicht menschlichen Entwurfs«, in: ders., *Fünf Aufsätze. Five Essays*, ausgewählt von der Bank Hofmann AG, Zürich 1982 (aus: *Studies in Philosophy, Politics and Economics*, London/Chicago/Toronto 1967)

Heinrich, Michael, *Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition*, Hamburg 1991; 2., überarb. u. erw. Aufl., Münster 1999

ders., »Geld und Kredit in der Kritik der politischen Ökonomie«, in diesem Heft

Holzkamp, Klaus, *Grundlegung der Psychologie*, Frankfurt/M-New York 1983

Lukács, Georg, *Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins* (1963ff), 2 Bde., *Werke*, 13 u. 14, Darmstadt-Neuwied 1984 u. 1986

Merton, Robert K., *Auf den Schultern von Riesen. Ein Leitfaden durch das Labyrinth der Gelehrsamkeit*, Frankfurt/M 1980

Weber, Max, »Die sozialen Gründe des Untergangs der antiken Kultur« (1896), in: ders., *Gesammelte Aufsätze zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, hgg. v. Marianne Weber, Tübingen 1924, 289-311

Thomas Sablowski

Krisentendenzen der Kapitalakkumulation

Angesichts der Implosion der New Economy und der mit ihr verbundenen Aktienbaisse, der gehäuften Finanzkrisen in den ›Schwellenländern‹, der drohenden Entwertung des US-Dollar und der ungebrochenen Stagnationstendenz in der Weltwirtschaft ist eine Diskussion über Akkumulations- und Krisentheorien hochaktuell. Eine Untersuchung der marxischen Kritik der politischen Ökonomie unter dem Gesichtspunkt ihrer Relevanz für die Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus stößt dabei auf ein Problem: Es gibt nicht *die* marxische Krisentheorie, sondern eine ganze Reihe von krisentheoretischen Ansätzen und Argumenten, die auf den ersten Blick oftmals widersprüchlich erscheinen und entsprechend zu Kontroversen über »die richtige« marxistische Krisentheorie Anlass gegeben haben (vgl. Itoh 1976; Clarke 1994; Heinrich 1999, 311-70). Bei Marx und in der marxistischen Diskussion lassen sich mindestens drei krisentheoretische Ansätze unterscheiden: 1. das *Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate*, 2. die so genannte *Profit-Squeeze-Theorie* und 3. *Unterkonsumtions-, Überproduktions- und Disproportionalitätskrisentheorien*. Alle drei Ansätze sind sowohl zur Erklärung zyklischer Krisen als auch zur Bestimmung längerfristiger Entwicklungstendenzen der Kapitalakkumulation herangezogen worden. Jeder der genannten Ansätze kann – so meine These – dazu beitragen, bestimmte Wirkungszusammenhänge der kapitalistischen Produktionsweise zu erhellen, doch keiner ist im engeren Sinne ausreichend, um ihre kontingente historische Krisendynamik zu bestimmen. Eine kritische Diskussion der Logik dieser krisentheoretischen Ansätze verweist zugleich auf die Notwendigkeit von theoretischen Konzepten wie denen der Regulationstheorie, die zwischen dem von Marx entwickelten Begriff der kapitalistischen Produktionsweise in ihrem »Durchschnitt« (MEW 25, 839) und der Analyse historisch-konkreter und komplexer Entwicklungen vermitteln. Im folgenden werde ich zunächst die drei genannten krisentheoretischen Ansätze kurz diskutieren (1-3) und gesondert auf die monetäre Dimension des Akkumulationsprozesses eingehen (4), um die Unzulänglichkeit von Krisentheorien deutlich zu machen, die von monetären Zusammenhängen abstrahieren. Im Anschluß werde ich regulationstheoretisch informierte Überlegungen zur Krise des Fordismus und zu den Perspektiven eines neuen Akkumulationsregimes skizzieren (5-6).¹

1 Dieser Text greift auf Überlegungen zurück, die bereits an anderer Stelle dargestellt wurden (vgl. Sablowski 2003), und entwickelt sie weiter.

1. Steigende Wertzusammensetzung des Kapitals, relative Übervölkerung und tendenzieller Fall der Profitrate

Für Marx' Darstellung der langfristigen Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Produktionsweise ist die Annahme einer steigenden Wertzusammensetzung des Kapitals zentral, die er mit der wachsenden Arbeitsproduktivität begründet. Marx nimmt an, dass der vermehrte Einsatz von Maschinerie die dominierende Form der Senkung der Produktionskosten und der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit ist. Die ständigen technischen und organisatorischen Veränderungen des Produktionsprozesses rücken damit in das Zentrum der marxischen Kapitaltheorie, während sie in gleichgewichtsorientierten ökonomischen Theorien aus der Betrachtung mehr oder weniger ausgeschlossen werden. Maschinerie wird zum Zwecke der Kostensenkung eingeführt, wenn die damit verbundenen Mehrausgaben an »konstantem Kapital«, d.h. in Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände investiertem Kapital, geringer ausfallen als die Einsparung an »variablem Kapital«, d.h. in die Entlohnung der Arbeitskräfte investiertem Kapital. Die Einsparung von Arbeitskräften durch Einsatz von Maschinerie (in Form der unmittelbaren Freisetzung von Arbeitskräften oder in Form eines größeren Produktionsausstoßes bei gleichbleibendem Arbeitseinsatz) führt unmittelbar zu einem Anwachsen des konstanten Kapitals im Verhältnis zum variablen, d.h. zu einer steigenden Wertzusammensetzung des Kapitals.

Allerdings sind die widersprüchlichen indirekten Wirkungen zu beachten, die sich aus der gesellschaftlichen Verallgemeinerung dieser Veränderungen der Produktionstechnik ergeben. Die neuen Produktionsmethoden, die ja eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität mit sich bringen, führen einerseits zu einer Verbilligung der Lebensmittel, die für die Reproduktion der Arbeitskräfte notwendig sind, d.h. zu einer Senkung des Werts der Arbeitskraft, die wiederum in einer steigenden Wertzusammensetzung des Kapitals resultiert. Andererseits führen sie zu einer Verbilligung der Elemente des konstanten Kapitals, d.h. zu einer sinkenden Wertzusammensetzung des Kapitals. Um nun die Tendenz einer langfristig steigenden Wertzusammensetzung des Kapitals zu begründen, müsste gezeigt werden, dass die mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität einhergehende Verbilligung der Elemente des konstanten Kapitals die anderen Momente – unmittelbare Vermehrung des konstanten Kapitals relativ zum variablen Kapital, Senkung des Werts der Arbeitskraft – nicht kompensieren kann. Diesen Beweis ist Marx letztlich schuldig geblieben (vgl. MEW 23, 651f; 26.3, 356ff).

Eine von ihm nicht explizit angestellte, weitere Überlegung zeigt jedoch, dass langfristig ein Anstieg der Wertzusammensetzung zumindest plausibel ist. Die Verbilligung der Elemente des konstanten Kapitals könnte nur dann zu einem Sinken der Wertzusammensetzung führen, wenn das Wachstum der Arbeitsproduktivität in der Produktion von Produktionsmitteln (Abteilung I) auf Dauer höher wäre als in der Produktion von Konsumgütern (Abteilung II). Selbst dann würde jedoch die Produktivitätssteigerung in Abteilung I indirekt zu einer Verbilligung der Konsumgüter, d.h. zu einer Senkung des Werts der Arbeitskraft führen. Die Beschleunigung der

Produktivitätssteigerung in Abteilung I müsste also nicht nur die zuvor genannten Effekte kompensieren, sondern auch den von ihr selbst ausgelösten indirekten Effekt auf den Wert der Arbeitskraft. Dies ist zwar nicht undenkbar, aber doch eher unwahrscheinlich (vgl. Heinrich 1999, 322).

Mit der steigenden Wertzusammensetzung des Kapitals begründet Marx die Tendenz zur fortschreitenden Produktion einer »relativen Übervölkerung« oder »industriellen Reservearmee«, d.h. einer gemessen an den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals überflüssigen Arbeiterschaft (vgl. MEW 23, 657ff). Das Konzept ist gegen die von Malthus vertretene Bevölkerungstheorie gerichtet, der in einer zu hohen Fortpflanzungsrate der Arbeiterklasse den Grund für Arbeitslosigkeit und Elend sah. Marx versucht zu zeigen, dass die Kapitalakkumulation selbst zu wachsender Arbeitslosigkeit führt. Dies unterstellt, dass die mit der wachsenden Wertzusammensetzung des Kapitals verbundenen Freisetzungseffekte größer sind als die mit dem Wachstum des Kapitals verbundenen Beschäftigungseffekte. Dies entspricht zwar der Erfahrung der letzten Jahrzehnte in Europa, wo die Arbeitslosigkeit mit jeder konjunkturellen Krise ein höheres Niveau erreicht hat. Theoretisch wird die langfristige Zunahme der »relativen Übervölkerung« als allgemeine Tendenz des Kapitalismus von Marx jedoch unzulänglich begründet. Plausibel ist allerdings, dass eine »industrielle Reservearmee« in den konjunkturellen Zyklen immer wieder hergestellt wird, da »Vollbeschäftigung« zu steigenden Löhnen führt, die die Akkumulation bremsen und so einen Anreiz zur Einführung neuer, arbeitssparender Produktionstechnologien darstellen. »Vollbeschäftigung« ist somit stets nur eine vorübergehende Situation, in der Regel existiert ein mehr oder weniger großes Arbeitslosenheer (vgl. Heinrich 1999, 323f).

Mit der dauerhaft steigenden Wertzusammensetzung des Kapitals begründet Marx auch das »Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate«, mit dem er zu zeigen versucht, dass Mittel und Zweck kapitalistischer Produktion, die notwendige Produktivkraftentwicklung und die schrankenlose Verwertung des Kapitals, in unauflöselichem Widerspruch zueinander stehen und dass die Kapitalakkumulation ihre eigenen immanenten Schranken produziert (vgl. MEW 25, 221ff). Allerdings ist der tendenzielle Fall der Profitrate unzulänglich begründet. Es müsste gezeigt werden, dass die Wertzusammensetzung des Kapitals langfristig schneller steigt als die Mehrwertrate oder, was auf dasselbe hinausläuft, dass das Gesamtkapital schneller wächst als die Mehrwertmasse. Dies ist jedoch nicht möglich. Man kann zwar die Bewegungsrichtung der einzelnen Größen angeben, die die Profitrate bestimmen, aber nicht ihre relative Bewegungsgeschwindigkeit (vgl. dazu ausführlich Heinrich 1999, 327ff).

Berücksichtigt man Marx' eigenes Argument, dass zusätzliche Maschinerie nur dann eingeführt wird, wenn der Mehraufwand an konstantem Kapital durch eine größere Einsparung an variablem Kapital kompensiert wird (vgl. MEW 23, 414), so zeigt sich, dass die Profitrate bei der Einführung neuer Technologien zum Zwecke der Produktivitätssteigerung nicht nur nicht fällt, sondern zunächst steigt, und zwar sowohl für das betreffende Einzelkapital als auch für das gesellschaftliche Gesamt-

kapital (vgl. Okishio 1974; Heinrich 1999, 337ff). Es kann gleichwohl zu einem Fall der Profitrate kommen, wenn aufgrund von Klassenauseinandersetzungen die Reallöhne schneller steigen als die Arbeitsproduktivität. Ein allgemeines Gesetz über die langfristige Entwicklungstendenz der Profitrate lässt sich jedoch auch unter Berücksichtigung dieser Faktoren nicht ableiten.

Man könnte zur Verteidigung der marxschen Darstellung einwenden, dass dieser selbst das »Gesetz« nicht deterministisch verstanden wissen wollte. Leitet Marx einerseits den Fall der Profitrate aus der steigenden Wertzusammensetzung des Kapitals ab, so konzediert er andererseits, dass »entgegenwirkende Einflüsse« im Spiel sind, »welche die Wirkung des allgemeinen Gesetzes durchkreuzen und aufheben und ihm nur den Charakter einer Tendenz geben, weshalb wir auch den Fall der allgemeinen Profitrate als einen tendenziellen Fall bezeichnet haben« (MEW 25, 242). Marx' Sortierung der widersprüchlichen Auswirkungen der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit in Tendenz und Gegentendenzen, die durch Engels Bearbeitung des Manuskripts noch verstärkt wurde, produziert allerdings Missverständnisse. Die Rede vom Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate wäre nur dann begründbar, wenn die Privilegierung der Tendenz zur Steigerung der Wertzusammensetzung des Kapitals gegenüber den Gegentendenzen begründet wäre. Ansonsten könnte man ebenso gut vom »Gesetz des tendenziellen Anstiegs der Profitrate« aufgrund der Tendenz zur Steigerung der Mehrwertrate und von der Gegentendenz der steigenden Wertzusammensetzung des Kapitals sprechen.

2. Unterkonsumtions-, Überproduktions- und Disproportionalitätskrisentheorien

Diese Krisentheorien beziehen sich auf die Widersprüche zwischen Produktions- und Zirkulationssphäre und auf die Überproduktion von Waren bzw. Probleme der Realisierung des produzierten Mehrwerts als Krisenursache. Unterkonsumtionstheorien wurden bereits vor Marx von Ökonomen wie Malthus und Sismondi vertreten. Das Grundmuster unterkonsumtionstheoretischer Argumentation verläuft etwa folgendermaßen: Der Umfang des kapitalistischen Reproduktionsprozesses wird durch den Umfang der zahlungsfähigen Nachfrage nach Waren bestimmt. Dabei dient die Produktion von Produktionsmitteln (Abteilung I) letztlich der Produktion von Konsumgütern (Abteilung II), so dass die Konsumnachfrage ausschlaggebend ist. Die Lohnabhängigen, die die große Masse der Gesellschaft darstellen, können mit ihren Löhnen wegen der antagonistischen Produktions- und Verhältnisse aber nur einen Teil des von ihnen geschaffenen Nettoprodukts kaufen: Kehrseite der Mehrwertproduktion ist eine »Nachfrangelücke«. Diese kann durch den Konsum der Kapitalisten trotz allem Überfluss und Luxus nicht geschlossen werden. Die Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise impliziert, dass mit dem Wachstum der Produktivität die Produktionskapazität schneller wächst als die Konsumnachfrage, so dass sich die Nachfrangelücke tendenziell vergrößert.

Obwohl Marx selbst an verschiedenen Stellen unterkonsumtionstheoretisch argumentierte (z.B. MEW 40, 324ff, 335; 25, 501; 24, 318), lieferte er mit den »Repro-

duktionsschemata« im 1885 erschienenen zweiten Band des *Kapital* und mit anderen Überlegungen in seiner Kritik der politischen Ökonomie auch die Grundlagen für die Kritik an der Unterkonsumtionstheorie (z.B. 24, 409f). Die Reproduktionsschemata zeigen, dass eine erweiterte Reproduktion des Kapitals im Prinzip dann – und nur dann – möglich ist, wenn bestimmte sektorale Proportionalitätsbedingungen erfüllt sind. Krisen lassen sich auf der Basis der Reproduktionsschemata dann eher als Disproportionalitätskrisen interpretieren, die aus der »Anarchie des Marktes« resultieren. Der methodische Stellenwert der Reproduktionsschemata wird freilich missverstanden, wenn geglaubt wird, daraus den realen historischen Verlauf kapitalistischer Akkumulation ableiten zu können, wie dies in der früheren sozialistischen Diskussion sowohl die Verfechter von »Zusammenbruchstheorien« als auch diejenigen, die einen krisenfreien, »organisierten« Kapitalismus für möglich hielten, für sich in Anspruch nahmen (vgl. Rosdolsky 1968, 524ff; Hickel 1973).

Der grundlegende Einwand gegen die Unterkonsumtionstheorie zielt darauf, dass diese die Produktion von Produktionsmitteln einfach als eine Funktion der Nachfrage nach Konsumgütern behandelt, so als wäre der Kapitalismus eine Planwirtschaft mit einem vertikal integrierten Produktionsapparat. Die Kritik läuft darauf hinaus, dass die »Nachfragelücke« im Prinzip durch eine vermehrte Investitionsnachfrage der Kapitalisten geschlossen werden kann, so dass eine erweiterte Reproduktion möglich ist. Um die Überproduktion von Waren zu erklären, müssen der widersprüchliche Zusammenhang von Produktion und Zirkulation im Zusammenhang betrachtet und die unterschiedlichen Komponenten der effektiven Nachfrage in ihrer relativen Eigenständigkeit analysiert werden (vgl. MEW 25, 254f). In neueren überproduktions-theoretischen Ansätzen wird dieser Kritik durchaus Rechnung getragen (vgl. z.B. Priewe 1988; Brenner 1998, 2003).

3. Die Profit-Squeeze-Theorie

Die Profit-Squeeze-Theorie sieht in dem mit der Akkumulation wechselnden Umfang der »industriellen Reservarmee« und in der dadurch bedingten Entwicklung der Lohnquote die Grundlage zyklischer Krisen (vgl. z.B. Goodwin 1967; Glyn/Sutcliffe 1974). Sie schließt damit an die marxsche Bemerkung, steigende Löhne seien der »Sturmvogel einer Krise« (MEW 24, 409), und an seine Darstellung des Zusammenhangs von Akkumulation und industrieller Reservarmee im 23. Kapitel des ersten Bandes des *Kapital* (23, 645ff) an sowie an entsprechende Passagen im dritten Band des *Kapital*, wo Marx die Überakkumulation von Kapital mit einer Verteuerung der Arbeitskraft begründet (25, 262ff). Das Grundmodell der Profit-Squeeze-Theorie sieht folgendermaßen aus: Mit wachsender Akkumulation steigt die Nachfrage nach Arbeitskräften und die Arbeitslosigkeit geht zurück, bis es zu Arbeitskräfteknappheit kommt. Dadurch verbessert sich die Verhandlungsposition der Arbeiterklasse, der Anteil der Löhne am Wertprodukt steigt. Sieht man von der Verbilligung der Elemente des konstanten Kapitals durch Produktivitätssteigerungen ab, so bedeutet eine steigende Lohnquote eine sinkende Profitrate. Die sinkende

Profirate führt zu einem Rückgang der Investitionen, die Akkumulation erlahmt. Dadurch steigt die Arbeitslosigkeit wieder, die Löhne sinken, die Profite erholen sich, so dass die Bedingungen für einen erneuten Aufschwung geschaffen werden. Das Modell liefert also eine endogene Erklärung für den oberen und den unteren Wendepunkt eines Konjunkturzyklus. Philip Armstrong u.a. (1984) haben den Ansatz auch auf die überzyklische Entwicklung des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg angewendet, wobei die These einer Blockierung der »kathartischen« Funktion der »industriellen Reservearmee« zentral ist.

Vordergründig ähnelt die Profit-Squeeze-Theorie der neoklassischen Erklärung von »freiwilliger« Arbeitslosigkeit aus »zu hohen« Löhnen. In der neoklassischen Theorie werden »zu hohe« Löhne allerdings durch vermeintlich exogene Faktoren, insbesondere eine quasi-monopolistische Gewerkschaftsmacht erklärt, während die Profit-Squeeze-Theorie eine endogene Erklärung anbietet, in der die Löhne von der Akkumulation abhängig sind. Sofern steigende Löhne aus der Sicht der Profit-Squeeze-Theorie die Knappheit des Arbeitskräfteangebots widerspiegeln, sind sie auch marktgemäß. In einer stärker auf den Klassenkampf orientierten, »operaistischen« Version der Profit-Squeeze-Theorie treiben die Arbeiter den Kapitalismus tatsächlich durch hohe Lohnforderungen in die Krise. Der Sachverhalt, der von den neoklassischen Ökonomen beklagt wird, wird hier positiv gesehen. Können Arbeiter die Krise auslösen, so ist dies aus einer revolutionären Perspektive ein hoffnungsvolles Zeichen.

Gegen die skizzierte einfache Version der Profit-Squeeze-Theorie können verschiedene Einwände vorgebracht werden (vgl. Shaikh 1978, 35ff; Priewe 1988, 30ff), von denen hier nur zwei zentrale genannt werden sollen. Erstens müssten Produktivitätssteigerungen berücksichtigt werden. Zu einer Arbeitskräfteknappheit kommt es nur dann, wenn das Wachstum größer ist als die Produktivitätssteigerungen, und eine Profitklemme setzt voraus, dass die Löhne stärker steigen als die Produktivität. Zudem müsste der Anstieg der Lohnquote auch die Verbilligung der Elemente des konstanten Kapitals überkompensieren, die ebenfalls aus einem Produktivitätsanstieg resultiert. Zweitens werden Löhne zwar als Kostenfaktor wahrgenommen, bleiben als Nachfragefaktor aber ausgeblendet. Überhaupt müssten auch Nachfrage- und Realisationsprobleme berücksichtigt werden. Für die Bestimmung des oberen und des unteren Wendepunktes des Konjunkturzyklus müsste gezeigt werden, dass der Kosteneffekt steigender oder sinkender Löhne jeweils stärker ist als der gegenläufige Nachfrage- und Kapazitätsauslastungseffekt. In weiterentwickelten Versionen des Profit-Squeeze-Ansatzes werden diese Einwände zum Teil aufgenommen (vgl. z.B. Itoh/Lapavitsas 1999, 128ff).

4. Die monetäre Dimension des Akkumulationsprozesses

Die Krisentendenzen der Kapitalakkumulation und die skizzierten krisentheoretischen Ansätze erscheinen in einem anderen Licht, wenn die marxische Theorie als *monetäre Werttheorie* begriffen wird (vgl. Hein 1997; Heinrich 1999). Drei Punkte

sind dabei hervorzuheben. Erstens resultiert die *Möglichkeit* der Krise in abstrakter Form bereits aus den Funktionen des Geldes als Zirkulations-, Wertaufbewahrungs- und Zahlungsmittel. Gegen das saysche Gesetz, wonach sich jedes Angebot seine eigene Nachfrage schafft und eine allgemeine Überproduktion von Waren demnach unmöglich ist, macht Marx deutlich, dass dies nur dann gilt, wenn vom Geld abstrahiert wird, wenn der Kapitalismus also als Naturaltausch- oder Planwirtschaft aufgefasst wird (vgl. MEW 26.2, 492ff; 23, 127f). Tatsächlich muss niemand, der Ware gegen Geld verkauft hat, unmittelbar wieder kaufen. Geld kann sehr wohl gehortet und der Warenzirkulation entzogen werden, wodurch ein Ausfall an effektiver Nachfrage und mithin die Möglichkeit der Überproduktionskrise erzeugt wird.

Zweitens sind Kreditverhältnisse grundlegend für den Akkumulationsprozess, wengleich die Kredittheorie von Marx nur in fragmentarischer Form hinterlassen wurde. Ohne die Berücksichtigung des Kredits bleibt die Elastizität der kapitalistischen Produktion unverständlich. Der Kredit ist ein wesentlicher Faktor der effektiven Nachfrage. So sind die Investitionen nicht durch den realisierten Mehrwert, der in den Akkumulationsfonds fließt, beschränkt, vielmehr können die Kapitalisten auf Kreditgeld zurückgreifen, das im Bankensystem »aus dem Nichts« geschaffen wird. Die Akkumulation wird durch das Verhältnis von erwarteter Profitrate und Zinssatz gesteuert, wobei letzterer ein Maß für die bei einer Investition zu erwirtschaftende Mindestrendite darstellt. Langfristig stellt die allgemeine Profitrate die Obergrenze für die Zinsrate dar, da der Zins aus dem realisierten Profit bezahlt werden muss. Die Aufteilung des Profits in Zins und Unternehmergewinn wird, wie Marx feststellt, durch »kein allgemeines Gesetz« geregelt (25, 376), sondern ergibt sich aus dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach Geldkapital, aus institutionellen Bedingungen und historischen Kräfteverhältnissen zwischen den Klassen und Klassenfraktionen.

Die Kreditverhältnisse konstituieren also eine zweite, für die Verteilung und die Akkumulation relevante Konfliktachse: Zu dem Verhältnis von Kapitalisten und Arbeitern tritt das Verhältnis von industriellen Kapitalisten und Geldkapitalisten hinzu². Im Verhältnis von Lohn, industriellem Profit (d.h. einbehaltenen Gewinnen der Unternehmen) und Zins gibt es keine unabhängigen Variablen. Aus der logischen Reihenfolge der Kategorien in der marxschen Darstellung der kapitalistischen Produktionsweise lässt sich auch nicht zwingend ableiten, welchen Größen in der historischen Bewegung des Akkumulationsprozesses das Primat zukommt. Bewegungen des Zinssatzes etwa können je nach Überwälzung auf die Preise die Real-löhne oder die industriellen Profite beeinflussen. Nominallohnsteigerungen können

2 Die Funktionen des industriellen Kapitalisten und des Geldkapitalisten können durchaus in ein und derselben Person oder in einem Unternehmen vereint sein. Marx zeigt im zweiten Band des *Kapital*, dass es im Kreislauf des industriellen Kapitals zur periodischen Freisetzung von Geldkapital kommt, das als Kredit Dritten zur Verfügung gestellt wird (vgl. u.a. MEW 24, 87ff, 181f, 260-95; vgl. auch Itoh/Lapavistas 1999, 65-9). Die industriellen Kapitalisten sind also strukturell nicht nur Nachfrager, sondern auch Anbieter von Kredit.

bei gegebenen Zinsen zur Senkung der Profite führen, sie können auch durch Preissteigerungen zunichte gemacht werden. Der Verteilungskonflikt zwischen Löhnen und industriellen Profiten kann jedoch auch inflationär auf Kosten der Realzinsen geschlichtet werden.

Drittens ist zu betonen, dass die Kreditverhältnisse der kapitalistischen Produktion nicht nur ihre Elastizität verleihen, sondern auch die Reichweite von Krisen vergrößern. Die Zahlungsunfähigkeit eines Schuldners betrifft auch seine Gläubiger und kann eine Kettenreaktion auslösen. Zudem werden konjunkturelle Bewegungen dadurch verstärkt, dass sich die Zinsrate in der Regel gegenläufig zur Profitrate bewegt (vgl. Itoh/Lapavistas 1999, 128ff). Darüber hinaus treten Geld- und Kreditkrisen nicht nur im Zuge von Produktions- und Handelskrisen auf, sondern können auch unabhängig davon aus dem Finanzsystem selbst resultieren und dann auf Produktion und Handel zurückschlagen (vgl. MEW 23, 152). Diese Zusammenhänge werden um so relevanter, je mehr mit der Entwicklung der Finanzmärkte die Bewegungen des »fiktiven Kapitals« an Bedeutung gewinnen, das auf den dort gehandelten Rechtsansprüchen auf Einkommen aus zukünftigen Verwertungsprozessen beruht (vgl. 25, 482ff; Guttman 1996, 178).

Welches Fazit können wir aus der Diskussion der dargestellten krisentheoretischen Ansätze ziehen? Jeder der Ansätze hat eine Berechtigung, insofern er die Aufmerksamkeit auf einen bestimmten Zusammenhang lenkt, der für die Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise wesentlich ist: Beim »Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate« stehen die widersprüchlichen Auswirkungen der Produktivitätssteigerungen auf die Wertzusammensetzung des Kapitals und die Akkumulation im Zentrum. Die Unterkonsumtionstheorien lenken den Blick auf Realisierungsprobleme und die effektive Nachfrage. Die Profit-Squeeze-Theorie thematisiert den Zusammenhang von Akkumulation, Arbeitsmarkt- und Lohnentwicklung. Zugleich bleibt jeder dieser Ansätze unzulänglich, solange er einen bestimmten Wirkungszusammenhang verabsolutiert und die anderen Aspekte vernachlässigt. Keiner der Ansätze ermöglicht es, den Eintritt einer Krise vorzuberechnen oder die Unvermeidlichkeit des Zusammenbruchs des Kapitalismus zu beweisen. Zugleich liefern jedoch alle Ansätze Argumente dafür, warum im Kapitalismus Krisen und Verwerfungen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess eher die Regel als die Ausnahme sind. Alle drei Ansätze wurden auf einem hohen Abstraktionsniveau formuliert. Die Kontingenz des Akkumulationsprozesses wird erst recht deutlich, wenn man seine monetäre Dimension und die Rolle des Finanzsystems berücksichtigt. Zur Analyse konkreter Akkumulationsverläufe und Krisen ist es notwendig, den Grad der Komplexität und Konkretion der krisentheoretischen Argumentation erheblich zu steigern. Wir verlassen damit die Ebene von Aussagen über die kapitalistische Produktionsweise in ihrem »Durchschnitt«, die der Gegenstand von Marx »Kritik der politischen Ökonomie« war (vgl. MEW 25, 839), und begeben uns auf die Ebene historisch-konkreter Prozesse, die die Variabilität der kapitalistischen Verhältnisse in Raum und Zeit deutlich machen.

5. Der Regulationsansatz und die Krise des Fordismus

Die Entwicklung der Neuen Linken und die Strukturkrise der kapitalistischen Gesellschaftsformationen in den 1970er Jahren hat auch eine Erneuerung des krisentheoretischen Denkens und eine Vielfalt an Analysen über die kapitalistische Entwicklung hervorgebracht. Der Regulationsansatz (vgl. Aglietta 1979; Boyer 1986; Hübner 1990; Boyer/Saillard 1995; Demirovic u.a. 1992; Esser u.a. 1994; Lipietz 1998; Jessop 2001; Brand/Raza 2003), auf den ich mich im folgenden beziehe, baut auf der marxistischen Theorie der kapitalistischen Produktionsweise sowie auf postkeynesianischen und institutionalistischen Konzepten auf und entwickelt ein Set von intermediären Begriffen, die es erlauben, historisch-konkrete Gesellschaftsformationen in ihrer Akkumulations- und Krisendynamik zu untersuchen. Er fasst den Prozess der Reproduktion der widersprüchlichen sozialen Verhältnisse als Prozess von sozialen Kämpfen auf, in dem sich Produktions- und Konsumnormen, Regulationsweisen und Akkumulationsregime durch historische Kompromisse und die hegemoniale Produktion von Konsens herausbilden. In ihrer expliziten Frontstellung gegenüber dem Mainstream neoklassischer Ökonomen, aber auch in einer eher impliziten Kritik gegenüber dem »kapitallogischen« Marxismus nahmen die »Regulationisten« eine Umkehrung der traditionellen krisentheoretischen Problemstellung vor: Wenn die kapitalistische Produktionsweise grundsätzlich krisenhaft und strukturell instabil ist, wie hat sie dann so lange überdauern können? Und wie konnte es zu jener Prosperitätskonstellation kommen, die für die 1950er und 1960er Jahre so bestimmend war, dass man rückblickend von einem »goldenen Zeitalter« des Kapitalismus sprechen kann?

Die regulationstheoretische Analyse der im Anschluss an Gramsci als Fordismus bezeichneten Entwicklungsweise zeigt, dass sich auf der Basis eines spezifischen Klassenkompromisses zwischen Kapitalisten und Lohnabhängigen ein institutionelles Gefüge entwickelt hatte, das ein paralleles Wachstum von Produktivität, Reallöhnen und Profiten ermöglichte, so dass eine vergleichsweise regelmäßige Akkumulation möglich wurde. Die Arbeiter akzeptierten die Hoheit der Kapitaleigner in der Arbeitsorganisation im Austausch gegen die Beteiligung am Produktivitätsfortschritt. Die auf der Basis der tayloristischen Arbeitsorganisation erzielten Produktivitätszuwächse erlaubten steigende Reallöhne, ohne zugleich das Wachstum der Profite zu stark zu restringieren. Die steigenden Reallöhne wiederum ermöglichten die Entwicklung des Massenkonsums. Der Fordismus gewinnt seine Dynamik also aus der Transformation der Lebensweise der Lohnempfänger, die in einem qualitativ neuen Maß zum immanenten Moment der Kapitalakkumulation wird. Die Institutionalisierung dieses »intensiven Akkumulationsregimes« verläuft über die Anerkennung der Gewerkschaften seitens der Unternehmen, die Etablierung von Tarifverhandlungen, den Ausbau der Sozialleistungen, die Ablösung der Geldware Gold durch staatlich reguliertes Zentralbankgeld bzw. Kreditgeld und eine ganze Reihe weiterer Mechanismen.

Allerdings zeigt die regulationstheoretische Analyse des Fordismus auch, dass das intensive Akkumulationsregime eigene, endogene Krisentendenzen hat. Zum einen wurden die für den Kapitalismus des 19. Jahrhunderts typischen scharfen kon-

junkturrellen Krisen im Fordismus nur dadurch vermieden, dass die für den kapitalistischen Verwertungsprozess unausweichlichen Fluktuationen und Verschiebungen der Wertverhältnisse im Rahmen der monopolistischen Regulation bereits antizipiert und in die Preise inkorporiert wurden. Periodische Schübe der Kapitalvernichtung wurden durch »geplanten Verschleiß«, erhöhte Abschreibungen und schleichende Inflation ersetzt.

Zum anderen stieß die tayloristische Transformation des Arbeitsprozesses an Grenzen. Die Produktivitätssteigerung qua Mechanisierung führte ab einem bestimmten Punkt zu einem übermäßigen Anstieg der Wertzusammensetzung des Kapitals. Zudem reagierten die Arbeiter Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre auf die zunehmende Intensivierung und Degradierung der Arbeit mit vermehrten Streiks, Absentismus und Sabotageakten, was sich in sinkenden Produktivitätszuwächsen ausdrückte. Das Resultat war eine sinkende Profitrate, die schließlich zum Erlahmen der Akkumulation führte. Mit dem Absinken der Produktivitätszuwächse gerieten die fordistischen Mechanismen der Einkommensbildung unter Druck, die Kapitalisten kündigten unter dem Druck der Krise den Klassenkompromiss auf und suchten Zuflucht in einer Absenkung der Löhne und Sozialleistungen sowie in der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse. Hier bot sich der Neoliberalismus als gesellschaftliches Umbauprogramm an. Dass der Kapitalismus nach über zwei Jahrzehnten des neoliberalen Umbaus heute nicht noch tiefer in der Krise steckt, spricht weniger für die Kohärenz des Neoliberalismus als vielmehr für die Stärke der mit dem Fordismus etablierten institutionellen Absicherungen der Kapitalakkumulation, die nur schleichend erodiert sind bzw. nur teilweise zerstört wurden. Daher ist die heutige Situation auch nicht mit der Krise der 30er Jahre vergleichbar.

6. Aktuelle Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Produktionsweise

Interpretiert man die Grenzen des Taylorismus als »technologische«, könnte auch der Ausweg aus der Krise des Fordismus ein technologischer sein. So könnten die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zu einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität, einer deutlichen Verbilligung der Elemente des konstanten Kapitals und damit zu einer sinkenden Wertzusammensetzung des Kapitals und zu einer steigenden Profitrate führen. Die Auswirkungen der neuen I+K-Technologien sind jedoch heftig umstritten, wie etwa die Diskussion über das sogenannte »Produktivitätsparadoxon« (d.h. die nur mäßigen Produktivitätssteigerungen trotz hoher IT-Investitionen) zeigt (vgl. Scherrer 2001).

Interpretiert man die Grenzen des Taylorismus eher als soziale oder politische, so rücken Fragen der Arbeitsorganisation ins Zentrum. Die Entwicklung der 80er Jahre schien den Verfechtern der »Humanisierung der Arbeit« und der »soziotechnischen« Ansätze der Arbeitsorganisation Recht zu geben: dort, wo stärker auf die ausgehandelte Einbindung der Arbeiter und die Vergrößerung ihrer Autonomiespielräume im Arbeitsprozess gesetzt wurde, wie in Skandinavien, Deutschland oder Japan, wurden die größeren Produktivitätssteigerungen erzielt. Länder wie die USA oder Groß-

britannien dagegen, in denen eher die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und die Senkung der Löhne verbunden mit einem Frontalangriff auf die Gewerkschaften vorangetrieben wurde und die den Prinzipien des Taylorismus stärker verhaftet blieben, drohten im Regimewettbewerb zurückzufallen.

Im Laufe der 90er Jahre hat sich das Bild jedoch erneut umgekehrt. So hat der lange Konjunkturaufschwung in den USA anscheinend im Vergleich zur EU nicht nur höhere Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts, sondern auch größere Produktivitätssteigerungen mit sich gebracht, von der Situation in Japan, das seit einem Jahrzehnt nicht aus der Deflation herausfindet, ganz zu schweigen. Das angelsächsische Modell wurde wieder als Vorbild gehandelt; und auch dort, wo noch in den frühen 90er Jahren Ansätze einer innovativen Arbeitsorganisation verfolgt wurden, wurden wieder eher neotayloristische Wege beschritten (vgl. z.B. Jürgens 1997, Springer 1999, Schumann 2003). Dies verweist darauf, dass die Grenzen des Taylorismus selbst nicht absolut, sondern von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen abhängig sind. Die neuerliche »Effizienz« neotayloristischer Organisationsformen hat auch mit der Bereitschaft zur Unterordnung der Arbeitskräfte angesichts des subjektiv und objektiv verschärften Drucks durch die »industrielle Reservarmee« im globalen Maßstab und angesichts der vermeintlichen politischen Alternativlosigkeit nach dem Ende des Staatssozialismus zu tun.

Angesichts des gegenwärtigen widersprüchlichen Nebeneinanders von neotayloristischen Tendenzen und Tendenzen einer stärkeren kapitalistischen Nutzung der subjektiven Potenziale der Arbeitenden, das mit einer vertieften Segmentierung der Arbeitsverhältnisse im nationalen und internationalen Maßstab einhergeht, ist die weitere Entwicklung kapitalistischer Produktion nur schwer abzuschätzen. Auch der Charakter der einzelnen Tendenzen ist widersprüchlich. So beinhaltet die »Subjektivierung von Arbeit«, die eine verstärkte Selbstführung der Individuen voraussetzt, einerseits eine Intensivierung von Herrschaft, auch verstanden als Herrschaft über die »innere Natur«, andererseits aber auch neue Potenziale, die über die Grenzen kapitalistischer Arbeitsorganisation hinausweisen.³ In welchem Maße und zu welchem Preis es durch neotayloristische Organisationsformen oder durch die Subjektivierung von Arbeit gelingt, weiterhin eine Steigerung der Produktivkraft der Arbeit auf kapitalistischer Basis zu erreichen, bleibt abzuwarten. Die seit Mitte der 80er Jahre feststellbare Erholung der Profitabilität des Kapitals könnte weniger auf eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität im engeren Sinne als auf andere Faktoren wie die Ausdehnung der Maschinenlaufzeiten, die Verhinderung von Lohnzuwächsen⁴ und die Steigerung der Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals zurückzuführen sein.

Ungeachtet des New-Economy-Booms der 90er Jahre ist eine Diskrepanz zwischen der Erholung der Profitabilität des Kapitals und der zurückbleibenden

3 Vgl. zur neueren deutschen Debatte um die Konturen nachfordristischer Produktion und Arbeit u.a. Glißmann/Peters 2001, Dörre 2002, Dörre/Röttger 2003, Moldaschl/Voß 2003.

4 Die Lohnquote ist in den letzten beiden Jahrzehnten in den kapitalistischen Metropolen erheblich gesunken, und die Reallöhne stagnieren weitgehend.

industriellen Kapitalakkumulation, die sich in niedrigen Wachstumsraten der Anlageinvestitionen und des Sozialprodukts ausdrückt, festzustellen. Die Akkumulationsschwäche hängt aus regulationstheoretischer Perspektive mit einer Erschöpfung der fordistischen Konsumnorm zusammen. Dabei handelt es sich nicht bloß um ein Problem mangelnder Konsumnachfrage. Die fordistische Periode nimmt in der kapitalistischen Entwicklung vor allem deshalb eine Sonderstellung ein, weil sie durch eine wahrscheinlich historisch einmalige Umgestaltung der Lebensweise der Lohnabhängigen gekennzeichnet ist. Die Entwicklung des Massenkonsums ermöglichte auch eine durchgreifende Rationalisierung der Reproduktion der Lohnabhängigen, d.h. eine Senkung des Werts der Arbeitskraft, eine Steigerung des relativen Mehrwerts trotz gleichzeitig steigender Reallöhne. Heute sind nicht nur die Reallöhne zu niedrig bzw. bleiben zu stark hinter der Produktivitätsentwicklung zurück. Die Sättigung der Massenmärkte für die für den Fordismus charakteristischen langlebigen Konsumgüter wie Autos und Haushaltsgeräte wirft zudem das Problem auf, wie eine postfordistische Konsumnorm aussehen kann.

Dabei geht es nicht nur um die massenhafte Verbreitung neuer Waren, die ja durchaus zu beobachten ist (z.B. Handys, PCs etc.), sondern um eine weitere Ökonomisierung der Reproduktion der Lohnabhängigen. Mit dem Neoliberalismus wird zwar eine erneute Umwälzung der Lebensweise in Gang gesetzt, insbesondere die Bereiche des Bildungs- und Gesundheitswesens, die bisher weitgehend den Frauen aufgebürdete Erziehungs- und Pflegearbeit und die Freizeitgestaltung werden zu Ansatzpunkten einer erweiterten Kommodifizierung. Die kapitalistische Rationalisierung der Arbeitsorganisation stößt in diesen Bereichen jedoch zum Teil auf erhebliche Schwierigkeiten. Es muss sich erst noch erweisen, ob mit der Kommodifizierung dieser Bereiche im Durchschnitt auch eine Rationalisierung der Reproduktion der Lohnabhängigen, d.h. eine Senkung des Werts der Arbeitskraft einhergeht – oder ob nicht vielmehr aus der schrittweisen Inkorporierung neuer Waren und Dienstleistungen in die gesellschaftlichen Konsumnormen eine Verteuerung der Arbeitskraft resultiert. Davon hängt es ab, ob ein neuer Schub »intensiver Akkumulation« im Sinne Agliettas (1979) möglich ist oder ob es eher zu einer Verschärfung der Krisentendenzen kommt. Dass die Kommodifizierung weiterer Reproduktionsbereiche offenbar nur auf der Basis einer stärkeren Einkommensspreizung und eines Niedriglohnssektors möglich ist, ist aus dieser Perspektive als ein Indiz für die Schranken zu werten, auf die die intensive Akkumulation stößt: Wenn Produktivitätssteigerungen in den neu kommodifizierten Bereichen ausbleiben, dann können sie kapitalistisch nur auf der Basis unterdurchschnittlicher Löhne bei den Produzenten und überdurchschnittlicher Einkommen bei den Konsumenten organisiert werden – Konsumenten und Produzenten gehören dann notwendigerweise verschiedenen Gruppen an. Ob mehr soziale Ungleichheit aber im Durchschnitt auch mehr Wachstum bedeutet, ist mehr als fraglich.

Die nach wie vor zu beobachtende Akkumulationsschwäche im industriellen Sektor hat zwei wesentliche Konsequenzen. Erstens kommt es zu einer zunehmenden Akkumulation des anlagesuchenden Kapitals im Finanzsektor. Die Globalisie-

rung der Finanzmärkte und die Entwicklung derivativer Finanzgeschäfte haben neue Anlagensphären eröffnet, die das Akkumulationsproblem zunächst lösen und gleichzeitig in veränderter Form erweitert reproduzieren. Wir erleben den Übergang von einem eher kredit- und bankorientierten zu einem marktorientierten Finanzsystem, in dem das fiktive Kapital eine wachsende Bedeutung gewinnt. Die beschleunigte Akkumulation im Finanzsektor ist nicht nur Folge der Akkumulationsschwäche im industriellen Sektor, sie trägt ihrerseits zu deren Reproduktion bei, denn die durch institutionelle Investoren vermittelten Renditeansprüche der Geldvermögensbesitzer lasten trotz gesteigener Profitabilität in der Industrie zunehmend wie ein Bleigewicht auf der industriellen Akkumulation (vgl. Chesnais 1994; Huffs Schmid 1999; Altvater/Mahnkopf 1999, Kap. 5; Sablowski/Rupp 2001; Duménil/Lévy 2002).

Die Entwicklung in den USA während der 90er Jahre hat allerdings auch die Frage aufgeworfen, inwieweit es eventuell positive Rückkopplungseffekte zwischen steigenden Wertpapierpreisen, die ja ein Ausdruck der beschleunigten Akkumulation fiktiven Kapitals sind, und der industriellen Akkumulation gibt. Aglietta und Boyer haben die These vertreten, dass sich möglicherweise ein finanzgetriebenes Akkumulationsregime herausbildet, in dem steigende Wertpapierpreise selbst zu einer Quelle höherer Konsum- und Investitionsnachfrage und damit vermehrter Akkumulation im industriellen Sektor werden (vgl. Aglietta 2000; Aglietta/Breton 2001; Boyer 2000). Ein solches Akkumulationsregime würde allerdings angesichts der extrem ungleichen Verteilung des Wertpapierbesitzes nicht nur zu einer Verschärfung der sozialen Ungleichheiten und zu einer vermehrten finanziellen Instabilität führen – die aus der Wertpapierinflation resultierenden Konsumeffekte sind im Vergleich zu anderen Komponenten der effektiven Nachfrage empirisch auch eher als gering zu veranschlagen (vgl. Sablowski/Alnasseri 2001).

Die zweite wesentliche Konsequenz der Akkumulationsschwäche im industriellen Sektor ist die Bildung von Überkapazitäten, deren Bedeutung für die globale Krisendynamik in jüngster Zeit vor allem von Robert Brenner (1998, 2003) betont wurde. Die globale kapitalistische Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist dadurch gekennzeichnet, dass ein höheres Wachstum in einer Region der Triade USA – Westeuropa – Japan jeweils auf Kosten der anderen Regionen erreicht wurde, wobei die Währungsrelationen entscheidend für die Vermittlung der ungleichen Entwicklung waren. Immer dann, wenn sich Krisenprozesse in einer Region zuzuspitzen drohten, wurde versucht, geldpolitisch einen Ausgleich zu schaffen, ohne dass das Akkumulationsproblem auf globaler Ebene gelöst werden konnte. Dies verweist darauf, dass die Dynamik des Kapitalismus nur im Weltmarktzusammenhang analysiert werden kann, da die Akkumulations- und Krisenverläufe in den einzelnen Weltregionen teils gegenläufig und teils komplementär sind.

Von den Verschiebungen der Kapitalmassen zwischen den Weltregionen haben in den 90er Jahren vor allem die USA profitiert. Ihr konsum- und verschuldungsgetriebenes Wachstum (vgl. Evans u.a. 2001; Brenner 2003) war nur durch die Weltgeldfunktion des Dollar möglich, die den USA die Möglichkeit gibt, sich in eigener Währung zu verschulden, ohne wie andere Länder das Risiko einer mit der Abwertung

der eigenen Währung verbundenen Überschuldung tragen zu müssen. Dies ermöglicht es den USA, außergewöhnlich hohe Leistungsbilanzdefizite in Kauf zu nehmen. Zudem profitierten die USA von den Krisen in anderen Regionen, insbesondere in Japan und in den Schwellenländern, die zu einem großen Kapitalzuström führten, zur Steigerung der Wertpapierpreise beitrugen und die problemlose Finanzierung der wachsenden Leistungsbilanzdefizite ermöglichten. Die Frage ist allerdings, ob dieser Entwicklungspfad auf Dauer weiter beschritten werden kann. Es ist nicht sicher, dass die internationalen Investoren bereit sind, die wachsenden Leistungsbilanzdefizite der USA weiter zu finanzieren und eine unbegrenzte Verschuldung zu akzeptieren, zumal mit dem Euro nun auch ein ernstzunehmender Konkurrent des Dollar heranwächst. Ob der Dollar Weltgeld bleibt, hängt auch vom weiteren Verlauf der europäischen Integration ab. Aus dieser Perspektive lässt sich der Krieg der USA gegen den Irak auch als ein Krieg zur Verteidigung der Weltgeldfunktion des Dollar, für die die Fakturierung der globalen Ölexporte von Bedeutung ist, interpretieren (vgl. Altvater 2003; Abdolvand/Adolf 2003).

Das zeigt, dass die Kapitalakkumulation kein rein ökonomischer Prozess ist, sondern auch politische und militärische Dimensionen hat. Die politischen und militärischen Prozesse bleiben jedoch umgekehrt unverständlich, wenn sie nicht auch mit den Mitteln der Akkumulations- und Krisentheorie analysiert werden.

Literatur

- Abdolvand, Behrooz, u. Matthias Adolf, »Verteidigung des Dollar mit anderen Mitteln«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 48. Jg., 2003, H. 2, 175-85
- Aglietta, Michel, *A Theory of Capitalist Regulation*, London 1979
- ders., *Ein neues Akkumulationsregime*, Hamburg 2000
- ders. u. Régis Breton, »Financial Systems, Corporate Control and Capital Accumulation«, in: *Economy and Society*, 30. Jg., 2001, H. 4, 433-66
- Altvater, Elmar, »Die Währung des schwarzen Goldes. Der Ölkrieg wird auch um die Vorherrschaft von Dollar und Euro geführt«, in: *Attac-Reader: Kritik der Globalisierungskrieger*. Arbeitspapier Nr. 1 aus dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland, Frankfurt/M 2003, 26-8
- ders. u. Birgit Mahnkopf, *Grenzen der Globalisierung*, 4. völlig überarbeitete Auflage, Münster 1999
- Armstrong, Philip, Andrew Glyn u. John Harrison, *Capitalism Since World War II*, London 1984
- Boyer, Robert, *La théorie de la régulation. Une analyse critique*, Paris 1986
- ders., »Is a finance-led growth regime a viable alternative to Fordism?«, in: *Economy and Society*, 29. Jg., 2000, H. 1, 111-45
- ders. u. Yves Saillard (Hg.), *Théorie de la régulation. L'état des savoirs*, Paris 1995
- Brand, Ulrich, u. Werner Raza (Hg.), *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes*, Münster 2003
- Brenner, Robert, »The Economics of Global Turbulence«, in: *New Left Review* 229, 1998, 1-265
- ders., *Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft*, Hamburg 2003
- Chesnais, François, *La mondialisation du capital*, Paris 1994
- Clarke, Simon, *Marx's Theory of Crisis*, Houndmills 1994

- Demirovic, Alex, Hans-Peter Krebs u. Thomas Sablowski (Hg.), *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß*, Münster 1992
- Dörre, Klaus, *Kampf um Beteiligung. Arbeit, Partizipation und industrielle Beziehungen im flexiblen Kapitalismus*, Opladen 2002
- ders. u. Bernd Röttger (Hg.), *Das neue Marktregime*, Hamburg 2003
- Duménil, Gérard, u. Dominique Lévy, »Das Wesen und die Widersprüche des Neoliberalismus«, in: Michel Aglietta u.a., *Umbau der Märkte*, Hamburg 2002, 127-70
- Esser, Josef, Christoph Görg u. Joachim Hirsch (Hg.), *Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie*, Hamburg 1994
- Evans, Trevor, Michael Heine u. Hansjörg Herr, »Weiche Kurse – Harter Fall? Die außenwirtschaftlichen Perspektiven der US-Ökonomie.«, in: Arne Heise (Hg.), *USA – Modellfall der New Economy?*, Marburg 2001, 41-67
- Glißmann, Wilfried, u. Klaus Peters, *Mehr Druck durch mehr Freiheit – Die neue Autonomie in der Arbeit und ihre paradoxen Folgen*, Hamburg 2001
- Glyn, Andrew, u. Bob Sutcliffe, *Die Profitklemme. Arbeitskampf und Kapitalkrise am Beispiel Großbritanniens*, Berlin 1974
- Goodwin, Richard M., »A Growth Cycle.«, in: C. H. Feinstein (Hg.), *Capitalism and Economic Growth*, Cambridge 1967, 54ff
- Hein, Eckhard, *Geld, effektive Nachfrage und Kapitalakkumulation*, Berlin 1997
- Heinrich, Michael, *Die Wissenschaft vom Wert*. Überarbeitete und erweiterte Neuauflage, Münster 1999
- Hickel, Rudolf, »Zur Interpretation der Marx'schen Reproduktionsschemata«, in: *Mehrwert*, Nr. 2, 1973, 33-123
- Hübner, Kurt, *Theorie der Regulation*, Berlin 1990
- Huffschnid, Jörg, *Politische Ökonomie der Finanzmärkte*, Hamburg 1999
- Itoh, Makoto, »Die Entwicklung der Krisentheorie bei Marx«, in: *Prokla* 22, 6. Jg., 1976, H. 1, 101-23
- ders. u. Costas Lapavistas, *Political Economy of Money and Finance*, London 1999
- Jessop, Bob, *Regulation Theory and the Crisis of Capitalism*. 5 Bände, Cheltenham 2001
- Jürgens, Ulrich, »Rolling Back Cycle Times: The Renaissance of the Classic Assembly Line in Final Assembly«, in: Koichi Shimokawa u.a. (Hg.), *Transforming Automobile Assembly*, Berlin u.a. 1997, 255-73.
- Lipietz, Alain, *Nach dem Ende des goldenen Zeitalters*, Hamburg 1998
- MEW = *Marx-Engels Werke*, Bd. 1-43, Berlin/DDR 1957ff
- Moldaschl, Manfred, u. G. G. Voß (Hg.), *Subjektivierung von Arbeit*, München/Mering 2003
- Okishio, Nobuo, »Technische Veränderungen und Profitrate«, in: H. G. Nutzinger u. E. Wolfstetter (Hg.), *Die Marx'sche Theorie und ihre Kritik*, Bd. 2, Frankfurt/M 1974, 173-91
- Priewe, Jan, *Krisenzyklen und Stagnationstendenzen in der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1998
- Rosdolsky, Roman, *Zur Entstehungsgeschichte des Marx'schen »Kapital«*, Frankfurt/M 1968
- Sablowski, Thomas, »Entwicklungstendenzen und Krisen des Kapitalismus«, in: Alex Demirovic (Hg.), *Modelle kritischer Gesellschaftstheorie*, Stuttgart/Weimar 2003, 101-30
- ders. u. Joachim Rupp, »Die neue Ökonomie des Shareholder Value. Corporate Governance im Wandel«, in: *Prokla* 122, 31. Jg., 2001, H. 1, 47-78
- ders. u. Sabah Alnasser, »Auf dem Weg zu einem finanzgetriebenen Akkumulationsregime?«, in: Mario Candeias u. Frank Deppe (Hg.), *Ein neuer Kapitalismus?*, Hamburg 2001, 131-49
- Scherrer, Christoph, »New Economy: Wachstumsschub durch Produktivitätsrevolution?«, in: *Prokla* 122, 31. Jg., 2001, H. 1, 7-30
- Schumann, Michael, *Metamorphosen von Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein*, Hamburg 2003
- Shaikh, Anwar, »Einführung in die Geschichte der Krisentheorien«, in: *Prokla* 30, 8. Jg., 1978, H. 1, 3-42
- Springer, Roland, *Rückkehr des Taylorismus? Arbeitspolitik in der Automobilindustrie am Scheideweg*, Frankfurt/M-New York 1999

Frieder Otto Wolf

Zum Tode von Johannes Agnoli

Johannes Agnoli hat die deutsche Generation von 1968 wesentlich mitgeprägt. Mit seinem Projekt, »das kritische Geschäft von der Kritik der politischen Ökonomie und der kapitalistischen Produktionsweise weiterzutreiben zur Kritik des Zwangscharakters der gesellschaftlichen Reproduktion und deren ›Zusammensetzung‹ in der Form Staat (Marx)«, hat er (etwa in seiner mit Peter Brückner veröffentlichten Schrift zur Transformation der Demokratie) viele aus dem dogmatischen Schlummer des nur formell demokratischen westdeutschen Nachkriegskonsenses aufgeweckt.

Die Fragen, die Agnoli markiert hat, stehen nicht nur im Zentrum des historischen Scheiterns von ›1968‹ und der sich davon ableitenden ›neuen sozialen Bewegungen‹. Sie haben auch einen wichtigen Anteil an den Niederlagen der beiden großen ›offiziellen Marxismen‹, die dieses 20. Jahrhundert geprägt haben, des sozialdemokratischen ebenso wie des kommunistischen. Die Problematik einer Parteilichkeit in der wissenschaftlichen Arbeit, mit der sich beide Linien letztlich ohne tragfähiges Ergebnis herumgeschlagen haben, um einerseits immer wieder in Formen der Anpassung an den jeweiligen wissenschaftlichen Mainstream einzumünden, andererseits immer wieder in eine die eigenen Wissenschaftlichkeitsansprüche zerstörende Lehre von einer proletarischen im Gegensatz zur bürgerlichen Wissenschaft zu regredieren, war allerdings kein bloß ausgedachtes Problem, dass sich allein dadurch hätte bewältigen lassen, dass wir die marxischen Formulierungen über die erforderliche Rücksichtslosigkeit der wissenschaftlichen Kritik und das Zusammenfallen von Selbstveränderung, Veränderung der Umstände und revolutionärem Denken besser im Kopf behalten hätten. Agnolis Verdienst war es, dieses Problem ganz ausdrücklich als ein offenes zu benennen und mit seinen Überlegungen zur Geschichte des subversiven Denkens dessen unverzichtbare Grundmuster in Erinnerung zu rufen. Eine Bearbeitung des damit angesprochenen Problems, wie kritische Wissenschaft über die handwerkliche Kunstfertigkeit einzelner Akademiker hinaus, die in den relativen Schutzraum der bürgerlichen Universität vorgedrungen waren, organisiert und wirksam betrieben werden konnte, hat er nicht wirklich versucht.

Seine konsequente Kritik der Politik, die nicht davor zurückschreckt, deren Abschaffung als praktisches Ziel zu formulieren, kann sich zweifellos auf elementare Gedanken bei Marx und Engels berufen. Sie reaktualisiert zugleich aber auch eine Gedankenlinie, mit der Georges Sorel dann der wirklich entstehenden Arbeiterbewegung des ausgehenden 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts seinen Traum von der reinen Aktion jenseits des Politischen, seinen ›Mythos des Generalstreiks‹ hat entgegenhalten können. Agnoli war sich dieser zweiten Linie offenbar sehr bewusst und hat alles getan, um seine Kritik an der Transformation der Demokratie zu einem Instrument der Stabilisierung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse

von einer rechten Parlamentarismuskritik abzusetzen – und gerade dadurch die eigenen kritischen Instrumente geschärft. Seine Kritik an den »Wortfetischen« des Faschismus bleibt wichtig. Seine Analysen der Transformation der SPD als parlamentarischer Partei zur staatstragenden Partei sind immer noch exemplarisch, auch zur Analyse vergleichbarer Entwicklungen bei den Grünen und in der PDS. Nur die Frage bleibt doch offen, ob es denn einen anderen Ort gesellschaftlicher Emanzipation gibt und geben kann als den politischen Prozess – und ob dieser wirklich einen großen Bogen um die Institutionen und Staatsapparate der parlamentarischen Demokratie schlagen kann.

Agnoli hat gegen das Abrutschen radikaler Linker in zynische Resignation mit dem »basso continuo der Ironie« gearbeitet. Seine kritische Erinnerung an den inneren Zusammenhang von Staatlichkeit und Herrschaft, sein subjektiv verkörperter »antiautoritärer Witz«, steht und stand gegen die hemdsärmelige Selbstverständlichkeit, mit der sich Staatlichkeit in allen ihren Formen in politischen Praktiken geltend macht. Und seine Formulierung des Problems, wie der »objektive Zwangscharakter unserer Gesellschaft« überwunden werden kann, bleibt eine unverzichtbare Wegmarke: »dass man neue Organisationsformen der Gesellschaft findet, die der Form Staat nicht mehr entsprechen«. Ebenso sein Hinweis darauf, der Frage nachzugehen, warum die Verfolgung der Stadtguerilla auch längst nach deren historischen Ende ein strategisches Anliegen der Staaten bildet. Aber Agnoli konnte genauso wenig angeben, was das heute wirklich, über die Ebene der persönlichen Lebensweise von Intellektuellen hinaus, bedeuten kann.

Agnolis Werk gehört zu den Quellen, die heute neu studiert werden müssen, um zu begreifen, was die ungelösten Probleme sind, an denen alle Varianten der historischen Linken, die Linksradiكالen und (wie Agnoli selber gerne sagte) die »Anarchiker« durchaus eingeschlossen, im kurzen und schrecklichen 20. Jahrhundert gescheitert sind.

Kongressberichte

Ethnisierung des Sozialen – Sozialisierung des Ethnischen. Frühjahrsakademie der Forschungs-, Informations- und Bildungsstelle beim Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) in Kooperation mit dem Rosa-Luxemburg-Bildungswerk Niedersachsen e. V., vom 15. bis 18. Mai 2003 in Bovenden bei Göttingen

Der BdWi hat mit der Tagung die auf einem Tagesseminar am 2. November 2002 in Hannover und im Januarheft von *Forum Wissenschaft* (20. 2003, Nr. 1) begonnene Diskussion über Identitäts- und Ethnizitätskonzepte fortgesetzt. In Hannover war die Bewertung ethnischer Konflikte resp. die der Ethnisierung sozialer Konflikte in der Forschung und sozialen Praxis äußerst kontrovers geblieben: Ist es aus radikaldemokratischer Sicht geboten, sich positiv auf ethnische Bewegungen zu beziehen und »Ethnizität als wissenschaftliche Konstruktion und als Kampfplatz« (Claudia Stellmach) anzunehmen, oder führt das Sicheinlassen auf Identitätspolitik und Ethnizitätskonzepte automatisch zu Ausgrenzungsverfahren, die vor allem den Herrschenden nützen?

Werner Ruf (Kassel) zeigte die lange Tradition der Dichotomisierung »Wir« und »die Anderen«, die derzeit in Form der Politik der *double standards* größere Akzeptanz und Dynamik denn je erlangt habe: als Legitimation imperialistischer Herrschaft und Willkür sowie als Grundlage der Weltansicht der »bürgerlichen Mitte« und von Teilen der Friedensbewegung. Das Messen mit zweierlei Maß ermögliche es, »den Anderen« Völker- und Menschenrechte vorzuenthalten, provoziere neuen Terror als einzig mögliche Antwort der »Schwachen« und diskreditiere alle Maßstäbe und Werte, die für Konfliktregulierungen unverzichtbar seien. Mit seinem Beispiel für *double standards*, einem Vergleich der internationalen »Behandlung« des Iraks und Israels, handelte sich der Referent scharfe Kritik an Aussagen ein, die als verharmlosend verstanden worden waren gegenüber dem gegen Israel gerichteten Rassismus und Antisemitismus im Nahen Osten und in der Bundesrepublik Deutschland. – Birgit Rommelspacher (Berlin) verdeutlichte die Ambivalenz der mit der bürgerlichen Moderne verbundenen Werte des »weißen europäischen Mannes«, des Egalitätsprinzips und des Naturrechts. Die Globalisierung verschärfe nicht nur die sozialökonomische Asymmetrie, sondern auch die Ambivalenz von »Emanzipation«, »Demokratie« und »Staatsbürgerschaft«, in deren Namen nicht mehr nur Selbstbestimmung, sondern auch Fremdbestimmung und Ausgrenzung legitimiert würden (Beispiel: Kopftuchdebatte). Den »Deutungskampf« um Fremd- und Eigenzuschreibungen sollten demokratische Kräfte annehmen. Diskutiert wurde u.a., ob und wenn ja, wie die regressive Dynamik strategischer Ethnisierungen eingehegt werden könne, und ob nicht die Legitimation ethnischer Zuschreibungen obsolet würde, wenn die ihnen zugrundeliegenden gesellschaftlichen Verhältnisse, die Akteure und deren Interessen hinterfragt würden. Die Herausforderung der analytischen Verbindung von Ethnisierungsprozessen mit Grundlagen neoliberaler Vergesellschaftung oder der (durchaus auch machtvollen und gewaltsamen) Infragestellung von Nationalstaaten wurde leider von keinem der beiden Referate aufgegriffen. – In einem historisch-systematischen Problemaufriss legte Gudrun Hentges (Köln) die Begründungen der Kategorie der Ethnizität durch Johann Gottlieb Fichte und der Territorialität durch Friedrich Ratzel dar und suchte anhand der Südosteuropapolitik der Bundesregierung die Aktualität dieser Konzepte aufscheinen zu lassen. Der Niederschlag der vorgestellten Denktradition in den Strategiepapieren des Außenministeriums wurde exemplarisch deutlich. Allerdings wurde die Tragfähigkeit schlaglichtartiger historischer Analysen in der Diskussion hinterfragt.

Unter dem Titel *Vom Ich zum Wir. Kollektive Identität und/oder Solidarität?* knüpfte Morus Markard (Berlin) unmittelbar an die Diskussionen beim Workshop in Hannover an. Als Kriterien für die Überprüfung von Solidarität bzw. Identitätspolitik auf den emanzipatorischen Gehalt der ihnen zu Grunde liegenden Interessen benannte er die kategorischen Imperative von Kant (so zu handeln, dass die eigene Maxime verallgemeinerbar sei), Marx (die freie Entwicklung eines jeden sei die Bedingung für die freie Entwicklung aller und alle Verhältnisse umzustürzen, in denen der Mensch ein erniedrigtes Wesen sei) und Adorno (Auschwitz dürfe sich nicht wiederholen), als historische Beispiele für Kriterien, mit denen die für das Projekt der Linken essenzielle universalistische Perspektive zu begründen sei. Als nachvollziehbar, historisch wohl sogar notwendig, ließ Markard die partikularistische Einforderung von Interessen als Reaktion auf die Verletzung universeller Werte in Folge ökonomischer Ausbeutung und brutaler Nichtanerkennung erscheinen. So überzeugend identitätspolitische Begründungen der Gegenwehr seien, so begrenzt blieben sie, indem sie ökonomische und soziale Zusammenhänge verschleierten und die Herrschaftsverhältnisse reproduzierten. Aus universalistischer Perspektive sei es daher notwendig, die Relevanz individueller und kollektiver Identitätssuche ernst zu nehmen und zugleich ihre partikularistische Verengung zu kritisieren. Identitäre Solidaritätsbewegungen bewegten sich auf der Ebene von Unmittelbarkeitsbeziehungen (mechanische Solidarität im Sinne Durkheims) und blieben so der blinden Alternative von Egoismus und Altruismus verhaftet, in der menschliche Emanzipation nicht denkbar sei.

Auf der Grundlage einer dreijährigen Zusammenarbeit zwischen Universitäten, Schulen und Projekten im Nord-Süd-Verbund der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg (www.uni-oldenburg.de/nordsued) präsentierte Wolfgang Nitsch (Oldenburg) nicht nur eine Zwischenbilanz des Transformationsprozesses in Südafrika, sondern auch eine systematische Differenzierung der Ethnisierung des Sozialen und der Sozialisierung des Ethnischen. Vor dem Hintergrund der theoretischen Erörterung des Identitäts- und Ethnizitätsproblems durch Markard, auf die Nitsch sich explizit bezog, und der Analyse der ethnisierenden Denktradition durch Hentges waren die Ausführungen außerordentlich erhellend: Den traditionell »guten« Beziehungen zwischen Deutschland und Südafrika und dem damit verbundenen Konzepttransfer aus deutschen *thinktanks* einerseits, der partikularistischen Verengung des Widerstands andererseits, sei es geschuldet, dass die Politik des ANC zunehmend ethnisiert wurde. Dadurch seien desintegrative, zum Teil ethnisch begründete Elemente in die Verfassung Südafrikas aufgenommen und eine Politik begünstigt worden, die zwar die Apartheid beseitigt und einer Minderheit der *black south africans* den Aufstieg und die Partizipation am gesellschaftlichen Reichtum ermöglicht habe, aber das Gros der Bevölkerung unter den Bedingungen der neoliberalen Einpassung der Ökonomie des Landes in die Neue Weltordnung einer stärkeren Ausbeutung und Verarmung als zuvor aussetze. Die pessimistische Einschätzung, die Masse der *black south africans* sei Verlierer bei der Überwindung des Apartheid-Regimes und die Integrität Südafrikas sei durch Separationsoptionen gefährdet, führte zu einer Kontroverse über die Kriterien einer Bilanz der bisherigen Transition und über die Vorbildfunktion des von der Apartheid befreiten Staates für ganz Afrika. – Das Referat von Olaf Berg (Hamburg) über den zapatistischen Aufstand im »Spannungsfeld von Nationalismus, Ethnisierung und Emanzipation« und die anschließende Diskussion führten in die gleiche Richtung. Die Ethnisierung des Sozialen, so Berg, habe bereits mit der Kolonisierung begonnen. Im 20. Jahrhundert sei Mexiko ein Beispiel dafür, wie unter den Bedingungen des Fordismus in einem semiperipheren Land auf der Basis einer ungleichen Integration entlang ethnisch definierter sozialer Grenzen die gesellschaftlichen Verhältnisse befriedet, über den nationalen Markt vermittelt und staatlich reguliert werden konnten. Dies

sei unter den Bedingungen des Postfordismus aufgebrochen. Auf die damit einhergehende Unterminierung ihrer Existenzgrundlagen hätten die Zapatistas mit einer im wesentlichen strategischen, nicht essenzialistischen Ethnisierung reagiert. Partikularistische Forderungen seien in eine universalistische Perspektive integriert worden. Genau darauf scheint die Radikalität, Progressivität und Dynamik des Aufstandes zurückzuführen zu sein. Umso brutaler reagierte die Zentralregierung. Den Niederlagen sei die Diskursverschiebung von der grundsätzlichen Kritik des Kapitalismus hin zur Kritik seiner neoliberalen ›Auswüchse‹ gefolgt. Mit dem stärker werdenden Bezug auf nationale und ethnische Rhetorik verenge sich jedoch die emanzipatorische Perspektive und die sozialen Differenzen auch in den indigenen Gemeinden würden verdeckt.

Aus den Vorträgen und Diskussionen wurde deutlich, dass Ethnizität weder in der Forschung noch in der sozialen Praxis als Erklärung taugt, sondern als Explanandum zu hinterfragen ist, dass aus universalistischer Perspektive ethnische Mobilisierung nur eine transitorische Lösung darstellen kann und eine progressive Dynamik nur aus der Sozialisierung des Ethnischen zu gewinnen ist. Die Diskussion wird fortgesetzt (siehe www.bdwi.de).

Joachim Höslér (Marburg)

Krisen-Kriege-Klassenkämpfe. VII. internationale InkriT-Konferenz, vom 29. Mai bis 1. Juni 2003 in Berlin, Teikyo University

Vor dem Hintergrund einer andauernden weltweiten wirtschaftlichen Krise, die in Deutschland vor allem als Krise am Arbeitsmarkt wahrgenommen wird, einem offiziell gerade ein paar Wochen beendeten Krieg gegen den Irak und einem europaweiten Generalabbau der Sozialsysteme, welcher in einigen Ländern zu den größten Streikaktionen seit dem Ende des 2. Weltkrieges geführt hat, fand zum siebten Mal die Internationale Konferenz des Berliner Instituts für kritische Theorie statt. Den Schwerpunkt bildete auch in diesem Jahr die Arbeit am *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*. Aus der Logik der Publikation stand vor allem der 2005 erscheinende Band 7 im Mittelpunkt. Dass er ohne Ausnahme Lemmata zum Buchstaben K beinhaltet, war, angesichts der uns umgebenden und bewegenden Geschehnisse, eine Zufälligkeit, die, zynisch gesprochen, einen Glücksfall darstellte. Welche drei Begriffe könnten die Realität – zumindest in deutschsprachiger Hinsicht – treffender beschreiben als Krisen, Kriege, Klassenkämpfe?

Mit seinen Nachgedanken zum jüngsten Krieg der USA gegen den Irak eröffnete Werner Goldschmidt (Hamburg) die Reihe der Plena, die traditionell der aktuellen Politik gewidmet sind. Mit Gramsci analysierte er die Widersprüche zwischen den USA und Europa, sowie innerhalb Europas, als Ausdruck verwirkter Hegemonie der USA im Sinne von Führung und einem Übergang zur Dominanz der USA aufgrund seiner militärischen Übermacht. Samir Amin (Dakar) zeichnete die Geschichte des Imperialismus seit der Potsdamer-Konferenz nach und legte die strukturellen Veränderungen offen, die sich aus dem Neoliberalismus als herrschender Ideologie und politischer Kultur ergeben. Auf die Gefahr, hierbei den Imperialismus auf das politische und ökonomische Kräfteverhältnis zwischen Europa und den USA zu reduzieren und damit Europa zu verklären, wies Ulrich Brand (Kassel) hin, dem es u.a. um die genauere Identifizierung der Terrains sozialer Kämpfe ging.

Diese verschob Pablo González Casanova (Mexiko-City) zur Frage nach globaler Krise und globalen Kämpfen in Lateinamerika. Verónica Gago und Diego Sztulwark (Buenos Aires) berichteten von konkreten Erfahrungen und ihrem basisdemokratischen Verständnis der Argentinien-Krise, in deren Kontext bzw. Vergleich mit Brasilien Klaus Meschkat (Hannover) die Frage nach einer adäquaten Strategie grundlegender gesellschaftlicher Veränderung aufwarf und der Entwicklung in Brasilien eine größere Reichweite zurechnete.

Mit Moshe Zuckermanns (Tel Aviv) Vortrag rückte die Auseinandersetzung ins Zentrum, welche Michael Brie (Berlin) einleitend als »wichtigsten globalen Konflikt unserer Zeit« bezeichnete, von dessen »Lösung die Zukunft des 21. Jahrhunderts maßgeblich abhängt«. Zuckermann ordnete die jüngsten Äußerungen eines Sharon hinsichtlich der israelischen Besetzung und eines palästinensischen Staates begründet ein und zeigte sie hierdurch vor allem als Rhetorik. Die begründeten Zweifel jedoch nutzte Zuckermann, um das vorzustellen, was er als »israelisches Dilemma« bezeichnete: Im Zuge der Rückgabe der Gebiete und der Räumung der Siedlungen komme es zu einer Konfrontation, in der der Staat Israel sein Gewaltmonopol gegen die Siedler einsetzen müsse und letztlich »Juden auf Juden schießen müssten«. Die ersten Reaktionen auf die Gespräche in Akaba bestätigen diese Befürchtungen. Die jüngsten Konfrontationen mit der Hamas zeigen, dass eine ähnliche Problematik auch für die Palästinenser entscheidend werden kann und ein doppelter Bruderkrieg in Bezug auf die *road map* denkbar ist.

Die konkrete Arbeit an einzelnen Stichwörtern des HKWM reichte von *herrschende Klassen* von Hans-Jürgen Krysmanski (Münster), *historisch-kritisch* von Wolf Haug, quasi dem titelgebenden Stichwort des HKWM, über *Immigration* von Rose Folsom (Toronto), *Informationskrieg* von Elvira Claßen (Trier) bis zu *Ironie* von Thomas Barfuss (Chur) u.v.a.m. Insbesondere die Werkstatt zum Artikel *hochtechnologische Produktionsweise* von Frigga Haug (Esslingen) und Christof Ohm (Berlin) zeigte, dass es dabei nicht nur um das kritische Aufarbeiten einer langen Begriffsgeschichte geht, sondern um das Abklopfen der Begrifflichkeiten in Hinblick auf gegenwärtige Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise bzw. um die Reartikulation, ja Neuschöpfung von Begrifflichkeiten. Die Werkstätten zeichnen sich durch ihren intensiven Arbeitscharakter aus, der weit über das bloße Austauschen und Diskutieren unterschiedlicher Positionen und Ansätze hinaus auf einen kollektiven Prozess des Lernens und der Verständigung über die Anlage der jeweiligen Stichwort-Artikel zielt. Die Entwürfe der Artikel werden zuvor verschickt. Der größte Teil der Konferenzbesucher ist durch Vorbereitung eigener Stellungnahmen, Kritik, Ergänzungen etc. wie ein »Redakteur« tätig. Die Ergebnis-Orientierung und die Aufhebung der scharfen Trennung von Vortragenden und Zuhörern stiftet eine ansonsten auf Tagungen selten anzutreffende Intensität des Zusammenarbeitens.

Im Hinblick auf ihre Internationalität und den Anspruch, Netzwerke zu knüpfen, war die Konferenz hervorragend besetzt. Die über 100 Teilnehmer aus mehr als 15 Ländern aller Kontinente belegen eine fortschreitende Internationalisierung der Arbeit am Wörterbuch. So nimmt zum einen die Übersetzung des HKWM ins Englische Konturen an, zum anderen ist der erste Band des *Historisch-kritischen Wörterbuchs des Feminismus* Realität geworden, welcher sowohl ins Spanische als auch ins Russische übersetzt wird. Letzteres ist insbesondere dem Engagement der Rosa Luxemburg Stiftung zu verdanken bzw. wurde nicht zuletzt durch das neu eröffnete Vertretungsbüro der Stiftung in Moskau und dem dortigen besonderen Interesse an diesem Wörterbuch ermöglicht.

Abschließend bleibt noch zu erwähnen, dass sich der eingangs beschriebene »Glücksfall« auch durchaus zur Belastungsprobe hätte entwickeln können. Es bestand die Gefahr, dass die Arbeit am Wörterbuch angesichts der Verdichtung aktueller Geschehnisse in den Hintergrund gedrängt würde. Dem war letztlich nicht so. Der besondere Charakter der InkriT-Konferenzen, der durch eine offene generationsübergreifende Internationalität und die Möglichkeit, in den einzelnen Werkstätten in kleinen Gruppen mit herausragenden Vertretern der internationalen Linken theoretische Arbeit an Begriffen zu leisten, entsteht, zeigte sich auch in diesem Jahr.

Marc Hanisch (Essen)

Nouveau capitalisme et nouveaux rapports de classe. Classes et question sociale aujourd'hui. Dritte Tagung des Europäischen Netzwerks für alternatives Denken und politischen Dialog vom 13. bis 14. Juni 2003 in Bures/Paris

Ein weitläufiger Schlosspark ohne Menschen, ohne eine einzige Bank zum Sitzen, ein zu einem Tagungshaus umgebautes Schloss ohne Personal, ein Gästehaus, dessen freundliche Betreuerinnen schon um ihre Entlassung wussten, da die Anlage, zuletzt ein Gewerkschaftszentrum, verkauft wurde – was könnte passender sein für eine Tagung über den gegenwärtigen Kapitalismus und Perspektiven linker Politik? Gut 40 Menschen aus 11 europäischen Ländern waren gekommen, um sich über die Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse, die Bedeutung der Mittelschichten und der herrschenden Klasse, und die Wirklichkeit der Politik, der Möglichkeit von Alternativen auseinanderzusetzen. Das Netzwerk will zur Entwicklung theoretischer Kompetenz der Linken im sich herausbildenden ›Europa‹ beitragen. Dazu gehört, unterschiedliches Wissen aus dem kulturell noch disparaten Europa zusammenzutragen, der Entwicklung von Wirtschaft und Politik auf der Spur zu bleiben, Denksätze in Beziehung zu setzen, gemeinsame alternative Strategien zu diskutieren. Dies ist in dieser dritten Tagung besser gelungen als zuvor. Wohl weil die Krisen, die den Kapitalismus begleiten, überall ähnlich und schärfer hervortreten, aber auch weil man inzwischen Fortschritte in der Kunst gemacht hat, Unterschiede produktiv zu machen und Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten. Konsens gab es, dass alle Fragestellungen nach der Klassenzusammensetzung global zu behandeln seien, dass Armut und Reichtum in einer Schärfe auseinanderstreben, dass von einer Verelendung großer Teile der Menschheit in der Dritten wie der Ersten Welt geredet werden kann, dass die ›herrschende Klasse‹ nicht anonym in Finanzkapital und transnationalen Konzernen verschwindet, sondern sich nach wie vor auch als Gruppe reproduziert, dass die herrschenden Regierungen Europas – gleichgültig ob sozialdemokratisch oder konservativ – dem neoliberalen Projekt folgend gleichermaßen die sozialstaatlichen Errungenschaften ausverkaufen. Dabei lassen sich offensichtlich die aufbrechenden sozialen Konflikte nicht recht politisch umsetzen. Verbreitet sei hingegen ein Gefühl des ohnmächtigen Staatsbürgers. Projekte wie in Deutschland die ›Agenda 2010‹ seien nicht umstandslos als Klassenfrage aufzufassen und zu beantworten (Bischoff). Gestritten wurde über die Frage, ob es überhaupt einen Weg zurück in den fordistisch unterbauten Sozialstaat gebe, oder ob man auch die eigenen Strategien in die Gestaltung einer Gesellschaft nach vorn entwerfen müsse. Umstritten war auch der Vorschlag, den neoliberal transformierten Staat als »Rentierstaat« (Gowan) zu begreifen, da dieser Begriff es verspiele, die Zentralität von Arbeit auch unter den neuen Bedingungen zu fassen. Da es auch keinen Konsens gab, ob die Entwicklung der Produktivkräfte, also die hochtechnologische Produktionsweise, maßgeblich für die Umbrüche des derzeitigen Kapitalismus sei, fehlte noch die gemeinsame Erarbeitung einer Entwicklungsskizze, in der die Fragen der materiellen und menschlichen Produktivkräfte, der verschiedenen Kapitalfraktionen, des Politischen in ihrem Zusammenspiel nicht-deterministisch gefasst werden könnten. Da dieses Defizit für die Linke fast allgemein gilt, wäre es sinnvoll, dies auf der nächsten Tagung zum Schwerpunkt zu machen.

Anders als auf den vorhergehenden Sitzungen war es diesmal gelungen, auch einige weibliche Intellektuelle zu gewinnen und so die Frage der Frauen, den Zusammenhang von Klasse und Geschlecht bzw. kapitalistischer Reproduktion unter Einschluss der Geschlechterverhältnisse zu diskutieren. Obwohl nur fünf Frauen das Wort ergriffen, konnte die Geschlechterfrage als allgemein wichtiges Desiderat bisheriger linker politischer Analysen dadurch mehr Gewicht erhalten, weil die Frauen sich aufeinander bezogen und so ihre Einzelbeiträge sich produktiv verdichteten.

In dieser allgemeinen Diskussion gab es eine Reihe von nützlichen Detailuntersuchungen, zum Rechtspopulismus, bzw. zur Frage, warum die Rechte in Frankreich von Arbeitern gewählt wird; zur Mittelklasse/Schicht, wobei die Frage von Zunahme oder Aufreihung der Mittelklasse kontrovers blieb; zu traditionellen Solidarnetzen in Spanien; zur historischen Entwicklung der Lebensweise in der Arbeiterklasse. Robert Castel konzentrierte sich auf die Problematik der bislang unverbundenen theoretisch-politischen Praxen der Linken in einer allgemein zunehmenden Individualisierung, die der Rechten die Offensive überlasse. Die Aussage, dass die Arbeiterklasse ihre Hegemonie verloren habe, blieb umstritten, bzw. es wurde bezweifelt, ob sie sie je hatte. Die Diskussion ließ als Frage offen, ob im neoliberalen Kapitalismus insgesamt von einem Ende der Arbeiterklasse gesprochen werden könne bzw. wozu es unabdingbar ist, von Klassen und verschärften Klassenkonflikten zu sprechen. Castel orientierte auf die Ressourcen einer neuerlichen Integration gegen eine Individualisierung, in der die Einzelnen nur verlieren könnten. Wo und wie dies geschehen könnte, blieb offen. In mehreren Beiträgen aus Frankreich wurde davor gewarnt, dass es zu einem noch stärkeren Anstieg der Rechten kommen werde, wenn die Linke keine Antwort auf die Klassenfrage erarbeite.

Die Tagung wurde vorbereitet und unterstützt von Espaces Marx (Frankreich), Rosa Luxemburg-Stiftung (Deutschland), Sozialismus (Deutschland), Nicos Poulantzas-Stiftung (Griechenland), Stiftung für marxistische Forschung (Spanien), Transform (Italien), Zentrum für marxistische Studien (Schweden), Transform (Österreich). Elisabeth Gauthier (Frankreich) leitete in ihrer Wiener-Pariser Zweisprachigkeit souverän diese Arbeitstagung, der weitere unter Einschluss weiterer europäischer Linksintellektueller folgen mögen.

Frigga Haug (Esslingen)

Psychologie und Faschismus



Mit der NS-Zeit verstrickt war die deutsche akademische Psychologie wie alle Wissenschaften. Doch wie kaum eine andere weigert sie sich bis heute, die ideologischen und personellen Kontinuitäten aufzudecken. Der Mangel an kritischer Auseinandersetzung mit der eigenen Verstricktheit zeigt sich erneut in der aktuellen Positionierung psychologischer Theorien in der Diskussion um das Phänomen des Rassismus.

Klaus Weber
Blinde Flecken

Psychologische Blicke auf Faschismus und Rassismus
Argument Sonderband Neue Folge AS 296
ISBN 3-88619-296-2 · 15,50 € [D]

Im Buchhandel oder direkt vom
Argument-Versand, Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin
Fax: 030 / 611 42 70, versand@argument.de

 **Argument**
www.argument.de

Besprechungen

Philosophie

Arthur, Christopher J., *The New Dialectic and Marx's Capital*, Brill, Leiden-Boston-Köln 2002 (263 S., geb., 44 €)

»Dialektik«, sagt Ernst Bloch in einer seiner Vorlesungen, »kommt im angelsächsischen Denken wenig vor, und deshalb hat es der Marxismus so schwer, in die englisch-amerikanische Denkgewohnheit einzudringen, überhaupt nur verstanden zu werden« (WA 12, 16). England brachte dafür bedeutende Werke marxistischer Geschichtsschreibung hervor. Dabei pflegte im angelsächsischen Empirismus und Pragmatismus die Form zugunsten des Inhalts ausgeblendet zu werden; zumal in der US-Theorie dominierte der quantitative Aspekt. Es ist, als machte sich nun ein Nachholbedarf in spekulativer Philosophie geltend, gegen die englisches Denken sich seit Generationen resistent gezeigt hat. Bei der Schule der »New Dialectic«, der es um eine »Neubewertung Hegels« geht (2) und der sich Arthur zuordnet, schlägt das Pendel in die entgegengesetzte Richtung aus. Wer glaubt, der Ableitungsmarxismus habe sich in den 1970er Jahren erschöpft, sieht sich eines Bessern belehrt. Hier taucht er wieder auf, wenngleich mit Betonung seines dialektischen Charakters im Sinne »nicht-linearer« Ableitung.

Arthur liest (zumindest *auch*) Hegel und Marx im Original. Seine Version der »Neuen Dialektik« versteht er als »systematische« in dem Sinne, dass sie den »inneren Zusammenhang« von Totalitäten zu denken erlaubt und ihre Begriffe entsprechend »flüssig« und »miteinander verbunden« handhabt (5). Ferner rechnet er sich zu »einer relativ neuen Tendenz in marxischer (Marxian) Theorie«, die Marx' Begriff der Wertform, dazu Form und Formbestimmtheit ins Zentrum rückt (11). (Gar so neu ist diese Tendenz nicht mehr. H.G. Backhaus' Aufsatz »Zur Dialektik der Wertform« datiert von 1969 und die *Kapital*-Vorlesung des Rezensenten, die seit 1971 gehalten und u.a. ins Französische und Spanische übersetzt worden ist, war als »Einführung in die Analyse der Wertform« angelegt und befasst sich eingehend mit jenen Begriffen.)

Arthur unterscheidet »systematische Dialektik« als »Methode, die innere Artikulation eines gegebenen Ganzen darzustellen«, von historischer Dialektik als »einer Methode, um den inneren Zusammenhang der Entwicklungsstadien eines zeitlichen Prozesses darzustellen« (18f). »Systematisch-dialektische Methode« ist für ihn daher »logische Methode«. Sein Erkenntnisobjekt ist »the inner structure of capital as a system« (243). Die Darstellung im marxischen *Kapital* soll sich »logically from one element to another along a chain of internal relations« bewegen (25). Hegel erscheint bruchlos als »predecessor« (»Vorläufer« oder »Vorgänger«) von Marx (176). Feuerbach findet keine Erwähnung. Hegels logische Methode ist aufs Kapital anwendbar, weil es laut Arthur »eine starke Parallele zwischen Hegels »reinen Gedanken« (81) und der Formenwelt der Wertabstraktion und ihrer Bewegungsformen gibt. Die Beziehung sei »viel enger als die einer äußeren Gleichsetzung ihrer logischen Struktur« (82). Sie beruhe in der für den Kapitalismus charakteristischen Verkehrung (inversion) der Subjekt-Objekt-Beziehung, »that condemns the object as an inverted reality systematically alienated from its bearers, an object which in its »spiritualisation« of material interchange and practical activities into the heaven of pure forms virtually incarnates the Hegelian »Idea« (82). Die so verselbständigte Totalität präge dem Kapitalprozess »einen bestimmten Begriffscharakter« (»a certain conceptuality«) ein, der die »hegelschen logischen Kategorien« ins Recht setze, »because capital itself has an ideal aspect in the value form« (243). Weil sie in solcher »Geisterwelt des Kapitals« (»spirit world of capi-

tal« (163) spiele, sei die marx'sche Dialektik im *Kapital* »modelled on that of Hegel« (160). Als Quelle aller Verkehrung gilt Arthur die Tauschabstraktion (hier ist Alfred Sohn-Rethels Einfluss spürbar); sie wirke »parallel« zur menschlichen Abstraktionskraft und »does indeed consist in part of logical relations« (8). Die »totalisierende Logik der Wertform« (244) bringe eine »homologous structure to logical forms« hervor (8). Geld stehe »in einer mehr *logischen* als *materiellen* Beziehung zu Waren«, repräsentiere es sie doch »als ideell durch Tausch gesetzte Werte« (»as values ideally posited through exchange«) (9). Aber weder Marx noch Hegel hätten begriffen, »just how »peculiar« a money economy is« (9).

Marx sei nicht im Klaren darüber gewesen, wie Hegels »idealistische Logik einer materialistischen Wissenschaft behilflich sein konnte« (9). Zur Klärung dessen gelte es indes keineswegs, »to de-Hegelianize Marx«, sondern, ganz im Gegenteil, »to refer on all points of form to Hegel's logic« (149). Wo Althusser Marx vorwirft, wie Hegel vorgegangen zu sein, wirft Arthur ihm vor, *nicht* wie Hegel vorzugehen: Er habe nicht begriffen, dass damit eine Darstellungsweise gefordert sei, die bei der Wertform ansetzt, um dann das Blickfeld begründet auf Arbeitsprodukte und damit auf den Wert selbst zu lenken (157). Es wäre demnach falsch, dass Marx den Doppelcharakter der Arbeit vor der Wertform entwickelt. Den »lakonischen Eröffnungssatz« (86) des ersten Kapitels im *Kapital* findet Arthur »unglücklich«, ebenso Marx' »anxiety to relate value to labour« (87). Er sieht oder akzeptiert nicht, dass Marx im Gegensatz zu Hegel überhaupt nicht *abzuleiten* beansprucht, sondern vom »kleinsten Konkretum«, der Ware, ausgeht und dieses *analysiert*. Dabei kann überhaupt nicht »voraussetzungslos« im Sinne der hegelschen Logik vorgegangen werden, sondern vorausgesetzt ist der entwickelte Kapitalismus, wenn auch zunächst nur in der Perspektive dessen, was »jeder weiß, wenn er auch sonst nichts weiß« (MEW 23, 62; vgl. W.F.Haug, *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital*«, II.4). Arthur aber engagiert sich in einer Relektüre von Hegel und Marx, die von der logisch-methodologischen Kontinuität ausgeht und der Proben aufs Exempel gegenwärtiger kapitalistischer Verhältnisse ebenso fremd sind wie der Rekurs auf Praxis und historische Erfahrung. Die handelnden Subjekte müssen dem Wert (»active as a »force««, 97) und dem Substanz-Subjekt (166) Kapital Platz machen. »Äußerer Interaktion« setzt er »inneraction« entgegen (132). Wenn das ein Rückfall in Metaphysik scheint, so ist das gewollt, denn Marx sei die »Einsicht in den »metaphysischen« Charakter kapitalistischer Warenproduktion« zu verdanken, und »such a »metaphysical theory of value« is what I aim to vindicate« (153).

Hier ist ein Exkurs angebracht: Die metaphern-, bilder- und beziehungsreiche, literarische und mythologische Bezüge ins »artistische Ganze« (MEW 31, 132) seines Hauptwerks integrierende Sprache von Marx ist oft bemerkt worden. Manfred Naumann hat etwa der »Literatur im »Kapital«« eine vorzügliche Untersuchung gewidmet (*Weimarer Beiträge*, 4, 1979, 5–40). Zusammen mit den theologischen und metaphysischen »Parodien« bilden solche Bezüge eine eigene Textebene. Die Gebildeten seiner Zeit wollte Marx damit zugleich auf ihre Kosten kommen und die Erfahrung machen lassen, dass von der Kritik der politischen Ökonomie ein radikaler Impuls zur Umwälzung ihrer gesamten Vorstellungswelt ausging. Wenn Marx bemerkt, er habe »hier und da im Kapitel über die Werttheorie« mit der hegelschen Ausdrucksweise »kokettiert« (MEW 23, 27), so gehört das in denselben Kontext. Unterm »Kokettieren« lag die Schicht einer Fundamentalkritik der hegelschen Dialektikauffassung vom Standpunkt ihres »direkten Gegenteils« (ebd.). – Für Arbeiter wirkte dieser Reichtum als Verständnishindernis. Selbst für Rosa Luxemburg war 1917 der »erste Band des marx'schen »Kapitals« mit seiner Überladung an Rokoko-Ornamenten im hegelschen Stil jetzt ein Greuel« (Ges. Briefe, 5, 187). Karl Kautsky hat in *Karl Marx' ökonomische Lehren* nicht nur »konsequent den »Hegelianismus: aus dem Buch verbannt« und damit zugleich »die dialektische Struktur der Argumentation von Marx« (H.-J.

Steinberg, Vorw. z. 26. A., Berlin/W-Bonn 1980, XVII), sondern jene intertextuelle Ebene insgesamt stark reduziert. Damit eliminierte er die kritisch-philosophische Dimension der marxischen Theorie mitsamt ihrer kulturrevolutionären Reichweite. – Die philosophisch-intellektuelle Reaktion auf solche Verengung antwortete oft genug mit der entgegengesetzten Einseitigkeit. Im vorliegenden Fall belastet sie die intertextuelle Ebene, als wäre es die der Sache selbst – auch wenn Arthur Recht hat, dass jene Sprache »much more than rhetoric« ist (153). Die Privilegierung der zuletzt durch Jacques Derrida hervorgehobenen Ebene des »Gespenstigen«, »Mystischen« usw., geht nun aber auf Kosten des subversiven Charakters der marxischen Dialektisierung. Dass diese Hegels Dialektikauffassung zunächst brechen muss, entgeht der Wahrnehmung. Marx wendet Hegels Methode an, heißt es nun. Dass es Marx um deren »direktes Gegenteil« zu tun war, pflegt der philosophischen Restauration zum Opfer zu fallen. Bis heute setzt diese spontan »dialektisch« und »hegelianisch« gleich, etwa wenn vom »logischen« – wenn man so will »hegelianischen« – Gehalt der »Entwicklung« werthoeretischer Bestimmungen« gesprochen wird (H.-G. Backhaus, *Dialektik der Wertform*, Freiburg/Br 1997, 238). – Was Marx ironisch in der Schwebel und auf Distanz hält, erscheint nun als eigentlicher Ertrag. Topisch-metaphorische Redeweisen wie innen/außen, Oberfläche/Tiefe, Schale/Kern usw. werden belastet, als wären sie theoretisch durchgearbeitete Begriffe. Selbst der böse und allgewaltige Dämon, den Descartes fingiert hat, um das Denken aus der trügerischen Sicherheit der sinnlichen Gewissheit aufzuseuchen, kehrt hier wieder: »I have presented«, fasst Arthur sein Buch zusammen, »an original interpretation of capital as an *ideal totality* that takes possession – like a malevolent spirit – of the material world of labour and goods.« (244) Wir alle, die wir unterm Kapital leben, »existieren für einander nur als Zombies des Kapitals« (172).

Unerschütterter hält Arthur an der proletarisch-revolutionären Perspektive fest. Aber natürlich besitzt er genügend gesunden Menschenverstand, um sich im Blick auf die Revolution von der idealistischen Dialektik abzugrenzen; im Unterschied zu dieser weiß er als materialistischer Dialektiker, dass seine Ableitungen sich bescheiden müssen »without being metaphysically *guaranteed* simply by the logic of these forms« und dass es nicht angeht, zu »hypostatize logic and thereby interpret a logical form as an empirical necessity« (132). Im Gegensatz zu Hegel fasst Arthur zumal Totalität als Kritikbegriff. »Das Ganze ist das Unwahre«, zitiert er Adorno. Dass das Kapital der Idee homolog ist, ist für ihn ein Grund, es zu kritisieren als »verkehrte Realität, in der selbst-bewegende Abstraktionen den Menschen überlegen sind« (»have the upper hand over human beings«, 8). Hegels Fehler sei gewesen, dass er die historisch spezifische »dialektische Kapitalbewegung« in ein »zeitloses Reich der Logik« verwandelt und die »konkreten Terme durch Abstraktionen ihrer selbst« (etwa Selbstverwertung durch absolute Negativität) ersetzt habe (7).

Arthur kann dagegen nicht die Augen davor verschließen, dass »the forms we are concerned with are not pure thoughts but borne by matter, namely commodities« (99). Der Kontext, in dem er so spricht, bezieht sich auf die marxische Wertformanalyse, und es ist durchaus symptomatisch, welche Funktion die Beschwörung des »materiegetragenen« Charakters der Waren hier hat. Sie soll dem Übergang von der allgemeinen Äquivalentform zur Geldform »logische« – nicht etwa praktische – Notwendigkeit bescheinigen, weil aus ihr die Notwendigkeit eines materiellen Trägers zwingend folge (als hätte die allgemeine Äquivalentform *keinen* materiellen Träger!). Es scheint, dass die »Materie« hier nun doch als Garant für einen der dialektischen Übergänge herhalten muss. Insgesamt verfehlt Arthur den Gegenstand der marxischen Wertformanalyse in Kap. I.3: Den Wertausdruck begreift er nicht als Ausdrucksform, d.h. als die Form eines dem Austausch vorausgehenden und noch einseitigen Praxems, sondern hält ihn bereits für die Symbolisierung der

Tauschrelation bzw. des Austauschs selbst, »Ausdruck« allenfalls im Sinne der »expressiven Totalität« (Althusser). Das »Unzulängliche der einfachen Wertform« (MEW 23, 76) sieht er in ihrer vermeintlichen »Symmetrie«, also darin, dass sie »can be read in either direction« (97). Dass Marx gerade die asymmetrisch-polare Grammatik des Wertausdrucks herausarbeitet, entgeht ihm. Im übrigen gälte die rückwärtige Lesbarkeit ja auch für die Preisform; sie ist also nicht nur kein Mangel, sondern die Bedingung für den Tausch. Erst die allgemeine Wertform bringe die »distinction between value in itself as the *inner* content and value for itself as its *outer* expression« (98). Aber auch das stimmt nicht. Noch immer stehen relative Wertform und Äquivalentform einander polar gegenüber und schließt eines das andere aus innerhalb der Einheit des Wertausdrucks.

Symptomcharakter hat auch der fast theologische Eifer, mit dem Arthur (wie die deutschen Neologiker des Kapitals) ausschließt, »in einer vorkapitalistischen Gesellschaft [...] von Wert zu sprechen« (19), wie es selbst manche derer tun, die der Annahme einer einfachen Warenproduktion »abschwören« (abjure) und die das Erkenntnisobjekt etwa des zweiten Kapitels von *Kapital* I als rein »logisches« Stadium in der Entwicklung von Preisen« behandeln (21). Aber hat nicht Aristoteles just jenes getan? Dass er keine Arbeitswertheorie aufstellen konnte, weil ein Begriff gleicher menschlicher Arbeit unvorstellbar für ihn war, heißt doch nicht, dass die Sache, weil unbegriffen, auch inexistent war. Und wenn sie nicht »voll entwickelt« war, dann war sie doch partiell entwickelt, kann also nicht kategorial ausgeschlossen werden. Es stimmt ja, dass Marx' Erkenntnisobjekt im *Kapital* von der ersten Zeile an Gesellschaften sind, »in denen kapitalistische Produktionsweise herrscht«, doch das schließt doch nicht aus, das Marx von »antediluvianischen« Formen spricht, die diese mit vorkapitalistischen Formen der Warenproduktion gemein haben (auch wenn sich ihr systemischer Status und ihre konkrete Funktion gewandelt haben mögen). »Die Wahrheit ist, dass Marx in seinem ganzen Leben niemals den Ausdruck »einfache Warenproduktion« benützte.« (19) Woher will Verf. das wissen? Der durch die Kursivierung noch verstärkte Behauptungsüberschuss bezeugt ein Eifern, das der Untersuchung die Augen schließt und als Symptom für das Grundproblem zu verstehen ist, Marx den Wechselbalg der hegelschen Logik unterzuschieben. Wolfgang Fritz Haug (Esslingen)

Levine, Andrew, *A Future for Marxism? Althusser, the Analytical Turn and the Revival of Socialist Theory*, Pluto Press, London-Sterling 2003 (188 S., br., 15,99 £)

Verf. geht es um den Nachweis, dass einer Zukunft des Marxismus prinzipiell nichts im Wege steht, weil dieser unverzichtbare intellektuelle Ressourcen für eine neue sozialistische Linke bereithält – deren Zukunftsaussichten er überraschend optimistisch beurteilt (168f.). Notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für die Verbindung einer neuen Linken mit dem Marxismus sei, dass dieser sich auf sein Fundament besinne – die Geschichtstheorie, den historischen Materialismus. Dabei greift Verf. auf die Unterscheidung zwischen »utopischem« und »wissenschaftlichem« Sozialismus zurück: Mit Hilfe der Geschichtstheorie könne aus einem gut gemeinten Appell an das moralische Gewissen der Zeitgenossen eine Bewegung werden, deren Ziele gegründet sind auf eine »theory of historical possibilities opened up by the development of »productive forces«« (163f.). Der bestehenden Linken, die viel besser wisse, wogegen sie ist als wofür (59), kann der Marxismus den Weg und das Ziel zeigen, die in den historischen Möglichkeiten liegen: »[...] there are reasons, grounded in a rationally compelling account of history's structure and direction, for thinking socialism possible and even necessary.« (34)

In der jüngeren Geschichte der marxistischen Philosophie sieht Verf. zwei Strömungen, die sich der Bedeutung der Geschichtstheorie und der Wissenschaftlichkeit des Marxismus

bewusst waren und sie daher ins Zentrum stellten: Althusser und seine Schüler sowie den analytischen Marxismus. Auch wenn die eine dieser Schulen tot ist und die andere auf dem Sterbebett liegt, hinterlassen sie eine Erbschaft, an die anzuknüpfen möglich und erfolversprechend sei – dies gelte vor allem für die letztgenannte. Sie teile, ohne direkt daran anzuknüpfen, Althusser wichtige Einsicht, der Marxismus sei keine Philosophie, die den Standpunkt des Proletariats zur Geltung bringe, sondern die Wissenschaft von Gesellschaft und Geschichte (119). Beide haben denselben Gegner: den ›historizistischen‹, hegelianisierenden Marxismus, wie er z.B. von Georg Lukács vertreten wurde (65). Doch der analytische Marxismus allein sei wirklich vorwärts gegangen auf dem Weg eines wissenschaftlichen Marxismus, während Althusser nur dessen Notwendigkeit proklamiert und einige nutzlose und unverständliche Begriffe wie etwa den »strukturellen Kausalität« geprägt habe (114ff.).

Verf. ist selbst dem analytischen Marxismus eng verbunden – was zweifellos seine klare Ausdrucksweise erklärt, die sich wohlthuend vom französischen und deutschen Theoriejargon abhebt. Damit gehört er einer Strömung an, die dem kontinentaleuropäischen marxistischen Publikum kaum bekannt und auf das akademische Milieu der englischsprachigen Welt beschränkt ist. So bezieht sich das Buch vor allem auf Debatten, die nur für diesen Kreis von Interesse sind. Sein Hauptanliegen ist, einer Tendenz entgegenzuwirken, die die analytisch-marxistischen Arbeiten der letzten Jahre bestimmt hat. Es beschreibt die Entwicklung dieser Schule von ihren selbstbewussten Anfängen in den 1970er Jahren an bis in die Gegenwart: Anfangs von der Überzeugung geleitet, die Richtigkeit der Marx'schen Lehren mit Hilfe der fortgeschrittensten Methoden der analytischen Philosophie beweisen zu können, wandte sie sich später, als das Vertrauen in diese Richtigkeit schwand, hin zu normativen Fragen der politischen Philosophie. Ergebnis dieser Entwicklung war die Assimilation des analytischen Marxismus an den akademischen Mainstream. Gezwungen, auf einem Terrain zu kämpfen, das in den *philosophy departments* der englischsprachigen Welt durch die liberale Philosophie Rawls' vollständig definiert war, präsentierten sie den Sozialismus schließlich nur noch als eine mögliche Variante des Liberalismus. Dasselbe geschah mit der Kritik der politischen Ökonomie und der Klassentheorie. »[...] analytical Marxism does seem to have done Marxism in – by collapsing it into mainstream liberal philosophy and mainstream social science.« (123) Auch der Buchumschlag spiegelt die Besorgnis des Verf. über das Verschwinden alles spezifisch Marxistischen wider. Erst auf den zweiten Blick sind auf einer scheinbar homogenen grauen Fläche die schwachen Umrisse des Antlitz von Karl Marx zu erkennen. Daher präsentiert er seinen analytischen Kollegen verschiedene Versatzstücke aus Marx' Theorie, die er für unvereinbar mit den Theorieansätzen des Mainstream und deshalb für »distinctively Marxist« hält, wie die Staatstheorie und das Theorem vom Absterben des Staates (154ff.). Dies ist zweifellos der am wenigsten interessante Teil des Buches. Anscheinend ist es nötig, darauf hinzuweisen, dass »in its political orientation as well as in its theoretical commitments, Marxism is anti-capitalist to its core« (165).

Welche Rolle hat der Verf. Althusser zugeordnet, dem er immerhin genauso viel Platz einräumt wie dem analytischen Marxismus? In irgendeiner Weise an dessen Theorie anzuknüpfen, hält er nicht für sinnvoll, denn die Analytiker hätten das Programm eines wissenschaftlichen Marxismus weit stärker vorangebracht. Althusser bleibe nur die Rolle eines Korrektivs »for analytical Marxism's own most glaring shortcoming – its ›academic deviation« (121). Anders als dieser war Althusser aber nicht nur im akademisches Milieu verankert, sondern stand in Kontakt mit den politischen Kämpfen und Bewegungen seiner Zeit. Verf. begründet nicht, auf welche Weise das Beispiel Althusser's der Integration des analytischen Marxismus hätte entgegenwirken können. Auch seine zentrale These, dass

man ohne weiteres an die theoretische Hinterlassenschaft der analytischen Marxisten, vor allem an deren Rekonstruktion des historischen Materialismus, anknüpfen könne, bleibt bloße Behauptung. Er informiert darüber, dass die analytischen Marxisten von ihren früheren Positionen abgerückt sind – und wie er diese Geschichte erzählt, legt den Schluss nahe, dass es sich dabei um eine immanente theoretische Entwicklung handelt. Überraschenderweise meint er aber, dass diese Abkehr eher durch außerphilosophische, politische Gründe als durch theoretische Argumente motiviert, die theoretische Selbstkritik daher inkonsistent und fehlerhaft sei (147, 169). Nun hätte Verf. zumindestens andeuten müssen, warum die theoretischen Argumente falsch sind. Er hält dem heutigen analytischen Marxismus dessen selbstbewusste und orthodoxe Frühphase entgegen, ohne sich inhaltlich mit der in ihm geleisteten Selbstkritik auseinanderzusetzen. Julian Müller (Berlin)

Rawls, John, *Geschichte der Moralphilosophie. Hume – Leibniz – Kant – Hegel*, hg. v. Barbara Herman, a.d. Amer. v. Joachim Schulte, Suhrkamp, Frankfurt/M 2002 (486 S., kart., 39,95 €)

Ob das Manuskript zu diesem Buch »einen fast mythischen Ruf« hatte, wie im Klappentext behauptet wird, sei dahingestellt; dass die philosophiegeschichtlichen Vorlesungen des 2002 verstorbenen Autors von *Eine Theorie der Gerechtigkeit* (1971) auf großes Interesse stoßen, dürfte außer Frage stehen. Wie seine Theorie stets im Wandel blieb, so sind auch diese Vorlesungen in den knapp drei Jahrzehnten, in denen Verf. sie immer wieder hielt, dauernd verändert worden. Im Mittelpunkt stand stets die kantische Moralphilosophie, wobei sich hier das Gewicht der Darstellung von der Grundlegung zur Metaphysik der Sitten hin zur zweiten Kritik und der Religionsschrift verlagerte. Auch in der vorliegenden Fassung macht die Kant-Darstellung mehr als die Hälfte des Werkes, zehn von neunzehn Vorlesungen, aus. Fünf befassen sich mit Hume, je zwei mit Leibniz und Hegel. Diese Gewichtung zeigt, dass wir es mit keiner wirklichen »Geschichte« der Moralphilosophie zu tun haben. Die dominierende Stellung der Kant-Interpretation ist vermutlich mitbedingt durch die 1980 veröffentlichte kantianische Selbstdeutung des Verf. (jetzt in: *Die Idee des politischen Liberalismus*, Frankfurt/M 1994, 80–158). Die kommunitaristische Rawls-Lesart, die seither nach vorn drängte, wird durch diese Gewichtung nicht gestützt.

Die Abschnitte über Hume und Leibniz haben mit Rawls' eigener Theorie wenig zu tun; der über Leibniz ist gar als erläuterndes Gegenstück in die Kant-Exegese eingelassen. Anlässlich Kants selbst hingegen finden sich zentrale Argumente aus der Theorie der Gerechtigkeit in ausführlichen und subtilen Textanalysen wieder, so der Vorrang des Rechten vor dem Guten (312ff) und der Konstruktivismus in der Moraltheorie (289ff). Der Akzent der Lektüre liegt darauf, dass die Abschließbarkeit der Architektur der reinen Vernunft nicht im Sinne eines Beweisansatzes belegt werden kann, aber als Postulat unumgänglich ist (352, 420 u.ö.): Die Überzeugungen des Vernunftglaubens sind nicht in der Weise einer empirischen oder wissenschaftlichen Tatsache wahr, aber wir haben immerhin gute Gründe, sie für zutreffend zu halten. Auch darin entspricht die Kant-Lektüre des Verf. dem Argumentationsstil seines Hauptwerks.

Überraschungen birgt die Hegel-Interpretation (425–478). Zum einen liest Verf. ihn als gemäßigten Liberalen, schließt sich also nicht der üblichen Kritik an, obwohl er die Kriegstheorie und den Gedanken des Staates als geistiger Substanz ablehnt (464f, 469). Hier zeigt sich eine neue, auch an jüngeren Publikationen Axel Honneths zu studierende Rezeption der Rechtsphilosophie an. Verf. zeichnet sie in das System der Philosophie des Geistes ein und nimmt nur gelegentlich auf anschließende Debatten Bezug, so in einer Bemerkung zu Marx (433f), in der es um die unterschiedliche Fassung des Ent-

fremdungstheorems geht: Hegel ist nicht gewillt, die objektiven Zustände des Staates als entfremdet zu betrachten. – Besonders einleuchtend sei Hegels Auffassung der wechselseitigen Konstitution von Gesellschaft und Person: Menschen sind tief im Boden der gesellschaftlichen Institutionen verwurzelt; in diesem Sinne biete Hegel eine Theorie der gesellschaftlichen Kooperation, an die Rawls seine eigene Theorie anschließt (471f). In *Eine Theorie der Gerechtigkeit* (Frankfurt/M 1979, 565f) galt Hegel dagegen noch als Vertreter einer privaten Gesellschaft, die nur durch Eigeninteressen zusammengehalten wird und an der Schwäche dieser antagonistischen Bindungskräfte leidet. Man wird nicht fehlgehen, in der Umdeutung ein Anzeichen für die Wandlung von Rawls' eigener Theorie zu sehen, einen recht ›steilen‹ Begriff des Individuums zu Gunsten der Rede von der sozialen Konstitution der Person zu verabschieden. Von kurzen einführenden oder zusammenfassenden Passagen abgesehen arbeitet Verf. eng am jeweiligen Originaltext, hält aber kritische Urteile nicht zurück, so z.B. mehrfach in den Hume-Kapiteln (110, 124) und bei Kant (312, 409). Indem er jederzeit annimmt, dass ein klassischer Autor eine auftretende Schwierigkeit selbst kannte und dass eine rückblickende Kritik nur zulässig ist, wenn gezeigt werden kann, wie man es unter gegenwärtigen Bedingungen besser machen kann, bietet Rawls mustergültige Beispiele für eine Rezeptionshermeneutik, der es nicht darum geht, zu gegenwärtigen Zwecken auf einen klassischen Autor zurückzugreifen, sondern sich von ihm das Problemniveau einer eigenen Lösung demonstrieren zu lassen.

Martin Hailer (Regensburg/Bayreuth)

Tomassello, Michael, *Die kulturelle Entwicklung des menschlichen Denkens*, Frankfurt/M, Suhrkamp 2002 (285 S., br., 26,90 €)

Ein Aspekt der modernen Kultur ist das Bestreben, die Physik zur Grundlage und zum Vorbild aller Wissenschaften zu machen und so die positivistische Idee einer Einheitswissenschaft zu verwirklichen. In der Biologie erschien die Realisierung dieses Gedankens einst als problematisch – in den Geistes- und Sozialwissenschaften nach wie vor. Darwin versuchte, mit seiner Theorie der natürlichen Selektion die Ausrichtung der Lebensprozesse eines Organismus auf dessen Überleben und Fortpflanzung als Wechselspiel von mechanischer Kausalität (Vererbung und *survival of the fittest*) und Zufall (Mutation) zu rekonstruieren. Damit schuf er die Voraussetzung dafür, dass die Biologie heute als ebenso moderne Naturwissenschaft gilt wie die Physik oder die Chemie. Schon seit Ende des 19. Jhs aber ist heftig umstritten, ob auch Sinnzusammenhänge im Bereich gesellschaftlicher Praxis auf kausalmechanische Abhängigkeiten reduziert werden können oder ob die Geistes- und Sozialwissenschaften eines gegenüber den Naturwissenschaften eigenständigen methodischen Zugangs zu ihrem Gegenstand bedürfen. – Auf diese Debatte bezieht sich Verf. einleitend, vermeidet allerdings, explizit für eine Seite Partei zu ergreifen. Vielmehr plädiert er für einen interdisziplinären Ansatz, der eine naturwissenschaftlich orientierte Erforschung menschlichen Denkens mit Untersuchungen verknüpft, die sich spezifisch geistes- und sozialwissenschaftlicher Methoden bedienen. Er versucht, eine Theorie menschlicher Kognition auszuarbeiten, die sich in einen evolutionstheoretischen Rahmen einfügt, aber die Eigenständigkeit der kulturellen gegenüber der biologischen Entwicklung hervorhebt.

»Die sechs Millionen Jahre, die uns Menschen von anderen Menschenaffen trennen, sind evolutionär betrachtet eine sehr kurze Zeitspanne, vor allem im Hinblick darauf, dass der moderne Mensch mit dem Schimpansen ungefähr 99 Prozent des genetischen Materials teilt. [...] Es stand einfach nicht genügend Zeit für normale biologische Evolutionsprozesse wie genetische Variation und natürliche Selektion zur Verfügung, um Schritt für Schritt

jede der kognitiven Fertigkeiten zu erzeugen, die es modernen Menschen ermöglichen, komplexe Werkzeuggebrauche und Technologien, komplexe Formen der Kommunikation und Repräsentation durch Symbole und komplexe gesellschaftliche Organisationen und Institutionen zu erfinden und aufrechtzuerhalten.« (13) Angesichts der genetischen Verwandtschaft des Menschen mit anderen Primaten sei die in den Kognitionswissenschaften dominierende Modularitätstheorie unplausibel, derzufolge unsere verschiedenen kognitiven Vermögen, z.B. Sprachfähigkeit und die Fähigkeit, andere Personen wiederzuerkennen, jeweils eine spezifische genetische Grundlage hätten (235-237). Vielmehr seien sie Ergebnis *einer einzigen* evolutionären Anpassungsleistung, die nur *eines* dieser Vermögen hervorgebracht hat: die Fähigkeit, andere Angehörige seiner Art als Seinesgleichen zu erkennen (17). Sie ermögliche es, alle anderen für Menschen typischen Kompetenzen zu erwerben: Sobald das Kind sich selbst als intentionales Wesen erfährt (normalerweise ab dem neunten Lebensmonat), versteht es auch alle Anderen als intentionale, d.h. als denkende und handelnde Wesen (88). Dadurch können Menschen im Gegensatz zu anderen Primaten intentionale Verhaltensweisen wie den Gebrauch von Werkzeugen und Symbolen lehren, lernen und so über Generationen hinweg stufenweise verbessern und weiterentwickeln (14ff). Gestützt auf eine Vielzahl entwicklungspsychologischer Studien betont Verf. die Schlüsselrolle von Imitation bei der Akkulturation. Durch Imitation lerne ein Kind nicht nur den Gebrauch von Sprache und Artefakten, sondern erwerbe so auch die Fähigkeit zu moralischem Denken, Selbststeuerung und Metakognition. Unter Imitation sei also nicht nur die Nachahmung einer Körperbewegung zu verstehen, sondern die Reproduktion der Zweck-Mittel-Struktur eines Verhaltens, die gerade die Wahrnehmung seiner Intentionalität voraussetzt.

Das Buch entfaltet einen auf den ersten Blick einleuchtenden Erklärungszusammenhang – dessen zentrales methodische Problem Verf. allerdings nicht thematisiert: Er schreibt Primaten und Säuglingen recht komplexe kognitive Fähigkeiten zu und stützt sich dabei auf die implizite Rationalitätsunterstellung, das Verhalten von Primaten und Säuglingen sei in der Perspektive ihrer Überzeugungen, Wahrnehmungen, Absichten usw. vernünftig und sinnvoll. Dass z.B. Babys im Gegensatz zu Schimpansen bei der Bewältigung einer bestimmten praktischen Aufgabe genauso umständlich vorgehen, wie es ihnen vorgeführt wurde, erklärt er damit, die Schimpansen hätten nur die Absicht, die Aufgabe lösen, und die Babys beabsichtigten überdies, dabei genauso vorzugehen, wie es ihnen gezeigt wurde (41). Auch muss Verf., um die Entstehung von Kultur evolutionstheoretisch zu erklären, die kognitiven Vermögen, die Menschen den Gebrauch von Symbolen und Artefakten ermöglichen, als Resultat natürlicher Selektion begreifen. Damit unterstellt er, seine sinn- bzw. zweckbezogene Erklärung frühkindlichen Verhaltens ließen sich in eine kausal-mechanische Sprache übersetzen. Entgegen seiner Suggestionen verhält Tomassello sich also nicht neutral zu der Kontroverse um die methodische Autonomie der Geistes- und Sozialwissenschaften. Vielmehr beruht seine Forschung auf der problematischen Voraussetzung, dass sich das Programm einer Einheitswissenschaft realisieren lässt. Peter Grönert (Berlin)

Rose, Steven, *Darwins gefährliche Erben. Biologie jenseits der egoistischen Gene*, a.d. Engl. v. Susanne Kuhlmann-Krieg, C.H. Beck, München 2000 (362 S., kart., 24,30 €)

Mit methodologischer und erkenntnistheoretischer Reflexion wendet sich der Biologe Rose gegen den biologistischen Reduktionismus, Handeln und Aktivitäten einzig als Resultat genetischer Dispositionen zu betrachten (vgl. *Argument* 242, 547-61). Er erläutert die wissenschaftliche Genetik von ihren Mendelschen Ursprüngen, über die Embryologen Morgan und Muller hin zu Watson und Crick und damit zu der Erkenntnis, dass die DNA über den Umweg der RNAs Proteine synthetisiert und auf diese Weise am Anfang

aller körperlichen Vorgänge steht. Doch geht seine Perspektive über die Version Gen = Erbinformation = körperliches oder Verhaltensmerkmal weit hinaus. So sind Gene nur in der Wechselbeziehung miteinander, mit Proteinen und mit von außen in die Zellen gelangender Energie zu verstehen. Auch sind sie keine statischen Gebilde sondern biochemische Einheiten, die in Abhängigkeit von ihrer jeweiligen Umwelt entstehen und existieren. Ausgangspunkt aller Lebensvorgänge sei die Autopoiese, das Prinzip des sich selbst schaffenden und gestaltenden Prozesses: Organismus, Gen, Aminosäure und Lebensraum je für sich allein zu denken, sei eine reduktionistische Falle.

Als herausstechendes Beispiel für diese Falle schildert Verf. soziobiologische Sichtweisen. Basierend auf einer Bemerkung des Genetikers J.B.S. Haldane, auf Grund der Anzahl von Genen, die er mit seinen nächsten Verwandten gemein habe, müsste er eigentlich bereit sein, sich für diese zu opfern, entstand in den 1960er Jahren ein erstes mathematisches Modell zur sogenannten Verwandtenselektion. E.O. Wilson und R. Dawkins entwickelten daraus zehn Jahre später eine Theorie, wonach jedes Gen bestrebt sei, sich zu reproduzieren und zu diesem Zweck versuche, jede Konkurrenz zu eliminieren. Zellen und Organismen – die Träger der Gene – seien nur Verpackungen und willfähige Ausführende der egoistischen Gene. Ebenso wolle jeder Organismus sich auf Kosten anderer reproduzieren. Da jedoch Individuen mit genetischen Eltern, Geschwistern, Großeltern, Cousins, Cousinen, Onkeln und Tanten in abgestuften Anteilen miteinander genetisch übereinstimmen, besitze das Individuum als Handlanger der Gene das Interesse, auch andere Individuen mit identischen Genen zu unterstützen und mit ihnen zu kooperieren. Artgenossen, die nicht genetisch verwandt seien, wären demnach Konkurrenten, die nicht mit Unterstützung oder Kooperation zu rechnen hätten.

Wäre all das nur ein heuristischer Versuch, ließe es sich als eine Vorlage für die Debatte unter Genetikern abhaken. Doch soziobiologische Thesen haben außerhalb der Biologie enorme Konjunktur. So werden sexuelle Ausrichtungen, Intelligenz oder politische Ansichten auf die Macht der Gene zurückgeführt, und ein neoliberales Wirtschafts- und Politikmodell findet hier Bestätigung für egoistisches Gewinnstreben und Rechtfertigung von Armut. Hier füllt Roses Buch eine Leerstelle aus. Dem Mythos von den Genen, die nicht nur unser Aussehen, sondern auch unser Handeln bestimmen, setzt er eine differenzierte Erläuterung biochemischer und zellulärer Vorgänge entgegen. Mit diesem Rüstzeug widersetzt er sich den evolutionstheoretischen Vereinfachern und stellt die Soziobiologie als das dar, was sie ist: eine Theorie, die vor dem Hintergrund methodologischer Kritik ihre Plausibilität verliert und ihrer Falsifizierung hart.

Andreas Klotz (Berlin)

Sprache und Literatur

Naguschewski, Dirk, u. Sabine Schrader (Hg.), *Sehen Lesen Begehren. Homosexualität in französischer Literatur und Kultur*, Edition tranvia, Walter Frey, Berlin 2001 (280 S., br., 21,50 €)

Der erste deutschsprachige Sammelband zu Homosexualität, Queerness und nicht-normativer Sexualität in der französischen Kultur- und Literaturgeschichte erweitert hiesige *queer-* und *gender-*Diskussionen um Fragen nach »Heteronarrativität«, als »strukturelle[r] Unmöglichkeit eines nicht heteronormativen erzählerischen Plots« (83), und nach Ausdrucksformen, die »zwischen der Verwurzelung in der Sprache der dominanten Kultur und dem Versuch des Entkommens aus dieser homophoben Herkunft« (132) oszillieren. Einleitend stellen die Hg. Pionierarbeiten der us-amerikanischen *Gay and*

Lesbian bzw. *Queer* und *Gender Studies* vor, gehen aber nur verkürzt auf Didier Eribons Bemühungen ein, *queer theory* in Frankreich zu etablieren. Sie beklagen, dass in der französischen Literaturforschung die Bedeutung von Homosexualität kaum diskutiert werde, und unterschätzen dabei das subversive Potenzial der Weigerung homosexueller AutorInnen, sich auf das Etikett *écrivain gai* (schwule Schriftsteller) reduzieren zu lassen. Auch fällt ihre Forderung nach einer *écriture gays et lesbiennes*, die Geschichtsbewusstsein für eine spezifisch homosexuelle Kultur schaffen soll, hinter von der *queer theory* angestoßene Debatten über ontologische Implikationen lesbischer und schwuler Identitätspolitik zurück. Doch der Band beschränkt sich nicht – wie der größte Teil der deutschsprachige Forschung – auf Beschreibung und Erläuterung literarischer und künstlerischer Repräsentationen von Homosexualität. Schon der semantische Gehalt des Begriffs »H.« wird um »Phänomene wie Hermaphroditismus, Androgynie oder Bisexualität« (8) erweitert. Statt um ausschließlich sozialgeschichtliche oder rein literaturästhetische Untersuchungen geht es um eine Synthese ästhetischer und gesellschaftspolitischer Aspekte. Problematisiert werden die Konzentration auf schwule Literatur in der Forschung sowie das Postulat kausaler Beziehungen zwischen der sexuellen Neigung von AutorInnen und ihren Texten. Diese komplett zu verneinen, lehnen die Hg. jedoch ab: um das emanzipatorische Potenzial homosexueller Literatur zu retten, müssten rhetorische Verfasstheit der Texte, Produktions- und Rezeptionsbedingungen gleichermaßen berücksichtigt werden. Denn einerseits drohe die Lesbarkeit von Homosexualität an ihrer Unsichtbarkeit zu scheitern, andererseits führe die mit der Sichtbarmachung verbundene Stigmatisierung dazu, »dass sich Lesben und Schwule immer noch in einer gewissen Opposition« sehen (21).

Unter den Überschriften »Historisch sehen«, »Queer lesen«, »Lesbisch begehren« und »Schwul leben« sind dann Beiträge versammelt, deren Methodik von der Diskursanalyse (Sabine Schrader, Annette Runte) über dekonstruktive Lektüre (Ralph J. Poole) bis zur traditionellen literaturwissenschaftlichen Hermeneutik (Dorothee Risse zur Konstituierung physischer Porträts in den Romanen Francois Mauriacs) reicht. – Susanne Dürr verbindet unter Anwendung etablierter literaturwissenschaftlicher Methoden biographische, politische und literarische Aspekte. Aus der Lyrik der frankokanadischen Feministin Nicole Brossard rekonstruiert sie »weltverändernde Potenziale« (204) »lesbischen Schreibens«. Mit diesem Begriff knüpft sie an die *écriture féminine* von Hélène Cixous an (deren Figuren weiblichen Begehrens Esther von der Osten nachgeht). Statt aber lesbisch-feministische Konzepte der 1970er und 80er ins Aktuelle zu übersetzen, verweist Dürr nur formelhaft auf *queer theory* – was angesichts des Feierns »lesbischer Identität« (216) und einer »Sprache der Frau« (215) ohnehin deplatziert wirkt. Besser ist Rintes Lektüre wissenschaftlicher und literarischer Diskurse des 19. und 20. Jh.s über Androgynie und Hermaphroditismus, in denen sich der abendländische Androgynie-Mythos mit den neuen Wissenschaften vom Menschen verband und die »Zwittrige[n] Engel« zugleich dämonisiert und vergöttlicht wurden. Am interessantesten aber sind zwei Beiträge in der Rubrik »Queer Lesen«: Nach Volker Woltersdorff alias Lore Logorrhöe zeichnen sich homosexuelle Erzähl- und Existenzweisen durch ein »queering« aus, durch die »Destabilisierung machtdurchwirkter diskursiver Ordnungssysteme« (95). In dieser Lesweise besteht etwa Prousts emanzipative Leistung in der »Homosexualisierung der modernen Erzählweise«, die er durch Einschreibung einer »queer sensibility« erreichte (87). Während Gide in seinem Coming-out Authentizität suggeriere, verlasse bei Proust die am Zwang zur Verschleusung geschulte Sensibilität das Versteck: Proust oute nicht sich, sondern das vorher selbst versteckte Versteckspiel. Mithin sei seine »Inversion« nicht nur ein erotisches, sondern auch ein epistemologisches Prinzip der »Umkehrung aller Werte« (96). – Poole verbindet

dann in der Gegenüberstellung von Daniel Defoes *Robinson Crusoe* und dessen Relektüre durch Michel Tournier queere und postkoloniale Theorie und diskutiert die Etablierung weißer, hetero- wie homosexueller Männlichkeit. Er führt den Begriff ›Homotextualität‹ ein, der das »Ineinandergreifen von Sexualität und Textualität« bezeichnet, also sowohl auf die sexuelle Objektwahl als auch auf die Markierung als ›Anderer‹ im sexuellen Diskurs verweist, und untersucht damit die »Beziehung zwischen dem Reisen in/zu anderen Ländern und der Erfahrung einer homosozialen oder homosexuellen ›sensitivity‹«. Poole zeigt, wie sich der Orientalismus der Reisenden über ihre Erfahrung des eigenen sexuellen Anders-seins legt: In den Schilderungen der Gefühle für orientalische Männer werden die damals gängigen Konstruktionen von Männlichkeit unterlaufen und gleichzeitig koloniale Haltungen reproduziert. (Damit ist er der einzige Autor, der Frankreichs Kolonialgeschichte berücksichtigt.) *Queer reading* dürfe sich nicht auf die Kritik an sexuellen oder geschlechtlichen Machtverhältnissen beschränken (134), sondern müsse auch die Differenzen und Verbindungen von Rassismus und Homophobie analysieren. Michaela Wunsch (Berlin)

Moritz Baßler, *Der deutsche Pop-Roman. Die neuen Archivisten*, C.H. Beck, München 2002 (222 S., 9 Abb., br., 12,90 €)

Auf die Herausgeber kritischer Gesamtausgaben kommt eine Menge Arbeit zu, besonders auf jene, die sich in einigen Jahrzehnten vielleicht den Texten eines Christian Kracht, Benjamin v. Stuckrad-Barre oder Thomas Meinecke widmen werden. Die Kommentare werden dann erklären müssen, was eine Barbourjacke mit Innenfutter, ein Magnum-Dreierpack oder die Platten von Bikini Kill sind. Das Sammeln von Markennamen, Songtiteln und anderen Signifikanten der Alltagskultur ist grundlegendes Prinzip der Texte, die seit den 1990er Jahren unter dem Label *Pop-Literatur* auf dem deutschen Büchermarkt erscheinen. Ob diese Werke einmal zum Kanon der deutschen Literatur gehören und damit kritischer Ausgaben für würdig befunden werden, lässt sich heute noch kaum abschätzen. Sie in den Kanon aufzunehmen, ist das erklärte Ziel von Moritz Baßler, der an den Texten von Andreas Mand, Thomas Brussig, Matthias Politicki, Max Goldt und anderen einen Paradigmenwechsel in der deutschen Literatur ausmacht. Die umfassende Archivierung der Gegenwartskultur wird bei diesen Autoren zu einem neuen poetologischen Programm – so die zentrale These seiner Studie zum deutschen Pop-Roman.

Originell ist die theoretische Herangehensweise Baßlers. Er definiert Pop in Anlehnung an Überlegungen von Boris Groys: »Wenn das Neue [...] als Ergebnis einer Tauschhandlung zwischen anerkannter Kultur und der Welt des Profanen zustande kommt, dann ist Pop, als Medium des Neuen, zuallererst eine Archivierungs- und Re-Kanonisierungsmaschine.« (46) Der Begriff des Archivs bezeichnet bei Groys die Summe der gespeicherten Aufzeichnungen einer Kultur. Dem Archiv steht der ›Raum des Profanen‹ gegenüber, der Bereich aller Dinge, die von den Archiven nicht erfasst sind. Das Neue ist nach Groys nicht, was von einem individuellen Bewusstsein als neu empfunden wird, sondern nur das, was in Bezug auf die kulturellen Archive neu ist. Kunst und Theorie werden damit zu privilegierten ›Mechanismen des Neuen‹. Sie zeichnen Dinge aus dem Raum des Profanen auf und sorgen somit für neue Einträge im kulturellen Archiv. Die Pop-Literatur, folgert Baßler, ist Kunst in eben diesem Sinne, Speichermedium für Diskurse, die bisher keinen Eingang ins kulturelle Archiv gefunden haben.

Damit gehen die Pop-Literaten einen ganz neuen Weg. Das »literarische Ideal, erste Worte zu sprechen, sich wenigstens sprachlich vor dem Geplapper der Diskurse und dem semantischen Netz der kulturellen Enzyklopädie zu verorten« (168), haben sie hinter sich gelassen. Sie sind sich bewusst, dass Kultur und Gegenwart immer schon medial

und diskursiv vorgeformt sind. Ihr Material sind die Sprachspiele und Diskurse des zeitgenössischen Alltags. Mit diesem Bewusstsein stehen sie dem avantgardistischen Versuch der Schöpfung von Ursprünglichem, absolut Neuem diametral entgegen. Und auch das Programm eines realistischen Erzählens, das sich im Bemühen um die Natürlichkeit des Dargestellten die eigene Sprachlichkeit ebenso wenig eingestehen will wie die diskursive Vorprägung seines Gegenstandes, ist den Pop-Texten völlig fremd. Moritz Baßler verdeutlicht seine Thesen immer wieder durch die Gegenüberstellung der analysierten Pop-Romane mit Texten der deutschen Gegenwartsliteratur, die ohne Markennamen, Popmusik- und Fernsehstil auskommen. So zeigt er z.B. in einer parallelen Lektüre von Peter Handkes Essay *Eine Winterliche Reise* und Wolfgang Haas' Pop-Krimi *Auferstehung der Toten* die grundlegende Differenz der zu Grunde liegenden poetologischen Programme. Handke versucht, die vermeintliche Primärerfahrung der nicht von Medien- und Warenwelt korrumpierten serbischen Wirklichkeit literarisch umzusetzen: Das wegen des Embargos auf der Straße abgefüllte Benzin ist ›grünrotgrüne‹ ›Kostbarkeit‹ und ›Bodenschatz‹. Bei Haas wird dagegen die Verwechslung einer Shell- und einer Aral-Tankstelle zur plotrelevanten Pointe. »Was ist Wahrheit?« (193) fragt Baßler provokativ und gibt gleich die Antwort: die vermeintliche Ursprünglichkeit ist ein »anachronistisches Sekundärphänomen« (173).

Doch wo bleibt die Kritik? Handelt es sich dabei nicht um reine Affirmation einer Welt von Kommerz und Konsum? Diese Frage stellt sich für die Pop-Literaten überhaupt nicht. »Es gibt keinen archimedischen Punkt außerhalb der Enzyklopädie« (185), von dem her Kritik geübt werden könnte. Dennoch gibt es einen Unterschied zwischen der *Tristesse Royale*, der Anzug tragenden Pop-Literaten im Berliner Hotel Adlon und dem subversiven Verfahren des Pastiche, das Baßler bei Thomas Meinecke feststellt. Dass Baßler diese Differenzen zwischen den Pop-Archivisten nicht benennt, ja nicht benennen kann, ist seinem theoretischen Instrumentarium, dem Begriff des Archivs selbst, geschuldet. Baßler verwendet ihn eben im Sinne Groys als die Summe aller gespeicherten Aufzeichnungen einer Kultur und nicht im Sinne Foucaults als Gesetz dessen, was überhaupt gesagt werden kann. Die Bedingungen und Implikationen der Aufzeichnung, des Eintrags ins Archiv, bleiben damit zwangsläufig ein blinder Fleck. Dabei böten sich gerade die Pop-Texte für die Frage an: Was wird warum ins Archiv aufgenommen? Vergleicht man Meineckes hochkomplexe literarische Rekonstruktion des aktuellen gender-Diskurses in seinem Roman *Tomboy* und die Archivierung des Dandy-Lebens der 90er Jahre mit Barbourjacken und Scampis auf Sylt, die beispielsweise Christian Kracht in *Faserland* betreibt, wird deutlich, dass Archivierung eben kein neutrales Unternehmen ist, sondern als kulturelle Praxis der Selektion und Speicherung von Sprache selbst direkten Anteil hat an der Formung der sprachlichen Wirklichkeit und als politisch-geschichtliche Praxis weiter zu befragen wäre.

Sven Werkmeister (Berlin)

Wolf, Christa, *Leibhaftig*, Luchterhand, München 2002 (185 S., Ln., 18 €)

Das Buch ließe sich zweimal rezensieren: einmal auf der Folie einer Kritik an den oktroyierten Vergesellschaftungsformen in der DDR nach 1989, einmal als innovative Beschreibung des körperlichen Schmerzes, der soziale Verhältnisse artikuliert. Den menschlichen Körper als Gesellschaftskörper nachzulesen, legen sowohl der Klappentext als auch die Rezensionspolitik zu diesem Buch nahe. »Der Spur der Schmerzen nachgehen« (184) heißt es auf der letzten Seite. »Fragen Sie ihn, ob er, als er mir ins Fleisch schnitt, als er meine Wunden öffnete, meine faulen Stellen bloßlegte: ob er da auf jene weißen Flecken gestoßen ist, die mir selber unbekannt, die unerforscht und unbenannt sind und über die

wilde Tiere herrschen. Fragen Sie ihn, ob er sich vorstellen kann, dass an diesen resistenten Flecken jede Immunabwehr der Welt zuschanden werden muss.« (147) Gefragt werden soll der Arzt, dem die Rettung dieses Körpers obliegt.

Unter der Voraussetzung, dem Schöpfungsakt Christa Wolfs liege eine intentionale Beziehung zwischen körperlichem Schmerz und vorgestellten Objekten zu Grunde, wird die Analogie jedoch fragwürdig, denn sie nimmt die Voraussetzung – den körperlich empfundenen Schmerz – nicht ernst genug. Die Empfindung, die sich ein Objekt sucht, das die Empfindung verstehbar oder sogar sinnvoll macht, muss im Blick enthalten bleiben, wenn sie das gesuchte/gefundene Objekt verstehen will. »Verletzt. Etwas klagt, wortlos. Ein Ansturm von Worten gegen die Stummheit, die sich beharrlich ausbreitet, zugleich mit der Bewusstlosigkeit [...]. Wohin es sie jetzt treibt, dahin reichen die Worte nicht« (5) So beginnt die Erzählung, das ist ihr selbst formulierter ›Auftrag‹. Wörter brauchen Objekte, die sie bezeichnen können; um sinnvoll zu werden, brauchen sie Einbettung, brauchen sie Geschichte; das Eingebettete der Sprachlosigkeit zu entreißen und es freizugeben, es zum Objekt zu machen und damit betrachtbar, davon handelt der Text.

»Wie sollen wir wissen, wie ausgedehnt unsere Innenwelt ist, wenn nicht ein besonderer Schlüssel, hohes Fieber zum Beispiel, sie uns erschließt.« (24) Die Innenwelt entpuppt sich als Außenwelt: Ost-Berlin und ein unaufgeräumtes Kellergeschoss, durch beides muss sie hindurch, begleitet von der Anästhesistin – während der Narkose, während die Hirnströme von den körperlichen Empfindungen abgetrennt sind. Begegnungen finden statt mit guten Kollegen, die Freunde waren; mit ihrem Prozess, mit den Verhältnissen nicht fertig zu werden. Der unaushaltbare Selbstmord eines Freundes, der ihr langsam entglitten war und dessen Entgleiten sie als persönliches Versagen, nicht aber als gesellschaftliches Verhältnis gesehen hatte. Während sie mit sich arbeitet, ist sie auch entlastet: »Es ist gut, lästerlicher Einfall, es tut trotz allem gut, aus dem Zeitnetz geworfen zu sein, denn eine andere Möglichkeit, niemandem mehr etwas schuldig zu sein, gibt es auf dieser Erde nicht.« (84) Die Krankheit ermöglicht ihr ein zeit-jenseitiges Dasein. Sie ist außerhalb von allem, kann die Nachrichten nicht ertragen, die ihr wie in das Fleisch schneiden mit ihren Katastrophenmeldungen und ist in sich, wie gezwungen, etwas zu verstehen, das sie absichtlich nicht verstehen wollte. Auch das Sich-Kennen-Lernen ist ein oktroyierter Prozess. »Vergiftung, ein Purgatorium. Eine Entdeckung. [...] jetzt bricht die Heilung aus, als schwere Krankheit.« (93) Hier wie an anderen Stellen ist es leicht, den Bezug zum Gesellschafts-Körper zu finden, die Bezeichnungen des Westens gegen die DDR. Aber es ließe sich auch die innere Natur finden, die Vergiftung des eigenen inneren (als politisch zu lesenden) Projekts durch die äußeren Bedingungen, die trotz allen Involviertseins fremdverfügt blieben. Die Vergiftung eines Projekts, an dem sie wörtlich mit Leib, Seele und allen Sinnen hing, das ihr anhing und das sie jetzt einholt als Schaden an dem, was Leib, Seele und Sinne einschloss und barg: den Körper. »Der Teufel, den ich im Sinn habe, ist der allvernünftigsten Vernunft entstieg und ihr in einem unbeobachteten geschichtlichem Augenblick entwichen, der Traum der Vernunft gebiert Ungeheuer.« (119) Es wurde nicht geschlafen, als das Projekt realisiert werden sollte, es wurde über die Verhältnisse geträumt und das Resultat bleibt das gleiche. Die Qualität des Wachzustands entscheidet über die Realisierung der Vernunftarten. – Christa Wolf hat ein Buch des Schmerzes geschrieben, in dem die Außenwelt die Qualität der Empfindung erhält. Gelesen werden kann es so oder so, Erkenntnis ist immer möglich.

Kornelia Hauser (Innsbruck)

Soziologie

Engel, Antke, *Wider die Eindeutigkeit: Sexualität und Geschlecht im Fokus queerer Politik der Repräsentation*, Campus, Frankfurt/M 2002 (255 S., br., 34,90 €)

Dass Identitäten sich immer über Ausschlüsse konstituieren, macht Politiken problematisch, die auf deren Repräsentation beruhen. Oft werden Versuche, den identitätspolitischen Fallen zu entkommen, in der Auflösung oder Vervielfältigung der Kategorien formuliert. Damit werden aber weder soziale Zwänge und Ungleichheiten ausreichend erfasst, noch ist dem Problem der Identitätslogik durch einfache Vervielfältigung der Identitäten zu entkommen. Aus einer »queer/feministischen« Perspektive erarbeitet Engel deshalb ein »post-strukturalistisch gewendetes« (126) Konzept der Repräsentation, um es für eine Theorie politischer Veränderungen fruchtbar zu machen, die auf Enthierarchisierung durch »Umarbeitung binär-hierarchischer und heteronormativer Verhältnisse« (14) zielt. Darin bezeichnet »Repräsentation« nicht ein Abbild der vorgängigen Wirklichkeit, sondern den Prozess der Bedeutungs- und Wirklichkeitskonstruktion. Derridas Konzept der *différance* erlaubt Engel, die identitätslogische Vorstellung stabiler Entitäten in ein »prozessuales, relationales Konstituierungsgeschehen« (112) zu übersetzen. Mit Vasterling, Irigaray und Cornell diskutiert sie, wie ein Verständnis von Veränderung aussehen könnte, »das diese ausgehend von bestehendem kulturellem Material in einen bedingten, aber unvorhersehbaren und unabschließbaren Prozess der Bedeutungsproduktion münden lässt« (126). Folglich beruht ihre queer/feministische Strategie der »VerUneindeutigung« weder auf der Setzung provisorischer Identitäten, noch benötigt sie den Verzicht auf bzw. die Auflösung von Kategorien, denn sie nimmt gerade deren Dynamik, Fragmentiertheit und Widersprüchlichkeit zum Ansatzpunkt. Statt neue, wenn auch plurale Normen zu etablieren, macht »VerUneindeutigung« die Norm selbst zum Problem.

Dazu bezieht sich Engel auf Butler, deren starre Gegenüberstellung von Norm und Verwerfung allerdings verkenne, dass Normalisierungen nicht allein auf rigiden Ausschlüssen beruhen, sondern auch über flexible Einschlüsse funktionieren. Im Anschluss an Foucault hält Engel fest, dass im Kontext der spezifischen spätmodernen Machtmechanismen »legitimierte Formen sozialer Existenz [...] nicht als autoritär verfügte Anordnung« konstruiert, sondern »unmittelbar mit der Entscheidungs- und Gestaltungsmacht der Individuen« (75) verknüpft werden. Indem sie zwischen hegemonialer Normalisierung und individuellen/subkulturellen Selbstnormalisierungen unterscheidet, kann Engel begründen, dass Grenzziehungen zwischen Norm und Abweichung uneindeutig sind und Individualisierungstendenzen als potenziell widerständige Pluralisierung der Norm wirksam werden können. Letztere dürften jedoch nicht voluntaristisch verstanden werden, da »Subjektivitäten und Subjektivierungsweisen – auch als widerständige – Mechanismen der jeweiligen Herrschaftsverhältnisse sind« (59).

Damit wirft Engel die Frage nach gesellschaftlichen Bedingungen der Repräsentation auf. Sie begreift Pluralisierung und Individualisierung als Bestandteile und Effekte »spätmoderner gesellschaftlicher und ökonomischer Entwicklungen« (194) und problematisiert, dass Praxen der Vervielfältigung und Destabilisierung der heterosexuellen Norm und der (Geschlechts)Identitäten »nicht automatisch mit einem Abbau von Dominanz- und Ungleichheitsverhältnissen« (22) einhergehen. Vielmehr müsse die Verschiebung hegemonialer Normalitäten »in Anfechtungen sozialer und ökonomischer Dominanzen und Ungleichheit« (135) übersetzt werden. Um durch Repräsentationspolitiken in die soziohistorischen Bedingungen verändernd einzugreifen, müsse die Funktion analysiert werden, »die den Regimen normativer Heterosexualität und rigider Zweigeschlechtlichkeit im

Kontext spätmoderner Staatlichkeit oder neoliberaler Ökonomie zukommt« (200). Diese sozio-historischen Bedingungen spezifiziert Engel als kapitalistische Verhältnisse; ihre Perspektive auf das Verhältnis von Repräsentationen und Strukturen wirft jedoch Fragen auf. Zuzustimmen ist ihr darin, dass Strukturen nur durch Repräsentationen hindurch wirksam werden, die weder als Medium der gezielten ideologischen Verschleierung der Strukturen, noch ableitungslogisch als deren »Produkt« zu begreifen sind. Engels Bestimmung von Struktur über die Momente der »Zeitlichkeit und der Kontingenz« (92) unterschätzt jedoch die nichtnormativen Zwänge kapitalistischer Verhältnisse wie Kapitalverwertung, Akkumulationsnotwendigkeiten und Konkurrenz. Auch wenn diese nicht hermetisch und ontologisch begriffen werden, sind sie den von Engel entworfenen Strategien der VerUneindeutigung von Geschlecht und Heteronormativität nicht unmittelbar zugänglich. Erst eine genauere Bestimmung von kapitalistischen Strukturen könnte über die spezifischen Schwierigkeiten Aufschluss geben, die trotz der Pluralisierung binärer Oppositionen wie Geschlecht immer wieder zur Herrschaftssicherung und zur Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse führen.

Hanna Meißner (Berlin)

Böhle, Fritz, u. Annegret Bolte. *Die Entdeckung des Informellen. Der schwierige Umgang mit Kooperation im Arbeitsalltag*, Campus, Frankfurt/M-New York 2002 (282 S., br., 29,90 €)

Das Buch rückt Kooperation in der Arbeit ins Zentrum der Aufmerksamkeit – nicht als die Arbeit begleitende soziale Beziehung, sondern als für deren Gelingen notwendige Voraussetzung und Form des Arbeitshandelns selbst. Es verknüpft auf spannende Weise theoretisch-begriffliche Diskussionen mit empirischen Befunden aus eigenen Forschungsprojekten. – Die gesellschaftliche Form spannt das kooperative Arbeitshandeln unvermeidlich in das Widerspruchsverhältnis von Hierarchie und Selbsttätigkeit ein, das freilich durch ökonomische und technisch-organisatorische Veränderungen (Informationstechniken, Netzwerke, Dezentralisierung von Entscheidungen, Gruppenbildung etc.) einem Entwicklungsdruck ausgesetzt ist.

Gegen betrieblich-praktische und wissenschaftlich-begriffliche Verengungen präsentieren die Autoren einen Kooperationsbegriff, der gegenüber einer hierarchisch und/oder technisch vermittelten Koordination die Herstellung von Kooperation durch die Arbeitenden selbst betont und im Unterschied zu interessenpolitischem Zusammenwirken und sozio-kultureller Betriebsintegration die Kooperation in der Bewältigung von Arbeitsanforderungen hervorhebt. Irritierend fällt eine Unentschiedenheit in der Bewertung von Untersuchungen auf, die Arbeit – gegen ihre instrumentalistische Verkürzung auf ökonomisch und technisch funktionale Prozesse – als umfassenden sozialen und kulturellen Zusammenhang begreifen und damit kooperative Arbeit und soziale Beziehung gerade nicht auseinandergerissen sehen wollen: solchen Studien wird »Entkopplung der Kooperation und Kommunikation von der Arbeitstätigkeit« und »Beschränkung auf die »soziokulturelle Ebene« (33) vorgehalten, dann aber wird ihre »Verbindung« von lebensweltlichen Sozialbeziehungen und arbeitsbezogenem Handeln positiv gewürdigt (79 ff).

Die Autoren erweitern das (federführend von Böhle entwickelte) Konzept des subjektivierenden Arbeitshandelns über die individuelle Handlungsdimension hinaus auf Kooperation und Kommunikation. (Insofern wird die Kritik an einer um die kooperative Dimension verkürzten Arbeitsanalytik auch auf den eigenen Ansatz bezogen.) Subjektivierendes Arbeitshandeln bedeutet dann, dass angesichts von unvorhergesehenen Ereignissen, mangelnden Planbarkeiten, der Formalisierung und Verwissenschaftlichung sich entziehenden Besonderheiten in Arbeitsprozessen personengebundene Fähigkeiten kooperativ entwickelt und fruchtbar gemacht werden. Einige Einwände zur Diskussion:

Der Begriff der Reziprozität sollte nicht ohne weiteres an einen utilitaristisch geprägten Handlungsbegriff (sog. Austauschtheorien) preisgegeben werden (149, 163). Für Reziprozität ist in der begrifflichen Tradition von Gouldner bis Mahnkopf gerade charakteristisch, was die Verf. ihr entgegensetzen: »freiwillige Unterstützungsleistungen auf der Basis langfristiger orientierter Gegenseitigkeit«. Der Begriff der Informalität sollte durch positive Bestimmungen ersetzt werden: Nicht nur bleibt er unausweichlich im Schatten formaler Strukturen gefangen; es ist auch unpraktisch, Bedeutungsverschiebungen gegenüber dem traditionellen Begriffsverständnis ständig mit explizieren zu müssen (74, 80 u.ö.), wenn das Informelle als eigenständiges Gestaltungsprinzip kooperativer Arbeit ausgewiesen werden soll.

Dem subjektivierenden Arbeitshandeln kontrastieren die Autoren das objektivierende, planmäßig rationale, verwissenschaftlichte Handeln. Beide Formen seien funktional in der Arbeit und kämen gleichermaßen zum Zuge: In der Regel sind sie nicht auf verschiedene Gruppen verteilt, sondern müssen (unterschiedlich gewichtet und situationsabhängig) von allen Arbeitenden in ihren Tätigkeiten mehr oder weniger integriert werden. Das legt es nahe, dem *Verhältnis* beider Formen der Kooperation – über »die Gleichzeitigkeit, das Nebeneinander und die wechselseitige Verschränkung« (219) hinaus – in Arbeitsprozessen wie Kompetenzanforderungen näher nachzugehen. Da beide Formen im Verhältnis zueinander sperrig und spannungsvoll sind (verwissenschaftliches Wissen versus gemeinsame Erfahrungsbildung, geplantes versus situatives Handeln etc.), wird auch die Integration in den Körpern und Köpfen der Beteiligten von diesen Spannungen und Sperrigkeiten geprägt sein: Wie gehen die Arbeitenden damit um? Wie sehen ihre Integrationsleistungen in verschiedenen Tätigkeiten aus? Welche Bewegungsformen (etwa der Übersetzung, der zeitlichen Sequenzialisierung etc.) entwickeln sie dafür? Und wie werden sie dabei von organisatorischen Bedingungen gefördert oder behindert? Zur Beantwortung der letzten Frage haben Verf. in einer Fallstudie aus einem Textilmaschinen-Unternehmen das Beispiel einer organisatorischen »Gelegenheitsstruktur« entwickelt (219 ff): die Einrichtung einer Brückenfunktion zur Verbesserung der Kooperation von Entwicklung und Produktion.

Werner van Treeck (Kassel)

Bleses, Peter, u. Antje Vetterlein, *Gewerkschaften ohne Vollbeschäftigung*, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2002 (191 S., br., 24,90 €)

Verf. analysieren zunächst die Interessen von Gewerkschaften, Staat und Unternehmensverbänden am Ziel der Vollbeschäftigung, diskutieren Möglichkeiten des Abbaus von Arbeitslosigkeit und stellen die Entwicklung des Arbeitsmarktes seit den 1970er Jahren dar. Ausgehend von der Frage, ob Massenarbeitslosigkeit eine Gefahr für die Regierungsmacht darstelle, wird dem Staat ein »symmetrisch-heterogenes« Interessenprofil erstellt, »welches Pro- und Contra-Interessen gleichermaßen enthält« (15). Erwachsen den Arbeitgeberverbänden aus der Existenz einer »industriellen Reservearmee« strategische Vorteile, überwiegt auf Seiten der Gewerkschaften das Interesse an Vollbeschäftigung. Allerdings machen Verf. eine Diskrepanz zwischen Kollektiv- und Partikularinteressen der Mitgliedschaft aus (Lohnerhöhung vs. Arbeitszeitverkürzung). »Das Interesse der Gewerkschaften an beschäftigungswirksamen Maßnahmen hat [...] seine Grenze, wo Kosten für die (Kern)Mitgliedschaft entstehen, und ist somit schwer vereinbar mit dem universalistischen Vertretungsanspruch der Gewerkschaften.« (20) Verf. verweisen auf den Strukturwandel des Arbeitsmarktes (schnelles Veralten beruflicher Qualifikationen, gewachsenes Arbeitsangebot, wirtschaftlicher Strukturwandel, zunehmende betriebliche Regulierung der Arbeitsbeziehungen etc.), wollen jedoch keine zentrale Ursache für die anhaltende Massenarbeits-

losigkeit angeben. Unentschieden bewegen sie sich zwischen Angebots- und Nachfrage- theorie mit gelegentlichen Einsprengeln einer Kritik der politischen Ökonomie. Evident ist für sie, dass einzig Arbeitgeber Arbeitsplätze schaffen können; Gewerkschaften bleibt als Mittel lediglich die – auch von Verf. favorisierte – kollektive Arbeitszeitverkürzung.

Im Zentrum der Untersuchung stehen der Gewerkschaftsdiskurs über das ›soziale Leitbild‹ Vollbeschäftigung und das ›Bündnis für Arbeit‹ als Versuch des aktiven Eingreifens in den Arbeitsmarkt. Zwar proklamieren die Gewerkschaften wie in den 70er Jahren das Ziel der Vollbeschäftigung, allerdings verstehen sie hierunter inzwischen etwas anderes. Stand der Begriff einst »für die lebenslange Vollzeitwerbstätigkeit aller (Männer) in standardisierten Beschäftigungsverhältnissen« (82), so verbergen sich dahinter heute »eine Vielzahl möglicher Arbeitsformen innerhalb und außerhalb der Erwerbsarbeit«, »unterschiedliche Lebensentwürfe und Beschäftigungsbiographien« sowie »eine Gleichstellung der Geschlechter« (82). An Hand des Grundsatzprogrammes und anderer Dokumente des DGB kommen Verf. zu dem Schluss, dass das soziale Leitbild der Gewerkschaften zwar noch den Charakter von *work in progress* habe, das alte Ziel der Vollbeschäftigung jedoch inzwischen relativiert sei. – Unter Zuhilfenahme neokorporatistischer Theorien wird der 1998 begonnene dritte Versuch eines ›Bündnisses für Arbeit‹ als gewerkschaftlicher Erfolg betrachtet. Die Gewerkschaften seien aus einer jahrelangen Defensive herausgekommen und hätten »mit Hilfe der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung wieder an Bedeutung und Handlungsfähigkeit« gewonnen (141). Allerdings müssen auch Verf. konstatieren – zumal bei Erscheinen des Buchs das Ende des Bündnisses schon absehbar war –, dass es »kaum seinem Ziel, dem Abbau der Arbeitslosigkeit, gerecht werden wird« (ebd.). Ursache dafür sei das Fehlen der Voraussetzungen neokorporatistischer Arrangements, also eines gemeinsamen Bündnisziels sowie der Interventionsdrohung des Staates. Abschließend diskutieren sie Möglichkeiten, den Konflikt zwischen noch auf ein ›Normalarbeitsverhältnis‹ orientierten Mitgliederinteressen und denen von Arbeitslosen oder prekär Beschäftigten zu vermitteln (Ausweitung der Sozialhilfe als Grundsicherung, betriebliche Bündnisse, verschiedene Modelle der Arbeitszeitverkürzung). Auch wenn sich die Arbeit auch mit einem innerhalb der realen Gewerkschaftspolitik wohl unwichtigen Dokument (Grundsatzprogramm) befasst und der Erfolg im ›Bündnis für Arbeit‹ überhöht wird, eignet sich das Buch auf Grund der Vielzahl der angesprochenen Probleme und empirischen Darlegungen zur Arbeitsmarktpolitik als Grundlage für Lehre und Studium. Stefan Müller (Berlin)

Bühl, Walter L., *Phänomenologische Soziologie. Ein kritischer Überblick*, UVK, Konstanz 2002 (449 S., br., 39 €)

Bei einer phänomenologischen Soziologie erwartet man die Theorien von und um Alfred Schütz. Bühl zeigt dagegen in instruktiver Weise, inwiefern verschiedene Strömungen der Phänomenologie soziologische Fragestellungen – etwa die soziale Exklusion von Anderen oder die Konstituierung von Sozialität ausgehend vom Anderen – behandeln. So ist die Frage nach der Intersubjektivität und der Andersheit des Anderen auch schon von Lévinas, Sartre, Merleau-Ponty oder Heidegger behandelt worden (49ff). Um nicht in die »cartesianische Falle« zu geraten, in der die Soziologie seit Comte und Weber stecke, soll die Beziehung zum Anderen der Ausgangspunkt sein. Weil die Soziologie den Anderen nur als Analogon zum Selben (also gar nicht) dachte, konnte sie weder seine konstitutive Rolle für die Subjektivierung, noch die wesentlich nicht-reziproke und asymmetrische Beziehung zwischen ego und Anderem, der eben nicht auf ein alter-ego reduzierbar ist, erfassen.

Verf. betrachtet die Phänomenologie von ihrem Ausgangspunkt bei Husserl und Scheler über Edith Stein und Paul Ricoeur bis zu Derrida und Bernhard Waldenfels. Dabei folgt

er nicht nur mikrosoziologischen Perspektiven auf Intersubjektivität, Andersheit, »Man« (Heidegger) und Selbst, Lebenswelt, Leiblichkeit, Sinn und Kommunikation, sondern auch makrosoziologischen Fragen nach Institutionen, Gesellschaft und Gemeinschaft. Und er weist auf die verzerrte Rezeption der Phänomenologie in den Sozialwissenschaften hin: Sie habe »eine große Reihe von theoretischen und methodologischen Zugängen eröffnet, die Soziologie hat aber praktisch nur die handlungstheoretische Verkürzung der Husserlschen Phänomenologie durch Alfred Schütz rezipiert (und in einer populistischen ›Lebenswelt-Diskussion bzw. in der ›Ethnomethodologie‹ weiterentwickelt), während etwa Pfänder und Stein, Binswanger und Boss sozusagen am esoterischen Rand blieben.« (7) Erst allmählich werde die soziologische Relevanz Heideggers oder der französischen Phänomenologen wahrgenommen, meist im verzerrenden Kontext des »Postmodernismus« (ebd.). Ihre Bedeutung für eine kritische Gesellschaftstheorie liege darin, dass ausgehend von Derrida geschlechtliche, sexuelle oder kulturelle Identitäten dekonstruktivistisch unterlaufen werden und Ausschlussmechanismen der quasi-nomologische Boden entrissen wird. – Bühl zieht Verbindungen zwischen Phänomenologie und Soziologie, statt erstere nur als Proto Soziologie zu behandeln. Auch überzeugt, dass er von einer theoretischen und methodischen »Mehrstimmigkeit« der Phänomenologie ausgeht, wobei erst nach »Analyse der Problemlage aus verschiedenen Blickwinkeln versuchsweise« (8) entschieden werden kann, welcher (phänomenologische) Weg zu wählen ist. Stephan Moebius (Bremen)

Pädagogik

Jahrbuch für Pädagogik 2000, Gleichheit und Ungleichheit in der Pädagogik, Redaktion: Klaus Himmelstein u. Wolfgang Keim, Peter Lang, Frankfurt/M 2001 (375 S., br., 27,10 €)

Das Buch ist das neunte einer Reihe, die – so der Anspruch der Hg. – ein Korrektiv gegenüber dem erziehungswissenschaftlichen Mainstream bilden soll. Seine achtzehn Beiträge (darunter Essays, kritische Praxisberichte) sind in vier Kapitel gegliedert. Das erste ist überschrieben »Gleichheitspostulat und Herrschaftsformierung in der bürgerlichen Gesellschaft«. Der Rezensent tut sich allerdings zumindest bei dem Text über die »Achtundsechziger« (Georg Fülberth) schwer, ihn dieser Themenstellung zuzuordnen. Die Bilanz der Armutsentwicklung von Ernst-Ulrich Huster zeigt bedauerlicherweise nur die »Verteilungsschieflagen« bei den Privatvermögen auf. Das Problem der öffentlichen Armut, die sich immer mehr verschärft, bzw. der falschen Prioritätensetzung in den öffentlichen Haushalten spart er aus. Mehrere interessante Beiträge enthält das zweite Kapitel über »Die pädagogisch-politische Auseinandersetzung um Gleichheit im 20. Jahrhundert«. So kann Christoph Sturms lokalgeschichtliche Studie über die Schulen im Münster des 19. Jh. vor dem Hintergrund der heutigen Debatte über Schulautonomie Aktualität beanspruchen. Sie zeigt, dass vor der staatlichen Normierung die örtliche Sozialstruktur über die Qualität der Schulen entschied. Diese fragwürdige Eigendynamik konnte erst durch bildungspolitische Vorgaben v.a. in der Bildungsfinanzierung gestoppt werden. Ulla Bracht will in ihrem Beitrag über die preußischen »Aufbauschulen« prüfen, inwiefern die Veränderungen von 1918/19 einen bildungspolitischen Niederschlag gefunden haben. Zwar half die neue Schulform ›Aufbauschule‹, als konservative Antwort auf die Einheitsschulbewegung gedacht, diesem Ziel entsprechend den ständischen Charakter des Bildungssystems zu erhalten. Im ›linken‹ Berlin jedoch wurde sie, anders als in der Provinz, durchaus reformpädagogisch genutzt – was Fragen nach dem Stellenwert regionaler Hegemonie für die Bildungspolitik aufwirft.

Dass in der westdeutschen Bildungsgeschichte nach 1945 das Gleichheitsversprechen uneingelöst geblieben ist, beleuchtet Wolfgang Keim in seinem »Rückblick auf 50 Jahre bundesdeutsche Bildungspolitik«, während Christa Uhlig eine Lanze für das Bildungssystem der DDR bricht, nicht ohne Widersprüche zu benennen. Sie erinnert auch an den hoffnungsvollen, aber bald unterdrückten Aufbruch von 1989. Der Aufsatz von Sylvia Mebus über die »Mittelschule« im heutigen Sachsen gewinnt angesichts ähnlicher Reformpläne in Nordrhein-Westfalen Aktualität. Sie liefert Indizien, dass die gepriesenen Vorzüge Differenzierung, Flexibilität und Durchlässigkeit einer Prüfung nicht standhalten.

Gegenstand des dritten Kapitels sind Tendenzen der neoliberalen Modernisierung von Bildung und Erziehung, die vorher bereits im Beitrag von Keim als Zukunftsszenario skizziert wurden. Gemessen daran wirken die »Profilbildungs- und Selektionsprozesse«, die Robert Horak und Dirk Johanns am Beispiel Frankfurter Sekundarschulen aufzeigen, vergleichsweise harmlos. Hervorhebenswert ist das Interview über »die Zurückdrängung der Gesamtschule«, das Wolfgang Keim mit Sigrid Beer und Anne Ratzki, ehemalige Gesamtschulleiterin und alte Kämpferin für diese Schulform, geführt hat. Aber dem Anspruch des Kapitels wird dieser Beitrag nur bedingt gerecht. Am ehesten liefert die Analyse der hochschulpolitischen Tendenzen von Torsten Bultmann ein Beispiel für neoliberale Modernisierung. Im vierten Kapitel werden bildungspolitische und erziehungswissenschaftliche Diskurse »beim Übergang ins 21. Jahrhundert« beleuchtet. Von den vier Beiträgen seien die beiden vorgestellt, die aus feministischer und interkultureller Perspektive jeweils das spannungsreiche Verhältnis von Gleichheit und Differenz behandeln. Eva Borst, die die Delegation der »Frauenfrage« an erziehungswissenschaftliche Expertinnen kritisiert, bemüht sich um eine bildungstheoretische Fundierung der Gleichheitsforderung bei Anerkennung der Differenzen unter Bezugnahme auf Annedore Prengel und Axel Honneth und vor allem unter Berufung auf die Theorien von Heinz-Joachim Heydorn und Jessica Benjamin. Peter Gstettner, der nicht nur die Strategie ethnischer Segregation scharf kritisiert, sondern auch Minderheiten in ihrer Identitätspolitik zu »paradoxen Konstruktionsleistungen« verleitet sieht, betrachtet dennoch oder deshalb die Differenzproblematik als pädagogische und politische Herausforderung. Er identifiziert in Theseform die ambivalenten »Bedeutungsebenen« von kultureller Differenz.

Die Hg., denen Opportunismus fremd ist, verdienen Respekt. Der Band hält die Erinnerung an tabuisierte bildungspolitische Alternativen wach. Aber kann man dem eigenen Anspruch noch gerecht werden, ohne sich auf die Auseinandersetzung mit neuen Theorieansätzen einzulassen? Kann man zum Beispiel Judith Butler oder Laclau/Mouffe übergehen, wenn man sich mit Identitätspolitik und Emanzipationsbewegungen befasst (Borst)? Wo Foucault genannt wird, wird er verharmlosend interpretiert (295). Zweifel auch, ob die Ideologiekritik, wie sie Armin Bernhard in der Auseinandersetzung mit konstruktivistischen und systemtheoretischen Positionen in der Erziehungswissenschaft betreibt, jemanden überzeugt. Der Rezensent vermisst auch den Aufweis praktischer Alternativen, sei es für die Bildungspolitik oder für die Schulpraxis, wenn man von dem Aufsatz von Dieter Weiland absieht, der von der Differenzierungspraxis an seiner Gesamtschule berichtet.

Dass in dem Abschnitt über neoliberale Modernisierung die mit GATS verbundenen Bedrohungen für das Bildungssystem außer acht bleiben, mag daran liegen, dass zum Zeitpunkt der Redaktion des Bandes die Tragweite jenes »Agreements« im allgemeinen noch nicht bekannt war, aber es verstärkt den Eindruck und macht es schwer, den Band kritischen PädagogInnen als heißen Tip zu empfehlen. Privatisierungstendenzen seitens der Politik bleiben, wenn man vom Hochschulbereich absieht, unberücksichtigt oder zumindest unterbelichtet, wenn man bedenkt, dass es z.B. in Hamburg Pläne für eine Privatisierung der beruflichen

Bildung gibt. Inzwischen haben die Schulleistungsvergleiche (PISA und die Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung IGLU) auf die ungewöhnlich hohe Selektivität des deutschen Bildungssystems aufmerksam gemacht und die Frage seiner Struktur wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Dadurch ist die Aktualität des Jahrbuchs zum Thema Gleichheit und Ungleichheit stark gemindert, was weder den Herausgebern noch den AutorInnen anzulasten ist, weil jene Untersuchungen bei der Abfassung des Bandes noch nicht vorlagen. Erhöht wird der Gebrauchswert durch den Rezensionsteil. Georg Auernheimer (Köln)

Wehner, Ulrich, *Pädagogik im Kontext von Existenzphilosophie. Eine systematische Untersuchung im Anschluß an Eberhard Grisebach, Otto Friedrich Bollnow und Theodor Ballauff*, Königshausen & Neumann, Würzburg 2002 (278 S., br., 45 €)

Die Randständigkeit existenzphilosophischer Themen in der deutschen Pädagogik erklärt Verf. zunächst aus der Entwicklung der pädagogischen Theorielandschaft nach dem Nationalsozialismus: Keine der drei pädagogischen Hauptrichtungen konnte oder wollte bei dem vermeintlich pessimistischen, unpolitischen bzw. unwissenschaftlichen Begriff der Existenz ansetzen. In der eigenen Untersuchung nähert er sich dem Existenzbegriff vor dem Hintergrund einer »relativen Autonomie der Pädagogik« (20). Die Auseinandersetzung ist von dem Interesse an der »Vergegenwärtigung von Formen pädagogischen Denkens« geleitet, »in denen existenzphilosophische Theoreme vergegenwärtigt und in die Pädagogik transformiert wurden« (ebd.). Die intendierte Klärung des gegenwärtigen pädagogischen Selbstverständnisses wird aus einer Darstellung und Untersuchung einzelner pädagogischer Theorieansätze angebahnt, wodurch der Autor zugleich einen Beitrag zur Geschichte der Pädagogik im 20. Jh. zu leisten beabsichtigt: Die drei besprochenen Denker Eberhard Grisebach, Otto Friedrich Bollnow und Theodor Ballauff stehen mit ihren Überlegungen im Abseits der pädagogischen Theoriediskussion und sind bislang kaum rezipiert worden.

Zunächst wird das Verhältnis von Existenzphilosophie und Pädagogik bei Grisebach behandelt, welches maßgeblich durch ›Limitation‹ und ›Relativität‹ bestimmt sei. Systematisch wird die Wende von einer Essenz- zu einer Existenzphilosophie nachvollzogen, mit der eine Kritik des neuzeitlichen Subjekts verbunden ist. An dessen Stelle tritt mit Kierkegaard die endliche Existenz und der Anspruch, mit der Forschung beim konkreten und »›wirklichen‹ (realen) Leben« anzusetzen (34). Diese Wendung bezieht der Autor auf Grisebachs Kritik an der pädagogischen Theorie, die – verfangen in System und Systematik – die pädagogische Praxis nicht zu erreichen scheint. Grisebachs »antithetischen Entwurf« zum Idealismus erarbeitet Wehner einleuchtend an Hand der Theoriefigur der ›realen Dialektik‹, welche »die notwendig konfliktuale Verfasstheit der Auseinandersetzung mit dem ›fremden Du‹« bezeichnet (57). Erziehung, verstanden als Folge der Begegnung mit dem fremden Du, liefert einerseits eine schlüssige Vorlage zur Kritik pädagogischer Machbarkeitsfantasien sowie einseitiger Wirkungs- und Rationalitätsansprüche und ermöglicht andererseits eine Neuformulierung von »Verantwortung« im Sinne eines Anspruchsverhältnisses. Der philosophische Hintergrund des Begegnungsparadigmas hätte allerdings durch eine Abgrenzung zur Transzendentalphilosophie und zur Philosophie Levinas' stärker ausgeleuchtet werden können.

Das Verhältnis von Existenzphilosophie und Pädagogik bei Bollnow wird durch den Begriff der ›Komplementarität‹ charakterisiert: Bollnows Ansatz erweist sich als eine Verschränkung von lebensphilosophischen, existenzphilosophischen und anthropologischen Theorieteilen in einer deutlich geisteswissenschaftlichen Rahmung, wobei sein Existenzbegriff eine Verengung im Sinne von Unberührbarkeit und Unabhängigkeit darstelle. Bollnows Studien seien durch dessen bürgerliche Wertvorstellungen im Nachkriegs-

deutschland der 1960er Jahre bestimmt und können nicht als existenzphilosophische Konsequenz gelesen werden (157). Die Analyse hätte gewinnen können, wenn die verkürzte Interpretation der Anschlussfähigkeit von Pädagogik und Existenzphilosophie bei Bollnow zum Ausgangspunkt einer systematischen Auseinandersetzung genommen worden wäre. Sie hätte eine problematisierende Vertiefung der ›Stetigkeitspädagogik‹ als grundlegendes Moment pädagogischer Theorie diskutierbar machen können (d.h. der Auffassung, Erziehung bilde den Prozess bzw. die Konstitution des rationalen oder moralischen Subjekts).

Ballauffs Bildungslehre legt der Autor als existenzphilosophische ›Revolutionierung‹ der Pädagogik dar. Dabei schließt sein Rückgriff auf das Existenzdenken Heideggers Ballauffs Anthropologiekritik und dessen Vorwurf des Anthropozentrismus auf, nach dem sich der Mensch als Wesen begreift, das sich durch Bildung gewinnt und bestätigt. Die durch Heidegger beeinflusste Lesart muss jedoch zwangsläufig bei der übergreifenden Trias von Sein, Wahrheit und Denken stehen bleiben, so dass die Konkrektion der pädagogischen Analysen Ballauffs außen vor bleibt. Aus diesem Grund wird auch die Relevanz von Kritik und Skepsis unterschätzt, welche ihrerseits die Sackgasse der ›Seinsdienerschaft‹ hätten vermeiden können (237f.).

Im Schlussteil der Untersuchung bemüht sich Verf. um eine Verstärkung existenzphilosophisch inspirierter Pädagogik. Die übertriebene Opposition Grisebachs und Ballauffs gegen die traditionelle Pädagogik habe zwangsläufig zu Missverständnissen geführt. Es gelte daher, die Positionen der beiden Denker z.B. durch einen personalistischen Denkhorizont zu plausibilisieren und kritisch weiterzuführen. So könne abseits von Selbstaufgabe an der Maßgeblichkeit des Einzelnen festgehalten werden, ohne in den Zirkel von Anthropozentrismus und Selbstverwirklichung zu geraten. – Positive Anregungen liefert die Pädagogik im Kontext von Existenzphilosophie für eine Korrektur »gegenüber einer modernitätsgläubigen hybriden Auffassung von Erziehungswissenschaft« nach Grisebach (250) sowie für eine Betonung der Systematik im Rahmen Allgemeiner Pädagogik nach Ballauff (251). Dies verweist am Ende auf die Frage nach dem Verhältnis von Pädagogik und Philosophie, die, wie Wehner mit seiner Dissertation anregt, durch den Begriff der ›Existenz‹ neu angegangen werden könnte.

Christiane Thompson (Halle)

Burow, Olaf-Axel, *Die Individualisierungsfalle: Kreativität gibt es nur im Plural*, Klett-Cotta, Stuttgart 1999 (164 S., br., 17 €)

Burow, Olaf-Axel, *Ich bin gut – wir sind besser. Erfolgsmodelle kreativer Gruppen*, Klett-Cotta, Stuttgart 2000 (278 S., br., 21,50 €)

Johler, Jens, u. Olaf-Axel Burow, *Gottes Gehirn*, Europa, Hamburg-Wien 2001 (320 S., br., 19,90 €)

»Kreativität« ist eines der beliebtesten Zauberwörter unserer Tage. Produkte, Dienstleistungen, Problemlösungen sollen kreativ sein, für deren Hervorbringung gilt »Kreativität« als universelle Schlüsselqualifikation. Wenn man bei steigendem Innovationstempo immer weniger weiß, was morgen verlangt wird, scheint die Hervorbringung von Neuem per se besser als die Bewahrung des Alten. Der Kreativitätsbegriff hat den Geniebegriff des 18. u. 19. Jh. beerbt. Während dieser die Fähigkeit, Neues hervorzubringen, noch auf einzelne, von der Natur besonders ausgestattete Individuen bezog, verweist der Kreativitätsbegriff auf eine Gattungseigenschaft. Nur der Mensch vermag etwas hervorzubringen, das es vorher noch nicht gab, und dieses Neue vermag einen Beitrag zur Lösung von Problemen zu leisten (Brockhaus Enzyklopädie).

Wie kann die Kreativität des Menschen systematisch hervorgehoben werden? Zur Beantwortung dieser Frage wurde lange nach Phasen kreativer Prozesse oder Merkmalen

kreativer Persönlichkeiten gesucht. Noch ganz in der Tradition des Geniegedankens ging man von einem einsamen kreativen Subjekt aus. Unter diese Tradition zieht der Kasseler Pädagogikprofessor Burow einen Schlussstrich. Seine beiden Sachbücher sind engagierte Plädoyers für ein Kreativitätskonzept, das im Zusammenwirken individueller Subjekte innerhalb eines »Kreativen Feldes« die eigentliche Quelle der Kreativität sieht. In »Die Individualisierungsfalle« illustriert Burow, anknüpfend an die Feldtheorie von Kurt Lewin, an Beispielen aus der Geschichte der Musik (Comedian Harmonists, Beatles) und der Computertechnik (Apple, Microsoft) das Muster des Kreativen Feldes: Es entsteht durch den Zusammenschluss von Persönlichkeiten mit stark unterschiedlich ausgeprägten Fähigkeiten, die eine gemeinsam geteilte Vision verbindet. Während uns der Druck der Konkurrenz bisher dazu bringt, dass wir uns gegenseitig isolieren, unsere Schwächen verbergen und so unser kreatives Potenzial blockieren, wäre es klüger, von den eigenen Schwächen auszugehen und diese durch die Suche nach Synergiepartnern auszugleichen (144). Wie solche Räume für kollektive Kreativität geschaffen werden können, ist Thema von »Ich bin gut – wir sind besser«. Darin unterscheidet Burow sieben Grundtypen von Kreativen Feldern (z.B. Paar-Kreativität, Team-Kreativität, Lernende Organisation) und stellt ausführlich sechs Verfahren zur praktischen Erzeugung solcher Felder dar: z.B. das Erfolgsteam, die *Perfect Product Search Conference* und – für den pädagogischen Diskurs besonders bedeutsam – die Zukunftswerkstatt als Instrument zur Kreativitätsförderung im Vorfeld kurzfristig umsetzbarer Aktionspläne in einem klar begrenzten Rahmen sowie die Zukunftskonferenz als Konzept, das einen »Energieschub für einen umfassenden institutionellen Wandel« aufbauen und ein längerfristig wirksames Kreatives Feld schaffen will (220).

So wie Genie und Wahnsinn nahe beieinander liegen, kann auch Kreativität leicht in Destruktivität umschlagen. Dies ist das Thema des Romans »Gottes Gehirn«. In ihm konfrontieren der Wissenschaftler Burow und der Schriftsteller Johler – ein »Kreatives Team« – den Leser auf spannende und beklemmende Weise mit jenem Anwendungsbereich von Kreativität, der seit zwei Jahrhunderten im Begriff ist, die Welt grundlegend neu zu gestalten: mit der wissenschaftlich-technischen Schöpfungskraft des Menschen. Die auf der Grundlage einer sorgfältigen Recherche erzählte Reise durch die Labore der Zukunft macht deutlich, wozu Wissenschaft und Technik, allen voran Biowissenschaften und Biotechnik, in Kürze fähig sein können. »Gottes Gehirn« thematisiert die Nähe von Genie und Wahnsinn auf zweifache Weise: Erstens den genialen Wahnsinn der herrschenden Wissenschaft und Technik, die sich anschiekt, Gott zu spielen, die Schöpfung nachzubessern, und dabei durch die Art der disziplinierten Arbeitsteilung ihren Gegenstand, das Lebendige, auseinanderreißt und zerstört. Und zweitens das wahnsinnige Genie in Gestalt des Protagonisten Phineas Blake, der die Welt retten, den Prozess des Zerreißen rückgängig machen, die Einheit von Wissenschaft und Technik wieder herstellen will, indem er sich anschiekt, das Gottesprogramm konsequent zu Ende zu bringen.

Was lässt sich aus den Erkenntnissen über das Wesen von Kreativität und die Gefahr ihres Umschlages ins Gegenteil, die den Sachbüchern und dem Roman zu Grunde liegen, lernen? Zurück zur Brockhaus-Definition von Kreativität: Gegeben ist das Problem, gesucht die Lösung. Das Problem geht der Lösung stets voraus, die Lösung muss sich als für das Problem tauglich erweisen. Um den Zusammenhang von Genie und Wahnsinn, von Kreativität und Destruktivität analytisch zu vertiefen, ist es vielleicht sinnvoll, den Zusammenhang von Problem und Lösung, die Rückkoppelung von Alt und Neu, unter die Lupe zu nehmen. Bereits die Alltagserfahrung lehrt, dass dem Menschen zu viel Neues nicht gut tut. Wo das Tempo der Neuerungen so groß ist, dass das Alte hinter dem Neuen entschwindet und seine

Struktur den Subjekten keine Orientierung mehr zu bieten vermag, werden Individuen und Gesellschaften systematisch überfordert. Vor lauter Lösungen ist nicht mehr klar, was eigentlich das Problem war. Probleme und Lösungen, Ziele und Mittel, Werte und Instrumente zerfließen. Die Existenz von Fixpunkten aber, im Denken wie im Handeln, ist Voraussetzung dafür, dass überhaupt reflektiert und gehandelt werden kann, dass im Individuum, in der Gruppe, in der Gesellschaft der »gemeinsame Grund« (Burow) bewusst werden kann. Die sich im individuellen und gesellschaftlichen Wahnsinn zeigende Pervertierung menschlichen Schöpfertums, die fundamentale Enthumanisierung, ist im Kern die Konsequenz einer gescheiterten Rückkoppelung zwischen Alt und Neu. Konstruktiv gewendet könnte man es auch so formulieren: Kreativität benötigt nicht nur Räume bzw. »Felder« für das Spiel mit variablen Möglichkeiten und Grenzen. Kreativität erfordert auch eine fundamentale Sensibilität für die *Zeitlichkeit* jenes Prozesses, in dem Neues entsteht und zugleich Probleme gelöst werden.

Fritz Reheis (Rödental bei Coburg)

Soziale Bewegungen und Politik

Aronowitz, Stanley, u. Peter Bratsis (Hg.), *Paradigm Lost. State theory reconsidered*, University of Minnesota Press, Minneapolis 2002 (325 S., br., 31 €)

Im Anschluss an Ralph Miliband und Nicos Poulantzas steht die »Auferstehung« der kritischen Staatstheorie »von den Toten« (xi) im Mittelpunkt des Bandes. Die Notwendigkeit ihrer Aktualisierung verdeutlichen Hg. exemplarisch an Deleuze/Guattari und Hardt/Negri. Sie zeigen mit Poulantzas, dass deren Gegenüberstellung von Staat/Nomade verfehlt ist, weil sie eine spezifische Territorialität voraussetzt, die erst mit der kapitalistischen Arbeitsteilung entsteht. Übersehen werde, dass »Territorialität nicht einfach Eigentum eines ›Staates«, sondern des kapitalistischen Staates ist« (xx). Für Barrow war die Miliband-Poulantzas-Debatte im Kern ein epistemologischer Disput darüber, welche marxistischen Klassiker zur Begründung einer Staatstheorie herangezogen werden können. Dabei sei es problematisch, an Hand klassischer Texte »die« marxistische Staatstheorie entwickeln zu wollen, denn mit diesen ließen sich durchaus widersprüchliche theoretische Positionen begründen (44). Panitch konstatiert eine generelle Verarmung der Staatstheorie, die sich z.B. bei Hirst und Thompson in der These manifestiere, mit einem bisschen mehr politischem Willen wären die negativen Seiten der Globalisierung zu beseitigen (96). Solche Auffassungen übersähen, dass die Globalisierung wesentlich von staatlichen Kräften vorangetrieben wurde. Für ein besseres Verständnis gegenwärtiger Transformationsprozesse erwiesen sich die »Werkzeuge« marxistischer Staatstheorie als unverzichtbar (98).

Kalyvas wendet sich der postmodernen These zu, der Staat sei nur eine über Netzwerke von Machtstrukturen und Diskursen produzierte Imagination. Er zeigt, ausgehend von Poulantzas' Kritik an Foucault, dass ein solcher Ansatz nicht nur für Momente politischer Krise und emanzipativer Praxis blind ist, sondern ihm ein Verständnis von Gesellschaft als dem Ort der Generierung von Machtverhältnissen zu Grunde liegt, welches die Bedeutung von materiellen Existenzbedingungen und Klassenkämpfen ignoriert (122). Er konstatiert eine Transformation des »autoritären Etatismus« in einen »liberal-autoritären Legalismus« (123), der charakterisiert ist durch Verschiebung politischer Macht von der Legislative zur Exekutive, durch Bedeutungszuwachs von Gesetzes-Autorität (*rule of law*) und formal-liberaler Legalität (126) sowie durch Verschärfung repressiver Praxen (128).

Cloward und Piven analysieren die Transformation des Sozialstaates ausgehend von der These, dass kapitalistische Gesellschaften ihre Produktion mittels interdependenter Netz-

werke organisieren, die zugleich weitverzweigte Machtkapazitäten generieren, in denen jeder Akteur, sofern er einen notwendigen und anerkannten Beitrag zu ökonomischen oder politischen Prozessen leistet, über Macht verfügt (150). Sie skizzieren Möglichkeiten der Machtausübung ›von unten‹ und sozialstaatlichen Antworten ›von oben‹ ab dem 13. Jh.. Ende des 20. Jh. hätten die veränderte Stellung lebendiger Arbeit im Produktionsprozess sowie die gestiegene Mobilität des Kapitals den Einfluss der Lohnabhängigen vermindert, ihre Widerstandspotenziale geschwächt und damit die gegenwärtige Transformation des Sozialstaates ermöglicht (164ff). Tsoukalas zeigt unter Rückgriff auf Poulantzas' Imperialismusanalyse, dass die gegenwärtigen ökonomischen Transformationsprozesse vier für die Form der relativen Autonomie des Staates zentrale Konsequenzen haben: Niedergang der nationalen Bourgeoisie (225ff), wachsende Fragmentierung der lohnabhängigen Bevölkerung (230ff), Verschmelzung der ökonomischen Funktionen des Staates mit repressiven und ideologischen Momenten (»*technocratic ›developmental‹ authoritarianism*«, 233ff) und eine neue Qualität der Verbindung zwischen Staatspersonal und Kapital, die sich in den USA u.a. in der Suche nach Finanzquellen für Parteien, die Zunahme von Public-Private-Partnerships sowie einer »*functional corruptability*« zeigt (237ff). Die relative Autonomie des Staates bleibt zwar erhalten, wird aber strukturell zunehmend selektiv (242). Nach Bratsis besteht ein zentrales Defizit marxistischer Staatstheorie darin, den Staat nicht vollständig zu entmystifizieren (248). Dies sei nur zu erreichen, wenn neben gesellschaftlichen Praxen primär das »Denken-des-Staates« als Voraussetzung seiner Materialität betrachtet werde (255). In diesem Sinne solle, statt von der gegebenen Existenz der Untersuchungsobjekte (Staat, Institutionen, Nationalterritorium etc.) auszugehen, Poulantzas' Auffassung des Staates als Produkt konkreter gesellschaftlicher Praxen ernst genommen und die Praxen identifiziert werden, die das »Staats-Denken« hervorbringen sowie deren »*material causes*« (264).

Codato und Perissinotto liefern eine Kritik neoinstitutionalistischer Arbeiten. Thomas skizziert kurz die theoretische Entwicklung von Poulantzas. Levine stellt die Transformation des amerikanischen Wohlfahrtsstaates seit dem New Deal dar. Jessop widmet sich der Aktualität von Poulantzas' Imperialismusanalyse (vgl. *Prokla* 116) und Aronowitz den veränderten Rahmenbedingungen sozialer Kämpfe auf dem Terrain des amerikanischen autoritären Etatismus, des »nationalen Sicherheitsstaats« (269). Die meisten Beiträge befassen sich eher mit Poulantzas als mit Miliband, doch wird der Problematik der Nationenform bei Poulantzas keine Aufmerksamkeit zuteil. Trotzdem gibt das Buch einen guten Einblick in anglo-amerikanische Debatten und zeigt Anknüpfungspunkte für die Weiterentwicklung materialistischer Staatstheorie.

Markus Müller (Berlin)

Sylvers, Malcom, *Die USA – Anatomie einer Weltmacht. Zwischen Hegemonie und Krise*, Papy Rossa, Köln 2002 (333 S., br., 16,90 €)

Verf. tritt an, die »Konturen der US-Politik und der heutigen Situation eines sich zwischen Verfall, ›Renaissance‹ und Hegemonie befindlichen Landes zu bestimmen« (9). Er liefert eine Analyse der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in den USA und zeigt, was hinter der oft verdinglichten Vorstellung des Staates im Allgemeinen und der USA im Besonderen steht. Was hat die – von kurzfristigen Akkumulationsstrategien geprägte – amerikanische Dynamik mit der spezifischen Gesellschaftsstruktur der USA zu tun? Wie steht es um die Zukunft dieses Modells? Gerade die Offenheit der amerikanischen Gesellschaft hat maßgeblich die Herausbildung des Neoliberalismus in den USA begünstigt. Ihr Selbstverständnis als Einwanderungsgesellschaft und der stetige Zufluss billiger ungelernter Arbeit trugen zur »Umwerteilung des Einkommens von den ungelernten Arbeitern zu den hochspezialisierten Arbeitskräften und den Unternehmern« bei (142). Die Attraktivität der US-Gesellschaft

impliziert eine permanente Schwächung der ausgebeuteten Klassen und trägt zur Akzeptanz extremer Ungleichheit bei. In ihrer kulturellen Tradition hatten Individuum und individuelle Verantwortung schon immer einen hohen Stellenwert (167f), zudem ist sie in unterschiedliche »Communities« segmentiert. Trotz erheblicher sozialer Unterschiede verfügt dieses Modell über eine auch für Anleger attraktive Stabilität. Die USA können sich ein enormes Außenhandelsdefizit erlauben, weil die Aussicht auf Gewinne und ihre Anziehungskraft für Geldanleger ungebrochen sind; in der Folge fließen große Kapitalströme (66f).

Implizit wird deutlich, dass in der Konkurrenz der Staaten auch unterschiedliche Ausbeutungsstrategien miteinander konkurrieren. In welchem Verhältnis diese zueinander stehen, bleibt allerdings unklar. Auch die strukturellen Veränderungen, die neue Kräfteverhältnisse hervorgebracht haben und von diesen begünstigt wurden, werden kaum untersucht. Dadurch bleibt die Studie in einer akteurszentrierten Klassenanalyse gefangen. Ebenso eingeengt ist der Blick auf die internationalen Institutionen, die nur als Instrumente der USA thematisiert werden: »Die WTO wird genutzt, um Japan und Europa zu »öffnen« und weitgehende Handlungsfreiheit zur unilateralen Durchsetzung der nationalen Interessen zu wahren.« (245) Die Frage, ob sich in Institutionen wie der WTO Kräfteverhältnisse verdichten, die nicht auf die USA zu reduzieren sind, kann so nicht gestellt werden. Empirisch betrachtet sind aber die westeuropäischen Staaten und die EU keineswegs Opfer einer us-inszenierten Marktöffnung, sondern gehören zu den emsigsten Akteuren in der WTO.

Das Buch bleibt deskriptiv, theoretische Schlussfolgerungen werden kaum gezogen. Zwar wird die Transnationalisierung der Klassenstruktur angedeutet, ihre Konsequenzen aber bleiben unklar: »Manche Leute mögen von einer »transnationalen Bourgeoisie« sprechen, für die anderen würde es sich einfach um eine Koordination der verschiedenen führenden Gruppen der zentralen Länder handeln unter der flexibleren, wenn auch allmählich schwächer werdenden Führung der Vereinigten Staaten.« (275) Damit wird eine entscheidende Frage angerissen: Kann Hegemonie überhaupt noch als Hegemonie eines führenden Nationalstaates begriffen werden, kann die Analyse von Hegemonie sich noch auf diesen beschränken? Doch der Hinweis, die aktuelle Situation laufe eher auf eine »Trigonometrie« als auf Hegemonie eines einzelnen Landes hinaus (ebd.), hilft hier nicht weiter. Vielmehr wäre zu untersuchen, inwieweit veränderte globalisierte Klassenstrukturen zur Entstehung neuer Terrains geführt haben, auf denen um Hegemonie gerungen wird.

Jens Wissel (Frankfurt/M)

Boris, Dieter, u. Albert Sterr, *Foxtrott in Mexiko. Demokratisierung oder Neopopulismus?* Neuer ISP-Verlag, Köln 2002 (269 S., br., 15,30 €)

Obwohl es linke Bewegungen waren, die seit den 80er Jahren die Demokratisierung des politischen Systems in Mexiko erzwangen, wurde im Jahr 2000 ein neoliberal-konservativer Präsident gewählt. Das vorliegende Buch unternimmt eine erste umfassende Bestandsaufnahme der Veränderungen und ihrer sozialen und ökonomischen Hintergründe. Die Regierungszeit des letzten PRI-Präsidenten Ernesto Zedillo begann mit der Peso-Krise Ende 1994; sie war gekennzeichnet durch den kurz vorher begonnenen Aufstand der Zapatistas in Chiapas und das Erstarken anderer sozialer Bewegungen, durch Kämpfe um Demokratisierung des politischen Systems sowie durch ökonomische Modernisierung und zunehmende internationale Verflechtung, insbesondere mit den USA. Dem Wahlsieg der Nationalen Aktionspartei (PAN) über die PRI gingen 1997 Niederlagen der Quasi-Staatspartei bei den Parlamentswahlen, den Bürgermeisterwahlen in Mexiko-Stadt und einigen Gouverneurswahlen voraus. – In der Wirtschafts- und Sozialpolitik habe sich seit Fox' Amtsantritt wenig geändert: Seinen vollmundigen Versprechen folgten Enttäuschungen

(113). Selbst das symbolisch wichtige Gesetz für indigene Rechte und Kultur, eine zentrale Forderung der Zapatistas, scheiterte an den eigenen Reihen. Neu allerdings sind Fox' virtuoser Umgang mit den Medien, seine zwei Millionen Mitglieder (!) zählende Wahlkampfplattform *Amigos de Fox*, die für den Wahlsieg wichtiger als die Partei war, sowie die Tatsache, dass in seinem Kabinett die Hälfte der Minister Unternehmer sind. Kritisch beleuchten die Verf. diverse soziale Bewegungen – anders als die meisten deutschsprachigen Veröffentlichungen auch die Zapatistas: »Mit Ausnahme der Autonomiefrage ist der Zapatismus als Bewegung weder inhaltlich noch von seinen Organisationskapazitäten her interventionsfähig.« (161) Er konnte lediglich »Stimmungen erzeugen«, »sich jedoch nicht in dauerhafte Formen kollektiven Politikmachens transformieren« (ebd.).

Das Buch stellt den »Foxtrott« in den Zusammenhang eines neuen Herrschaftsmodells. Seit den 90ern ist in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern ein »Neopopulismus« entstanden, der sich vom klassischen Populismus der 40er bis 70er Jahre unterscheidet. Paradigmatisch dafür sind die Kräftekonstellationen in Peru unter Alberto Fujimori (1990-2000) und in Argentinien unter Carlos Menem (1998-1999). Wie in Mexiko handelte es sich um Quasi-Allianzen zwischen neoliberalen Kräften und randständigen Gruppen. »Die aktiven Träger des Neopopulismus sind die großen exportorientierten Kapitale [...], die von der Liberalisierung der Ökonomie und der zunehmenden Einbindung in den Weltmarkt am meisten profitieren. Zu ihnen gesellen sich [...] große Teile der Marginalisierten, [...] für die schärfste Konkurrenz, Kampf ums Überleben und Rückzug auf Individuum/Familie seit jeher zum lebenspraktischen und ideologischen ABC gehört.« (233) Der Neopopulismus kann auf das Militär bauen, ist radikal neoliberal und außenpolitisch ein Vasall der USA. Die Privilegierten des klassischen Populismus hingegen – städtische Arbeiterschaft, Staatsangestellte, Teile der Mittelschichten, binnenmarktorientierte Unternehmer – werden zu seinen Verlierern. Zentrale Inhalte des klassischen Populismus, zu dem Verf. auch das Regime von Hugo Chávez in Venezuela zählen, werden also auf den Kopf gestellt. Vicente Fox fehle jedoch für ein neopopulistisches Projekt bislang die Massenbasis. Daher sei ein »Dauerkonflikt zwischen konservativem Gesellschaftsentwurf, Neopopulismus und klassischem Populismus« absehbar (240).

Die Verf. erklären nicht, warum sie Präsident Fox überhaupt an Wahlversprechen messen – dass diese nicht eingehalten werden, ist nichts Neues. Mechanismen der Legitimation, die in anderer Weise auch für die jahrzehntelange PRI-Herrschaft entscheidend waren, bleiben unterbelichtet. Zudem wird die Einbettung politischer Entwicklungen im engeren Sinne in sozio-ökonomische Veränderungen (außer bei den Ausführungen zum Neopopulismus) nicht durch eine Analyse spezifischer Kräftekonstellationen untersetzt – insbesondere die diversen Fraktionen der Bourgeoisie finden keine Erwähnung. Dennoch ist das Buch als exemplarische Studie der Widersprüche neoliberaler Transformation in einem peripheren Land zu empfehlen.

Ulrich Brand (Kassel)

Nissen, Sylke, *Die regierbare Stadt. Metropolenpolitik als Konstruktion lösbarer Probleme. New York, London und Berlin im Vergleich*, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2002 (271 S., br., 29,90 €).

Die zentrale These klingt plausibel: Als »erfolgreich« gilt eine städtische Administration nicht nur wegen ihrer »objektiven Erfolge«, sondern auch, wenn es ihr gelingt, *agenda setting* zu betreiben. Das Paradebeispiel liefert die Kriminalpolitik des 1994 gewählten New Yorker Bürgermeisters Giuliani, der die Kriminalität zum Hauptthema der Lokalpolitik machte und an Hand der Kriminalstatistik öffentlichkeitswirksam Erfolge vorwies. Die Fähigkeit, die lokale Agenda entsprechend dem eigenen politischen Interesse zu gestalten,

sieht Verf. als »hinreichende Bedingung« (216) für lokalpolitischen Erfolg – die in der politisch-administrativen Struktur begründete Handlungsfähigkeit der Stadtregierung als dessen »notwendige Bedingung« (216). Damit wären Unterschiede zwischen New York und anderen Metropolen wie folgt zu verstehen: In London gab es mit der Verkehrsproblematik zwar ein dominantes Thema, doch nach der Abschaffung des (Labour-dominierten) *Greater London Councils* 1986 durch die Thatcher-Regierung besaßen die lokalen Akteure keine Möglichkeit, dieses Problem anzugehen. In Berlin hingegen sei es den Eliten »aus Mangel an individueller Handlungsfähigkeit«, d.h. wegen »Führungsschwäche« und »Fehlen eines charismatischen politischen Akteurs« (222), nicht gelungen, ein lösbares Problem in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen (obwohl die politisch-administrative Struktur der Stadt dies erlaubt hätte). – Mit dem »objektiven Erfolg« der Kriminalitätsbekämpfung in New York ist es allerdings nicht weit her: Es gibt »Indizien für eine interessengeleitete Präsentation der Polizeiergebnisse« (79), dieselben Gesetzesverstöße wurden von der Polizei ab 1994 nur anders statistisch erfasst. Und ein »äußerst restriktives Informationsverhalten« (212) der Giuliani-Administration machte die Darstellung ihrer Erfolge nahezu unüberprüfbar.

Zur Erforschung des unterschiedlichen lokalpolitischen Erfolgs bedient sich Nissen eines »vorsichtigen Rekonstruktivismus« (197): die gesellschaftliche Realität sei »Ergebnis eines Konstruktionsprozesses« (195), in den »individuelle, interessengeleitete Wirklichkeitsdeutungen« (197) eingehen. Dabei gleitet sie aber nicht in die Beliebigkeit einer radikal-konstruktivistischen Position ab, denn die städtischen Eliten könnten nicht beliebige Themen an die Spitze ihrer Agenda setzen, sondern nur solche, die von der Bevölkerung tatsächlich als Probleme wahrgenommen werden. Für die Akteure empfiehlt sich ein Problem, das relativ schnell, ohne allzu starke Belastung konfliktfähiger Gruppen und zum Vorteil möglichst vieler WählerInnen gelöst werden kann. Außerdem muss die Lösung des Problems dem jeweiligen politischen Akteur zurechenbar sein (204).

Leider tragen vierzig Seiten zur Methodik des sozial- und politikwissenschaftlichen Vergleichs nichts zur Klärung der Sache bei, weil Verf. von jeglichem zu vergleichendem Inhalt abstrahiert (20). Sie nutzt ein simples Kausal-Modell, in dem »die unterschiedliche stadtpolitische Performanz« (51) die abhängige und die »lokalpolitische Handlungsfähigkeit« die unabhängige Variable darstellen. Warum letztere Unterschiede im Erfolg lokaler Politik erklären soll, wird nicht begründet, sondern »spontan« (54) angenommen. Ohnehin fungiert diese Konstruktion als Strohpuppe, denn im Untersuchungsdesign ist bereits das Ergebnis angelegt, dass individuelle Handlungsfähigkeit und *agenda setting* als weitere unabhängige Variablen (bzw. als »hinreichende Bedingungen«) hinzugefügt werden müssen. Die Festlegung auf die erklärende Variable »lokalpolitische Handlungsfähigkeit« verweist auf eine Leerstelle im theoretischen Design. Die neuere Literatur aus der kritischen Stadtforschung wird nicht erwähnt, hätte aber wohl andere »unabhängige Variablen« zu Tage gefördert – die Attraktivität der Stadt für die Kapitalakkumulation (insbesondere Investitionen in fixes Kapital), den Wandel der ökonomischen und politischen Kontrollfunktionen und die soziale Kontrolle der Exkludierten als Reservearmee. Bezugsrahmen hätte neben dem jeweiligen nationalen politisch-administrativen System auch die Stellung der Stadt in der globalen Städtehierarchie und die Bemühungen der lokalen Eliten in der interurbanen Konkurrenz sein können. Stattdessen behauptet Verf., die »unterschiedlichen lokalpolitischen Verhältnisse« ließen sich »mit dem gängigen Instrumentarium der Stadtforschung [...] nicht schlüssig erklären« (15) – ohne das »gängige Instrumentarium« überhaupt zu diskutieren. Diese Herangehensweise offenbart einen von der materialistischen Staatstheorie seit langem kritisierten Politikidealismus, der das Politische ohne Bezug auf die sozioökonomischen Verhältnisse denkt.

Bernd Belina (Bremen)

Hanna Behrend, *Demokratische Mitbestimmungsrechte unter DDR-Bedingungen. Die ambivalenten Strukturen an den Universitäten*, trafo, Berlin 2003 (183 S., br., 17,80 €)

Die vorgelegte Geschichtsaufarbeitung steht unter der Prämisse, »dass es Richtiges im Falschen gibt und dass die Ambivalenz der DDR im gleichzeitigen Vorhandensein von repressiven und hierarchischen Strukturen einerseits und mindestens potenziell angelegten sozialen und damit auch persönlichen Freiheiten andererseits bestand« (7). Geschichte ist allenthalben ambivalent: die Menschen agieren unter vorgefundenen Bedingungen und müssen sich ihnen partiell beugen – aber eben nur partiell. Wer das bundesdeutsche Universitätssystem kennt, weiß, dass das tradierte System der Ordinarien, die nahezu gottesgleich in *akademia* herrschen, kaum eine Mitbestimmung des wissenschaftlichen Nachwuchses zulässt, zumal dieser den Professoren auf Grund materieller Zwänge machtlos ausgeliefert ist. Das DDR-Hochschulwesen hingegen wurde, wie Verf. am Beispiel der Anglistik an der Humboldt-Universität zeigt, zwar durch das Diktat der SED reglementiert und ein offenes Auftreten gegen kontraproduktive Parteidirektiven war kaum möglich – in der alltäglichen Praxis aber konnten durch die Integration der Ordinarien in die Pluralität der organisatorischen Strukturen Elemente von Mitbestimmung erreicht werden. Statusfragen spielten, wenn es um akademische Inhalte ging, nur eine begrenzte Rolle. Verf. kennt den DDR-Hochschulbetrieb aus fast 30jähriger Tätigkeit an der Humboldt-Universität. Engagierten AkademikerInnen habe das so genannte Prinzip der »kollektiven Leitung und der Eigenverantwortung« ein beachtliches Maß an Gestaltungsmöglichkeiten geboten. Zahlreichen couragierten Universitätsangehörigen gelang es, gegen die verknöcherten Hochschulstrukturen produktive Veränderungen auf der Ebene der eigenen Lehre und Forschung durchzusetzen. So konnte die Verf. trotz der Verteufelung des Feminismus durch die SED-Obrigen als »kleinbürgerliche Ideologie«, aber auch gegen den Widerstand einer Reihe von Akademikern ein feministisches Forschungsprojekt mit NachwuchswissenschaftlerInnen und Studierenden realisieren und damit für neue theoretische Ansätze einen gewissen Grad an innerbetrieblicher und interuniversitärer Öffentlichkeit schaffen. Freilich war dazu – wie die in den Anlagen enthaltenen Briefe und Projektberichte belegen – großes Engagement nötig.

Aus der Beschreibung des Umgangs der Universitätsangehörigen (einschließlich der Studierenden) untereinander spricht eine Hochschulkultur, die von Solidarität und wissenschaftlichem Miteinander geprägt war. Da die MitarbeiterInnen nur begrenzt in einem Konkurrenzverhältnis zueinander standen (Verf. meint: in »keinem«, 32, was aus meiner Erfahrung übertrieben ist) und materielle Existenzängste keine Rolle spielten, war das Betriebsklima der DDR-Universitäten ungeachtet akademischer Hierarchien von gegenseitiger Unterstützung und menschlicher Wärme geprägt. Zwar sind Verschulung und Praxiszentriertheit der Ausbildung nicht zu leugnen, aber Studienpläne und Förderungsvereinbarungen für schwangere, ausländische oder besonders begabte StudentInnen sollten allen einen jeweils erfolgreichen Studienabschluss garantieren. Die Familiarisierung des Hochschulbetriebs und die Integration der Familie in die berufliche Tätigkeit durch Sektionsfeiern, gemeinsame Theaterbesuche oder Kinderbetreuung wurden zuweilen als Einschränkung der persönlichen Unabhängigkeit empfunden. Doch aus heutiger Erfahrung ist Verf. zuzustimmen, wenn sie die Familiarisierung als Gegenmodell zur Privatisierung und Vereinzelung an der Universität sieht, um Ganzheitlichkeit und Öffentlichkeit als Normen zwischenmenschlicher Beziehungen zu etablieren und für die wissenschaftliche Arbeit zu nutzen. Die Lektüre der in den Anlagen dokumentierten Berichte von Bereichsversammlungen, Briefen und Forschungsplänen belegt die Produktivität eines solchen Klimas für WissenschaftlerInnen wie für Studierende: arbeitsmäßige oder familiäre Belastungen Einzelner wurden durch das Kollektiv gemindert und der studentische und graduierte Nachwuchs maßgeblich gefördert.

Bei aller Kritik an der untergegangenen DDR lässt Verf. keinen Zweifel, dass sich die Ansätze universitärer Demokratie nur entwickeln konnten, weil die materielle Absicherung aller Menschen garantiert war. Ihre Studie zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass sie weder in nostalgische Glorifizierung noch in pauschale Denunzierung verfällt. Dieses kritische Erinnern an einen Teil unserer Vergangenheit leistet einen Beitrag auf der Suche nach Wegen zu demokratischeren Universitäts- und Gesellschaftsstrukturen.

Stephan Lieske (Berlin)

Ökonomie

Hochschild, Arlie, *Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet*, aus dem Am. v. Hella Beister, Leske + Budrich, Opladen 2002 (305 S., br., 18 €)

Von 1990 bis 1993 hat Verf. Gespräche mit Beschäftigten eines us-amerikanischen Technologiekonzerns geführt, um zu erfahren, wie die Anforderungen einer globalisierten Arbeitswelt mit einem glücklichen Familienleben vereinbart werden können. Sie hat 130 Beschäftigte auf allen Qualifikationsstufen befragt – und stieß auf den Widerspruch, dass berufstätige Eltern den Mangel an Zeit für Kinder und Familie als eines ihrer größten Probleme bezeichnen, aber dennoch firmeneigene Angebote für familienfreundliche, kürzere Arbeitszeiten nicht in Anspruch nehmen. Gemeinhin werden als Gründe dafür vermutet: Lohneinbußen, Sorge um den beruflichen Aufstieg, Behinderung durch direkte Vorgesetzte im mittleren Management, mangelnde Information über das Programm oder Angst vor Entlassungen. Zentral in der mangelnden Bereitschaft, die eigene Arbeitszeit zu verkürzen, ist nach Hochschild aber auch ein kultureller Wandel von Arbeits- und Privatleben, durch den »die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet«: Die Arbeit im Haushalt nimmt Züge der entfremdeten Industriearbeit an und wird im Zuge ihrer Technisierung taylorisiert, während die Erwerbsarbeit an Attraktivität und Abwechslung gewinnt, weil ein *Total Quality Management* des Konzerns den Beschäftigten mehr Entscheidungsspielräume überlässt und ihnen stärkere Autonomie gewährt. Zu Hause sind nicht nur Arbeit und Organisation, sondern auch Konflikte und Spannungen zwischen Familienmitgliedern zu bewältigen, dagegen sind die Kontakte am Arbeitsplatz weniger durch emotionale Erwartungen aufgeladen. Die Befragten berichten, dass über geleistete Versorgungs- oder Erziehungsarbeit zu Hause kein Wort des Lobes verloren wird, während der Arbeitgeber Bestätigung und Anerkennung durch zeremonielle Praxen (Urkundenverleihung, Feiern, öffentliche Belobigung) bietet. Elternfreundliche Arbeitszeiten sind also wenig interessant, weil Menschen die meiste Zeit für das aufwenden, was sie selbst am höchsten bewerten und für das sie am meisten Wertschätzung erfahren: in einem kulturellen Kampf stimmten Eltern mit den Füßen ab, der Arbeitsplatz gewinnt. »Wir wissen schon aus früheren Studien, dass viele Männer bei der Arbeit eine Zuflucht gefunden haben. Das ist nichts Neues. Die Neuigkeit [...] ist, dass auch immer mehr erwerbstätige Frauen ungern mehr Zeit zu Hause verbringen wollen. Sie sind hin und her gerissen, haben Schuldgefühle und leiden unter dem Stress ihrer langen Arbeitszeiten; aber sie sind ambivalent, wenn es darum geht, ihre Arbeitszeiten zu verkürzen. Frauen fürchten, sie könnten ihren Platz im Erwerbsleben und damit das verlieren, was für sie inzwischen eine Quelle von Sicherheit, Stolz und hohem Selbstwertgefühl geworden ist.« (270)

Doch auch die zunehmende »Taylorisierung der Familie« (227) bringe Menschen dazu, freiwillig immer mehr Zeit für Erwerbsarbeit aufzuwenden: Zeit wird zu einem knappen Gut, das auch in der Familie »gespart« werden muss. Als »zweite Schicht« ist das Zuhause ein Ort, an dem Tätigkeiten mit Hilfe neuer Technologien immer stärker beschleunigt und kompri-

miert werden (211ff). Arbeiten werden wie am Fließband vereinfacht und standardisiert, werden eintöniger und monotoner, lassen weniger Gestaltungsspielräume. Zugleich werden zeitintensive Tätigkeiten durch Güter und Dienstleistungen ersetzt: Instantsuppen und Tiefkühlkost ersetzen selbstgekochte Mahlzeiten und die »zeithungrige Mutter sieht sich immer häufiger gezwungen, zwischen der eigenen Elterntätigkeit und dem Kauf einer von einer anderen Person ausgeführten Warenversion dieser Tätigkeit zu wählen. Indem sie auf ein immer breiteres Angebot von Gütern und Dienstleistungen zurückgreift, wird sie zunehmend zur Managerin, die das Outsourcing von Teilen des Familienlebens überwacht und koordiniert.« (254)

Die Studie bereichert die Analyse der Erwerbswelt und ist ein wichtiger Baustein zur Erklärung des geringen gesellschaftlichen Drucks in Richtung Arbeitszeitverkürzung als Weg aus der Krise der Arbeitsgesellschaft. Verf. warnt davor, eine Gesellschaft so erwerbszentriert zu gestalten, dass Zeiten für Familie, Ehrenamt und gesellschaftliches Engagement »ganz von selbst« hinten angestellt werden (261ff). Die Charakterisierung der Familienarbeit als »fordistisch« ist (227) jedoch problematisch: Der Einzug technischer Geräte in private Haushalte ermöglicht, viele verschiedene Arbeiten ineinander zu schachteln und »schnell-mal-eben-zwischendurch« zu erledigen. So werden größere zeitliche Einheiten, die einst für zusammenhängende Familienarbeiten reserviert waren, aufgelöst in schnellere, kurzzeitig planbare und flexibel handhabbare Arbeitsschritte, die zeitgleich ablaufen, koordiniert und überwacht werden müssen. Das entspricht eher »postfordistischen« statt fordistischen Zeitmustern.

Dagmar Vinz (Berlin)

Gather, Claudia, Birgit Geissler u. Maria S. Rerrich (Hg.), *Weltmarkt Privathaushalt: Bezahlte Hausarbeit im globalen Wandel*, Westfälisches Dampfboot, Münster 2002 (239 S., br., 20,50 €)

Erwerbsförmige Hausarbeit wird vor dem Hintergrund einer Internationalisierung des Privathaushalts oft als »rechtsfreier Raum« und »politisches Niemandsland« betrachtet, kaum beachtet von den nationalen Gewerkschaften, ausgeschlossen aus akademischen Diskussionen (9). Da sie als »extraterritoriale« Arbeitsform nicht der Regulierung des Staates, sondern privater Regelung unterliegt, haben ihre Arbeitskräfte kaum eine institutionelle Interessenvertretung (10). Die »Dienstmädchenfrage« weist für Hg. auf einen Proletarisierungsprozess hin, der eine Verberuflichung und Modernisierung von Hausarbeit in Gang setzt und sie gleichzeitig verhindert (12). Es kommt, so Gather und Hanna Meißner im Anschluss an Joachim Hirsch, zur »Polarisierung der Arbeiterschaft« und zum »Entstehen von Teilzeit-, Heim- und Leiharbeit« sowie von einem »peripheren Produktions- und Dienstleistungssektor außerhalb des industriellen Sektors« (122). Die Informalisierung der Arbeit bringt eine Rückkehr »feudaler Herrschaftsverhältnisse« mit sich (Barbara Thiessen, 143). Das »Schattenarbeitsmarktsegment« (Gather/Meißner, 133) informeller Hausarbeitsverhältnisse ist dabei widersprüchlich. Es unterscheidet sich von den neuen Formen des Wirtschaftens, basiert aber ebenfalls auf der individualisierten, eigenverantwortlichen Vermarktung der Arbeitskraft. Das Fehlen schriftlicher Verträge und formeller Beschäftigungsregelungen zwingt die Arbeitskraftbesitzerin, »Unternehmerin ihrer selbst« zu werden und sich »selbstorganisiert zu vermarkten« (123). Damit vereint diese Arbeitsform Züge frühkapitalistischer und »postfordistischer« Arbeitsteilung (133).

In der geschlechtshierarchischen Proletarisierung entsteht eine neue »Dienstklasse« (Rerrich, 17). Mittelschichtfrauen in kapitalistisch entwickelten Staaten entlasten sich von verpöner Hausarbeit und von der »Doppelbelastung durch Profession und Familienversorgung« (Helma Lutz, 92), indem sie diese auf andere, schwarz arbeitende Frauen übertragen. Als »Notlösung« (Sabine Hess, 109) angesehene »Trans-Migranten«, Au

Pairs, Dienst- und Kindermädchen sowie Putzfrauen aus Osteuropa, Südamerika und Asien konstituieren eine auf Grund von »partikularistischen Standards und diffusen Aufgaben« (Gather/Meißner, 121) unorganisierte, schlecht oder gar nicht bezahlte, sozialversicherungsfreie Arbeitskraft (»*domestic workers*«), die die steigende Nachfrage nach Niedriglohn-Service und effektiverem Zeitmanagement privilegierter Frauen bedient (Lutz, 93). Neben dem niedrigen Klassenstatus dieses neuen Frauenproletariats, der Trivialisierung ihrer Tätigkeiten, den Ausbeutungsverhältnissen, der ständigen Aufgabenüberlastung und einer »rassistisch motivierten Diskriminierung« (Hess, 106) führt ihre häufig klandestine Existenz zu vor-modernen Formen der Machtausübung (Thiessen, 142f). Eine Reihe entsprechender Normierungsstrategien und degradierender Praxen werden thematisiert: moralische Abwertung, Schikanen, ständige Kontrolle bei der Arbeit, Drohungen, psychische und physische Gewalt, sexueller Missbrauch. Aus semiologischer Sicht analysiert Thiessen, wie beim »Umgang mit Schmutz« die Gefahr besteht, »mit Schmutz identifiziert und ausgegrenzt zu werden« (149). Gleichzeitig wird die Ausnutzung im Rahmen der Hausarbeit als »Bildungsprogramm für die »armen«, »rückständigen« Migrantinnen dargestellt – deren Arbeit gilt nicht als Produktionsprozess, sondern als »Gefallen und Entwicklungshilfe« (Hess, 113) und wird durch Begriffe wie »Kulturaustausch« (103) abgewertet. Was Hess das »Narrativ vom zurückgebliebenen Osten« nennt, beschreibt die Ausnutzung des »osteuropäischen Dienstmädchens« (113) unter dem Mantel eines Erziehungsauftrages. Die Verfügungsmacht über das Dienstmädchen zeigt sich nicht nur auf der Ebene der Arbeitsverhältnisse, sondern auch in Verhaltensanweisungen. Eine deutsche Arbeitgeberin sagte dem Au Pair: »Du sollst versuchen, dich an unser Sparbewusstsein anzupassen, das ist auch später nützlich für dich.« (ebd.). Hier wird Kapitalismus nicht nur auf der ökonomischen und politischen, sondern auch auf der ideologischen und kulturellen Ebene als legitimes und natürliches System inszeniert. Doch will der Band nicht nur geschlechtsdiskriminierende Aspekte innerhalb der Hausarbeit zusammentragen, sondern auch Vorschläge zur graduellen Entproletarisierung ihrer Arbeitskräfte machen – Schaffung von Dienstleistungspools, Verrechtlichung durch Bagatellisierung der Schwarzarbeit und Aufwertung der Profession (Claudia Weinkopf, 163).

Obgleich sich die Beiträge mit unterschiedlichen Aspekten der Frauenproletarisierung auseinandersetzen, heben sie einen wichtigen gemeinsamen Theorieansatz hervor: Die Arbeitsbeziehungen zwischen Frauen sind primär auf eine (trans)nationale *Klassenhierarchie* bezogen, die sich auch als *Geschlechtshierarchie* interpretieren lässt. Die Proletarisierung der Hausarbeit und die Neo-Feudalisierung der Arbeitsverhältnisse weisen auf eine ökonomische und politische Machtasymmetrie hin, die die Klassendifferenz verdeckt und sie als Geschlechtsdiskriminierung darstellt. Die Klassendifferenz ist, wie das Buch zeigt, auch unter dem Aspekt der Geschlechtsdifferenz nicht wegzudenken.

Maria Markantonatou (Freiburg)

Latzer, Michael, u. W. Stefan Schmitz, *Die Ökonomie des eCommerce*, Metropolis, Marburg 2002 (210 S., br., 24,80 €)

Eigentlich kommt dieses Buch zu spät: Der New Economy-Boom ist vorbei und nach der desaströsen Dot-Com-Pleite beißen sich die Ex-Apologeten der schönen neuen Netzwelt eher auf die Zunge, als sich ernsthaft damit auseinanderzusetzen, warum ihre Behauptungen von einst falsch waren. Eben hierbei hilft das vorliegende Buch, die überarbeitete Fassung eines Gutachtens für den Deutschen Bundestag. Zunächst wird die – prominent von Alan Greenspan vertretene – makroökonomische Grundthese relativiert, das hohe

inflationneutrale Wachstum der 1990er Jahre in den USA und die zugleich sinkende Arbeitslosigkeit seien auf dramatische Produktivitätsfortschritte und die Verbreitung der Informations- und Kommunikationstechnologien zurückzuführen. Auf Grund von »Verzerrungen der Datenbasis« (38) ziehen Verf. die Beschleunigung des Produktivitätswachstums in der zweiten Hälfte der 90er in Zweifel. Der gesamtwirtschaftliche Produktivitätsschub sei niedriger als häufig behauptet und in weit geringerem Maße für das Wachstum verantwortlich als etwa der Kapitalimport – allerdings argumentieren Verf. selbst von einem konservativen Standpunkt, der mit den statistischen Methoden des Fordismus eine Entwicklung der Produktivkräfte zu negieren versucht.

Anschließend geht es um die Neue Ökonomie in ausgewählten G-7-Ländern, im Euro-Raum und in Deutschland. Der gemessene, wenn auch fragliche Anstieg des Produktivitätswachstums in den USA findet in Frankreich, Großbritannien, Kanada und der Euro-Zone (abgesehen von kleineren Ländern) keine Entsprechung. Hier wird auch deutlich, warum der Bundestag die Studie in Auftrag gab: Niveau und Dynamik der Nachfrage nach I&K-Technologien seien in Deutschland unterdurchschnittlich. Auch auf der Angebotsseite zeige sich »ein internationaler Wettbewerbsnachteil« (64), Deutschland bewege sich auf dem Niveau von Irland, Korea, Polen und Portugal. Im Duktus der üblichen Standortdebatte wird an Hand umfangreichen Zahlenmaterials der übliche Befund produziert: Deutschland hat die Entwicklung verschlafen. Eine »industriökonomische Analyse« widmet sich der »Digitalen Ökonomie« (66). Zu deren Verständnis bedürfe es keiner neuen Volkswirtschaftstheorie. Zentrale Charakteristika der Digitalen Ökonomie seien Netzeffekte, wachsende Skalenerträge und positive Rückkopplungseffekte, die mit veränderten Unternehmensstrategien einhergehen – intensiviertere Kooperation auch mit Wettbewerbern (»Coopetition«) sowie mit Produzenten komplementärer Güter, »Follow-the-free«, »Multi-Channel« und »Lock-In«-Strategien und verstärkte Marktsegmentierung (»Versioning«, 87). Dabei handelt es sich um modisch benannte Verwertungsmodelle von Unternehmen, die im elektronischen Handel involviert sind und sich mit Hilfe dieser Strategien an Besonderheiten der Warenzirkulation im und mittels Internet assimilieren – an die Nichtausschließbarkeit (Güter können der Allgemeinheit nur mit hohem Aufwand oder überhaupt nicht vorenthalten werden) und an die Nichtrivalität (der Gebrauch des Gutes durch eine Person reduziert nicht die Menge oder Qualität des Gutes für andere Personen) im Konsum der digitalen Güter: Daten sind nicht knapp und können ohne Qualitätsverlust beliebig oft kopiert und verbreitet werden, was ihre Verwertung erschwert.

Empirisch und analytisch zeigen Verf. die Unhaltbarkeit populärer Mythen des elektronischen Handels: er nähere sich dem idealen, friktionslosen Markt der theoretischen Mikroökonomie, daher sei die Intensität des Wettbewerbs in diesem Bereich hoch; auf Grund sinkender Transaktionskosten vollziehe sich eine weitgehende »Disintermediation« (z.B. Umgehung des Zwischenhandels); eCommerce führe zu Standortunabhängigkeit und Deterritorialisierung; er bewirke einen Beschäftigungsschub. Sie räumen aus Sicht der dominierenden neoklassischen/neoliberalen Volks- und Betriebswirtschaftslehre mit einigen vulgärökonomischen Thesen auf, ohne selbst eine überzeugende Erklärung für Aufstieg und Fall der Neuen Ökonomie präsentieren zu können. Entsprechend identifizieren sie die zentrale wirtschaftspolitische Herausforderung durch eCommerce in bekannter Weise als Beseitigung neu entstandener Rechtsunsicherheiten in den Bereichen Kartellrecht, Arbeitsrecht, Datenschutz, v.a. beim Schutz geistigen Eigentums.

Sabine Nuss (Berlin)

Boris, Dieter, *Metropolen und Peripherie im Zeitalter der Globalisierung*, VSA, Hamburg 2002 (213 S., br., 16 €)

Verfliegen ist der neoliberale Entwicklungs- und Modernisierungsoptimismus vom Beginn der 1990er Jahre, der im Durchbruch zur ›globalen Marktwirtschaft‹ die Unterschiede zwischen Erster, Zweiter und Dritter Welt verschwinden sah. Doch wie sich das Verhältnis von Metropolen und Peripherie unter den Bedingungen der Globalisierung und der mit ihr einhergehenden Entstaatlichung, Entterritorialisierung und Entgrenzung entwickelt, wird bisher zu wenig erforscht. Verf. stellt sich die Aufgabe, »die zentralen Momente von Unterentwicklung unter den heutigen Bedingungen [...] begrifflich zu fassen und dabei Kontinuitäten und Diskontinuitäten zu identifizieren« (9). Er grenzt sich von entwicklungstheoretischen Diskussionen ab, in denen angesichts von Differenzierungsprozessen in der sog. Dritten Welt deren Ende ebenso wie das der ›großen‹, universalistischen Entwicklungstheorie beschworen wird, während diese oft als nicht minder universalistische Modernisierungstheorie durch die Hintertür wieder Einzug hält (23). Jedoch prägen asymmetrische Weltmarktbeziehungen und innere strukturelle Heterogenität nach wie vor viele ›Entwicklungsländer‹, die sich von den Metropolen weiterhin qualitativ unterscheiden. Verf. widerspricht auch der These, die Dritte sei in die Erste Welt hinein diffundiert, womit sich ein archipelisiertes Weltsystem herausbilde (9): Weder hat sich das »Metropolen-Peripherie-Verhältnis [...] aufgelöst, noch hat sich für große Bevölkerungsmassen an der strukturell asymmetrischen Beziehung viel geändert.« (8) Die zu beobachtenden Differenzierungen stellten jedoch neue Anforderungen an die marxistische Theoriebildung, welche einen kohärenteren, breiteren Entwicklungszusammenhang deutlich machen müsse (23), nicht homogenisierend vorgehen dürfe und sowohl unterschiedliche Entwicklungsdynamiken erklären als auch progressive Pfade herausarbeiten müsse, ohne dabei strukturelle Zwänge aus dem Auge zu verlieren.

Noch Mitte des 20. Jh. bestand ein denkbarer Pfad in der relativen Abkopplung vom Weltmarkt – »davon scharf zu unterscheiden« sind die heutigen Prozesse einer »partiellen, zwangsmäßigen Abkoppelung einer erheblichen Zahl von Entwicklungsländern (›Vierte Welt‹)« (52). Auch regionale Integrationsprojekte á la Mercosur rufen Skepsis hinsichtlich ihrer Erfolgchancen hervor, denn »die bisherigen Versuche« konnten »regelmäßig die entsprechenden Hoffnungen nicht erfüllen« (52). Die politisch und ökonomisch untergeordnete Integration in globale Systeme, ermöglicht z.T. dynamische kapitalistische Wachstumsschübe, setzt die Länder jedoch einer verschärften Krisendynamik aus, die sich v.a. in Finanzkrisen mit drastischen Auswirkungen für die Bevölkerungen zeigt.

In der *Mainstream-Literatur* wird der Ausbruch dieser Krisen meist auf Fehler der Politik der jeweiligen Nationalstaaten zurückführt. Deren Handlungsmöglichkeiten schätzt Verf. jedoch skeptisch ein: Weltmarktwänge schaffen sowohl durch Überakkumulation, Wechselkursflexibilität und Liberalisierung des Geld- und Kapitalverkehrs sowie Beschleunigung der Finanztransaktionen (56f) strukturelle Krisenanfälligkeit als auch spezifische Dilemmata, in denen nur zwischen kleinerem und größerem Übel zu wählen sei, z.B. verschiedenen Varianten von Wechselkurspolitik mit ihren jeweiligen Vor- und Nachteilen (60). Regionale oder kulturelle Besonderheiten, die ebenfalls als Gründe für Erfolg oder Misserfolg diskutiert werden, stellt er nicht in Abrede – merkt aber an, dass ihnen jeweils *post factum* positive oder negative Bedeutungen zugeschrieben werden (60/61). Trotz Sympathie für die globalisierungskritischen Bewegungen räumt Verf. ihnen nur Gestaltungschancen ein, wenn sie ihre internen Probleme überwinden können: dies erfordert konzeptionell-programmatische Weiterentwicklung, die Herausarbeitung von Wegen und Mitteln der Umsetzung ihrer Forderungen, die »Medienfalle« zu umgehen, inhärente

Nord-Süd-Konflikte konstruktiv zu lösen (75ff). Eine eingehende Analyse der inneren Widersprüche transnationaler Protestbewegungen fehlt allerdings.

An Hand von Fallbeispielen geht es im zweiten und dritten Teil um die Stabilität der Demokratie in Lateinamerika sowie die Entwicklung von Politik, Ökonomie und sozialem Widerstand in Mexiko. Die Spezifika der jeweiligen Weltregionen, v.a. die Dynamik von Diktatur und Demokratie einerseits, importsubstituierender Entwicklung, abhängiger Weltmarktintegration und neoliberaler Wende andererseits, machen die Ergebnisse der Analyse nur bedingt übertragbar – was die Anforderungen an eine erneuerte Entwicklungstheorie wiederum verdeutlicht. – Die versammelten Aufsätze sind z.T. schon an anderer Stelle erschienen und datieren bis 1994 zurück. Die älteren können trotz Überarbeitung neuere Entwicklungen nicht mitreflektieren, was angesichts der stürmischen Entwicklung in Lateinamerika um so stärker ins Gewicht fällt. Auch hätte dem komplexen Thema eine monographische Bearbeitung besser getan – viele der kompetent aufgeworfenen Fragen bleiben weitgehend unbearbeitet. Gisela Neunhöffer (Berlin)

Geschichte

Maier, Helmut (Hg.): *Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften* (= Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus 3), Wallstein, Göttingen 2002 (400 S., br., 29 €)

Drei Grundgedanken bilden die konzeptionelle Klammer des Sammelbandes: Die Verf. verstehen unter Rüstungsforschung »die gesamte naturwissenschaftlich-technologische Forschung und Entwicklung [...], die der Errichtung eines autarken ›Wehrstaates‹ diene, dessen konzeptionelle Ursprünge im Ersten Weltkrieg zu suchen sind« (8). Damit gerät neben den »Mutterdisziplinen« Physik, Biologie und Chemie endlich auch die Rolle der Technikwissenschaften vor und während des Faschismus in den Blick der historischen Fachwissenschaft. Im Abschnitt *Wissenschaftspolitik und Forschungsplanung* wird das Spannungsdreieck Militär, Staat und Industrie anhand von Fallbeispielen diskutiert. Ulrich Marsch betrachtet die industrienahe Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) als »integralen Bestandteil eines deutschen Innovationssystems«, das »erst im Nachgang des Zweiten Weltkrieges mit der Westeinbindung, der Öffnung der Märkte und der Dekartellierung ein Ende« fand (50f). Das gemeinsame Ziel, die Herstellung von Ersatzstoffen, vereinte militärische, kommerzielle und akademische Partikularinteressen. Das Engagement zur Gründung der KWG war »Teil einer kommerziellen Strategie, die Weltmarktposition der deutschen chemischen Industrie durch Synthese von Naturstoffen zu stärken« (18). Rolf-Dieter Müllers Studie über das Heereswaffenamt sowie Ruth Federspiels Untersuchung des Planungsamtes im Reichsforschungsrat geben weiteren Einblick in die Reorganisation der Rüstungsforschung. Während der Einfluss des traditionsreichen Heereswaffenamtes auf die Koordination von Rüstungsforschung und -industrie schwand, wird unter der Federführung von Werner Osenberg erstmals der Versuch unternommen, alle Fachkräfte und Projekte der Rüstungsforschung systematisch zu erfassen und durch neue Organisation zu mobilisieren. Sein Ziel, die Gründung einer Wehrforschungsgemeinschaft, »markiert einen bedeutenden Schritt hin zur interdisziplinären Forschungsplanung« (104).

Im Abschnitt zu Veränderungen in *Industrieforschung und Rüstungsindustrie* illustrieren die Beiträge von Burghard Weiss (AEG), Andreas Zilt (Vereinigte Stahlwerke AG und Kohle und Eisenforschungs GmbH), Kai Handel (Hochfrequenzforschung)

und Lutz Budrass (Luftfahrtforschung) industrielle Problemlagen. Vor allem Budrass verdeutlicht die Folgen von Rüstungswettlauf und Wettbewerbssituation. Die enormen Überkapazitäten der Luftfahrtindustrie nach der Aufrüstungsphase führten zu einem Zustand extremer ökonomischer Unsicherheit. Die Luftfahrtindustrie reagierte auf die sich abzeichnende Umstellungskrise, in dem sich »die prominenten großen Luftfahrtindustriellen und -konstruktoren auf einen erbittert geführten rüstungstechnologischen Wettlauf« einließen (21) – nicht zuletzt für die Zeit nach dem Krieg. – Anne Sudrows Darstellung über den Einsatz von KZ-Häftlingen auf der »Schuhprüfstrecke« des KZ Sachsenhausen zeigt die Konsequenzen einer organisierten Werkstoffforschung unter den Bedingungen des Nationalsozialismus. KZ-Häftlinge wurden nicht nur in der Luftfahrtmedizin oder bei der Kampfstoffentwicklung zu Opfern »wissenschaftlicher« Forschungen. Auf der Suche nach synthetischen Lederersatzstoffen mussten Häftlinge die Produkte deutscher Großunternehmen auf ihre Tauglichkeit und Materialermüdung testen. Das Kommando »Schuhprüfstrecke« war zugleich ein zermürendes Strafkommando: »Eine Zuweisung [...] wurde unter den Gefangenen besonders gefürchtet, da sie praktisch einem Todesurteil gleichkam« (241)

Schließlich illustriert der Abschnitt *Institute und Disziplinen* die Einbindung rüstungsrelevanter Forschungseinrichtungen und wissenschaftlicher Gesellschaften in den Rüstungskomplex. Auch hier waren die Rüstungsforscher starker Ideologisierung ausgesetzt. Dieter Hoffmann analysiert anhand des Vorsitzenden der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, Carl Ramsauer, den Prozess von Selbstgleichschaltung und -mobilisierung. Es zeigt sich, dass die Rasseideologie der »Deutschen Physik« oder die Heimstoffideologie der »Deutschen Metalle« dort auf Widerstand stieß, wo sie wehrtechnische und rüstungswirtschaftliche Entwicklungen blockierte. Die letztlich problemlose Einbindung der eingespielten Forschungspraxis in die technischen und militärischen Strukturen der faschistischen Gesellschaft fasst Moritz Eppe im Ergebnis zusammen, dass die Geschichte der Kriegsforschung am KWI für Strömungsforschung als eine Geschichte der Reibungslosigkeit erzählt werden kann (356).

In der Summe bietet der Band eine differenzierte und facettenreiche Analyse der Wechselwirkungen zwischen Politik, Industrie und anwendungsorientierter Wissenschaft. Inhaltlich liefern die Beiträge keine grundlegend neuen Erkenntnisse, sondern vervollständigen und justieren das bestehende Bild. Es gelingt den Verf. jedoch nicht, den Komplex von Wissenschaft, Technik und Industrie aus der historiographischen Randständigkeit herauszuholen. Dazu wäre es notwendig, die Widersprüche in Rüstungsforschung und Rüstungsindustrie als Transformationsschwierigkeiten einer neuen, sich durchsetzenden kapitalistischen Produktionsweise (Fordismus, Taylorismus) zu interpretieren. Liest man den Sammelband als Dokumentation des Ringens um neue Steuerungs- und Ordnungsmodelle, werden die z.T. sehr spezifischen und detaillierten Beiträge zu einer spannenden, brisanten Lektüre. Ohne diese Herangehensweise bleibt die historische Einordnung der zuweilen gegenläufigen Tendenzen erschwert und so kommen die Verf. nur zum Befund, »dass nach wie vor kaum generalisierende Aussagen über die Geschichte der Rüstungsforschung möglich sind.« (25) Die wichtige historische Aufarbeitung der Geschichte von Forschungs- und Entwicklungspolitik bleibt auch dann steril, wenn die Kontinuitätslinien in die Gegenwart ausgeblendet werden. Die bis heute undemokratische Verfassung der Wissenschaftsorganisation, die standortideologische Ausrichtung von Forschung und Entwicklung, die marktgerechte Selbstmobilisierung von WissenschaftlerInnen zeigen, dass die Voraussetzungen reibungslosen Sich-Einfügens nach 1945 keineswegs gemindert wurden. Konsequenzen für die auftraggebende Max-Planck-Gesellschaft werden nicht gefordert.

Die Beiträge bleiben jenseits jeder Kapitalismuskritik im historiographischen Mainstream. Charakteristisch sind auch Berührungsängste mit marxistischem Denken: »Schon Werner Sombart wies darauf hin, dass die ›Objektivierung des Gewinnstrebens‹ ein Wesenszug der kapitalistischen Unternehmung sei.« (150) Dies sind Scheuklappen, die schon aus wissenschaftlichen Gründen abgelegt werden müssen, wenn die Mystifikationen einer technikbegeisterten Subkultur nicht durch Kapitalismusgläubigkeit ersetzt werden soll.

Richard Heigl (Regensburg)

Essner, Cornelia, *Die »Nürnberger Gesetze« oder Die Verwaltung des Rassenwahns 1933-1945*, Ferdinand Schöningh, Paderborn u.a. 2002 (477 S., Ln., 50 €)

Ausgangspunkt ist die nach wie vor unzureichend erforschte Frage, wie der Antisemitismus in Deutschland zwischen 1933 und 1945 zur herrschenden Ideologie werden und sich bis zu einem »eliminatorischen Antisemitismus« (Goldhagen) verdichten konnte. Gestützt auf eine breite Quellenbasis richtet Verf. ihren Blick dabei auf die Genese des »Systems von Nürnberg«, d.h. die juristisch ummantelte Ausgrenzung, Entrechtung und Vernichtung von als »Juden« oder »Mischlingen« klassifizierten Deutschen. Mit den »Nürnberger Gesetzen« vom Herbst 1935 wurde dem NS-Staat ein kodifizierter Judenbegriff an die Hand gegeben, vermittels dessen die antisemitische Utopie in die Wirklichkeit umgesetzt werden konnte. Diese Utopie der Trennung von »jüdischem« und »deutschem Blut« knüpfte an die rassistischen Theorien des 19. Jahrhunderts an, denen zwar auch die Obsession der Bestimmbarkeit der Grenze von »Fremdem« und »Identitärem« gemein gewesen sei, jedoch sei diese zu keinem Zeitpunkt so konsequent verwaltet und umgesetzt worden wie im Nationalsozialismus.

Laut Verf. lassen sich in der Tradition des rassistisch begründeten deutschen Antisemitismus zwei deutlich voneinander abgrenzbare Richtungen ausmachen: eine ältere, präeugenische (die Verf. kontagionistisch nennt) und eine jüngere, vordergründig erbbiologisch gewandete Richtung, die sich mit der »nordischen Rassenlehre« amalgamierte. Während die kontagionistischen Antisemiten davon ausgingen, dass das »jüdische Blut« eine derartige Durchschlagskraft habe, dass es über Generationen hinweg dominant bleibe und überdies bereits einzelne Sexualkontakte zu einer Art »jüdischen Infektion« des »deutschen Blutes« führen würden, vertraten die erbbiologisch orientierten Antisemiten die Auffassung, dass sich die »jüdische Erbmasse« mit jedem »Mischlingsgrad« allmählich verlieren würde und dementsprechend nach einer genealogischen Grenze zu suchen sei. Beide Konzepte standen zwar theoretisch im Widerspruch zueinander, überlagerten sich aber in der politischen Praxis und prägten so die antisemitische Dynamik bis hin zur Massenvernichtung. Denn auch wenn der Nationalsozialismus sich offiziell wegen des pseudowissenschaftlichen Anstrichs von Erbbiologie und Eugenik auf diese orientierte, blieben zahlreiche führende Nationalsozialisten dem kontagionistischen Wahn verhaftet, da er ihre völkisch-antisemitischen Phantasien stützte. Verf. sieht der These Ernst Fraenckels vom »Doppelstaat« folgend dabei eine bedeutsame Rolle besonders in den neuartigen Verfahrenswegen, die durch das kodifizierte antisemitische Regelwerk eröffnet wurden, da sich in ihnen die Dynamik der politischen Kräfte im Wechselspiel zwischen »Normen-« und »Maßnahmenstaat« entfaltete. In verfahrensmäßiger Interaktion von klassischen Institutionen wie dem Landgericht (in dem der Blutaberglaube an die traditionelle Jurisdiktion gebunden wurde) und Neu- und Sonderkreationen wie des Reichsrippenamtes (in dem der Verfahrensweg des »Abstammungsbescheides« entwickelt wurde) entstand so eine »pervertierte, aber als normal geltende Wirklichkeit« (446) in der mit bürokratischer Rationalität der rassistische und antisemitische Irrationalismus verwaltet wurde.

Auch wenn die Arbeit aufgrund dieses spezifischen Fokus nur bedingt Auskunft über die gesellschaftliche Akzeptanz des Antisemitismus geben kann (hierfür wäre vor allem eine Verknüpfung mit sozialpsychologischen Ansätzen nötig), stellt die klare Konturierung der konkurrierenden antisemitischen Ansätze eine sinnvolle Perspektive zur Erklärung einer »kumulativen Radikalisierung« – wie Verf. es mit Hans Mommsen nennt – der antisemitischen Praxis dar. Positiv ist dabei, dass Verf. über den strukturalistischen Impetus dieses Ansatzes insofern hinausgeht, als der Antisemitismus nicht hinter abstrakten Strukturen verschwindet, sondern detailliert das unmittelbare Wechselverhältnis von antisemitischer Ideologie und NS-Herrschaftssystem sowie die Verwobenheit beider miteinander beschrieben wird. Die Konkretisierung dieses dynamischen Verhältnisses stellt insofern eine wichtige Perspektivenerweiterung für die NS-Forschung dar, als der Antisemitismus als die treibende politische Kraft innerhalb dieses Prozesses bestimmt wird – und zwar ohne ihn dabei ahistorisch zu mythologisieren oder ihn in seiner Relevanz zu bagatellisieren.

Samuel Salzborn (Giessen)

Schneider, Heinz-Jürgen, Erika Schwarz u. Josef Schwarz, *Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschlands – Politische Strafverteidiger in der Weimarer Republik. Geschichte und Biografien*, Pahl-Rugenstein, Bonn 2002 (364 S., br., 25 €)

Die Jahre der Weimarer Republik zeichneten sich durch eine stark gegen die Linke gerichtete politische Justiz aus: »Als der Kaiser ging, blieben seine Juristen«. (9) Besonders die Konstituierungsphase der noch jungen Republik war durch ein Zusammenspiel der vormaligen kaiserlichen Apparate und der inzwischen mit an die Macht gelangten Sozialdemokratie gekennzeichnet: Gewalt und Terror waren hinlängliche Herrschaftsmethoden. »Zur Abwehr dieser Angriffe bildeten sich Komitees der Arbeiterhilfe, die den Verfolgten Beistand gewährten«. (15) Aus diesen zunächst spontan entstandenen Komitees formte sich im Oktober 1924 die reichsweite Organisation »Rote Hilfe Deutschlands« (RHD). Zeitgleich befasste sich die Kommunistische Internationale mit dem Aufbau einer Internationalen Roten Hilfe (IRH, russ. MOPR), die auf dem IV. Weltkongress 1922 ins Leben gerufen wurde. Die Verf. listen nach einer knappen Darstellung der Entstehungsgeschichte und den Hauptaktivitäten der »Schutz- und Solidaritätsorganisation« (9), die Strafverteidiger/innen in alphabetischer Folge auf, um sie »aus einer Vergessenheit zu holen, in die sie von den Geschichtsschreibern der Mächtigen verbannt worden sind« [Vorwort von Heinrich Hannover, 8). Angehängt ist ein Faksimile-Reprint der Broschüre von Felix Halle, KPD-Mitglied und Funktionär der Roten Hilfe, mit dem Titel *Wie verteidigt sich der Proletarier in politischen Strafsachen vor Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht?*

Die Gründung der RHD ging maßgeblich von der KPD aus, dennoch repräsentierte sie als *de facto* Einheitsfrontorgan eine erstaunliche politische Breite, was der KPD besonders in der Endphase der Weimarer Republik kaum mehr gelang. Hier spielte der besondere Charakter als »überparteiliche Hilfsorganisation zur Unterstützung der proletarischen Klassenkämpfer, die wegen einer aus politischen Gründen begangenen Handlung oder ihrer politischen Gesinnung in Haft genommen sind« (15) die entscheidende Rolle. Neben der juristischen und politischen Arbeit widmete sich die RHD der materiellen Unterstützung der zahlreichen Inhaftierten, ihren Angehörigen und den vielen politischen Flüchtlingen; z.B. der niedergeschlagenen Räterepublik in München. »Ende 1932 wurden 9000 politische Gefangene mit 20000 Familienangehörigen unterstützt. Dazu kamen 50000 Linke, gegen die Ermittlungsverfahren oder Prozesse geführt wurden.« (23) Die Verf. haben sich bei der Rekonstruktion der vielen individuellen Schicksale der Rechtsanwälte, die der Roten Hilfe zur Seite standen, große Mühe gegeben. Ohne Zweifel ist die Auflistung von über 300

Namen, die so wieder ins aktuelle politische Bewusstsein gebracht werden sollen, ehrenwert. Die sehr knappe Darstellung der Geschichte der Roten Hilfe genügt allerdings kaum. Die Verf. skizzieren mitunter nicht uninteressante Details der Arbeit der RHD, bleiben allerdings bei der politisch-historischen Einordnung an der Oberfläche. Spannend wäre gewesen, der Frage nachzugehen, ob und inwiefern die RHD als überparteiliche (Vorfeld-)Organisation und angesichts der enormen Mitgliederstärke in der Lage gewesen wäre, erfolgreiche Einheitsfrontpolitik zu betreiben: etwa bei den Kampagnen zur Abschaffung des §218, in den Prozessen wegen angeblicher Spionage im Zusammenhang mit der Debatte um den Panzerkreuzer A und vor allem gegen Ende der Weimarer Republik bei den Anklagen gegen bürgerliche Intellektuelle. Wie die Anstrengungen der RHD über die politisch-juristische Auseinandersetzungen mit der Leitung der KPD gab, wird nicht klar. Von der politischen Relevanz, die die Rote Hilfe einnahm oder hätte einnehmen können, ist fast nichts zu lesen.

Es wird deutlich, welche breite Zustimmung und Unterstützung die Arbeit der Roten Hilfe in Kreisen weit über das Milieu der Partei fand. Die umfangreiche Liste derer, die in den 20er und 30er Jahren für die Rote Hilfe tätig waren, ist eindrucksvoller Beleg. Die Kurzbiografien, manchmal einige Zeilen, bisweilen viele Seiten lang, wirken leider zum Teil sprachlich unbeholfen. Die Verf. konstatieren, dass 60% der Verteidiger/innen in der RHD Jüdinnen und Juden waren. Dabei heben sie hervor, welcher »Schaden der deutschen Kultur und in diesem Falle der Rechtskultur« (65) durch den industriellen Massenmord entstanden sei – als sei die Shoa nicht ein Verbrechen am jüdischen Teil der Bevölkerung, sondern an der deutschen Kultur gewesen. Für das Anliegen der Verf. wären mehr Beispiele von bemerkenswerten Prozessen hilfreich gewesen. Im Tenor wird bisweilen appelliert, die Strafverteidiger/innen der Roten Hilfe nicht zu vergessen. Ob dieses begrüßenswerte Unterfangen allerdings auf diesem Wege gelingt, bleibt zu bezweifeln.

Matthias Grzegorzcyk (Düsseldorf)

Eckert, Erwin, u. Emil Fuchs, *Blick in den Abgrund. Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte und Interpretationen*, hgg. u. eingel. v. Friedrich-Martin Balzer u. Manfred Weißbecker, Pahl-Rugenstein, Bonn 2002 (646 S., Ln., 32 €)

Das Buch enthält die von zwei führenden Vertretern des Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands im *Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes* veröffentlichten Wochenberichte. Bundesvorsitzender Eckert rapportierte – mit zweimonatiger Unterbrechung – über die Zeit vom 5.10.1930 bis 19.8.1931, Vorstandsmitglied Fuchs über die zwischen 1.11.1931 und 4.3.1933; die Ergebnisse der Reichstagswahl vom 5.3. fügte er hinzu. Bürgerlichen Chroniken gegenüber zeichnen sich die Berichte durch den progressiven Standpunkt der Autoren und dadurch aus, dass sie neben politischem Geschehen wirtschaftliches und soziales, auch Vorgänge in Kultur und Justiz erfassen. Deutschland ist der Hauptgegenstand, doch werden zugleich Entwicklungen in anderen Staaten, der Krieg Japans gegen China, der Streit um deutsche Reparationen behandelt. So ergibt sich ein Gesamtbild, das die Lage während der verheerenden Weltwirtschaftskrise, Position und Agieren der Klassen, ihrer Organisationen und Regierungsvertreter widerspiegelt. Den Verf. gelangen Charakteristika dann am besten, wenn sie – was überwiegend der Fall ist – einfach die Fakten sprechen ließen.

Wichtigste Gegenbewegung zum Trend von den Notverordnungskabinetten Brüning und von Papens und dem Schleicher-Kabinetts zur Hitlerdiktatur war die positive Einstellung der Arbeiter zur Einheitsfront, die sich angesichts des brutalen Naziterrors herauszubilden begann. Die Darstellung lässt nicht mit aller Klarheit erkennen, dass der Zusammenschluss gegen den Faschismus sowohl durch SPD-, als auch durch KPD-Führer

oft sabotiert wurde. Ein Grund für Unzulänglichkeiten beim Bewerten ist das Nichthinziehen der Warnungen von KPDO, SAP und Trotzki. Eckert kritisierte den SPD-Anpassungskurs an das bourgeoise Regime. Er wurde aus dem Bund, der sich gleichfalls nach rechts bewegte, ebenso wie aus dem Pfarramt vertrieben und schloss sich der KPD an. Fuchs war stärker in sozialdemokratischen Illusionen befangen. Parteitreu förderte er nach anfänglichem Widerstreben die Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten als Mittel zur Verhinderung einer Regierung Hitler. Fuchs überschätzte Drohgebärden von Preußens Innenminister Severing (SPD) gegen rechts und ließ sozialdemokratische Fehlentscheide unkommentiert passieren. Hitlers Machtantritt 1933 schätzte er sachlicher ein, als SPD- und KPD-Führung es taten, gaukelte aber sich und den Lesern vor, nach dem 30. Januar habe es »in allen deutschen Städten« gewaltige Kundgebungen von SPD, KPD und Eiserner Front gegeben, hätten sich Regierungsvertreter Bayerns, Württembergs und Preußens sowie die Zentrumspartei ernstlich gegen Hitler gewandt (503, 509).

Der Blick beider Berichterstatter auf die Sowjetunion war getrübt. Auf offizielle Verlautbarungen angewiesen, priesen sie undifferenziert den sozialistischen Aufbau, glaubten falsche Fünfjahrplanresultate und Stalins Versprechungen. Die Verfolgung links- und rechtsoppositioneller Bolschewiki veranlasste Fuchs allerdings zu der Frage, ob »der Weg zur Überwindung der Diktatur nicht endlich gefunden werden« müsse (489). Erfolge der chinesischen Roten Armee im Kampf gegen die Kuomintang und Japan wurden im *Sonntagsblatt* begrüßt. Die Darstellung des Kapitulantenkurses der bürgerlichen »Mitte« sowie der noch als Arbeiterpartei agierenden SPD und der Notverordnungs politik scheint hoch aktuell. Obwohl Großkonzerne bis in die Weltwirtschaftskrise hinein hohe Dividenden einfuhren, enorme Aktiengeschäfte machten und ihre Oberen üppig ausstatteten, wie Eckert/Fuchs belegen, nahm ihnen die SPD-tolerierte konservative Regierung keine höheren Steuern ab, vielmehr förderte sie die Konzernherrschaft und Junker durch Geldgeschenke, schröpfte Arbeiter, Angestellte, Beamte, Arbeitslose und Arme durch ständig wachsende Abgaben, obrigkeitlich verordnete Lohn- und Gehaltskürzungen und verminderte soziale Leistungen. Die Verringerung der Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosenfürsorge, ihre Herabstufung auf Wohlfahrtsniveau lassen an den gegenwärtigen neoliberalen Kurs der SPD denken. Des niedrigeren sozialen Standards wegen waren aber die Folgen schwerer. Nationalchauvinistische Kräfte, vor allem die NSDAP, fischten erfolgreicher im Trüben, als es momentan der extremen Rechten gelingt.

Den erstmals als Monographie veröffentlichten Wochenberichten sind weiterführende Anmerkungen beigegeben. Die Editoren beschreiben die Lebenswege der Verf. vor, während und nach der Hitlerdiktatur, Balzer auch die Vertreibung Eckerts aus dem Bund der religiösen Sozialisten. Die Nachbetrachtung Wolfgang Ruges ist wegen der Mitteilung von Interesse, sowohl die bundesrepublikanische als auch die DDR-Forschung hätten die Wochenberichte »absichtsvoll verschwiegen« (550), was er leider nicht belegt. Er schließt mit der Sentenz: »Die Zukunft, die undurchschaubar bleibt, wird durch gezielte Verfälschung der Vergangenheit vorbereitet. Eckert und Fuchs wollten sich dem widersetzen.« (554) Mich interessierte auch die Art, wie diese Chroniken strukturiert und abgefasst sind, hatte ich doch in den 60er Jahren in Osterlin »Was war wann? Deutscher Geschichtskalender« mit herausgebracht. Diese Publikation war in den Daten und Quellenangaben exakter sowie nach Monaten gegliedert, sonst aber den Berichten ähnlich. Zeitlich erfassten wir ein halbes Jahr mehr als Eckert/Fuchs. Dann wurde das Unternehmen »von oben« gestoppt, gerade als sich ein größerer Leserkreis dafür zu interessieren begann.

Manfred Behrend (Berlin)

Verfasser/innen

V: Veröffentlichungen A: Arbeitsgebiete M: Mitgliedschaften

Auernheimer, Georg, 1939; Prof. Dr., Hochschullehrer an der Univ. Köln. V: *Migration als Herausforderung für pädagogische Institutionen* (Hg., 2001); *Interkulturelle Kompetenz und pädagogische Professionalität* (2002); *Einführung in die Interkulturelle Pädagogik* (2003, 3. Aufl.) A: Interkulturelle Pädagogik, Schulforschung. M: attac

Backhaus, Hans-Georg; V: »Wie ist der Wertbegriff in der Ökonomie zu konzipieren?«, in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung (Mitverf., 1995); *Dialektik der Wertform. Untersuchungen zur marxischen Ökonomiekritik* (1997). M: Marx-Gesellschaft e.V.

Behrend, Manfred, 1930; Dr. phil., Historiker. V: *Der schwere Weg der Erneuerung: Von der SED zur PDS* (Mithg., 1991); *Franz-Josef Strauß. Eine politische Biographie* (1995); *Leo Trotzki (1879-1940). Verdienste und Fehler eines großen Revolutionärs* (1999). M: Gesellschaftswissenschaftliches Forum, Förderverein für Forschungen zur Geschichte

Belina, Bernd, 1972; Dipl.-Geograph, Doktorand an der Univ. Bremen. V: *Kriminelle Räume* (2000)

Ben-Artzi, Matania; Prof. für Mathematik an der Univ. Jerusalem. V: *Generalized Riemann Problems in Computational Fluid Dynamics* (Mitverf., 2003). A: Angewandte Mathematik, Mathematische Physik

Brand, Ulrich, 1967; Dr. phil., wiss. Assistent am FB Gesellschaftswissenschaften der Univ. Kassel. V: *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?* (Mitverf., 2000); *Mythen globaler Umweltpolitik. »Rio plus 10« und die Sackgassen nachhaltiger Entwicklung* (Mithg., 2002); *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes*. (Mithg., 2003). M: Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft im Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

Candeias, Mario, 1969; Dipl.-Politologe, Promovend an der FU Berlin, FB Sozialwissenschaften. V: *Die Politische Ökonomie der USA an der Wende zum 21. Jahrhundert* (2000); *Ein neuer Akkumulationstyp?* (Mitverf., 2000). A: Politische Ökonomie, Regulationstheorie, Raum. M: GEW

Grönert, Peter, 1966; Dr.phil., wiss. Mitarbeiter am Philosophischen Institut der Univ. Leipzig. V: *Intentionalität, Normativität und Praktische Schlüsse* (2003, im Ersch.)

Rezgorczyk, Matthias, 1966; V: ... denn Angriff ist die beste Verteidigung. *Die KPD zwischen Revolution und Faschismus* (Mitverf., 2001). A: (Sozial-)Geschichte der Arbeiterbewegung

Habermann, Friederike, 1967; Volkswirtin und Historikerin, arbeitet zur Zeit für die Stiftung Fraueninitiative über die alternative Wirtschaft in Argentinien seit der Krise

Hailer, Martin, 1965; Dr. theol., wiss. Assistent an der Univ. Bayreuth. V: *Theologische Samenkörner. Dem Lehrer Dietrich Ritschl zum 65. Geburtstag* (Mithg., 1994); *Theologie als Weisheit. Sapientiale Konzeptionen in der Fundamentaltheologie des 20. Jahrhunderts* (1997); *Figur und Thema der Weisheit in feministischen Theologien. Ein kommentierender Forschungsbericht* (2001). A: Theorie der Rationalität, religiöse Gegenwartskultur

Hanisch, Marc, 1976; Student der Geschichte, Politologie und Germanistik an der Univ. Essen. A: Terrorismus, Nahost-Konflikt

Haug, Frigga, 1937; Dr. phil. habil.; Prof. für Soziologie. V: *Frauenpolitiken* (1996); *Lustmolche und Köderfrauen* (Mithg., 1997); *Vorlesungen zur Einführung in die Erinnerungsarbeit* (1999). A: Arbeit, Frauen, Methode, Lernen. M: Berliner Institut für kritische Theorie (InkriT), BdWi, Wissenschaftlicher Beirat von attac

- Haug, Wolfgang Fritz, 1936; Dr. phil. habil., Prof. für Philosophie. V: *Elemente einer Theorie des Ideologischen* (1993); *Philosophieren mit Brecht und Gramsci* (1996); *Politisch richtig oder Richtig politisch – Linke Politik im transnationalen High-Tech Kapitalismus* (1999); *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus* (Hg., 1994ff); *Dreizehn Versuche, marxistische Denken zu erneuern* (2001). M: Leibniz-Sozietät, Berliner Institut für kritische Theorie (InkriT), BdWi, Wissenschaftlicher Beirat von attac
- Hauser, Kornelia, 1954; Dr. phil., Prof. für feministische Gesellschafts- und Kulturwissenschaften an der Univ. Innsbruck. V: *Patriarchat als Sozialismus* (1994); Mithg. der Reihe *Frauenformen; Körper im Schmerz* (Mithg., 1998). A: Ideologietheorie, Vergesellschaftungsstrategien
- Heigl, Richard, 1971; M.A., Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung. A: Politische Theorie und Praxis bei Wolfgang Abendroth, Neue Linke, Historiographiegeschichte und -theorie
- Heinrich, Michael, 1957; Dr. rer. pol., z.Zt. Vertretungsprofessur für Allgemeine Volkswirtschaftslehre an der FHTW Berlin. V: *Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition*, 2. erw. Aufl. (1999). A: Kritik der politischen Ökonomie, Geschichte ökonomischer Theorie. M: Redaktion Prokla
- Hösler, Joachim, 1961; Dr. phil., Habilitand am Seminar für Osteuropäische Geschichte der Univ. Marburg. V: *Die sowjetische Geschichtswissenschaft 1953 bis 1991* (1995); *Finis mundi - Endzeiten und Weltenden im östlichen Europa* (Mithg., 1998); *Der gerechte Krieg? Neue NATO-Strategie* (Mitverf., 2000). A: Geschichte Rußlands, der Sowjetunion und Südosteuropas, Historiographie, Mentalitäten, Nationenbildung. M: BdWi, Verband der Osteuropahistorikerinnen und -historiker, Südostdeutsche Historische Kommission.
- Klotz, Andreas, 1958; Dipl.-Sozialökonom an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik; A: Politische Ökologie, Ethnosozologie
- Lieske, Stephan, 1957; Dr., wiss. Mitarbeiter am Institut für Anglistik/Amerikanistik der Humboldt-Univ. Berlin. A: Britische historische Literatur zwischen den Weltkriegen, Englische Arbeiterliteratur
- Lindner, Kolja, 1980; Student der Politikwissenschaft an der FU Berlin. A: Politische Theorie
- Lindner, Urs Titus, 1976; Student der Philosophie an der FU Berlin und der Gender Studies an der Humdoldt-Univ. Berlin. A: Marxistische Philosophie, feministische Theorie, Sprachphilosophie
- Markantonatou, Maria, 1974; Soziologin, Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht. A: Kriminologie, soziale Kontrolle, Staatstheorie
- Maul, Thomas, 1975; Studium der Philosophie und Theaterwissenschaften an der Freien Univ. Berlin. A: Marxistische Philosophie, Psychoanalyse, feministische Theorie
- Meißner, Hanna, 1968; Dipl.-Soziologin, wiss. Mitarbeiterin an der Freien Univ. Berlin
- Moebius, Stephan, 1973; Dr. phil., Lehrbeauftragter im Studiengang Soziologie an der Univ. Bremen, DFG-Stipendiat. V: *Postmoderne Ethik und Sozialität* (2001); *Simmel lesen* (2002); *Die soziale Konstituierung des Anderen. Grundrisse einer poststrukturalistischen Sozialwissenschaft nach Lévinas und Derrida* (2003). A: Soziologische Theorie, Kultur- und Wissenssoziologie, Poststrukturalismus, Anthropologie, feministische Theorie. M: Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS), BdWi, Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen
- Müller, Julian, 1974; Student der Philosophie an der Freien Univ. Berlin. A: Marxistische Gesellschaftstheorie, Klassentheorie, Staatstheorie
- Müller, Markus, 1976; Student der Politikwissenschaft an der Freien Univ. Berlin. A: Marxistische Theorie, Staatstheorie
- Müller, Stefan, 1966; Dipl.-Politologe, wiss. Mitarbeiter am Otto-Suhr-Institut der Freien Univ. Berlin. A: Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Industrielle Beziehungen, Widerstand im Nationalsozialismus. M: IG Metall

- Neunhöffer, Gisela, 1972; M.A., Doktorandin am Graduiertenkolleg »Das neue Europa« an der Humboldt-Univ. Berlin. V: *Belarus und die internationale politische Ökonomie* (2001). A: Arbeitsverhältnisse in Russland, politische Ökonomie Osteuropas, EU-Osterweiterung
- Nuss, Sabine, 1967; Dipl.-Politologin, Promovendin. M: Redaktion Prokla
- Reheis, Fritz, 1949; Dr. phil., Gymnasiallehrer und Lehrbeauftragter. V: *Die Kreativität der Langsamkeit: Neuer Wohlstand durch Entschleunigung* (1996); *Entschleunigung: Abschied vom Turbokapitalismus* (2003, im Ersch.). A: Sozialökonomie, Politische Ökonomie, Bildungstheorie, Didaktik. M: Tutzinger Projekt „Ökologie der Zeit“ und Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik
- Sablowski, Thomas, 1964; Dr. phil. V: *Jenseits der Nationalökonomie?* (Mithg., 1997, AS 249); *Italien nach dem Fordismus* (1998); *Shareholder Value gegen Belegschaftsinteressen* (Mitverf., 1999). A: internationale und vergleichende politische Ökonomie, Strukturwandel der Finanzbeziehungen, Corporate Governance. M: Ver.di, Wissenschaftlicher Beirat von Attac, Redaktion Prokla
- Salzborn, Samuel, 1977; Dipl.-Sozialwissenschaftler, Lehrbeauftragter am Institut für Politikwissenschaft der Univ. Gießen. V: *Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände* (2000); *Heimatkampf und Volkstumskampf. Außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung* (2001). A: Rechtsextremismus, sozialwissenschaftliche Theorie von Volk, Nation und Ethnizität, historische Grundlagen der Politik
- Thompson, Christiane, 1973; Dr. phil., wiss. Assistentin am Lehrstuhl Systematische Erziehungswissenschaften der Univ. Wittenberg. V: *Selbständigkeit im Denken. Der philosophische Ort der Bildungslehre Theodor Ballauff's* (2003, im Ersch.). Systematische und historische Pädagogik, Bildungsphilosophie in Antike, Moderne und Postmoderne. M: Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaften, American Philosophical Association, International Association of Philosophy and Literature
- Van Treeck, Werner, 1943; Prof. für Arbeitspolitik an der Univ. Kassel. V: *Wissenschaft als Satire* (1999). A: Gestörte Arbeit, Soziologie der Gefühle, Internetarbeit
- Vinz, Dagmar, 1970; wiss. Mitarbeiterin am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Univ. Berlin. A: Ökonomische Analyse politischer Systeme und Politikfeldanalysen
- Werkmeister, Sven, 1974; Student der Neueren deutschen Literatur an der Humboldt-Univ. Berlin
- Wissel, Jens, 1968; Dipl.-Politologe, wiss. Mitarbeiter am FB Gesellschaftswissenschaften der Univ. Frankfurt/M. A: Internationalisierung des Staates, Redakteur der Internet-Zeitschrift www.links-netz.de
- Wolf, Frieder Otto, 1943; Dr. phil. habil., Privatdozent für Philosophie an der Freien Univ. Berlin. V: *Louis Althusser, Schriften Bd. 2 und 4* (Mithg., 1985); *Zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung. Gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit* (Mitverf., 2001); *Radikale Philosophie. Aufklärung und Befreiung in der neuen Zeit* (2002); A: Philosophie und Politik. M: MdEP, 1994-99
- Wünsch, Michaela, 1973; M.A., Doktorandin an der Humboldt-Univ. Berlin. A: Kulturwissenschaft, Gender-, Queer- und postkoloniale Theorie, Rassismus in populärer Musik und Film
- Wulff, Erich, 1926; Dr. med., Prof.em. für Sozialpsychiatrie an der Med. Hochschule Hannover. V: *Vietnamesische Lehrjahre* (1968/1972); *Psychiatrie und Klassengesellschaft* (1972); *Wahnsinnslogik* (1995)
- Zuckermann, Moshe, 1949; Dipl.-Soziologe, lehrt am Cohn Institute for the History and Philosophy of Science and Ideas an der Univ. Tel Aviv, Direktor des Instituts für Deutsche Geschichte, Univ. Tel Aviv. V: *Zweierlei Holocaust. Der Holocaust in den politischen Kulturen Israels und Deutschlands* (1998); *Gedenken und Kulturindustrie. Ein Essay zur neuen deutschen Normalität* (1999); *Zweierlei Israel?* (2003)

Mittelweg 36

Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung

2 / 2003

B.Greiner: Zwischen »Totalem Krieg« und »Kleinen Kriegen«. Überlegungen zum historischen Ort des Kalten Krieges

M.Mazower: Gewalt und Staat im Zwanzigsten Jahrhundert

M.Wildt: Die politische Ordnung der Volksgemeinschaft. Ernst Fraenkel's »Doppelstaat« neu betrachtet

R.Koselleck im Gespräch mit M.Hettling u. B.Ulrich: Formen der Bürgerlichkeit

P.Schöttler: Punkt, Punkt, Komma, Strich – eine historiographische Fußnote

3 / 2003

H.Bude: Die deutsche Elite in der Falle

K.Naumann: Neubeginn auf Bewährung – General Klaus Dieter Naumann

W.Schröder: Der »gute Hirte« des Aufbaus Ost – Johannes Ludewig

R.Weinert: Der letzte fortschrittliche Gewerkschaftsführer – Hermann Rappé

N.Tietze: Selbstmordattentate: Ein Literaturbericht

G.Hankel: Internationale Strafgerichtsbarkeit. Ein Garant für mehr Sicherheit und Frieden oder politische Spiegelfechtere?

12. Jg. 2003

Redaktion: Thomas Neumann (verantwortl.), Gaby Zipfel.
– Erscheint zweimonatlich, Einzelheft 9,50 €, im Abo 8 € zzgl.
Versand. – Redaktionsanschrift: Mittelweg 36, 20148 Hamburg.
– Abo-Schriftverkehr an: Zeitschriftenvertrieb, Friesstraße 20-40, 60388 Frankfurt/M – E-Mail: Zeitschrift@his-online.de
– Homepage: <http://www.his-online.de>

PROKLA Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

130

Korruptes Empire

W.-D.Narr: Theoretisieren als Partisanenarbeit. Zum Politikum subversiven Denkens am Exempel Johannes Agnoli (22.2.1925-4.5.2003)

T.Sablowski: Bilanz(en) des Wertpapierkapitalismus. Deregulierung, Shareholder Value, Bilanzskandale

W.Rügemer: Global Corruption

P.Eigen u. C.Eigen-Zucchi: Korruption und globale öffentliche Güter

B.Kagarlitzky: »Politischer Kapitalismus« und Korruption in Russland

M.Magatti: Märkte als konkrete Handlungssysteme. Einige Überlegungen zur Korruption in Italien

D.J.Wetzel: Im Mikrokosmos des korrupten Empires. Vom Arbeitshandeln der Führungskräfte

T.Bultmann u. O.Schöller: Die Zukunft des Bildungssystems: Lernen auf Abruf – eigenverantwortlich und lebenslänglich!

32. Jg. 2003

Herausgeber: Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V. – Redaktion: E.Altvater, M.Heinrich, H.Herr, B.Mahnkopf, K.Müller, S.Nuss, P.Schaper-Rinkel, D.Schmidt – Erscheint vierteljährlich. Einzelheft 10,20 €, Jahresabo 8,20 € zzgl. Porto. – Redaktionsanschrift: Postfach 100529, 10565 Berlin. – Verlag Westfälisches Dampfboot, Dorotheenstraße 26a, 48145 Münster

WIDERSPRUCH

Beiträge zur
sozialistischen Politik

44

Feminismus, Gender, Geschlecht

S.Jegher: Gender Mainstreaming. Ein umstrittenes Konzept aus feministischer Perspektive

S.Schunter-Kleemann: Was ist neoliberal am Gender Mainstreaming?

M.Madörin: Gender Budget. Erfahrungen mit einer Methode des Gender Mainstreaming

B.Nohr: »Frauenförderung ist Wirtschaftsförderung«. Die Geschlechterpolitik der rot-grünen Bundesregierung

K.Pühl: Geschlechterpolitik im Neoliberalismus

C.Michel u. F.Vattolo: Gleichstellungspolitik Post Beijing. Schweizerische NGO im Kontext der Vereinten Nationen

N.Imboden: Mit Gender Mainstreaming gegen Malestream? Ein Praxistest am Arbeitsmarkt

T.Wüthrich: Altersvorsorge in der Schweiz. Zur Geschichte der Frauendiskriminierungen und das Prinzip uneingeschränkter Solidarität

S.Kappeler: Frauenhandel und Freier-Markt.

Diskussion

F.Haug: Geschlechterverhältnisse als Produktionsverhältnisse

A.Maihofer: Von der Frauen- zur Geschlechterforschung. Modischer Trend oder bedeutungsvoller Perspektivenwechsel?

P.Purtschert: Feministischer Schauplatz zum kämpferischen Bedeutungen. Zur deutschsprachigen Rezeption von Judith Butlers »Gender Trouble«

T.Soiland: Irigaray mit Marx lesen. Eine Rehabilitierung des Denkens der sexuellen Differenz

C.v.Werlhof: (Haus)Frauen, »Gender« und die Schein-Macht des Patriarchats

Herausgeber und Redaktion: R. Amsler, H. Aubert, P. Franzen, R. Graf, S. Howald, W. Schöni, U. Sekinger, T. Soiland, P. Zillner. – Ersch. halbjährlich, Einzelheft 25 Fr./16 ; Jahresabo 40 Fr./27 zzgl. Versand. – Redaktionsadresse: Postfach, CH-8026 Zürich. – vertrieb@widerspruch.ch/www.widerspruch.ch

Z.

54

Nach dem Irak-Krieg

F.Unger: Neo-Gaullismus oder demokratischer Anti-Amerikanismus?

EU-Osterweiterung

D.Bohle: Imperialismus, peripherer Kapitalismus und europäische Einigung

M.Wehrheim: Die Rolle der BRD im Prozess der Osterweiterung der Europäischen Union

H.Watzek: Auf dem Weg in die Zwei-Klassen-EU? Zu den Problemen der Agrar- und Strukturpolitik bei der Osterweiterung der EU

H.Bömer u. K.Steinitz: EU-Osterweiterung aus der Sicht linker Ökonomen

Klassentheorie

F.Deppe: Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung im 21. Jahrhundert

Konjunktur und Krise

H.-J.Höhme: Weltwirtschaft und deutsche Konjunktur 2002/2003

G.Haush: Das Medienkapital formiert sich neu

K.Eicker-Wolf: Inflation, Verteilung und Investition. Wie ertragreich sind die monetären Überlegungen von Marx?

Weitere Beiträge

K.Unger: Von Mühlen, die langsam mahlen. Gesellschaft, Alltagsbewußtsein und Unbewußtes

C.Jünke: Von der sozialistischen Klassik zu den neuen globalisierungskritischen Bewegungen. Zur Aktualität Leo Koflers

14. Jg. 2003

Hg. v. Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt) und vom IMSF e.V. – Redaktionsbeirat: J. Bischoff, U. Briefs, D. Boris, F. Deppe, W. Goldschmidt, H. Heining, J. Huffs, U. Schumm-Garling, H. Werner. – Redaktion: K.D. Fischer, A. Leisewitz, K. Michelsen, J. Reusch, R. Schweicher. – Erscheint vierteljährlich. Abopreis 32 €, im Ausland 38 €, Einzelheft 9,50 €. – Redaktion und Vertrieb: Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 500936, 60397 Frankfurt/M

Summaries

Moshe Zuckermann: Bush, Sharon and the Quadrature of the Circle

The US war against Iraq resulted in a new geopolitical power constellation in the Middle East. Yet it is questionable, for domestic reasons, that the White House is all-too eager to pursue this aim. Ariel Sharon, on the other hand, is talking in terms, which seem to open a way for negotiations. Yet it is not very likely that he is all-too eager to really go for a political solution. For there will be no peaceful solution for the Israeli-Palestinian conflict without a complete withdrawal of Israeli occupation forces from the West Bank and the Gaza strip. It is more than questionable that any Israeli politician could pursue this solution without risking violent resistance on the side of the Jewish settlers in the West Bank.

Erich Wulff: Comments on Moshe Zuckermann's analysis of the Israeli-Palestinian conflict

In an extended review of Moshe Zuckermann's recent book »Zweierlei Israel?«, Wulff comments on the discussion between the Marxist Israeli historian and three leftist German journalists (Thomas Ebermann, Hermann L. Gremliza and Volker Weiß) about the history, the present situation and the chances of peace in the warlike conflict between Israelis and Palestinians. He stresses Zuckermann's extraordinary sense for dialectics and for historical contextualization that allows to overcome the frozen dichotomies of the current debates on Israel.

Kolja Lindner, Urs T. Lindner, Thomas Maul: Antisemitism and Terror.

In response to Georges Labica, who has praised the palestinian suicide attacks in Argument 249, the authors argue that these attacks have a terrorist form as well as an antisemitic content. They develop a critical-materialist concept of terrorism and reconstruct the social formation of an Arabic antisemitism with regard to panarabism and islamism. The so-called Near East Conflict consists of different logics. Antisemitism is one of its articulations, which has become dominant in the process of an intense islamisation during the 1990s.

Friederike Habermann: How is another world possible?

According to a well-known saying of the Mexican Indigenous Zapatistas »we don't have to conquer the world, it's enough to recreate it«, Friederike Habermann, who is an activist of this movement, presents this approach as related to Poststructuralism but also as based on Marxism. It opens a radical perspective that goes beyond capitalism, racism and patriarchy.

Wolfgang Fritz Haug: Historical/Logical

Haug's essay, an abridged and preliminary version of the respective entry in the forthcoming sixth volume of the »Historical-Critical Dictionary of Marxism« (HKWM), is meant to be the starting point of a controversial discussion in this issue. The relation between the ›logical‹ and the ›historical‹ in Marx' Critique of Political Economy has been at the center of one of the most intense epistemological debates from the 1960s

on up to now (e.g. the ›New Dialectics‹). This is partly due to a philological misunderstanding, since the formula of the ›logical method‹ has not been used by Marx, but goes back to Engels and is directly inspired by Hegel's ›Logic‹. The real subject of the controversies is the problem of a ›theoretical understanding of the historical‹ (Korsch). According to Haug, the scholastic attempts of separating and reconnecting the ›historical‹ and the ›logical‹ are to be overcome by a genetical or functional-historical reconstruction of the structural dynamics of capitalist production and reproduction.

Michael Heinrich: Money and Credit in the Critique of Political Economy

Mainstream marxist traditions have neglected the importance of money and credit. Strictly separating production and circulation, they worked with a reductionist concept of money and finance as mere phenomena of circulation. In Marx' *Capital*, however, we can find some foundations of a ›monetary theory of value‹, a close connection between capital and credit and some hints for a financial theory of crisis. These elements are more suitable for the analysis of contemporary capitalism than the constructions of traditional marxism.

Hans-Georg Backhaus: On the ›Logical‹ in National Economy

The dialectical method of Marx can be described as a logical development of concepts which also covers the development of ›things‹ or social relations. The evolution of concepts has to start from the most simple forms of commodity and value. It has to proceed logically, i.e. not starting from the historical process, because the concepts, for instance the transformation from commodity into money into capital, have to reproduce a process of ›contemporary history‹ (Marx) taking place day by day. Looking behind Marx' ›popularisation‹ of his own Hegelian heritage, the author discovers that relations of method and presentation are permanently changing in the different manuscripts of Marx' *Critique of Political Economy*.

Wolfgang Fritz Haug: Growing Doubts in the Monetary Value Theory.

Answer to Michael Heinrich

In defense of his position, the author carries the methodological controversy onto the terrain of his opponent. He challenges the basic assumptions of Heinrich's monetary value theory, criticizing its ›logicist‹ epistemology and its positivist ontology of social being as incompatible with historical-materialistic criteria. He particularly scrutinizes Heinrich's interpretation of Marx' value form analysis.

Thomas Sablowski: Crisis Tendencies of Capital Accumulation

The ›law of the tendential fall of the rate of profit‹, overproductionist theories of crisis, and profit squeeze theories have often been discussed as mutually exclusive approaches of crisis theory. The article argues that none of these approaches in its simple and isolated form is sufficient. It is necessary to combine the insights from all approaches and to emphasize the monetary dimension of the process of capital accumulation in order to analyze the crisis tendencies of contemporary capitalism. Building on French regulation theory, the article gives a brief outline of the crisis of Fordism and reflects on the open questions of a new regime of accumulation.

Burow, Olaf-Axel, <i>Ich bin gut – wir sind besser. Erfolgsmodelle kreativer Gruppen</i> (Fritz Reheis)	481
Johler, Jens, u. Olaf-Axel Burow, <i>Gottes Gehirn</i> (Fritz Reheis)	481

Soziale Bewegungen und Politik

Aronowitz, Stanley, u. Peter Bratsis (Hg.), <i>Paradigm Lost. State theory reconsidered</i> (Markus Müller)	483
Sylvers, Malcom, <i>Die USA – Anatomie einer Weltmacht. Zwischen Hegemonie und Krise</i> (Jens Wissel)	484
Zuckermann, Moshe, <i>Zweierlei Israel? Auskünfte eines marxistischen Juden an Thomas Ebermann, Hermann L. Gremliza und Volker Weiß</i> (Erich Wulff)	352
Boris, Dieter, u. Albert Sterr, <i>Foxtrott in Mexiko. Demokratisierung oder Neopopulismus?</i> (Ulrich Brand)	485
Nissen, Sylke, <i>Die regierbare Stadt. Metropolenpolitik als Konstruktion lösbarer Probleme. New York, London und Berlin im Vergleich</i> (Bernd Belina)	486
Hanna Behrend, <i>Demokratische Mitbestimmungsrechte unter DDR-Bedingungen. Die ambivalenten Strukturen an den Universitäten</i> (Stephan Lieske)	488

Ökonomie

Hochschild, Arlie, <i>Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet</i> (Dagmar Vinz)	489
Gather, Claudia, Birgit Geissler u. Maria S. Rerrich (Hg.), <i>Weltmarkt Privathaus-halt: Bezahlte Hausarbeit im globalen Wandel</i> (Maria Markantonatou)	490
Latzer, Michael, u. W. Stefan Schmitz, <i>Die Ökonomie des eCommerce</i> (Sabine Nuss)	491
Boris, Dieter, <i>Metropolen und Peripherie im Zeitalter der Globalisierung</i> (Gisela Neunhöffer)	493

Geschichte

Maier, Helmut (Hg.), <i>Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften</i> (Richard Heigl)	494
Essner, Cornelia, <i>Die »Nürnberger Gesetze« oder Die Verwaltung des Rassenwahns 1933-1945</i> (Samuel Salzborn)	496
Schneider, Heinz-Jürgen, Erika Schwarz u. Josef Schwarz, <i>Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschlands -- Politische Strafverteidiger in der Weimarer Republik. Geschichte und Biografien</i> (Matthias Grzegorzcyk)	497
Eckert, Erwin, u. Emil Fuchs, <i>Blick in den Abgrund. Das Ende der Weimarer Republik im Spiegel zeitgenössischer Berichte und Interpretationen</i> (Manfred Behrend)	498

Buchhandlungen, die das Argument-Verlagsprogramm führen

Augsburg	Probuch, Gögginger Straße 34 (0821/579173)
Berlin	Argument-Buchladen, Reichenberger Straße 150 (030/611 39 83) Motzbuch, Motzstraße 32 (030/2115958) Schleichers Buchladen, Königin-Luise-Straße 40/41 (030/841902-0) Schwarze Risse, Mehringhof - Gneisenaustraße 2a (030/6928779) Eulenspiegel Buchladen, Hagenbruchstraße 7 (0521/175049)
Bielefeld	Buchladen im Ostertor, Fehrfeld 60 (0421/785 28)
Bremen	BiBaBuZe, Aachener Straße 1 (0211/34 00 60)
Düsseldorf	Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8 (0201/820700)
Essen	Provinzbuch, Küferstraße 26 (0711/352738)
Esslingen	Unibuch, Jügelstraße 1 (069/775082)
Frankfurt/M	Karl Marx Buchhandlung, Jordanstraße 11 (069/778807) Herbert Bärsch Nachf. GmbH, Hostatostr./Albanusstr. 29 (069/314032-0) Jos Fritz, Wilhelmstraße 15 (0761/26877)
Freiburg	Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7 (0551/42128)
Göttingen	Heinrich Heine Buchhandlung, Schlüterstraße 1 (040/441133-0)
Hamburg	Annabee, Gerberstraße 6 (0511/1318139)
Hannover	Buchhandlung Schöbel & Kube, Plöck 65 (06221/26036)
Heidelberg	Amei's Buchecke, Goschenstraße 31 (05121/34441)
Hildesheim	ABC Buchladen GmbH, Goethestraße 77 (0561/777704)
Kassel	Zapata Buchladen GmbH, Jungfernstieg 27 (0431/93639)
Kiel	Der Andere Buchladen, Zülpicher Straße 197 (0221/416325)
Köln	Buchladen zur Schwarzen Geiss, Am Obermarkt 12 (07531/15433)
Konstanz	Cardabela, Frauenlobstraße 40 (06131/614174)
Mainz	Roter Stern GmbH, Am Grün 28-30 (0542/24787)
Marburg	Basis-Buchhandlung, Adalbertstraße 41b-43 (089/2723828)
München	Buchhandlung Rosta, Aegidiistraße 12 (0251/449026)
Münster	Buch Weiss, Hauptstraße 4, (07127/21328)
Neckartenzlingen	Buchhandlung Libresso, Bauerngasse 14 (0911/225036)
Nürnberg	Buchhandlung Carl v. Ossietzky, Markt 24 (0441/13949)
Oldenburg	Jakob Fetzer, Georgenstraße 26 (07121/239080)
Reutlingen	Basel Buchlade, Theaterpassage Theaterstraße 7 061/2718404
Schweiz	Bern Buchhandlung Candinas, Münsterergasse 41 (031/3121285)
Österreich	Innsbruck Buchhandlung Parnass, Marktgraben 17 (0512/571212) Wien Buchhandlung Heinz Kolisch, Rathausstraße 18 (0222/4063221)
Niederlande	Utrecht De Rooie Rat, Oudegracht 65 (031-30-2317189)

Frauenbuchläden, die das Argument-Frauenprogramm führen

Augsburg	Frauenbuchhandlung Elisara, Schmiedgasse 11 (0821/154303)
Bochum	Frauenbuchladen Amazonas, Schmidtstraße 12 (0234/683194)
Bremen	Hagazussa, Friesenstraße 12 (0421/74140)
Düsseldorf	Frauenbuchladen, Becherstraße 2 (0211/4644050)
Göttingen	Laura GmbH, Burgstraße 21 (0551/47317)
Hamburg	Frauenbuchladen, Bismarckstraße 98 (040/4204748)
Kassel	Frauenbuchladen Aradia e.V., Pestalozzistraße 9 (0561/17210)
Köln	Rhiannon, Moltkestraße 66 (0221/523120)
Leipzig	Frauenbuchladen Tian, Könnertitzstraße 92 (0341/4797475)
Mannheim	Frauenbuchladen Xanthippe, T3, 4 (0621/21663)
München	Lillemor's Frauenbuchladen, Barerstraße 70 (089/2721205)
Nürnberg	Frauenbuchladen, Innerer Kleinreutherweg 28 (0911/352403)
Tübingen	Frauenbuchladen Thalestris, Bursagasse 2 (07071/26590)
Schweiz	Zürich Frauenbuchladen, Gerechtigkeitsgasse 6 (01/2026274)
Österreich	Wien Frauenzimmer, Lange Gasse 11 (0222/4068678)